



Bundesministerium
der Finanzen

Monatsbericht des BMF

Dezember 2013



Monatsbericht des BMF
Dezember 2013

Zeichenerklärung für Tabellen

Zeichen	Erklärung
-	nichts vorhanden
0	weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
.	Zahlenwert unbekannt
X	Wert nicht sinnvoll

Inhaltsverzeichnis

Editorial	4
Überblick zur aktuellen Lage	5
Analysen und Berichte	6
Wirtschafts-, Arbeitsmarkt- und Haushaltslage in den Ländern des Euroraums	6
Wettbewerbsfähigkeit im Euroraum – Fortschritte und Herausforderungen.....	17
Struktur der Leistungsbilanz	32
Lohnpolitik – geeignet zur Korrektur von Leistungsbilanzungleichgewichten im Euroraum?	37
Der neue Mehrjährige Finanzrahmen der Europäischen Union.....	45
Fünf Jahre Finanzmarktstabilisierungsfonds unter dem Dach der Bundesanstalt für Finanzmarktstabilisierung	51
Besteuerung von Vermögen – eine finanzwissenschaftliche Analyse	59
Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage	67
Konjunktorentwicklung aus finanzpolitischer Sicht	67
Steuereinnahmen von Bund und Ländern im November 2013	74
Entwicklung des Bundeshaushalts bis einschließlich November 2013	77
Entwicklung der Länderhaushalte bis Oktober 2013.....	81
Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes	83
Europäische Wirtschafts- und Finanzpolitik	88
Termine, Publikationen	92
Statistiken und Dokumentationen	94
Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung.....	96
Übersichten zur Entwicklung der Länderhaushalte	127
Gesamtwirtschaftliches Produktionspotenzial und Konjunkturkomponenten.....	134
Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung.....	148
Verzeichnis der Berichte	166
Verzeichnis der Berichte im Monatsbericht des BMF 2013 nach Veröffentlichungsdatum	167
Verzeichnis der Berichte im Monatsbericht des BMF 2013 nach Themenbereichen	169

Editorial

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Fortschritte bei der Stabilisierung des Euroraums zeigen greifbare Resultate. Die Hilfsprogramme für Spanien und Irland werden zum Jahresende beendet. Wirtschaft und Haushaltslage in den Ländern des Euroraums haben sich deutlich verbessert. Das aggregierte Haushaltsdefizit im Euroraum wird laut Prognose der EU-Kommission von 2009 bis 2013 mehr als halbiert. Im Laufe des Jahres 2013 hat der Euroraum zudem die seit Ende 2011 andauernde Rezession überwunden.

Die Wettbewerbsfähigkeit im Euroraum hat erkennbar zugenommen. Die Fortschritte beim Abbau der makroökonomischen Ungleichgewichte sind deutlich sichtbar, die Leistungsbilanzen verbessern sich. Irland weist bereits seit 2010 einen Leistungsbilanzüberschuss auf. Portugal, Italien und Spanien werden im laufenden Jahr erstmals seit einer Dekade einen Überschuss verzeichnen. Dies zeigt, dass die Strukturreformen richtig waren und wirksam sind. Andererseits sind die Herausforderungen weiter hoch. So ist besonders die Bekämpfung der hohen Jugendarbeitslosigkeit für Europa wichtig, damit jeder junge Mensch eine Chance und Perspektive erhält.

Ein wirtschaftlich leistungstarkes und stabiles Europa ist von immenser Bedeutung für



Deutschland. Innerhalb des europäischen Binnenmarkts sind die wirtschaftlichen Verflechtungen beträchtlich. Auch wenn ein Blick in die Leistungsbilanz zeigt, dass der außereuropäische Handel zunimmt: Rund 60 % deutscher Exporte gehen in EU-Länder, und ebenfalls rund 60 % der Importe bezieht Deutschland aus EU-Ländern. Nur in einem starken Binnenmarkt und gemeinsam mit unseren europäischen Partnern kann Deutschland in dieser globalisierten Welt weiter erfolgreich sein.

Dr. Thomas Steffen
Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen

Überblick zur aktuellen Lage

Wirtschaft

- Die deutsche Wirtschaft weist insgesamt eine gute Konstitution auf. Die vorlaufenden Indikatoren signalisieren, dass sich die konjunkturelle Erholung zum Jahresende fortsetzen dürfte.
- Die Lage auf dem Arbeitsmarkt ist gut. Der Beschäftigungsaufbau setzte sich im Oktober fort. Allerdings stieg die Zahl der arbeitslosen Personen im November saisonbereinigt erneut leicht an.
- Die Preisniveauentwicklung in Deutschland verläuft – vor allem aufgrund einer Verbilligung von Mineralölprodukten – in ruhigen Bahnen. Der Anstieg des Verbraucherpreisniveaus fiel im November im Vergleich zum Vorjahr marginal höher aus als einen Monat zuvor (+ 1,3%).

Finanzen

- Die Steuereinnahmen von Bund und Ländern (ohne reine Gemeindesteuern) sind im November 2013 im Vorjahresvergleich um 3,9% gestiegen. Die gemeinschaftlichen Steuern überschritten das Vorjahresniveau insgesamt um 3,7%. Die Bundessteuern stiegen um 4,7% und die Ländersteuern um 8,4%.
- Die Ausgaben des Bundes beliefen sich bis einschließlich November auf 287,0 Mrd. € und stiegen somit um 5,2 Mrd. € (+ 1,9%) gegenüber dem Vorjahr. Die Einnahmen des Bundes stiegen im selben Zeitraum gegenüber dem Vorjahr um 4,9 Mrd. € (+ 2,1%) auf 245,1 Mrd. €. Aufgrund der bisherigen Entwicklung und eines erfahrungsgemäß hohen Aufkommens im Monat Dezember scheint es gesichert, dass die für das Jahr 2013 geplante Nettokreditaufnahme in Höhe von 25,1 Mrd. € nicht in voller Höhe benötigt wird.
- Bei der Ländergesamtheit setzt sich die positive Entwicklung in den Haushalten auch bis Ende Oktober weiter fort. Das Finanzierungsdefizit der Länder insgesamt fällt mit 4,8 Mrd. € um rund 3,2 Mrd. € günstiger aus als im entsprechenden Vorjahreszeitraum. Die Ausgaben der Ländergesamtheit stiegen im Vergleich zum Vorjahr um 3,0%, während die Einnahmen um 4,4% zunahmen.
- Die Rendite der 10-jährigen Bundesanleihe betrug Ende November 1,69% (1,66% Ende Oktober).

Europa

- Im Vordergrund der Gespräche der Wirtschafts- und Finanzminister der Eurogruppe am 14. November 2013 standen die Lage in den Programmländern Irland, Spanien, Zypern und Griechenland sowie Aspekte der Bankenunion. Am 22. November 2013 beriet die Eurogruppe bei einer Sondersitzung erstmals über die Bewertung der von den Euro-Mitgliedstaaten eingereichten sogenannten Übersichten über die Haushaltsplanung. In ihrer Sitzung am 9. Dezember 2013 befasste sich die Eurogruppe mit der Mission des Internationalen Währungsfonds (IWF) zur Situation im Euroraum und mit der Lage in Griechenland, Irland und Zypern.
- Bei den ECOFIN-Räten am 15. November 2013 und 10. Dezember 2013 wurden u.a. Beratungen zu Gesetzgebungsdossiers im Finanzmarktbereich geführt. Eine Einigung zur Revision der EU-Zinsrichtlinie konnte nicht erzielt werden, da Österreich und Luxemburg nicht zustimmten; hierüber wird dem Europäischen Rat am 19. und 20. Dezember 2013 berichtet.

Wirtschafts-, Arbeitsmarkt- und Haushaltslage in den Ländern des Euroraums

Fortschritte bei der Stabilisierung des Euroraums sind klar erkennbar, die Arbeitsmarktlage bleibt aber angespannt

- Der Euroraum hat wichtige Fortschritte bei der Überwindung der Finanz- und Wirtschaftskrise gemacht. Spanien und Irland beenden ihre Anpassungsprogramme zum Jahresende 2013, die Währungsunion hat die Rezession hinter sich gelassen. Die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte schreitet voran, die Wettbewerbsfähigkeit verbessert sich. Vertrauen wurde wiedergewonnen.
- Dazu haben nationale Konsolidierungsmaßnahmen und Strukturreformen in wirtschaftlich schweren Zeiten ebenso beigetragen wie Fortschritte bei der Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion und der Stärkung der nationalen und gemeinsamen Regeln zur Haushaltsüberwachung.
- Zahlreiche Länder durchlaufen weiterhin tiefgreifende Anpassungsprozesse. Dies zeigt sich in hoher Arbeitslosigkeit in den Mitgliedstaaten, die besonders stark von der Krise betroffen waren. Am aktuellen Rand gibt es durch die positive Konjunkturentwicklung Anzeichen einer Stabilisierung auch auf den Arbeitsmärkten. Eine wesentliche Herausforderung besteht allerdings darin, eine dauerhafte Schwächung des Wachstumspotenzials durch die hohe Arbeitslosigkeit zu vermeiden.

1	Einleitung	6
2	Entstehung der Finanz- und Wirtschaftskrise im Euroraum	6
3	Fortschritte bei der Stabilisierung des Euroraums	7
3.1	Überwindung der Rezessionen	7
3.2	Konsolidierung der öffentlichen Haushalte.....	9
3.3	Abbau der makroökonomischen Ungleichgewichte	10
3.4	Abbau der übermäßigen Verschuldung im Privatsektor	11
3.5	Rückgewinnung des Marktvertrauens	12
4	Arbeitsmarktlage	13
5	Fazit	16

1 Einleitung

Die Finanz- und Wirtschaftskrise im Euroraum, nimmt seit fünf Jahren breiten Raum in der politischen und öffentlichen Debatte ein. Dieser Bericht nimmt eine Analyse der aktuellen Lage vor und stellt sowohl die erreichten Fortschritte als auch verbleibende Herausforderungen dar.

2 Entstehung der Finanz- und Wirtschaftskrise im Euroraum

Die Weltwirtschaft erlitt infolge der vom amerikanischen Finanzmarkt ausgehenden Turbulenzen im Jahr 2009 einen drastischen Einbruch; der sich auch auf die ein Jahrzehnt zuvor gegründete Europäische

Analysen und Berichte

WIRTSCHAFTS-, ARBEITSMARKT- UND HAUSHALTSLAGE IN DEN LÄNDERN DES EURORAUMS

Währungsunion auswirkte. Es zeigte sich, dass die gute Wirtschaftsentwicklung in der ersten Dekade der Währungsunion nicht immer auf einem soliden Fundament stand. Vielmehr hatten sich in Zeiten guter weltwirtschaftlicher Rahmenbedingungen und von der Währungsunion ausgehender expansiver Impulse Fehlentwicklungen aufgebaut. Diese Fehlentwicklungen rückten erst in den Fokus, als das Marktvertrauen infolge der US-Finanzkrise abrupt umschwang und der Euroraum in den nunmehr risikoaversen Blickwinkel der Märkte geriet. Im Ergebnis entstanden Zweifel an der Zukunftsfähigkeit des Wirtschaftsmodells und der Tragfähigkeit der Staatsfinanzen einiger Euroländer.

Infolge dieses Vertrauensverlusts durchleben einige Mitglieder des Euroraums tiefe Finanz- und Wirtschaftskrisen. Ökonomisch betrachtet gehen diese Krisen mit einem schmerzhaften Anpassungsprozess einher, der durch die zuvor aufgelaufenen Fehlentwicklungen erforderlich wurde. Diese tiefgreifenden Anpassungen wirken sich auch auf den Wirtschaftskreislauf aus. Beispielsweise ist in Spanien durch das Platzen der Immobilienblase der Bausektor von über 14% der Wertschöpfung im Jahr 2006 auf 8 ½% im Jahr 2012 um fast die Hälfte geschrumpft. Dies hat erheblichen Anpassungsbedarf an den Arbeitsmärkten ausgelöst und die Konjunktur belastet.

Gleichzeitig legt ein erfolgreicher Anpassungsprozess die Grundlage für dauerhafte Stabilität und nachhaltiges Wachstum. So erhöht die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit die Nachfrage nach im Inland produzierten Gütern, die sektorale Reallokation von Arbeitskräften fördert die Produktivität der europäischen Volkswirtschaften und der Abbau der übermäßigen Verschuldung von privaten Haushalten, Unternehmen und Staat schafft Vertrauen, senkt Risiken und fördert so mittelfristig wieder Investitionen und Konsum.

3 Fortschritte bei der Stabilisierung des Euroraums

Die Fortschritte bei der Stabilisierung des Euroraums stellen sich in den verschiedenen Bereichen wie folgt dar:

3.1 Überwindung der Rezessionen

Im Laufe des Jahres 2013 hat sich die Wirtschaftslage im Euroraum deutlich verbessert (vergleiche Abbildung 1). Im 2. Quartal hat der Euroraum als Ganzes die seit Ende 2011 andauernde Rezession überwunden und ist im Vergleich zum 1. Quartal um +0,3% gewachsen. Im 3. Quartal 2013 hielt der positive Trend an; das quartalsweise Wachstum fiel mit +0,1% erwartungsgemäß etwas geringer aus. Die Binnennachfrage folgt demselben Muster. Sowohl der private Konsum als auch die Investitionen weisen seit dem 2. Quartal 2013 wieder einen Aufwärtstrend auf. Die EU-Kommission erwartet zum Ende des Jahres 2013 und im Verlauf des Jahres 2014 eine sukzessive Steigerung des quartalsweisen BIP-Wachstums auf +0,5% im 4. Quartal 2014. Für das Gesamtjahr 2013 impliziert dieses Wachstumsprofil einen Rückgang des realen BIP um -0,4%; für 2014 prognostizieren Internationaler Währungsfonds (IWF) und EU-Kommission ein Wachstum des realen BIP von rund +1%. Die EU-Kommission erwartet, dass die Rückkehr von Vertrauen bei Unternehmen und Haushalten weiter positiv auf Investitionen und Konsum wirkt und im Ergebnis die Binnennachfrage im Jahr 2014 der wesentliche Wachstumstreiber sein wird. Für 2015 erwartet die EU-Kommission, dass die in vielen Mitgliedstaaten eingeleiteten Strukturreformen zunehmend ihre Wirkung entfalten und zu einem stärkeren Wachstum von +1,7% beitragen.

Neben den Zahlen und Prognosen zur Wirtschaftsleistung deutet eine Reihe von

Analysen und Berichte

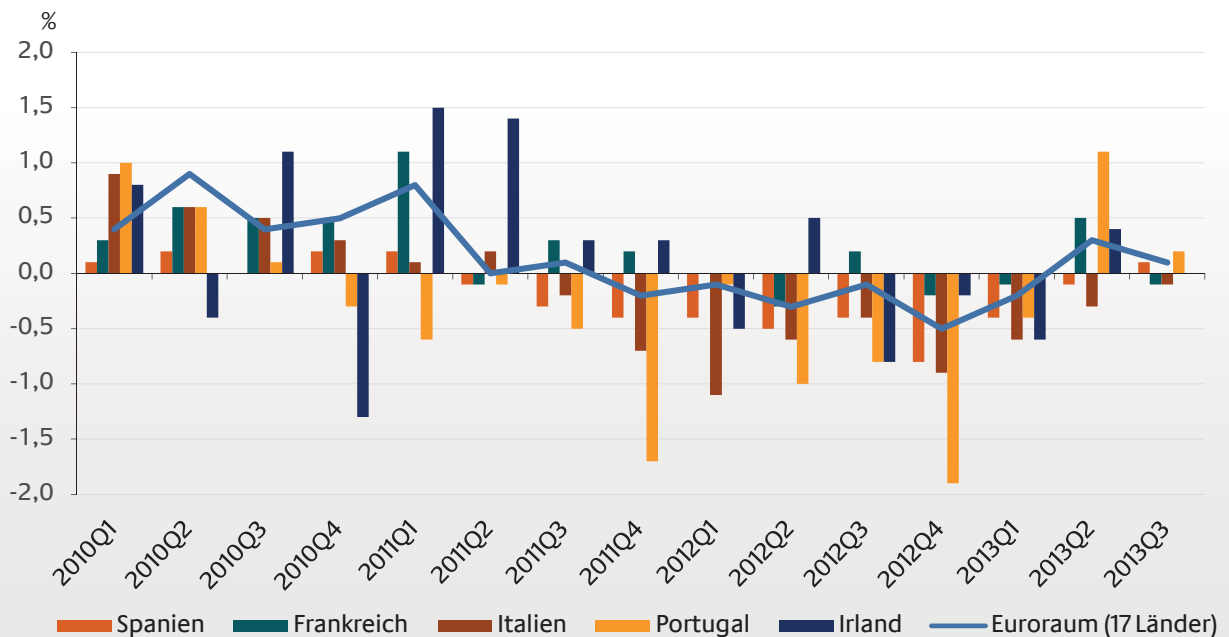
WIRTSCHAFTS-, ARBEITSMARKT- UND HAUSHALTSLAGE IN DEN LÄNDERN DES EURORAUMS

Indikatoren ebenfalls auf einen zunächst noch schwachen, im Zeitverlauf stärker werdenden und verstärkt von der Binnennachfrage getriebenen Aufschwung hin. Der monatlich erhobene Economic Sentiment Indicator der EU-Kommission steigt seit April 2013 im Euroraum kontinuierlich an. Die Industrieproduktion im Euroraum bewegt sich seit Jahresbeginn seitwärts und lag im Oktober 2013 um +0,2% oberhalb des im Oktober 2012 erreichten Niveaus. Gleichzeitig liegen die Einkaufsmanagerindizes für Dienstleistungen und Industrieproduktion seit fünf Monaten oberhalb der Wachstumsschwelle und bestätigen die Erwartung eines sich fortsetzenden, allmählichen Aufschwungs im Euroraum.

Der Aufschwung ist dabei, trotz bestehender Länderunterschiede, nicht auf einzelne Mitgliedstaaten beschränkt. Vielmehr ist auch in Ländern, die eine tiefe Rezession erlebt

haben, die Trendwende erfolgt. Spanien und Portugal haben in diesem Jahr die seit zwei bis drei Jahren andauernden Rezessionen überwunden; die Wirtschaft wächst nun dort wieder. Italien soll laut Prognose der EU-Kommission im 4. Quartal 2013 wieder positives quartalsweises Wachstum verzeichnen. Auch in Griechenland zeichnet sich eine Stabilisierung der Wirtschaft ab; für 2014 wird ein BIP-Wachstum von +0,6% erwartet. Gleichzeitig ist die Lage in einigen Mitgliedstaaten angesichts der Situation am Arbeitsmarkt, hoher Schulden im öffentlichen und privaten Sektor und bestehender Unsicherheiten, nicht zuletzt wegen der weltwirtschaftlichen Entwicklung, weiterhin anfällig. Zu beachten ist auch, dass die Mitgliedstaaten des Euroraums aktuell keinen regulären Konjunkturzyklus erleben. Vielmehr werden die laufenden Anpassungsprozesse die Wirtschaftslage auch in den kommenden Jahren beeinflussen.

Abbildung 1: Wirtschaftsentwicklung im Euroraum
Quartalsweises Wachstum des realen BIP (arbeitstäglich und saisonbereinigt)



Quelle: Eurostat.

Analysen und Berichte

WIRTSCHAFTS-, ARBEITSMARKT- UND HAUSHALTSLAGE IN DEN LÄNDERN DES EURORAUMS

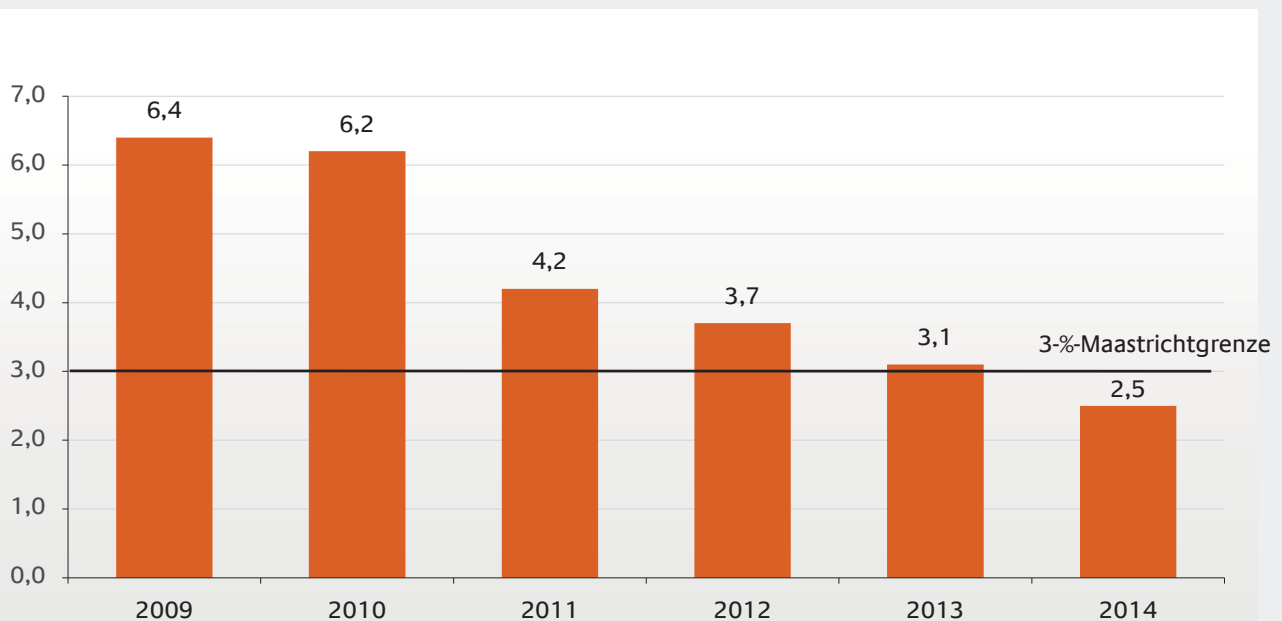
3.2 Konsolidierung der öffentlichen Haushalte

Im Höhepunkt der Weltwirtschaftskrise stieg das durchschnittliche gesamtstaatliche Haushaltsdefizit im Euroraum 2009 auf 6,4 % des BIP an. Mit Finnland, Estland und Luxemburg lagen 2009 nur drei Euro-Länder unter dem 3%-Referenzwert des Maastricht-Vertrages. Demgegenüber verzeichneten vier Mitgliedstaaten (Griechenland, Portugal, Irland und Spanien) Defizite von über 10 % des BIP, das höchste Defizit im Jahr 2009 wurde mit 15,7 % des BIP in Griechenland registriert. In Irland stieg das Defizit, bedingt durch die Turbulenzen im Banksektor, 2010 vorübergehend auf 30,6 % des BIP an. Seit 2009 wurden die gesamtstaatlichen Haushaltsdefizite deutlich zurückgefahren (vergleiche Abbildung 2). 2012 lag das durchschnittliche Defizit im Euroraum bei 3,7 % des BIP; für 2013 prognostiziert die EU-Kommission 3,1 %. Im Jahr 2014 soll

das Defizit im Euroraum als Ganzes laut Prognose der EU-Kommission 2,5 % des BIP betragen und somit erstmals seit 2008 wieder unter den 3%-Referenzwert fallen. Die Erfolge bei der Defizitrückführung sind insbesondere vor dem Hintergrund der angespannten wirtschaftlichen Lage bemerkenswert und reflektieren die von den Mitgliedstaaten erbrachten strukturellen Konsolidierungsleistungen. Das um konjunkturelle und Einmaleffekte bereinigte strukturelle Defizit im Euroraum wurde von 4,6 % des BIP im Jahr 2009 auf 2,1 % des BIP im Jahr 2012 mehr als halbiert, für 2013 prognostiziert die EU-Kommission einen weiteren Rückgang auf 1,5 % des BIP.

Der Umfang der Konsolidierung variiert dabei über die Länder hinweg, wobei insbesondere die Mitgliedstaaten mit den größten Herausforderungen im Haushaltsbereich die deutlichsten Konsolidierungserfolge zu verzeichnen haben. Beispielsweise hat

Abbildung 2: Haushaltsdefizite im Euroraum in % des BIP



Quelle: Herbstprognose der EU-Kommission.

Analysen und Berichte

WIRTSCHAFTS-, ARBEITSMARKT- UND HAUSHALTSLAGE IN DEN LÄNDERN DES EURORAUMS

Griechenland sein Defizit von über 15 % des BIP seit 2009 spürbar reduziert und wird laut Kommissionsprognose im Jahr 2014 erstmals seit mehr als einer Dekade den 3%-Referenzwert des Stabilitäts- und Wachstumspakts unterschreiten. Italien hat bereits 2012 sein Defizit auf 3 % des BIP reduziert und weist ohne Zinszahlungen einen deutlichen Primärüberschuss von rund 2 ½ % des BIP auf. Spanien und Portugal haben ihre strukturellen Defizite zwischen 2009 und 2012 um rund 4 % (Spanien) beziehungsweise 4 ½ % (Portugal) des BIP reduziert.

Der Trend der steigenden Staatsverschuldung im Euroraum wird durch die Rückführung der Defizite gestoppt. Laut Herbstprognose der EU-Kommission soll die Staatsschuldenquote im Euroraum 2014 mit rund 96 % des BIP ihren Höchststand erreichen und ab 2015 sinken. Zur Sicherstellung der Tragfähigkeit der öffentlichen Haushalte trägt die Stärkung der europäischen Fiskalregeln, unter anderem durch die im Fiskalvertrag vorgesehene Einführung von nationalen Schuldenbremsen, und die Reform des Stabilitäts- und

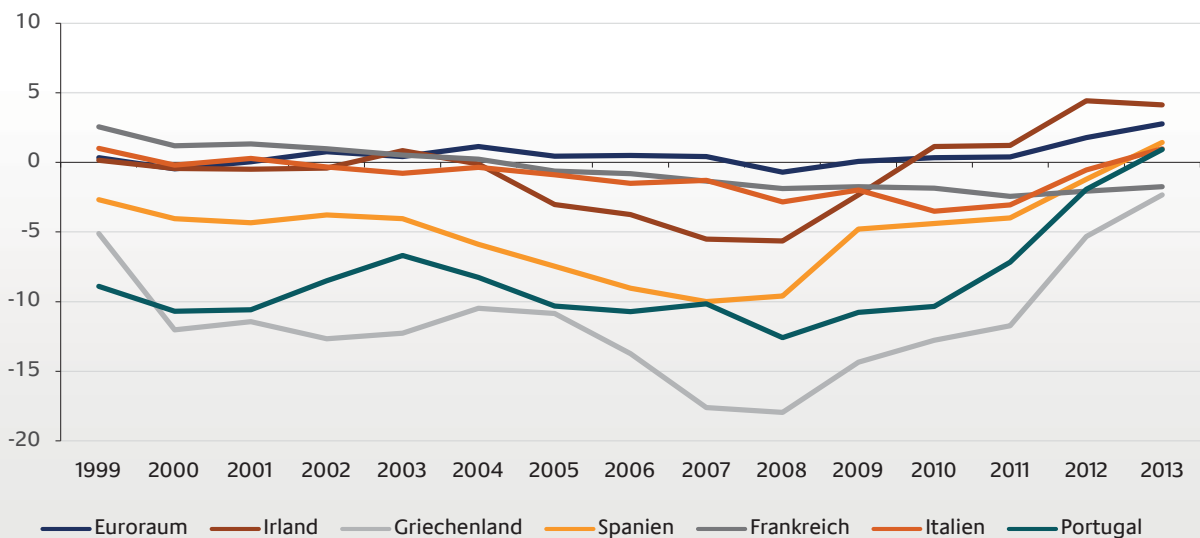
Wachstumspakts bei. Am 22. November 2013 debattierten die Finanzminister der Eurogruppe erstmalig die Haushaltsplanungen der Eurostaaten bereits vor Verabschiedung durch die nationalen Parlamente und forderten mehrere Mitgliedstaaten zu Nachbesserungen auf, um die Einhaltung der Vorgaben des Stabilitäts- und Wachstumspakts sicherzustellen. Dieses mit dem sogenannten Two Pack neu eingeführte Verfahren stellt einen weitreichenden Schritt zur Stärkung der finanzpolitischen Überwachung im Euroraum dar.

3.3 Abbau der makroökonomischen Ungleichgewichte¹

Getrieben durch die überbordende Binnenkonjunktur hatten viele Mitgliedstaaten des Euroraums im Jahr 2008 hohe Leistungsbilanzdefizite aufgebaut, darunter

¹ Siehe dazu auch den ebenfalls in diesem Monatsbericht erschienenen, gesonderten Bericht mit dem Titel „Wettbewerbsfähigkeit im Euroraum – Fortschritte und Herausforderungen“.

Abbildung 3: Leistungsbilanzsalden im Euroraum in % des BIP



Quelle: Herbstprognose der EU-Kommission.

Analysen und Berichte

WIRTSCHAFTS-, ARBEITSMARKT- UND HAUSHALTSLAGE IN DEN LÄNDERN DES EURORAUMS

Griechenland (- 18 % des BIP), Portugal (- 12,6 %), Spanien (- 9,6 %) und Irland (- 5,6 %). Dadurch waren diese Länder abhängig von ausländischen Kapitalzuflüssen geworden und hatten eine hohe Auslandsverschuldung aufgebaut. Gleichzeitig hatte die preisliche Wettbewerbsfähigkeit abgenommen die nominalen Lohnstückkosten waren von 2006 bis 2009 um 14% in Griechenland, 12% in Spanien, 9% in Irland und 8% in Portugal gestiegen (vergleiche Abbildungen 3 und 4).

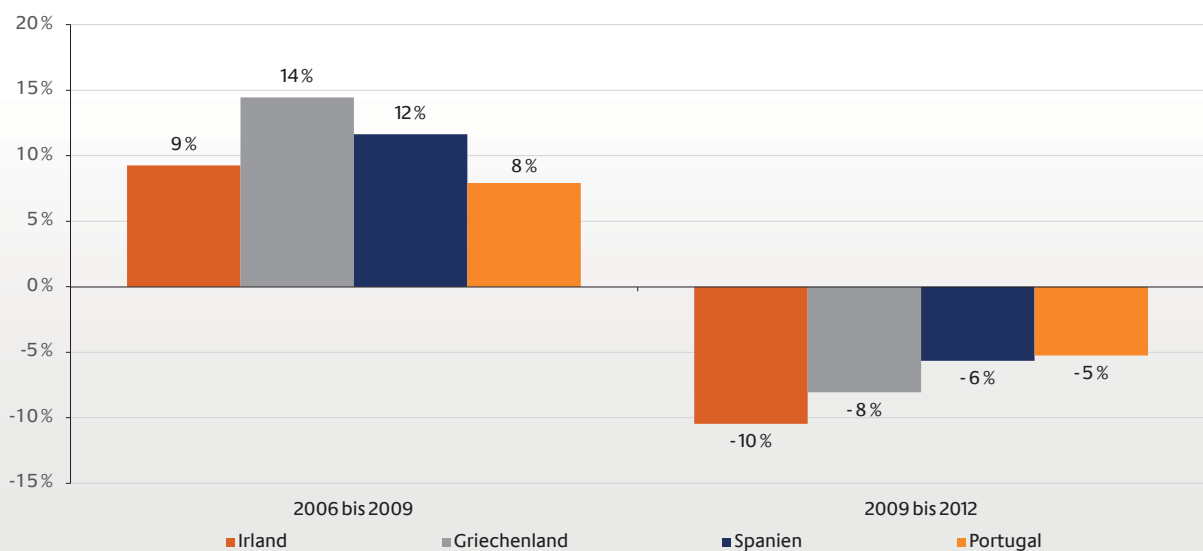
Seit Ausbruch der Krise machen die Mitgliedstaaten des Euroraums spürbare Fortschritte beim Abbau der makroökonomischen Ungleichgewichte und der Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit. Die Leistungsbilanzsalden haben sich stark verbessert. Irland erwirtschaftete bereits 2010 wieder einen Überschuss; 2013 werden laut Prognose der EU-Kommission sowohl Italien als auch Spanien und Portugal erstmals seit mehr als einer Dekade wieder Leistungsbilanzüberschüsse aufweisen. Griechenland hat sein Leistungsbilanzdefizit von - 18 % des BIP im Jahr 2008 auf - 5,3 % im Jahr 2012 zurückgefahren; für 2013 prognostiziert die EU-Kommission einen

weiteren Rückgang auf - 2,3 % des BIP. Diese Korrektur wird durch im Zuge der Wirtschaftskrisen zurückgehende Importe und ein beachtliches Exportwachstum untermauert. Zwischen 2009 und 2012 sind die Warenexporte im Durchschnitt pro Jahr mit + 8,6 % in Spanien am stärksten gestiegen, gefolgt von Portugal (+ 7,4 %), Griechenland (+ 4,4 %) und Irland (+ 1,8 %). Die Erfolge bei der Wiedergewinnung der Wettbewerbsfähigkeit zeigen sich auch in einem deutlichen Rückgang der nominalen Lohnstückkosten. Diese sanken im selben Zeitraum mit einem Rückgang von insgesamt - 10 % in Irland am stärksten, aber auch in Griechenland (- 8 %), Spanien (- 6 %) und Portugal (- 5 %) gingen sie spürbar zurück.

3.4 Abbau der übermäßigen Verschuldung im Privatsektor

Der private Sektor (Haushalte und nicht-finanzielle Unternehmen) hatte – wegen der guten Wirtschaftsentwicklung, der hohen Einkommens- und Gewinnerwartungen des privaten Sektors und der geringen Risikoaversion der Investoren bis zum Ausbruch der Krise – in einigen Ländern

Abbildung 4: Entwicklung der nominalen Lohnstückkosten



Analysen und Berichte

WIRTSCHAFTS-, ARBEITSMARKT- UND HAUSHALTSLAGE IN DEN LÄNDERN DES EURORAUMS

in beträchtlichem Umfang Kredite aufgenommen und hohe Schuldenstände aufgebaut (vergleiche Abbildung 5). Diese Entwicklung konnte vor allem in Spanien und Irland vor dem Hintergrund der dortigen Immobilienblasen beobachtet werden. In Irland stieg die Verschuldung der privaten Haushalte 2009 auf 127,7% des BIP an, in Spanien erreichte sie 91,1% des BIP. Die Verschuldung des gesamten privaten Sektors lag in Irland 2009 bei 280,7% des BIP und in Spanien bei 212,8% des BIP. Der Schwellenwert im makroökonomischen Ungleichgewichtsverfahren, der mögliche Ungleichgewichte signalisiert, liegt bei 133% des BIP.

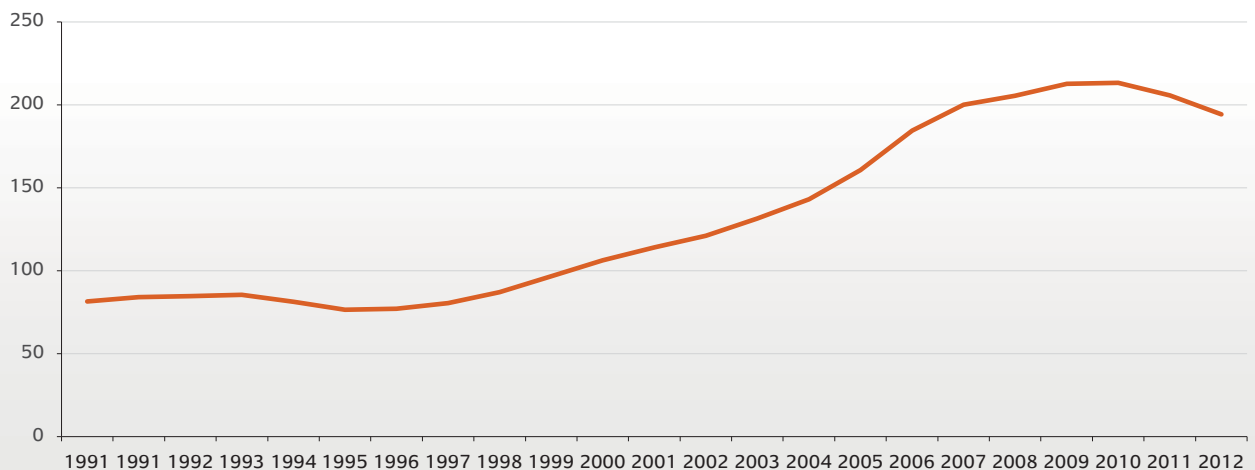
Mit der Krise hat im privaten Sektor ein Schuldenabbau eingesetzt. In Spanien sank die Verschuldung des privaten Sektors zwischen 2009 und 2012 gemessen am BIP um 18,4%, die privaten Haushalte haben ihre Verschuldung dabei um 3,3% in Relation zum BIP reduziert (vergleiche Abbildung 5). In Irland war der Schuldenabbau im Haushaltssektor mit -15,2% gemessen am BIP im selben Zeitraum stärker ausgeprägt, während der gesamte Privatsektor auch 2012 noch einen steigenden Schuldenstand

aufwies. Aktuelle Quartalsdaten zeigen einen seit Mitte 2012 fallenden Schuldenstand im irischen Privatsektor und deuten darauf hin, dass Irland den Wendepunkt bereits erreicht hat.

3.5 Rückgewinnung des Marktvertrauens

Die Finanz- und Wirtschaftskrisen im Euroraum manifestierten sich vor allem in einem Verlust an Marktvertrauen in die Zukunftsfähigkeit des Wirtschaftsmodells und der Staatsfinanzen einiger Mitgliedstaaten. So stiegen die für Staatsanleihen aufzuwendenden Zinsen – hier werden Anleihen mit 10-jähriger Laufzeit betrachtet – deutlich an (vergleiche Abbildung 6) und erreichten im Höhepunkt fast 15% in Irland, über 17% in Portugal und knapp 40% in Griechenland. Auch Italien und Spanien mussten zeitweise über 7% für 10-Jahres-Anleihen aufwenden. Die Krise hat sich auch auf den Bankensektor ausgewirkt. Die Kreditvergabe am Interbankenmarkt und die grenzüberschreitenden Kapitalflüsse gingen spürbar zurück und der Zugang zu Krediten wurde für die Wirtschaft, insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen, schwieriger.

Abbildung 5: Verschuldung des privaten Sektors in Spanien in % des BIP



Quelle: Eurostat.

Analysen und Berichte

WIRTSCHAFTS-, ARBEITSMARKT- UND HAUSHALTSLAGE IN DEN LÄNDERN DES EURORAUMS

In Zeiten der Unsicherheit legten viele Banken überschüssige Liquidität bei der Europäischen Zentralbank (EZB) an.

Die Märkte für Staatsanleihen haben sich zwischenzeitlich beruhigt: Die Zinssätze auf 10-Jahres-Anleihen liegen in Spanien und Italien bei derzeit rund 4% und in Irland bei rund 3½%. Auch griechische (rund 9%) und portugiesische (6%) Anleihen liegen deutlich unter ihren Höchstständen. Vor diesem Hintergrund beenden Spanien und Irland ihre Anpassungsprogramme zum Ende des Jahres 2013. Auch im Bankensektor hat sich die Lage deutlich verbessert. Europäische Geschäftsbanken legten im Oktober 2013 deutlich weniger Liquidität bei der EZB an als noch Ende 2012. Die über die Mindestreserve hinausgehende Überschussreserve belief sich im Oktober 2013 auf 165 Mrd. €, während sie im Dezember 2012 noch 403 Mrd. € betragen hatte. Zudem ist der Euribor-OIS-Spread (drei Monate), ein Maß für die Funktionsfähigkeit des Interbankenmarkts, von über 90 Basispunkten im Dezember 2011 seit Ende 2012 auf ein Niveau von rund 10 Basispunkten gesunken. Dies ist ein Zeichen dafür, dass das Vertrauen im Bankensektor wieder deutlich gewachsen ist.

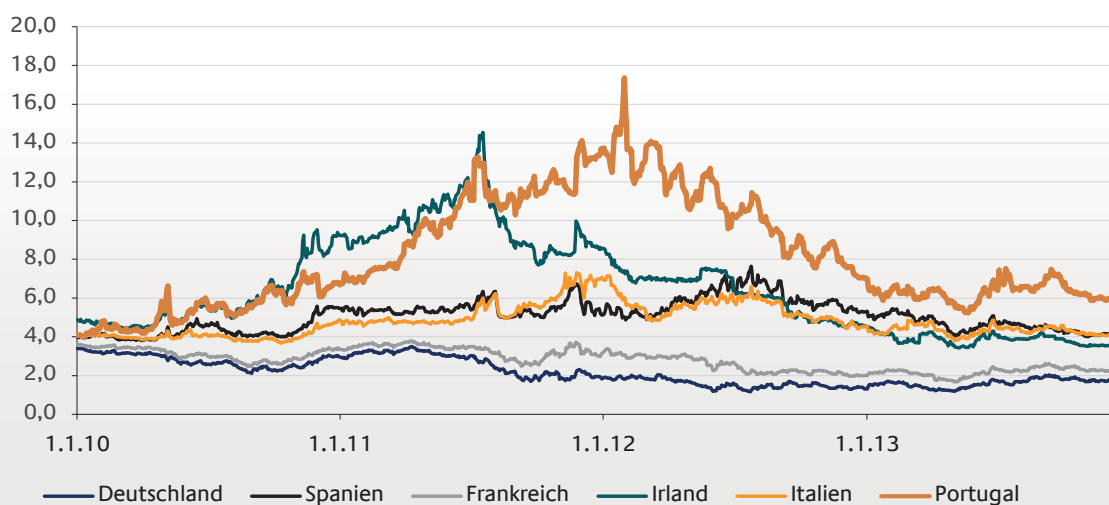
4 Arbeitsmarktlage

Die Arbeitsmarktlage im Euroraum ist nach wie vor angespannt, hat sich aber im Jahr 2013 stabilisiert. Nachdem die durchschnittliche Arbeitslosenquote im Euroraum seit 2008 krisenbedingt kontinuierlich angestiegen war, hat sie sich seit Anfang 2013 auf einem Niveau von rund 12% stabilisiert (vergleiche Abbildung 7). Ein Rückgang ist jedoch noch nicht zu beobachten – allerdings reagiert der Arbeitsmarkt üblicherweise mit Verzögerung auf die Konjunktorentwicklung.

Insgesamt betrug der Anstieg der durchschnittlichen Arbeitslosenquote im Euroraum während der Krise rund 4½ Prozentpunkte. Der Anstieg ist etwas geringer als in den USA, wo die Arbeitslosenquote während der Krise um insgesamt rund 5½ Prozentpunkte gestiegen war. Die Arbeitslosenquote sinkt allerdings in den USA seit Ende 2009 wieder; im Durchschnitt des Euroraums ist dies noch nicht zu beobachten.

Zwischen den Ländern des Euroraums bestehen große Unterschiede in der Arbeitslosigkeit

Abbildung 6: Entwicklung der Renditen 10-jähriger Staatsanleihen seit 2010



Quelle: ReutersEcoWin.

Analysen und Berichte

WIRTSCHAFTS-, ARBEITSMARKT- UND HAUSHALTSLAGE IN DEN LÄNDERN DES EURORAUMS

Abbildung 7: Arbeitslosenquoten im internationalen Vergleich

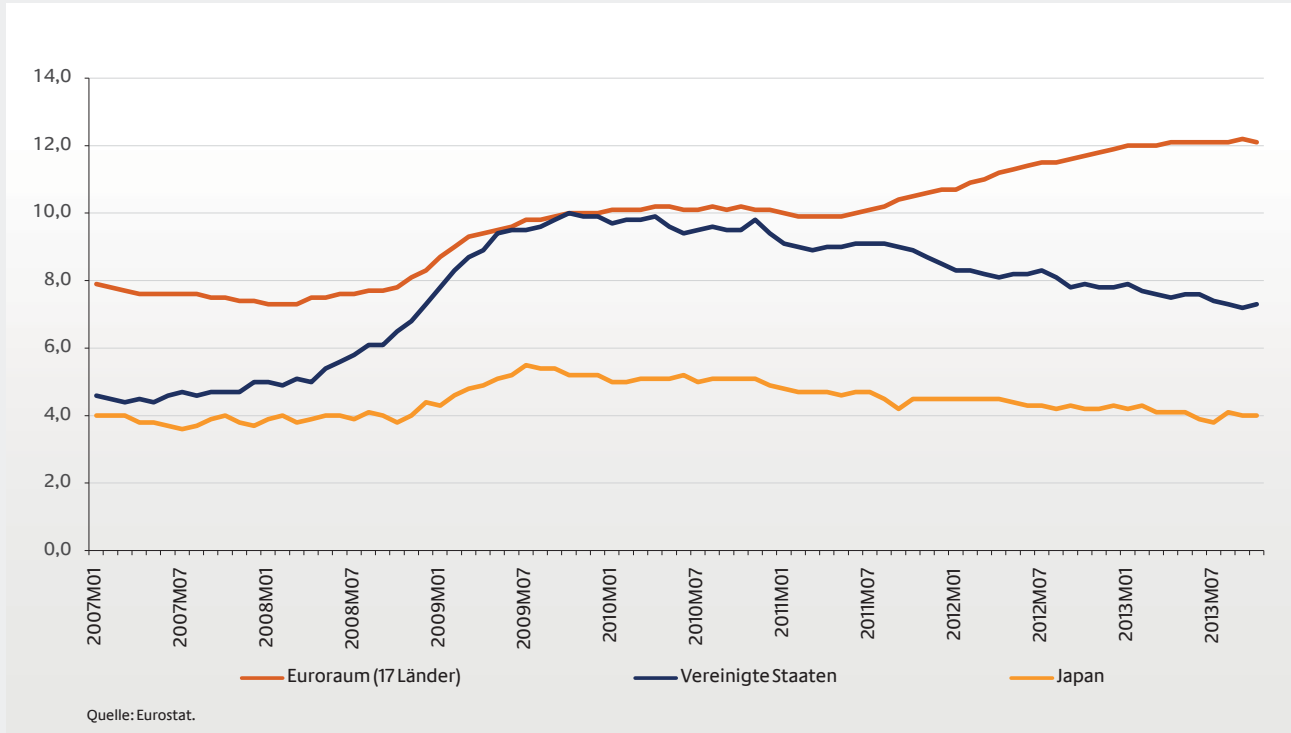
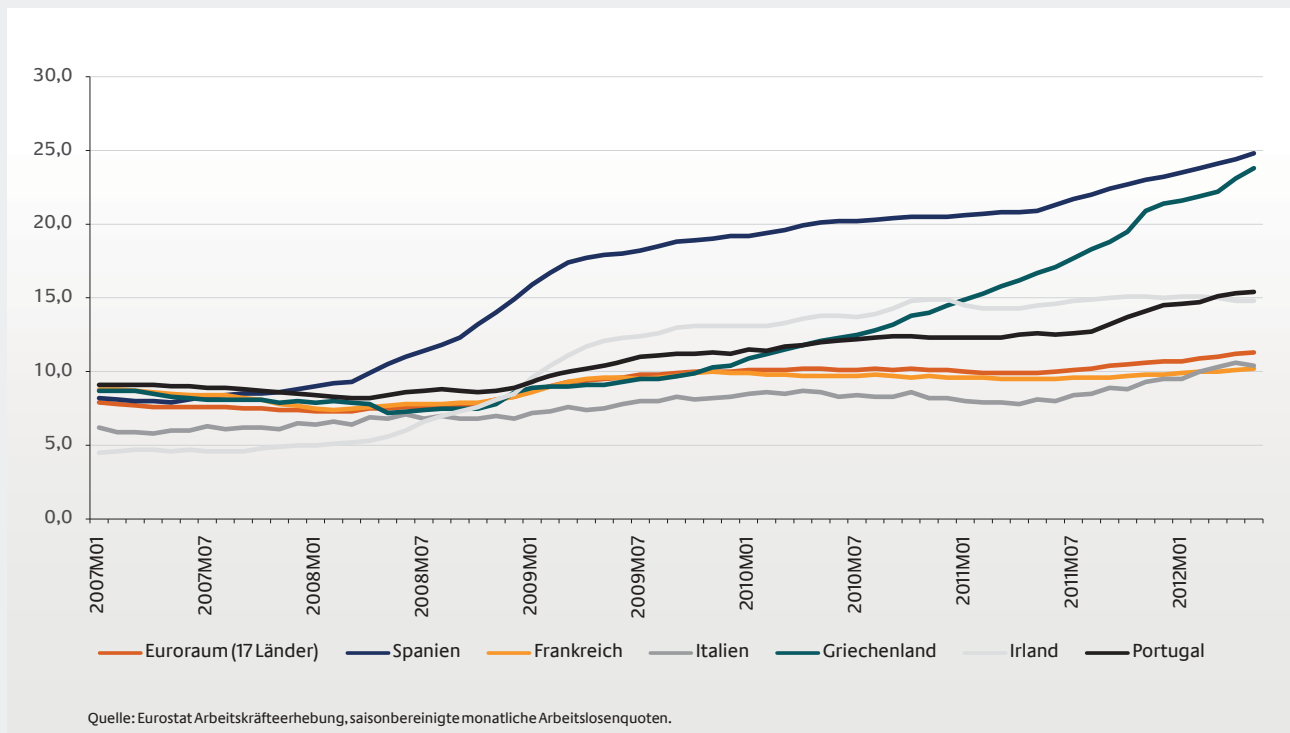


Abbildung 8: Arbeitslosenquoten im Euroraum



Analysen und Berichte

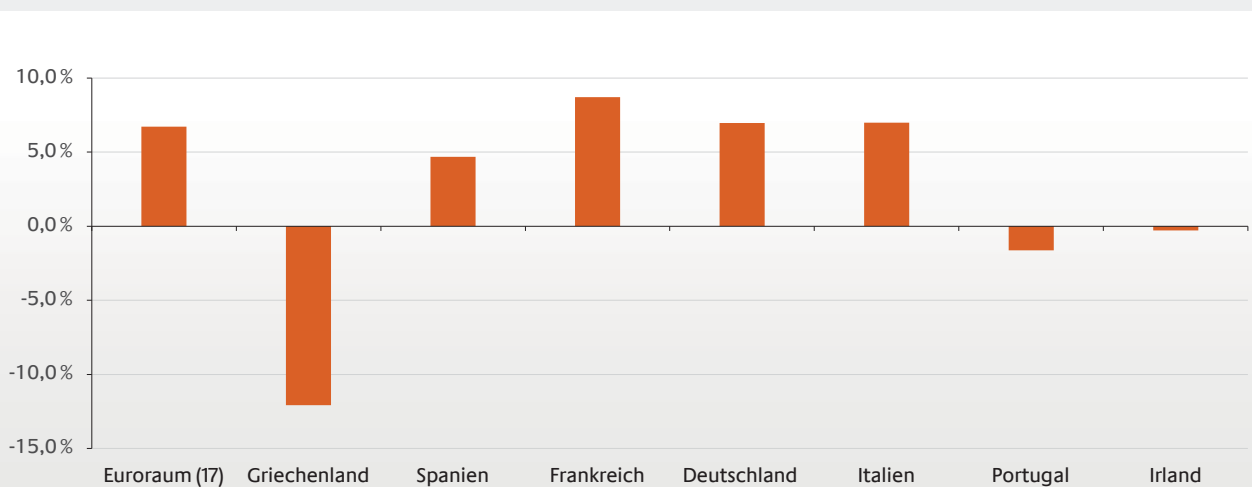
WIRTSCHAFTS-, ARBEITSMARKT- UND HAUSHALTSLAGE IN DEN LÄNDERN DES EURORAUMS

keitsentwicklung (vergleiche Abbildung 8). Während in Deutschland die Arbeitslosenquote in den vergangenen Jahren sogar gesunken ist und derzeit im historischen Vergleich nach der internationalen Berechnungsmethode bei sehr niedrigen 5% liegt, war in vielen Ländern ein sehr starker Anstieg der Arbeitslosigkeit zu beobachten. Die höchsten Arbeitslosenquoten verzeichnen aktuell Griechenland mit 27% und Spanien mit 26,7%. In beiden Ländern hat sich die Arbeitslosenquote jedoch im Laufe des Jahres 2013 stabilisiert; der Anstieg der Arbeitslosigkeit scheint beendet. Bemerkenswert ist, dass Irland und Portugal – zwei Länder, die stark von der Wirtschaftskrise betroffen waren – die Trendwende in der Arbeitslosigkeitsentwicklung bereits geschafft haben. In Irland sinkt die Arbeitslosenquote seit Anfang 2012 und lag zuletzt nur noch ½ Prozentpunkt über dem Durchschnitt des Euroraums. Die Beschäftigung in Irland verzeichnet – mit einem Zuwachs von 3,2% im 3. Quartal 2013 im Vergleich zum Vorjahr – wieder deutliches Wachstum. Auch in Portugal und Spanien ist die Beschäftigung im Privatsektor und insbesondere in der Exportwirtschaft zuletzt wieder gewachsen.

In vielen Ländern ist nach dem Anstieg der Arbeitslosigkeit mit Zeitverzögerung auch der Anteil der Langzeitarbeitslosen stark gestiegen. Beispielsweise sind in Griechenland, Irland und Portugal über die Hälfte der Arbeitslosen mehr als ein Jahr arbeitslos. Damit besteht eine zunehmende Gefahr der Ausweitung der strukturellen Arbeitslosigkeit und, damit verbunden, eines Rückgangs des Potenzialwachstums. Zudem ist die Jugendarbeitslosenquote in vielen Ländern stark gestiegen und mancherorts rund doppelt so hoch wie die die reguläre Arbeitslosenquote.²

² Bei der Interpretation der Jugendarbeitslosenquote ist zu beachten, dass diese den Anteil der Arbeitslosen an der Erwerbsbevölkerung in der Altersgruppe der 15 bis 24-Jährigen darstellt. Ein Großteil der Jugendlichen (z. B. Schüler, Studenten) ist allerdings nicht Teil der Erwerbsbevölkerung. Betrachtet man den Anteil der arbeitslosen Jugendlichen an allen Jugendlichen, ergeben sich deutlich geringere Quoten. Insofern wäre es nicht korrekt, aus Jugendarbeitslosenquoten von 50% zu schlussfolgern, dass jeder zweite Jugendliche arbeitslos sei.

Abbildung 9: Lohnkosten pro Stunde 2009 bis 2012 in %



Quelle: Eurostat-Index der Lohnkosten pro Stunde in der gewerblichen Wirtschaft, Wachstum von 2009 bis 2012.

Analysen und Berichte

WIRTSCHAFTS-, ARBEITSMARKT- UND HAUSHALTSLAGE IN DEN LÄNDERN DES EURORAUMS

Die Lohnkosten sind in den vergangenen Jahren in den stärker von der Krise betroffenen Ländern tendenziell schwächer gestiegen als in den weniger stark betroffenen Ländern (vergleiche Abbildung 9). Am deutlichsten ist dies in Griechenland: Die Lohnkosten pro Stunde in der gewerblichen Wirtschaft sind dort zwischen 2009 und 2012 um 12 % gesunken, während sie im Euroraum im Durchschnitt um 7 % gestiegen sind. Auch in Portugal sind die Lohnkosten signifikant gefallen. Die schwächere Lohnentwicklung unterstützt in den stärker von der Krise betroffenen Ländern die Wiedergewinnung der Wettbewerbsfähigkeit dieser Länder, da sie die Kostensituation von Unternehmen verbessert. Sie hilft auch bei der in vielen Mitgliedstaaten notwendigen Umorientierung zugunsten einer stärkeren Exportorientierung der Wirtschaft. Zudem wirkt sie über eine Stärkung der Arbeitsnachfrage dem Anstieg der Arbeitslosigkeit entgegen. Darüber hinaus hängt die Wettbewerbsfähigkeit auch von der Produktivitätsentwicklung ab. Strukturreformen können die Produktivität steigern und so die Wettbewerbsfähigkeit verbessern.

5 Fazit

Der Euroraum hat deutliche Fortschritte bei der Überwindung der Finanz- und Wirtschaftskrise gemacht. Die Wirtschafts- und Finanzlage hat sich spürbar verbessert und die Rezession im Euroraum wurde überwunden. Beim Abbau der Staatsdefizite und bei der Wiedergewinnung von

Wettbewerbsfähigkeit wurden substanzielle Fortschritte gemacht. Verlorengewonnenes Vertrauen wurde so zurückgewonnen. Die Lage an den Arbeitsmärkten ist allerdings in vielen Ländern nach wie vor angespannt und birgt Risiken für die längerfristigen Wachstumsperspektiven. Es entspricht dem üblichen Konjunkturmuster, dass der Arbeitsmarkt erst mit Verzögerung auf die Wirtschaftsentwicklung reagiert. Gleichzeitig ist zu beachten, dass viele Mitgliedstaaten tiefgreifende Anpassungsprozesse durchlaufen, sodass der übliche Konjunkturverlauf aktuell nur bedingt auf den Euroraum übertragbar ist.

Die Entwicklung des Euroraums zeigt, dass die eingeschlagene Strategie zur Überwindung der Krise wirksam ist. Insbesondere war es zentral, an den fundamentalen Krisenursachen anzusetzen und keine scheinbar einfachen, an den Symptomen ansetzenden Lösungen zu verfolgen. Die Rettungsschirme haben im Sinne einer Brückenfunktion den betroffenen Mitgliedstaaten die Ergreifung der erforderlichen Anpassungsmaßnahmen ermöglicht. Gleichzeitig sorgt die Intensivierung der finanz- und wirtschaftspolitischen Überwachung dafür, dass auch Mitgliedstaaten außerhalb von Anpassungsprogrammen die Implikationen ihrer Finanz- und Wirtschaftspolitik für die Währungsunion einbeziehen müssen. Unter dem durch die Krise entstandenen Druck ist in vielen Volkswirtschaften, und auch im Euroraum und der EU als Ganzes, ein erheblicher Modernisierungsprozess eingeleitet worden. Mittelfristig erhöht dieser Prozess die Dynamik und Leistungsfähigkeit der gesamten Volkswirtschaft, baut die Position Europas im globalen Wettbewerb aus und fördert langfristig Wohlstand und Stabilität.

Wettbewerbsfähigkeit im Euroraum – Fortschritte und Herausforderungen

Wie können in Zukunft übermäßige makroökonomische Ungleichgewichte verhindert und nachhaltiges Wirtschaftswachstum generiert werden?

- Makroökonomische und strukturelle Indikatoren zeigen, dass die Wettbewerbsfähigkeit der von der Krise besonders betroffenen Länder erkennbar zugenommen hat.
- Die umgesetzten Strukturreformen wirken; dies sollte alle Länder des Euroraums ermutigen, im globalen Vergleich bestehende Reformdefizite bei der Stärkung von Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit weiter zu reduzieren.
- Dies erfordert neben einer soliden statistischen Basis zur Messung von Reformdefiziten eine höhere Verbindlichkeit der wirtschaftspolitischen Koordinierung innerhalb des Euroraums.

1	Einleitung.....	17
2	Grundlagen für Wettbewerbsfähigkeit.....	18
2.1	Allgemeine Vorbemerkungen.....	18
2.2	Arbeitsmärkte.....	19
2.3	Produktmärkte.....	19
2.4	Rechtliche Rahmenbedingungen.....	20
3	Empirische Bestandsaufnahme.....	20
3.1	Konvergenz der Lohnstückkosten.....	20
3.2	Makroökonomische und strukturelle Konvergenz.....	21
3.3	Der Euroraum im globalen Kontext.....	26
3.4	Ergebnisse und weitere Herausforderungen.....	27
4	Reformbedarf und -empfehlungen.....	27
4.1	Institutioneller Rahmen für die Währungsunion.....	27
4.2	Statistische Indikatoren.....	28
5	Fazit.....	29

1 Einleitung

Die ersten Jahre nach Gründung des Euroraums waren gekennzeichnet durch divergierende Trends bei der Wettbewerbsfähigkeit der Mitgliedstaaten. Die Ursachen dafür lagen, je nach Land, in einer exzessiven Finanz- oder Lohnpolitik und fehlenden strukturellen Reformen. Insgesamt hat diese Entwicklung maßgeblich zur

Entstehung erheblicher makroökonomischer Ungleichgewichte und der Staatsschuldenkrise beigetragen.

Ein Kurswechsel der Finanz- und Wirtschaftspolitik der betroffenen Mitgliedstaaten war zwingend notwendig. Der Schwerpunkt der derzeitigen Anpassungspolitik liegt dabei auf kurzfristigen preislichen Anpassungen, einer nachhaltigen Konsolidierung der Staatshaushalte und

Analysen und Berichte

WETTBEWERBSFÄHIGKEIT IM EURORAUM – FORTSCHRITTE UND HERAUSFORDERUNGEN

tiefgreifenden Strukturreformen. Inzwischen haben insbesondere die Krisenländer wichtige Reformen angestoßen und umgesetzt. Es bedarf hier jedoch weiterer Anstrengungen zur dauerhaften Absicherung der Reformerfolge, auch im Hinblick auf einen starken Euroraum im globalen Kontext.

Nicht zuletzt vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, wie die Staaten des Euroraums zukünftig strukturelle Fehlentwicklungen und große makroökonomische Ungleichgewichte vermeiden wollen, um einem Verlust an internationaler Wettbewerbsfähigkeit vorzubeugen und nachhaltiges Wirtschaftswachstum zu generieren.

Im Folgenden wird zunächst die Bedeutung von Wettbewerbsfähigkeit in einer Währungsunion (Abschnitt 2) erläutert. Anschließend erfolgt mittels ausgewählter Indikatoren eine empirische Bestandsaufnahme der Wettbewerbsfähigkeit verschiedener Länder des Euroraums (Abschnitt 3). Daraus ergibt sich die Frage nach Reformbedarf und entsprechenden Politikempfehlungen sowie deren Umsetzung (Abschnitt 4). Abschnitt 5 fasst die Ergebnisse zusammen und präsentiert ein Fazit.

2 Grundlagen für Wettbewerbsfähigkeit

2.1 Allgemeine Vorbemerkungen

Das Konzept der Wettbewerbsfähigkeit beschreibt die Fähigkeit eines Landes, Wachstum und hohe Beschäftigung zu realisieren ohne Leistungsbilanzprobleme in Kauf zu nehmen, d. h. ohne dauerhaft über seine Verhältnisse zu leben. Dazu müssen Unternehmen in der Lage sein, auf Weltmärkten ihre Produkte zu konkurrenzfähigen Preisen anbieten zu können (preisliche Wettbewerbsfähigkeit). Ein weiter gefasster Begriff von Wettbewerbsfähigkeit, der hier ebenfalls berücksichtigt wird, bezieht rechtliche und institutionelle

Rahmenbedingungen ein, weil sie bestimmende Faktoren der Funktions- und Anpassungsfähigkeit von Märkten sind und damit die Effizienz der volkswirtschaftlichen Ressourcenallokation beeinflussen (nicht-preisliche Wettbewerbsfähigkeit).

Wettbewerbsfähigkeit gründet in der Währungsunion allerdings auf weiteren wesentlichen Voraussetzungen. Vor allem muss der Verlust des Wechselkursinstruments zur Leistungsbilanzkorrektur innerhalb der Währungsunion durch entsprechende Lohn- und Preisflexibilisierung kompensiert werden, um strukturelle Fehlentwicklungen und die Entstehung makroökonomischer Ungleichgewichte zu vermeiden. Auch können Wachstum und steigender Wohlstand nur durch hohe Produktivität und effiziente Institutionen gewährleistet werden. Deshalb ist neben der rein preislichen Wettbewerbsfähigkeit die Effizienz von Arbeits- und Produktmärkten sowie von institutionellen und rechtlichen Rahmenbedingungen essenziell für das gute Funktionieren einer Währungsunion. Hinzu kommt: Unter den Bedingungen der Globalisierung, also nicht zuletzt auch wegen des weltweiten Wettbewerbs zwischen Unternehmen und Wirtschaftsstandorten, kommt der Sicherung von Leistungs- und Konkurrenzfähigkeit nicht nur innerhalb des Euroraums, sondern auch im Vergleich mit anderen Ländern eine zunehmende Bedeutung zu.

In den Jahren nach der Euro-Einführung wurde dem Problem währungsraum-interner Divergenzen bei der Wettbewerbsfähigkeit lange Zeit keine große Bedeutung zugeschrieben. Da klassische Währungskrisen nunmehr unmöglich waren, legte die Wirtschaftspolitik vieler Länder geringen Wert auf die Vermeidung interner makroökonomischer Ungleichgewichte. Stattdessen beschäftigte man sich mit der aggregierten Euroraum-Position gegenüber dem Rest der Welt. Darüber hinaus schienen die aus Überschussländern importierten Ersparnisse

Analysen und Berichte

WETTBEWERBSFÄHIGKEIT IM EURORAUM – FORTSCHRITTE UND HERAUSFORDERUNGEN

den Bevölkerungen der Defizitländer schnell steigende Lebensstandards und den Kapitalgebern verlockende Renditen zu versprechen. Diese Fehleinschätzung wurde seit Beginn der 2000er Jahre von einer zu starken Nivellierung der Risikoprämien an den Finanzmärkten des Euroraums begleitet und führte insbesondere in den Peripherieländern zu steigenden öffentlichen und privaten Verschuldungsquoten. Diese strukturellen Fehlentwicklungen schufen die Voraussetzungen für das Entstehen von großen internen Leistungsbilanzungleichgewichten. Fiskalische, politische und andere Fehlanreize verursachten zusätzliche Verzerrungen von nationalen Spar- und Investitionsquoten und generierten damit nicht mehr tragfähige makroökonomische Finanzierungssalden. Besonders deutlich wurde dies durch den Aufbau von enormen Überkapazitäten in den Bau- beziehungsweise Finanzsektoren einiger Mitgliedstaaten und die Entkoppelung der Lohn- von der Produktivitätsentwicklung. Insgesamt führte dies zu einem erheblichen Verlust an preislicher und nicht-preislicher internationaler Wettbewerbsfähigkeit und so zu einem Mangel an nachhaltigem Wirtschaftswachstum.

2.2 Arbeitsmärkte

In Ermangelung des Wechselkursinstruments erfordert die Gewährleistung von wirtschaftlicher Wettbewerbsfähigkeit ein Mindestmaß an Flexibilität bei der Lohnbildung, damit Lohn- und Preisanpassungen schnell genug erfolgen und ausreichende Kostendifferenzierungen nach Regionen, Branchen und Unternehmen entstehen können. Nur so können interne und externe Ungleichgewichte schnell korrigiert werden.

Das kann z. B. durch dezentrale Lohnfindung erreicht werden. Weitere wichtige Elemente einer auf Steigerung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit ausgerichteten Politik sind das Senken exzessiver Kündigungsbarrieren und zu hoher und zu starrer Mindestlöhne, eine

beschäftigungsorientierte Lohnentwicklung sowie die Abschaffung von Lohnindexierung. Anpassungen beim effektiven Renteneintrittsalter und die Abschaffung von Frühverrentungsprogrammen können zur Senkung der Abgabenlast beitragen. In vielen Ländern sind sie ohnehin aufgrund einer ungünstigen demografischen Entwicklung erforderlich. Die Arbeitsmarktpolitik sollte die aktive Stellensuche unterstützen und langer Verweildauer in der Arbeitslosigkeit entgegenwirken. Kooperatives Verhalten der Tarifpartner ist ein Faktor, der zur Flexibilität beitragen und unnötige, mit hohen Kosten verbundene Konflikte vermeiden helfen kann.

2.3 Produktmärkte

Ein funktionierender Wettbewerb auf Güter- und Dienstleistungsmärkten ist aus zwei Gründen erforderlich: Zum einen setzt preisliche Wettbewerbsfähigkeit voraus, dass die Anpassungstransmission von Löhnen zu Preisen funktioniert. Zum anderen erhöht Wettbewerb das Innovationstempo, verbessert die Produktqualität, erschließt neue Märkte für existierende und neue Produkte und generiert positive Wohlfahrtseffekte. Auch die Senkung von Marktzutritts- und -austrittsbarrieren, z. B. in durch Regulierungen geschützten Wirtschaftsbereichen, begünstigt Produktivität, Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit. Wichtig im Hinblick auf Innovationsfähigkeit ist außerdem die Verfügbarkeit von neuen Technologien beziehungsweise die Fähigkeit diese zu absorbieren. Die Bildungs- und Ausbildungspolitik kann in diesem Kontext durch bessere Verzahnung von Theorie und Praxis (z. B. durch Einführung dualer Berufsausbildung) und durch praxisnahe Studiengänge einen Beitrag leisten. Durch Förderung von Forschung und Entwicklung sollte es ermöglicht werden, vorhandene Technologien besser zur Anwendung zu bringen und neue zu entwickeln. Ein effizientes Finanzsystem und unbürokratische staatliche Regelungen können zur Finanzierung und Beschleunigung von Unternehmensgründungen beitragen.

Analysen und Berichte

WETTBEWERBSFÄHIGKEIT IM EURORAUM – FORTSCHRITTE UND HERAUSFORDERUNGEN

Wettbewerbsfähigkeit am Produktmarkt erfordert darüber hinaus die Fähigkeit, Waren und Dienstleistungen schnell, unbürokratisch und mit möglichst geringem Kostenaufwand über Grenzen zu transportieren. Zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit zählen deshalb auch Anstrengungen in den Bereichen Reduzierung von Handelsbürokratie und Verbesserung des Exportmarketings.

2.4 Rechtliche Rahmenbedingungen

Günstige Rahmenbedingungen und effiziente Institutionen sind Voraussetzung für mehr in- und ausländische Investitionen. Rechtsprechung und Regulierung stellen einerseits einen wichtigen Kostenfaktor für die Gesellschaft und Wirtschaft eines Landes dar, ermöglichen andererseits bei entsprechender Ausgestaltung wohlfahrtsmaximierenden Wettbewerb. Das Rechtssystem z. B. sollte geistige und andere Eigentumsrechte schützen. Hohe Rechtssicherheit erfordert u. a. maximale Unabhängigkeit von Gerichten gegenüber der Politik und von Interessengruppen sowie eine zügige und vorhersehbare Rechtsprechung.

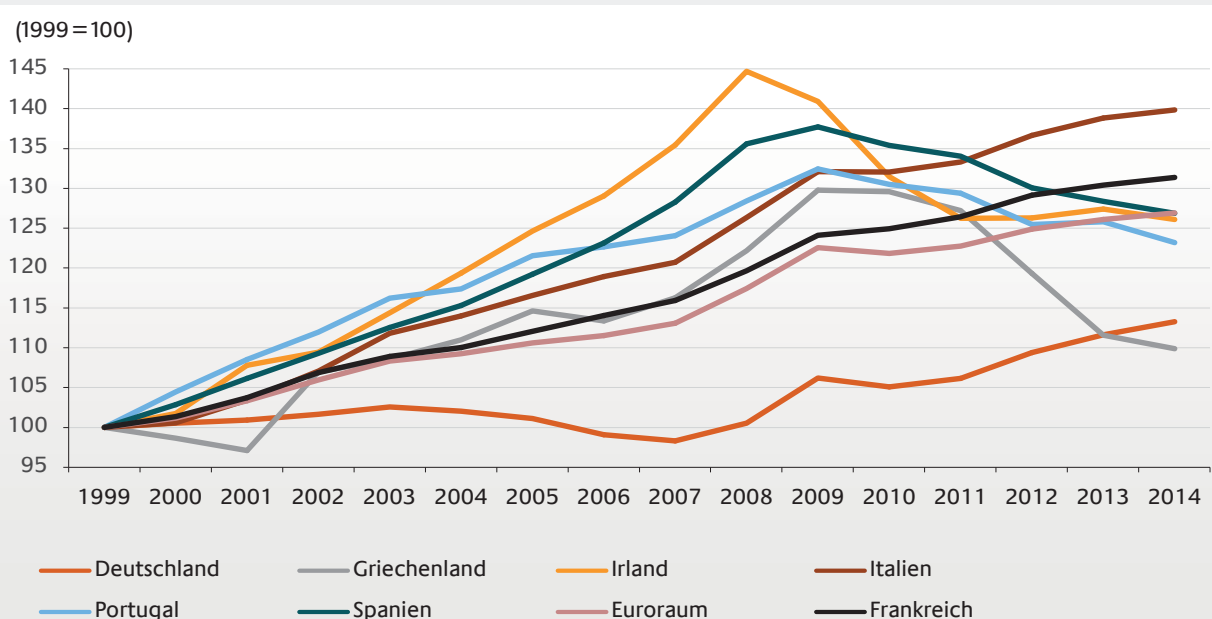
Bekämpfung von Korruption beseitigt die Fehlallokation von Ressourcen und stärkt das Vertrauen in die heimische Wirtschaft. Wettbewerbspolitik schützt den freien Zugang zu Märkten. Insgesamt sollten Belastung und Unsicherheit aufgrund von staatlicher Regulierung gering gehalten und Investorenrechte geschützt werden.

3 Empirische Bestandsaufnahme

3.1 Konvergenz der Lohnstückkosten

Für den internationalen Vergleich ausgewählter Länder des Euroraums zur preislichen Wettbewerbsfähigkeit werden üblicherweise nominale Lohnstückkosten in nationaler Währung zugrunde gelegt. Die in Abbildung 1 verwendeten Daten stammen aus der EU-Ameco-Datenbank und sind indiziert mit dem Basisjahr 1999 und enthalten für die Jahre 2013 und 2014 die Werte der Herbstprognose der Europäischen Kommission. Abbildung 1 zeigt zunächst ein Auseinanderdriften der

Abbildung 1: Nominale Lohnstückkosten (Index)



Quelle: Ameco-Datenbank der EU-Kommission, Herbstprognose 2013.

Analysen und Berichte

WETTBEWERBSFÄHIGKEIT IM EURORAUM – FORTSCHRITTE UND HERAUSFORDERUNGEN

preislichen Wettbewerbsfähigkeit zwischen Deutschland und den aktuellen Krisenländern Griechenland, Portugal, Spanien und Irland sowie Italien und Frankreich in der Phase von der Euroeinführung bis zum Jahr 2008. Es zeigt sich aber auch, dass einige Länder in der Zeit danach erhebliche Fortschritte bei der Reduzierung der Lohnstückkosten gemacht haben. Dies gilt insbesondere für Irland und Griechenland, aber auch für Portugal und Spanien. Die Daten zeigen allerdings für Italien und Frankreich fortbestehenden Anpassungsbedarf, der sich auch in der Prognose für 2014 widerspiegelt. Aufgrund der positiven Entwicklung am Arbeitsmarkt und der Einkommen ist seit 2007 auch in Deutschland ein steigender Trend bei den Lohnstückkosten zu beobachten, der die relative Anpassung innerhalb des Euroraums erheblich unterstützt beziehungsweise verstärkt hat.

3.2 Makroökonomische und strukturelle Konvergenz

Die Reformanstrengungen in den Krisenländern zeigen nicht nur bei der preislichen Wettbewerbsfähigkeit Fortschritte, sondern auch bei der makroökonomischen und strukturellen Konvergenz. Darunter fällt neben dem durch Senkung von Lohnstückkosten und Fortschritten in der Haushaltskonsolidierung eingeleiteten Abbau von Leistungsbilanzungleichgewichten eine allgemeine strukturelle Reformdynamik in den Krisenländern. Trotz bereits erzielter Fortschritte bedarf es hier jedoch nach wie vor weiterer Anstrengungen zur Rückführung bestehender Reformdefizite. Studien von Weltbank (Doing Business) oder World Economic Forum (Global Competitiveness Report) zeigen insbesondere für diese Länder

Tabelle 1: Indikatoren der makroökonomischen und strukturellen Konvergenz

	Konvergenzkriterium			Reformdynamik	
	Extern	Fiskalisch	Arbeitskosten	2008/2009	2011/2012
	0 bis 10, 10 = am besten			0 bis 1, 1 = am besten	
Griechenland	6,8	9,6	8,3	0,22	0,92
Irland	8,7	5,6	8,4	0,20	0,82
Italien	4,4	6,5	2,5	0,20	0,55
Portugal	7,1	6,7	5,3	0,23	0,77
Spanien	7,6	6,5	5,7	0,11	0,70
Euroraum	4,3	5,0	2,5	0,18	0,47

Quelle: Euro Plus Monitor 2013, Berenberg/Lisbon Council, Dezember 2013, Adjustment Progress Indicator (Spalten 1-3), OECD Reform Responsiveness Rate Indicator (Spalten 4 und 5).

Methodologie zu Tabelle 1 (Spalten 1 bis 3)

1. Externe Anpassung

- 1.1 Veränderung der Nettoexporte in % des BIP zweites Halbjahr 2007 bis zweites Quartal 2013
- 1.2 Veränderung der Nettoexporte zweites Halbjahr 2007 bis zweites Quartal 2013 in % des Ausgangsniveaus
- 1.3 Anstieg der Exportquote, in % des BIP zweites Halbjahr 2007 bis zweites Quartal 2013

2. Fiskalische Anpassung

- 2.1 Veränderung des Primärsaldos 2009 bis 2013
- 2.2 Haushaltsanpassung 2009 bis 2013 in % der Anpassung, die bis 2020 benötigt wird, um bis 2030 eine Schuldenquote von 60 % zu erreichen (mit Demographiefaktor)

3. Anpassung der Arbeitskosten

- 3.1 Kumulative Veränderung der realen Lohnstückkosten, 2009 bis 2013, in %
- 3.2 Kumulative Veränderung der nominalen Lohnstückkosten, 2009 bis 2013, in %

Analysen und Berichte

WETTBEWERBSFÄHIGKEIT IM EURORAUM – FORTSCHRITTE UND HERAUSFORDERUNGEN

in verschiedenen Bereichen bestehenden Handlungsbedarf deutlich auf.

Im Gegensatz zur preislichen Wettbewerbsfähigkeit ist die Konvergenz bei strukturellen beziehungsweise institutionellen Faktoren relativ schwer zu messen.

Durchgreifende Strukturreformen zeigen häufig erst nach einigen Jahren ihre volle Wirkung, während erste makroökonomische Anpassungserfolge schneller erkennbar werden.

Deshalb werden in der empirischen Diskussion über Reformfortschritte verschiedene Dynamikindikatoren verwendet, die vor allem Auskunft über relative Anpassungserfolge in makroökonomischen und institutionellen Bereichen geben. Berücksichtigt werden dabei die Unterschiede in den Ausgangspositionen der betroffenen Länder, weshalb die Ergebnisse und Rangfolgen in Tabelle 1 mit Vorsicht zu interpretieren sind („wer weiter zurückliegt, kann mehr aufholen“). Die in den Spalten 1 bis 3 präsentierten Sammelindikatoren der Berenberg Bank beurteilen bestimmte Konvergenzkriterien auf einer Skala von 0 bis 10 (10 = am besten). Diese Kriterien beziehen sich auf kumulative Veränderungen bei Leistungsbilanz (Spalte 1), Haushaltsdefizit beziehungsweise Gesamtverschuldung (Spalte 2), und Arbeitskosten (Spalte 3) in verschiedenen statistischen Abgrenzungen. Der Reform Responsiveness Rate Indicator der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) (Spalten 4 und 5) basiert auf einem „scoring system“, in dem Politikempfehlungen der OECD aus dem Vorjahr den Wert 1 annehmen, wenn „signifikante“ Maßnahmen zu deren Umsetzung ergriffen worden sind, und den Wert 0, wenn nicht. Das Gesamtergebnis misst den Durchschnitt über eine Vielzahl von Empfehlungen in verschiedenen Politikfeldern.

Die Indikatoren verdeutlichen, dass Griechenland – ausgehend von einem vergleichsweise niedrigen Niveau – in den vergangenen Jahren eine gesteigerte

Reformdynamik entwickelt hat. Dies gilt, je nach Anpassungskriterium, in ähnlicher Form für Irland, Portugal und Spanien.

Konsolidierung der öffentlichen Finanzen

Griechenland zeichnet sich insbesondere durch eine eindrucksvolle fiskalische Anpassung aus. Griechenland hat ein Defizit von über 15 % des BIP seit 2009 spürbar reduziert und wird laut Kommissionsprognose im Jahr 2014 erstmals seit mehr als einer Dekade den 3%-Referenzwert des Stabilitäts- und Wachstumspaktes unterschreiten. Im Jahr 2013 wird das Defizit allerdings, vor allem bedingt durch Maßnahmen zur Bankenrekapitalisierung, bei 13,5 % des BIP erwartet. Ohne Einbeziehung derartiger Einmalfaktoren würde das Defizit 2013 bei rund 4 % des BIP liegen (vergleiche Abbildung 2). Der Primärsaldo, bei dem die Zinsausgaben nicht berücksichtigt werden, wird laut Prognose der EU-Kommission 2013 in etwa ausgeglichen sein.

Die Konsolidierung wird begleitet und ermöglicht durch weitreichende Struktur-reformen. So hat Griechenland zwischen 2009 und 2012 eine Rentenreform umgesetzt, die Gesundheitsausgaben gebremst, ein ausgaben-senkendes System der einheitlichen Besoldung eingeführt und die kommunale Selbstverwaltung reformiert. Hinzu kommen weitere Kürzungen von Ausgaben, Steuererhöhungen und die Bekämpfung des Steuerbetrugs.

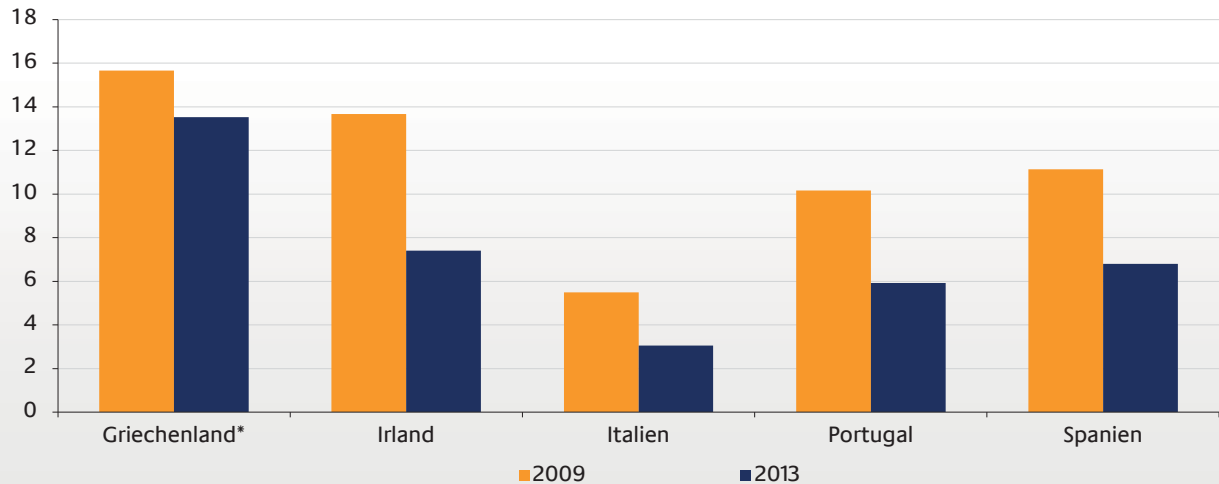
Spanien hat neben einer Vielzahl anderer Maßnahmen das Renteneintrittsalter erhöht, laufende Ausgaben und Subventionen gekürzt, eine Schuldenbremse eingeführt und Beamtengehälter eingefroren. Hinzu kommen u. a. Erhöhungen der Mehrwert- und Einkommensteuer sowie ein Wegfall von steuerlichen Erleichterungen und Absetzbarkeiten.

Portugal hat z. B. Renten eingefroren sowie Pensionen, Gehälter und Zulagen im öffentlichen Dienst effektiv gekürzt. Auch

Analysen und Berichte

WETTBEWERBSFÄHIGKEIT IM EURORAUM – FORTSCHRITTE UND HERAUSFORDERUNGEN

Abbildung 2: Gesamtstaatliches Finanzierungsdefizit in % des BIP



* Das Defizit Griechenlands im Jahr 2013 enthält Aufwendungen für Bankenrekapitalisierungen im Volumen von 10,6% des BIP.

Quelle: Ameco-Datenbank der EU-Kommission, Herbstprognose 2013.

dort wurden Kürzungsmaßnahmen durch Erhöhungen diverser Steuern und Abgaben flankiert. Irland und Italien haben ebenfalls Konsolidierungsfortschritte erzielt.

Verbesserung der externen Anpassungsfähigkeit

Im Bereich Arbeits- und Produktmärkte hat Griechenland Maßnahmen zur Deregulierung, Liberalisierung und zum Bürokratieabbau ergriffen, die von Mindestlohnsenkungen sowie einem Einfrieren von Nominallöhnen begleitet wurden. Die Lohnfindung wurde auf die betriebliche Ebene verlagert und damit weitgehend dezentralisiert.

2009 wies Griechenland noch ein Leistungsbilanzdefizit von 14,4% des BIP aus, welches bis Ende 2013 auf 2,3% des BIP reduziert werden wird (siehe Abbildung 3).

Spanien hat seine Wettbewerbsfähigkeit durch Instrumente wie Arbeitsmarktflexibilisierung, Vereinfachung von Unternehmensgründungen und bürokratische Erleichterungen bei der

Abwicklung von Importen und Insolvenzen verbessert.

Portugal hat neben der Reduktion von Urlaubs- und Feiertagen, der Dezentralisierung der Lohnfindung und verschiedenen Maßnahmen im Bereich Wettbewerbspolitik auch den Ausbau und die Verbesserung von Forschung, Entwicklung und Innovation in Angriff genommen. Irland hat die Lohnflexibilität erhöht und Wettbewerbsbeschränkungen in verschiedenen Sektoren reduziert.

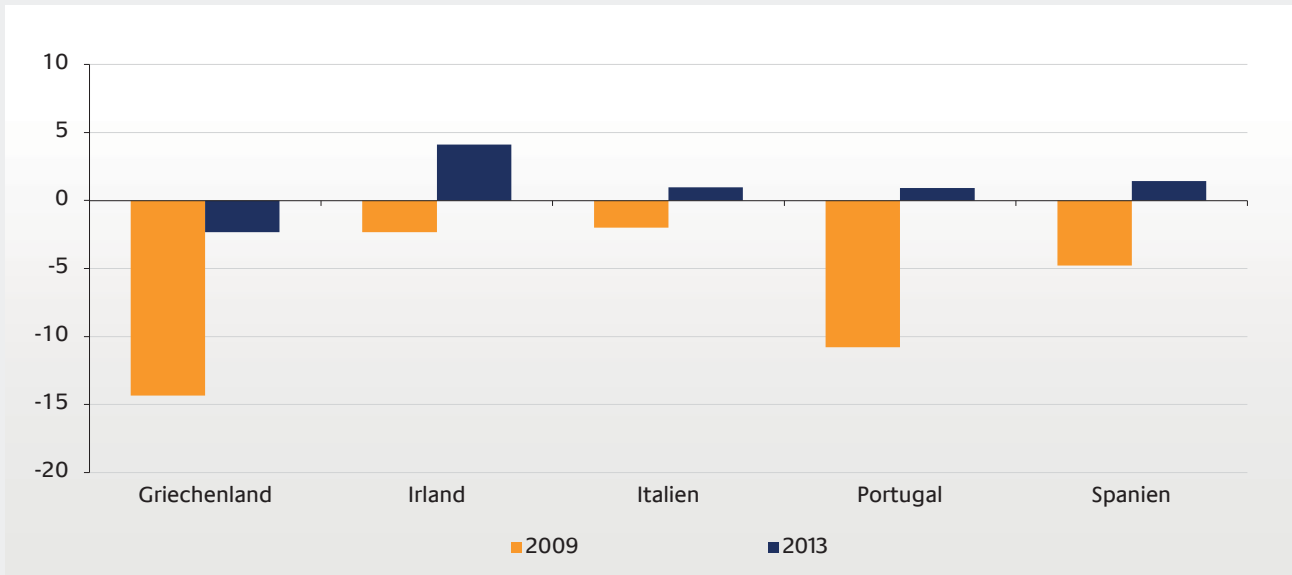
Auch der externe Anpassungsprozess in Irland, Portugal, Spanien und Griechenland ist bisher sehr erfolgreich verlaufen. Für alle angesprochenen Länder, insbesondere Irland, erwartet die EU in diesem Jahr zum Teil signifikante Überschüsse oder nur noch begrenzte Defizite in der Leistungsbilanz.

Somit ergibt sich insbesondere für die am schwersten von der Krise betroffenen Länder ein positiver Gesamteindruck der bereits eingeleiteten oder umgesetzten Reformmaßnahmen. Diese Fortschritte

Analysen und Berichte

WETTBEWERBSFÄHIGKEIT IM EURORAUM – FORTSCHRITTE UND HERAUSFORDERUNGEN

Abbildung 3: Leistungsbilanzsaldo
in % des BIP



Quelle: Ameco-Datenbank der EU-Kommission, Herbstprognose 2013.

müssen allerdings vor dem Hintergrund nach wie vor bestehender Defizite gesehen werden. Tabelle 2 zeichnet ein Zustandsbild für die drei Bereiche Arbeitsmarkt, Produktmarkt und öffentliche Institutionen. Die

drei synthetischen Indikatoren setzen sich jeweils zusammen aus einer Vielzahl von Komponenten (siehe World Competitiveness Report für eine Zusammenstellung).

Tabelle 2: Indikatoren der institutionellen Wettbewerbsfähigkeit

	Effizienz des Arbeitsmarkts	Effizienz des Produktmarkts	Effizienz öffentlicher Institutionen	Mittelwert Spalten 1 bis 3
	0 bis 7, 7 = am besten			
Frankreich	4,3	4,4	4,7	4,5
Deutschland	4,6	4,9	5,3	4,9
Griechenland	3,8	3,9	3,4	3,7
Irland	4,9	5,2	5,3	5,1
Italien	3,5	4,2	3,4	3,7
Portugal	3,8	4,3	4,3	4,1
Spanien	3,9	4,3	4,0	4,1
Euroraum	4,4	4,7	4,6	4,6
UK	5,4	5,1	5,4	5,3
Schweiz	5,8	5,3	5,7	5,6
USA	5,4	4,9	4,5	4,9
Kanada	5,3	5,0	5,3	5,2
Japan	4,8	5,0	5,2	5,0
Südkorea	4,2	4,7	3,8	4,2

Quelle: World Economic Forum Global Competitiveness Index 2013/14.

Analysen und Berichte

WETTBEWERBSFÄHIGKEIT IM EURORAUM – FORTSCHRITTE UND HERAUSFORDERUNGEN

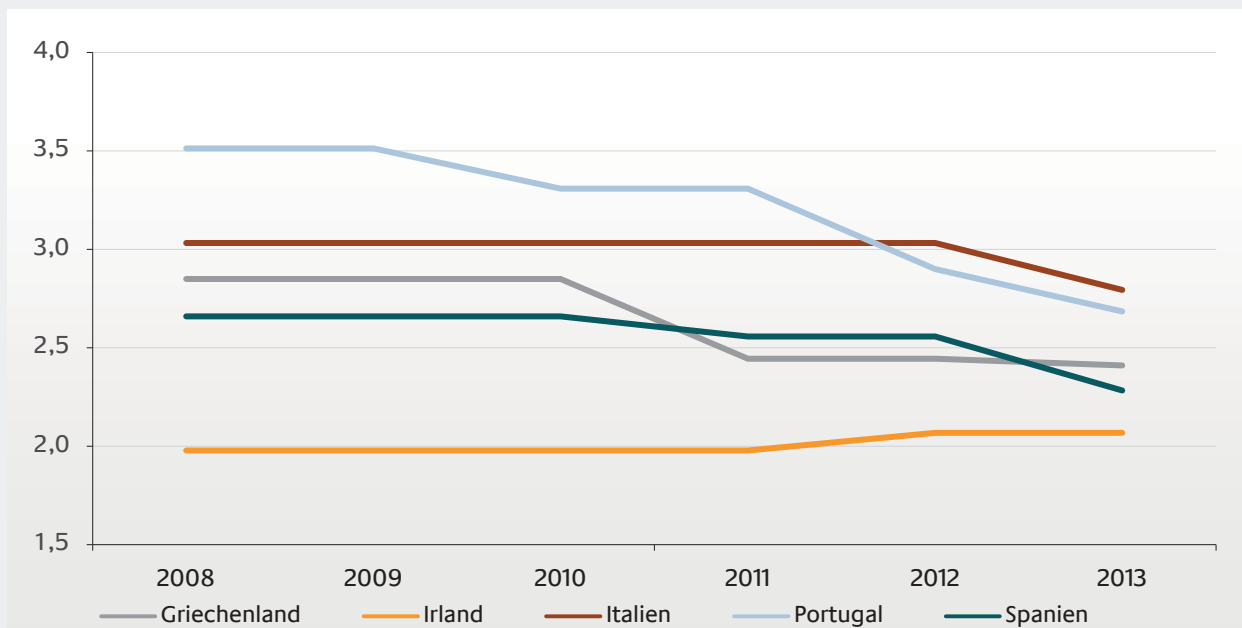
Der die Effizienz des Arbeitsmarkts messende Indikator in Spalte 1 beinhaltet u. a. Kriterien wie Flexibilität der Lohnbildung, Kooperation von Tarifparteien, Einstellungs- und Kündigungsbarrieren oder Qualität der Ressourcennutzung. Er zeigt, dass Griechenland, Italien, Spanien und Portugal nach wie vor unter dem Durchschnitt des Euroraums und wichtiger internationaler Konkurrenten liegen. Lediglich das ebenfalls von der Krise betroffene Irland hat in diesem Bereich positive Rahmenbedingungen bei den Arbeitsmarktinstitutionen vorzuweisen. Der OECD-Arbeitsmarktindikator in Abbildung 4, der die Restriktivität des Arbeitsschutzes misst, zeigt jedoch, dass auch in den anderen Ländern messbare Fortschritte auf dem Weg zu einer flexibleren Arbeitsmarktregulierung erzielt worden sind.

Für die Wettbewerbsfähigkeit ist wichtig, dass die Strukturen und Institutionen des Arbeitsmarkts das Funktionieren des Lohn-Preis-Anpassungsmechanismus und branchenbeziehungsweise unternehmensspezifische

Regelungen ermöglichen. Dies kann – je nach Ausgangslage – von Land zu Land auf unterschiedliche Weise erreicht werden. Details zu wichtigen Elementen wie Lohnflexibilität, Tarifpartnerschaft, Kündigungsschutz und Zeitverträgen finden sich in der Anlage in Tabelle A1.

Der Indikator zur Messung von Produktmarkteffizienz (vergleiche Tabelle 2, Spalte 2) weist Schwächen für Griechenland, Italien, Portugal und Spanien aus. Institutionelle Details sind allerdings auch hier von Bedeutung (vergleiche Tabelle A2): Die hohe Effizienz und die damit verbundene Wettbewerbsintensität haben in Irland die Verbesserung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit erleichtert. Daten zum zeitlichen und finanziellen Aufwand von Unternehmensgründungen – Indikatoren für das Funktionieren einer „start-up“-Kultur – zeigen bei einigen Ländern nach wie vor bestehende Defizite. Berücksichtigt man dabei allerdings die Entwicklung der vergangenen Jahre (vergleiche Abbildung 5), dann werden

Abbildung 4: Indikator für Arbeitsmarktregulierung (0 bis 6, je höher, desto restriktiver)



Quelle: OECD Employment Protection Indicators 2013.

Analysen und Berichte

WETTBEWERBSFÄHIGKEIT IM EURORAUM – FORTSCHRITTE UND HERAUSFORDERUNGEN

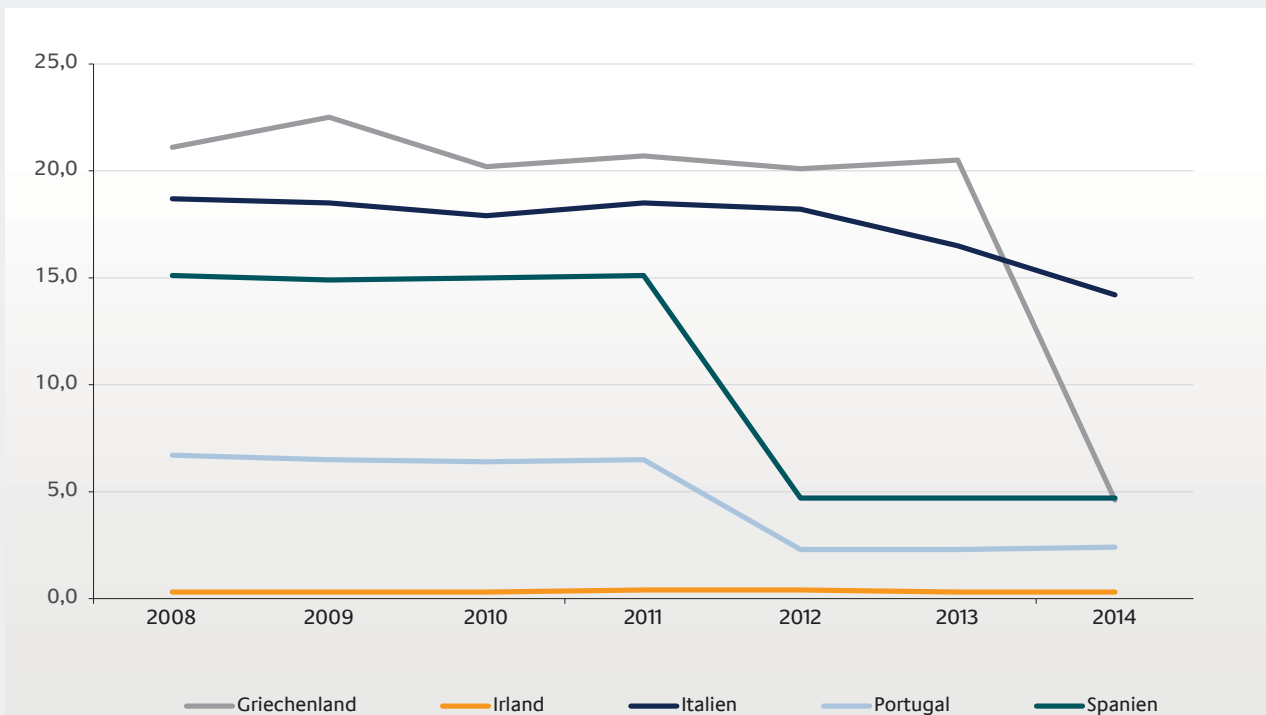
zum Teil erhebliche Fortschritte in diesem Bereich erkennbar.

Auch bei der Effizienz öffentlicher Institutionen (vergleiche Tabelle 2, Spalte 3) zeigen sich große Unterschiede zwischen verschiedenen Ländern des Euroraums. Insgesamt nehmen Deutschland und Irland hier eine führende Rolle ein, während Italien und Griechenland den größten Reformbedarf aufweisen. Auch hier ist der Blick auf einzelne Faktoren hilfreich (vergleiche Tabelle A3): So hat Griechenland in den vergangenen Jahren erkennbare Fortschritte im Bereich Investorenschutz erzielt, weil Transparenzanforderungen stark erhöht wurden (5,3 im Jahr 2014 im Vergleich zu 3,3 im Jahr 2012).

3.3 Der Euroraum im globalen Kontext

Der Vergleich der Euroländer mit wichtigen Industrienationen (siehe Tabelle 2 und Anlagen) zeigt, dass nicht nur Programmländer im globalen Maßstab Reformrückstände aufweisen. Auch in Deutschland besteht danach Reformbedarf in einigen Bereichen, wie Vergleiche mit der Schweiz, den USA und Kanada zeigen. Europa muss sich an positiven Beispielen orientieren, um beispielsweise übermäßige Regulierung abzubauen oder Unternehmensgründungen zu erleichtern. Die Schweiz zeichnet sich aus durch einen sehr flexiblen Arbeitsmarkt, eine unabhängige Justiz und geringe Korruption, eine niedrige Regulierungsdichte

Abbildung 5: Kosten von Unternehmensgründungen in % des BIP pro Kopf



Quelle: World Bank Doing Business 2014.

Analysen und Berichte

WETTBEWERBSFÄHIGKEIT IM EURORAUM – FORTSCHRITTE UND HERAUSFORDERUNGEN

und ein leistungsfähiges Finanzsystem. Beim Investorenschutz oder bei der Erleichterung von Unternehmensgründungen schneiden die USA und Kanada im internationalen Vergleich besonders gut ab. Südkorea ist in den Bereichen Technologiepolitik und Beschleunigung von Unternehmensgründungen vergleichsweise erfolgreich.

Aus dem globalen Vergleich ergibt sich auch, dass die Krisenländer des Euroraums nicht zwangsläufig ein bestimmtes Wirtschaftsmodell „kopieren“ sollten, das hohe Wettbewerbsfähigkeit und wirtschaftlichen Erfolg verspricht. Die betroffenen Länder verfügen über spezifische, nicht voll ausgeschöpfte Potenziale. Es könnte deshalb sinnvoll sein, diese komparativen Vorteile z. B. im Bereich Dienstleistungen neu zu entdecken und zu beleben beziehungsweise weiterzuentwickeln, anstatt beispielsweise ein stark industriell orientiertes Modell zu kopieren. Dabei kann z. B. der Tourismus eine wichtige Rolle spielen.

3.4 Ergebnisse und weitere Herausforderungen

Zusammenfassend bestätigen die Indikatoren, dass je nach Land und Ausgangslage ein mehr oder weniger großer Anpassungsfortschritt erzielt worden ist. Dies ist das Ergebnis der eingeschlagenen Strategie tiefgreifender Strukturreformen und nachhaltiger Konsolidierung der öffentlichen Haushalte. Dieser Umstand macht die Notwendigkeit weiterer Strukturreformen in den nächsten Jahren umso deutlicher und sollte deren Akzeptanz erhöhen. Die Politikresultate und Herausforderungen für die Länder des Euroraums unterscheiden sich jedoch von Land zu Land. Es zeigt sich z. B., dass Irland von allen Krisenländern im Hinblick auf Wettbewerbsfähigkeit die günstigsten Bedingungen vorzuweisen hat, gefolgt von Spanien und Portugal. Griechenland hat angesichts seiner schwierigen Ausgangslage und entsprechender Reformanstrengungen insgesamt wahrscheinlich den größten

Anpassungserfolg vorzuweisen, muss diesen Weg aber konsequent weiter fortsetzen. Dies gilt z. B. für die Schaffung eines leistungsfähigen Katasterwesens, um eine faire Besteuerung und effiziente sowie rechtssichere Eigentumsregistrierung zu ermöglichen. Italien kann Erfolge bei der Haushaltssanierung vorweisen, sollte aber seinen Rückstand bei der Umsetzung von Strukturreformen aufholen. Länder wie Frankreich und Deutschland sollten ebenfalls wachsam bleiben und im internationalen Vergleich bestehende Reformlücken schließen.

4 Reformbedarf und -empfehlungen

4.1 Institutioneller Rahmen für die Währungsunion

Obwohl der Euroraum im Gegensatz zu den USA als einheitlicher Währungsraum ein Bund souveräner Staaten geblieben ist, gibt es einen Koordinierungsrahmen für die Wirtschafts- und Finanzpolitik der Mitgliedsländer. Es hat sich vor allem im Verlauf der aktuellen Krise gezeigt, dass eine funktionsfähige Koordinierung existieren muss, um die Stabilität der Wirtschafts- und Währungsunion zu sichern. Dabei ist die Beachtung länderspezifischer Besonderheiten unerlässlich und breiter Konsens in der EU. Entscheidungen über Maßnahmen zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit liegen zudem letztlich in der nationalen Souveränität der Mitgliedstaaten.

Der gegenwärtige rechtliche Rahmen zur Vermeidung beziehungsweise zur Korrektur makroökonomischer Ungleichgewichte und ihrer Ursachen hat einen präventiven und korrektiven Arm („Macroeconomic Imbalance Procedure“ oder MIP), die an entsprechende Ansätze der haushaltspolitischen Überwachung anknüpfen. Hierbei werden insbesondere das Ausmaß bestehender beziehungsweise drohender Ungleichgewichte und die Gefahr

Analysen und Berichte

WETTBEWERBSFÄHIGKEIT IM EURORAUM – FORTSCHRITTE UND HERAUSFORDERUNGEN

möglicher negativer Übertragungswirkungen auf andere Mitgliedstaaten und auf das reibungslose Funktionieren der Wirtschafts- und Währungsunion betrachtet. Dazu werden in einem ersten Schritt mittels eines Scoreboard-Ansatzes gesamtwirtschaftliche „Auffälligkeiten“ identifiziert, auf die bei Bedarf eine eingehende Überprüfung folgt. Ergibt die vertiefte Analyse, dass in dem Mitgliedstaat Ungleichgewichte bestehen, kann der Rat eine Empfehlung aussprechen, dieser Entwicklung entgegenzuwirken. Wird der Mitgliedstaat in den korrektiven Arm des Verfahrens (MIP) eingestuft, drohen in letzter Konsequenz, wenn wiederholt keine angemessenen Korrekturmaßnahmen ergriffen wurden, finanzielle Sanktionen.

Der Europäische Rat hat im Juni 2010 die Einführung des Europäischen Semesters beschlossen, das die wirtschafts-, finanz- und beschäftigungspolitische Koordinierung im Rahmen der Strategie Europa 2020 zusammenführt und zur besseren Durchsetzung notwendiger Reformen beitragen soll. Beim Europäischen Semester handelt es sich um einen zu Jahresbeginn einsetzenden Sechsmonatszyklus, an dessen Ende die Mitgliedstaaten im Vorfeld ihrer nationalen Haushaltsverfahren finanzpolitische Leitlinien und wirtschaftspolitische Empfehlungen erhalten. Die im Rahmen des präventiven Arms des MIP gegebenen Empfehlungen fließen hier ein.

Im Hinblick auf notwendige Reformen des institutionellen Rahmens liegt der Kern des Problems in der Frage, wie Empfehlungen für entsprechend breit und langfristig angelegte strukturelle Reformen zur Gewährleistung internationaler Wettbewerbsfähigkeit und Stabilität des Euroraums im Rahmen der bestehenden Verfahren durch- und umgesetzt werden können beziehungsweise sollen. Die bisherigen, begrenzten Erfahrungen im Euroraum zeigen, dass einer hohen Verbindlichkeit und Glaubwürdigkeit und damit Wirksamkeit von Regeln und Mechanismen eine entscheidende Bedeutung zukommt. Bisher ist noch gegen kein Land ein Verfahren

im korrektiven Arm eingeleitet worden. Deutschland kann die Glaubwürdigkeit des MIP stärken, indem es der bevorstehenden Prüfung zur Existenz von makroökonomischen Ungleichgewichten und insbesondere seiner Leistungsbilanzüberschüsse durch die EU konstruktiv gegenübersteht.

Die Stärkung der wirtschaftspolitischen Koordinierung in der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) unter Einschluss von vertraglichen Vereinbarungen und Solidarmechanismen wurde bereits auf den Europäischen Räten im Dezember 2012, im Juni 2013 und zuletzt im Oktober 2013 behandelt. Der Rat wird sich im Dezember voraussichtlich auf die wichtigsten Bereiche für die Koordinierung der Wirtschaftspolitik, d. h. Arbeitsmärkte, Produktmärkte und Effizienz der öffentlichen Verwaltung, verständigen. Zudem stehen Entscheidungen über die höhere Verbindlichkeit von Reformempfehlungen sowie die wichtigsten Merkmale vertraglicher Vereinbarungen und damit verbundener Solidaritätsmechanismen an. In diesem Zusammenhang werden bilaterale Verträge der Kommission mit Mitgliedsländern diskutiert, die verbindliche Reformvereinbarungen mit monetären und nicht-monetären Anreizen zur Durchführung von Reformmaßnahmen verbinden könnten.

4.2 Statistische Indikatoren

Für die Umsetzung von Reformmaßnahmen, insbesondere im institutionellen Bereich, ist eine gute statistische Basis erforderlich. Die hier verwendeten Indikatoren zur Messung institutioneller Wettbewerbsfähigkeit werden von internationalen Organisationen wie der OECD, der Weltbank oder privaten Institutionen wie dem World Economic Forum, der Berenberg Bank, oder Transparency International erhoben.

Obwohl diese Daten zu den Besten gehören, die verfügbar sind, leiden sie unter verschiedenen Schwächen. Sie werden mit zeitlichem Verzug erhoben, erarbeitet und veröffentlicht,

Analysen und Berichte

WETTBEWERBSFÄHIGKEIT IM EURORAUM – FORTSCHRITTE UND HERAUSFORDERUNGEN

sodass letzte Entwicklungen sich dort nicht notwendigerweise widerspiegeln. Dies schränkt ihre Aussagefähigkeit ein. Die Methodologie ist nicht immer transparent sowie subjektiv durch Befragungsmethoden, Auswahl und Aggregation der Subindikatoren geprägt. Eine unzureichende Repräsentativität der Erhebungsmethoden schränkt häufig die Belastbarkeit weiter ein. Auch herrscht Uneinigkeit darüber, wie in bestimmten Bereichen Wettbewerbsfähigkeit zu definieren ist. Es ist nicht immer klar, inwieweit nur bedingt objektiv messbare Größen ein von wirtschaftlichen, ideologischen oder anderen Interessen freies Bild zeichnen. Zudem ist die Aussagekraft von Sammelindikatoren grundsätzlich begrenzt. Es besteht die Gefahr, dass die dahinterstehenden Informationen stark verkürzt werden. Sammelindikatoren sind zudem im Zeitablauf oft schwer zu interpretieren. Darüber hinaus besteht das Risiko, bei der Verwendung und Interpretation von Sammelindikatoren ihren Informationsgehalt zu überschätzen. Sollen entsprechende Indikatoren einen Beitrag zur Verbesserung der wirtschaftspolitischen Entscheidungsfindung und -implementierung leisten, so bedürfte es zunächst einer deutlichen Verbesserung der Datenqualität und -verfügbarkeit.

5 Fazit

Seit der Finanz- und Staatsschuldenkrise hat sich die Wettbewerbsfähigkeit der am meisten betroffenen Länder des Euroraums deutlich verbessert. Dies zeigt sich in makroökonomischen Indikatoren wie Haushaltsdefiziten und Leistungsbilanzsalden. Aber auch strukturelle Indikatoren über Lohnkosten, Arbeitsmärkte, Produktmärkte und rechtsstaatliche Institutionen zeigen deutliche Fortschritte.

Das Konzept der Wettbewerbsfähigkeit hat als wirtschaftspolitische Zielvorstellung im Euroraum an Anerkennung gewonnen. Flexibilität auf Arbeits- und Produktmärkten

sowie gute rechtliche Rahmenbedingungen sind erforderlich, um in Abwesenheit des Wechselkursinstruments in einer Währungsunion das Entstehen von größeren makroökonomischen Ungleichgewichten zu verhindern. Darüber hinaus erfordert die Konkurrenz zwischen Unternehmen und Wirtschaftsstandorten auf globaler Ebene Anstrengungen, um im Euroraum nachhaltiges Wirtschaftswachstum zu generieren.

Die empirische Bestandsaufnahme zeigt, dass die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der meisten Krisenländer sich wieder dem Niveau des Zeitpunkts der Euroeinführung annähert. Eine entsprechende makroökonomische Anpassung hat zum Teil erhebliche Dynamik gewonnen und Reformen der institutionellen Rahmenbedingungen sind auf den Weg gebracht worden. Diese überwiegend positive Entwicklung sollte die Akzeptanz von Strukturreformen erhöhen, zumal im Euroraum insgesamt weiterer Handlungsbedarf besteht, um das Wachstumspotenzial dieser Regionen zu stärken. Die mittlerweile erreichte Reformdynamik sollte zudem genutzt werden, um von Interessengruppen besonders hartnäckig verteidigte Privilegien (z. B. bei Steuervermeidung oder Marktzutrittsbarrieren) abzubauen, die wirtschaftlicher Erholung und langfristigen Wachstumsimpulsen im Wege stehen.

Dies macht neben Reformen auf nationaler Ebene eine bessere wirtschaftspolitische Koordinierung innerhalb des Euroraums erforderlich, um die Notwendigkeit von Anpassungsprogrammen nach Möglichkeit im Ansatz zu vermeiden. Um die Konvergenz des Euroraums fortzusetzen und auf globaler Ebene Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit zu sichern, sind folgende Maßnahmen nötig: eine strikte Umsetzung und hohe Verbindlichkeit der europäischen Koordinierungsprozesse und -regeln sowie eine gute statistische Basis zur Messung von Politikdefiziten, Reformbedarf und Reformfortschritten.

Analysen und Berichte

WETTBEWERBSFÄHIGKEIT IM EURORAUM – FORTSCHRITTE UND HERAUSFORDERUNGEN

Anhang: Hintergrundtabellen und statistische Methodologie

Tabelle A1: Details zu Arbeitsmarkteffizienz

	Flexibilität der Lohnbildung	Kooperation der Tarifparteien	Restriktivität des Kündigungsschutzes	Regulierung von Zeitverträgen
	0 bis 7, 7 = am besten		0 bis 6, 6 = am restriktivsten	
Frankreich	5,1	3,4	2,8	3,8
Deutschland	3,3	5,2	3,0	1,8
Griechenland	3,9	3,7	2,4	2,9
Irland	4,6	5,4	2,1	1,2
Italien	3,1	3,4	2,8	2,7
Portugal	4,6	4,1	2,7	2,3
Spanien	4,0	4,0	2,3	3,2
Euroraum	4,2	4,6	2,5	2,5
UK	5,8	5,0	1,6	0,5
Schweiz	5,7	6,0	2,1	1,4
USA	5,5	4,7	1,2	0,3
Kanada	5,5	4,9	1,5	0,2
Japan	5,8	5,6	2,1	1,3
Südkorea	5,2	3,5	2,2	2,5

Quellen: World Economic Forum Global Competitiveness Index 2013/14 (Spalten 1 und 2), OECD Indicators of Employment Protection 2013 (Spalten 3 und 4).

Tabelle A2: Details zu Produktmarkteffizienz

	Intensität des Wettbewerbs	Absorption von Technologie	Finanzmarktentwicklung	Zollbürokratie	Unternehmensgründung	
	0 bis 7, 7 = am besten				Zeitaufwand (Zahl der Tage)	Kosten (% des P.C. BIP)
Frankreich	4,5	5,5	4,6	4,7	6,5	0,9
Deutschland	4,9	5,8	4,7	4,9	14,5	4,7
Griechenland	3,9	4,5	2,9	3,9	14,0	4,6
Irland	5,4	5,6	3,9	5,4	10,0	0,3
Italien	4,1	4,2	3,3	4,1	6,0	14,2
Portugal	4,4	5,5	3,5	4,9	2,5	2,4
Spanien	4,4	5,0	3,7	4,9	23,0	4,7
Euroraum	4,8	5,3	4,2	4,9	13,0	4,5
UK	5,1	5,7	5,0	5,2	12,0	0,3
Schweiz	5,1	6,1	5,2	5,1	18,0	2,0
USA	4,9	6,0	5,3	4,8	5,0	1,5
Kanada	5,1	5,4	5,2	4,8	5,0	0,4
Japan	4,6	6,1	4,8	5,0	22,0	7,5
Südkorea	4,6	5,7	3,9	4,4	5,5	14,6

Quelle: World Economic Forum Global Competitiveness Index 2013/14 (Spalten 1-4), World Bank Doing Business 2014 (Spalten 5 und 6).

Analysen und Berichte

WETTBEWERBSFÄHIGKEIT IM EURORAUM – FORTSCHRITTE UND HERAUSFORDERUNGEN

Tabelle A3: Details zur Effizienz öffentlicher Institutionen

	Unabhängigkeit der Justiz	Belastung durch Überregulierung	Schutz von Eigentumsrechten	Schutz von Investoren	Ausmaß von Korruption
	0 bis 7, 7 = am besten			0 bis 10, 10 = am besten	
Frankreich	5,1	2,7	5,7	5,3	7,1
Deutschland	6,0	3,6	5,8	5,0	7,8
Griechenland	3,4	2,2	3,9	5,3	4,0
Irland	6,4	3,9	5,7	8,3	7,2
Italien	3,7	2,2	4,3	6,0	4,3
Portugal	4,2	2,7	4,8	6,0	6,2
Spanien	3,7	2,8	4,7	5,0	5,9
Euroraum	4,8	3,3	5,2	5,7	6,5
UK	6,2	3,7	6,2	8,0	7,6
Schweiz	6,1	4,2	6,2	3,0	8,5
USA	5,0	3,4	5,2	8,3	7,3
Kanada	6,2	3,7	6,0	8,7	8,1
Japan	6,0	3,4	5,8	7,0	7,4
Südkorea	3,5	3,2	4,5	6,0	5,5

Quellen: World Economic Forum Global Competitiveness Index 2013/14 (Spalten 1 bis 3), World Bank Doing Business (Spalte 4), Transparency International Corruption Perceptions Index 2013 (Spalte 5).

Struktur der Leistungsbilanz

Eine Erläuterung des Leistungsbilanzsaldos und der Auswirkung verschiedener Einflüsse auf die deutsche Leistungsbilanz

- Die Leistungsbilanz umfasst die Handelsbilanz, die Dienstleistungsbilanz, die Bilanz der Erwerbs- und Vermögenseinkommen sowie die Bilanz der laufenden Übertragungen.
- Der Saldo der Handelsbilanz in Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) blieb in den zurückliegenden Jahren nahezu stabil. Die Struktur des Überschusses änderte sich jedoch. So ist der Saldo des Warenaustauschs mit den Ländern außerhalb der EU (sogenannter Extrahandel) merklich gestiegen und spiegelbildlich derjenige mit den Ländern innerhalb der EU gesunken.
- Der Anstieg des Leistungsbilanzüberschusses ist vor allem auf höhere Beiträge der Dienstleistungsbilanz und des Saldos der Erwerbs- und Vermögenseinkommen gegenüber der übrigen Welt zurückzuführen.
- Direktinvestitionen der deutschen Unternehmen im Ausland verbessern deren Wirtschaftskraft in Deutschland. Gleichzeitig profitieren aber auch die Länder, in denen die Investitionen stattfinden, u. a. hinsichtlich der Schaffung von Arbeitsplätzen und Impulsen für Forschung und Entwicklung.

1	Einleitung.....	32
2	Positionen der Leistungsbilanz.....	32
3	Veränderung der Struktur der Leistungsbilanz.....	34
4	Fazit	36

1 Einleitung

Der deutsche Leistungsbilanzüberschuss wird oft gleichbedeutend mit „Exportüberschuss“ oder „Handelsbilanzüberschuss“ in der Öffentlichkeit wahrgenommen. Die Leistungsbilanz umfasst jedoch verschiedene Teilbilanzen, so die Handelsbilanz, die Dienstleistungsbilanz, die Bilanz der Erwerbs- und Vermögenseinkommen sowie die Bilanz der laufenden Übertragungen. Diese Bilanzen enthalten wiederum eine Vielzahl weiterer saldierter Einnahme- und Ausgabepositionen. Im Folgenden soll daher zunächst die Struktur der Leistungsbilanz erläutert werden, und zwar insbesondere unter dem Aspekt des Einflusses von Verschiebungen der verschiedenen Bilanzposten auf die

Entwicklung des deutschen Leistungsbilanzsaldos.

2 Positionen der Leistungsbilanz

Der Handelsbilanzsaldo ist der größte Bestandteil der Leistungsbilanz. Er wird gebildet aus dem Wert der nominalen Warenexporte abzüglich der nominalen Warenimporte zuzüglich der Ergänzungen zum Außenhandel (u. a. Lagerverkehr auf inländische Rechnung und Abzüge von Rückwaren). In der Dienstleistungsbilanz werden Einnahmen und Ausgaben von Dienstleistungen verbucht. U. a. gehen

Analysen und Berichte

STRUKTUR DER LEISTUNGSBILANZ

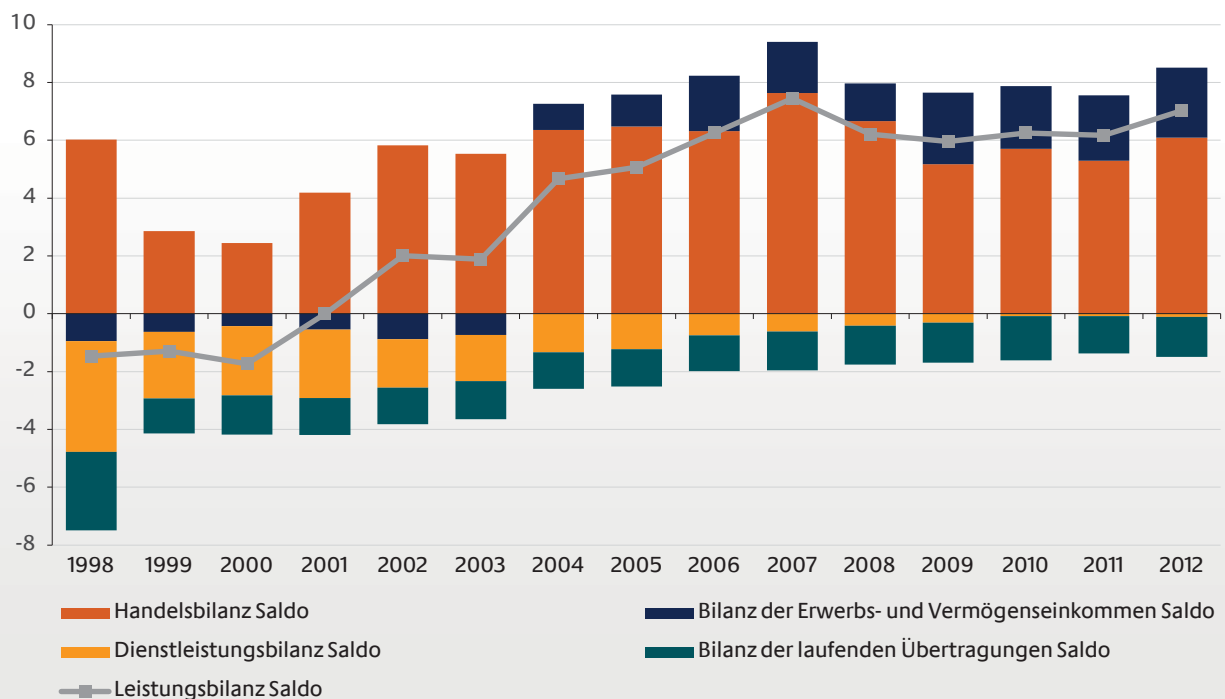
der Reiseverkehr, Transportleistungen, Transithandelerträge sowie Finanz- und Versicherungsdienstleistungen in die Dienstleistungsbilanz ein. Zum Reiseverkehr zählen z. B. die Käufe von Waren und Dienstleistungen deutscher Touristen im Ausland. Diese werden als Ausgaben in der Bilanz erfasst. Die Käufe von Waren und Dienstleistungen ausländischer Touristen in Deutschland werden als Einnahmen dargestellt. Die Transportleistungen umfassen u. a. den Frachtverkehr und die Personenbeförderung. Bei den Transithandelerträgen handelt es sich um Nettoeinkommen aus Handelsgeschäften deutscher Unternehmen mit ausländischen Firmen, deren im Ausland gekaufte Ware im Ausland verbleibt und wieder an Ausländer verkauft wird.

Ein weiterer Teil der Leistungsbilanz ist der Saldo der Erwerbs- und Vermögenseinkommen gegenüber der übrigen Welt. Er wurde vor dem Jahr 1994 noch in der Dienstleistungsbilanz

ausgewiesen. Eine gesonderte Darstellung wurde infolge der zunehmenden Bedeutung der Kapitalerträge im Zusammenhang mit den voranschreitenden internationalen Verflechtungen notwendig. Die Salden der Vermögens- und Erwerbseinkommen können auch getrennt betrachtet werden. Letzterer Saldo beinhaltet die Erwerbseinkommen aus dem Ausland beziehungsweise an das Ausland. In die Position Vermögenseinkommen fließen Kapitalertragseinnahmen sowie -ausgaben. Sie können aus Direktinvestitionen, Wertpapiertransaktionen sowie Kapitalerträgen aus Zinsen für Kredite stammen.

Ein weiterer Bestandteil der Leistungsbilanz sind laufende Übertragungen. Das sind öffentliche oder private Leistungen aus dem Ausland beziehungsweise an das Ausland. Zu den privaten Übertragungen zählen z. B. Überweisungen von in Deutschland lebenden ausländischen Arbeitnehmern in ihre Heimatländer sowie private Entwicklungshilfe.

Abbildung 1: Struktur des Leistungsbilanzsaldos in % des BIP



Quellen: Bundesbank, Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen.

Analysen und Berichte

STRUKTUR DER LEISTUNGSBILANZ

Öffentliche Übertragungen beinhalten insbesondere Zahlungen an und Leistungen der EU sowie Entwicklungshilfe.

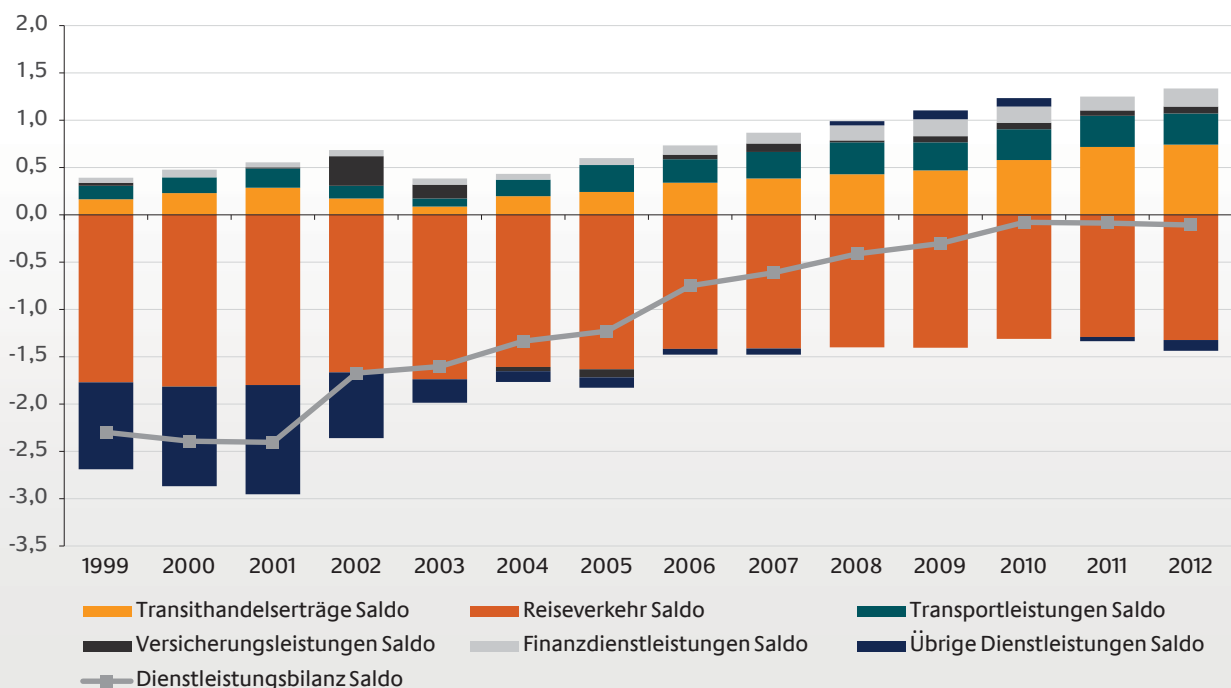
3 Veränderung der Struktur der Leistungsbilanz

Seit Ende der 90er Jahre sind deutliche Veränderungen hinsichtlich der Beiträge der einzelnen Teilbilanzen am Leistungsbilanzsaldo zu beobachten. So lag auch schon 1998, also ein Jahr vor Beginn der Währungsunion, der Saldo der Handelsbilanz (einschließlich Ergänzungen zum Außenhandel) bei 6% in Relation zur Wirtschaftsleistung. Die Leistungsbilanz war jedoch negativ (-1,5%). Dämpfend wirkte hier vor allem das Defizit der Dienstleistungsbilanz (-3,8%). Auch die Salden der Erwerbs- und Vermögenseinkommen sowie der laufenden Übertragungen waren negativ (-1,0% und -2,7%).

Im Jahr 2001 wies die deutsche Leistungsbilanz einen um 1½ Prozentpunkte höheren Saldo aus als 1998 und war damit nahezu ausgeglichen. Der Handelsbilanzsaldo lag mit 4,2% jedoch deutlich unter dem Stand des Vergleichsjahres 1998. Der dennoch höhere Leistungsbilanzsaldo in % des BIP war darauf zurückzuführen, dass die Dienstleistungsbilanz um 1½ Prozentpunkte weniger negativ war. Nach der nahezu ausgeglichenen Leistungsbilanz im Jahr 2001 werden für Deutschland seit 2002 Leistungsbilanzüberschüsse ausgewiesen (2002: +2,0%). Seit dem Jahr 2006 liegt der Saldo über 6% des BIP. Den höchsten Anteil an der Wirtschaftsleistung gab es im Jahr 2007 mit 7,4%. Zuletzt im Jahr 2012 lag der Überschuss leicht darunter bei 7,0%.

Der Ende der 90er Jahre noch deutlich negative Saldo der Dienstleistungsbilanz stieg im Verlaufe der folgenden Jahre an und ist seit 2010 mit -0,1% des BIP nahezu

Abbildung 2: Struktur der Dienstleistungsbilanz in % des BIP



Quellen: Bundesbank, Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen.

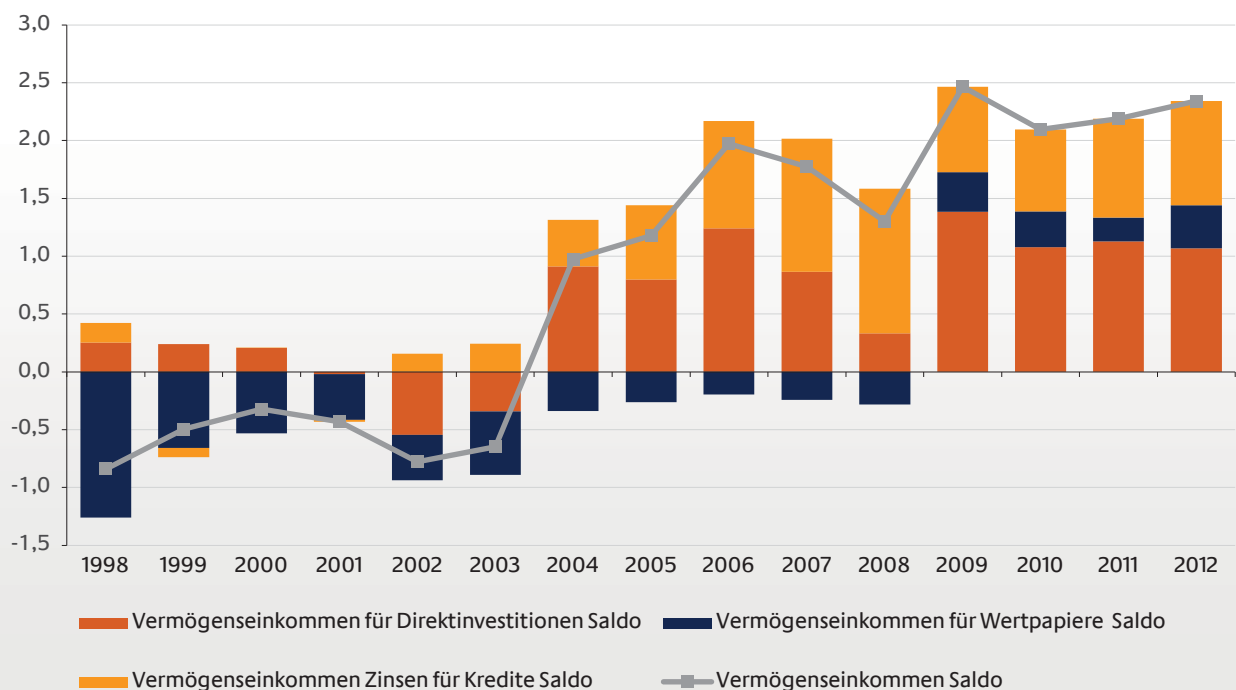
Analysen und Berichte

STRUKTUR DER LEISTUNGSBILANZ

ausgeglichen. Die Dienstleistungsbilanz wird besonders durch die Reisen der Deutschen ins Ausland geprägt. Dabei ist der Saldo der Reiseverkehrsbilanz traditionell negativ, da viel mehr Deutsche ins Ausland reisen als Ausländer nach Deutschland. Jedoch haben im Verlauf der Jahre seit Ende der 90er Jahre auch die Reisen von ausländischen Touristen nach Deutschland in der Tendenz deutlich zugenommen. Dies führte dazu, dass der Saldo der Reiseverkehrsbilanz in Relation zum BIP im Vergleich zum Ende der 90er Jahre den Dienstleistungsbilanzsaldo um etwa ½ Prozentpunkt weniger dämpfte. Gleichzeitig fiel der Beitrag der Transithandelsträge im Jahr 2012 um ½ Prozentpunkt des BIP höher aus als im Jahr 1999. Die übrigen Dienstleistungen waren ebenfalls um rund 1 Prozentpunkt weniger negativ. Damit ist der Dienstleistungsbilanzsaldo nunmehr bereits seit 2010 stabil bei nahe Null.

Gleichzeitig weitete sich auch der Saldo der Erwerbs- und Vermögenseinkommen aus. Dieser war Ende der 90er Jahre negativ und mündete seit 2004 in einen Positivsaldo (+ 0,9 % nach - 1,0 % im Jahr 1998), der bis zuletzt (2012) auf 2,4 % des BIP anstieg. Dies ist ausschließlich auf eine Zunahme der Vermögenseinkommen zurückzuführen. Der Anstieg der Vermögenseinkommen steht in engem Zusammenhang mit erfolgten Kapitalexporten und damit mit einem Vermögensaufbau im Ausland, dessen Renditen – etwa in Form von Zins- und Dividendenzahlungen – nach Deutschland fließen. Deutsche Unternehmen erhöhten ihre Präsenz im Ausland zur Sicherung der Absatzmärkte sowie der Nutzung von Kosten- und anderen spezifischen Standortvorteilen. Die Investitionstätigkeit der deutschen Unternehmen im Ausland verbessert deren Wettbewerbsposition im Zuge einer zunehmenden Integration der Weltwirtschaft und stärkt dadurch die Wirtschaftskraft in Deutschland. Gleichzeitig

Abbildung 3: Struktur des Vermögenseinkommensbilanz in % des BIP



Quellen: Bundesbank, Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen.

Analysen und Berichte

STRUKTUR DER LEISTUNGSBILANZ

profitieren aber auch die Länder, in denen die Investitionen stattfinden, u. a. hinsichtlich der Schaffung von Arbeitsplätzen, Impulsen für Forschung und Entwicklung und einer Verbesserung der Infrastruktur. Über Direktinvestitionen trägt Deutschland damit zur Verbesserung der Wirtschaftsleistung dieser Länder bei. Da die Investitionen offenkundig profitabel sind, werden gleichzeitig Erträge aus Direktinvestitionen generiert, die im Saldo in % des BIP seit dem Jahr 2004 durchweg positiv waren. Diese trugen damit wesentlich zum Anstieg der Vermögenseinkommen in Relation zum BIP und damit zum Leistungsbilanzüberschuss bei. Auch die Erträge aus Zinsen für Kredite wirkten im Saldo seit Ende der 90er Jahre in diese Richtung.

Insgesamt haben somit seit etwa 1998 die dämpfenden Effekte der Salden der Dienstleistungsbilanz und der Erwerbs- und Vermögenseinkommen auf die Leistungsbilanz deutlich nachgelassen, beziehungsweise es wird sogar ein positiver Wachstumsbeitrag verzeichnet. Gleichzeitig ging der Handelsbilanzsaldo (einschließlich Ergänzungen zum Außenhandel) nach einem Höchststand von 7,6 % des BIP im Jahr 2007 auf zuletzt 6,1 % zurück, also auf das nahezu gleiche Niveau von 1998 (+ 6,0 %). Damit blieb der Handelsbilanzüberschuss in Relation zur gesamtwirtschaftlichen Aktivität – von kleineren Schwankungen abgesehen – seit Ende der 90er Jahre im Wesentlichen stabil. Die Struktur des Überschusses änderte sich jedoch in den vergangenen Jahren. So ist der Saldo des Warenaustauschs mit den Ländern außerhalb der EU (sogenannter Extrahandel) merklich von 0,8 % des BIP im Jahr 2007 auf 2,7 % im vergangenen Jahr angestiegen. Im gleichen Zeitraum ging der Saldo des Intrahandels (Warenaustausch innerhalb der EU) von seinem Höhepunkt von 7,3 % auf 4,4 % des BIP zurück.

4 Fazit

Der Leistungsbilanzsaldo in Prozent des BIP wird wesentlich von den Salden der Handelsbilanz, der Dienstleistungsbilanz und der Bilanz der Erwerbs- und Vermögenseinkommen bestimmt. Dabei hat die Bedeutung der Bilanz der Erwerbs- und Vermögenseinkommen, und hierbei vor allem die Zunahme der Erträge auf Vermögen im Ausland, in den vergangenen Jahren erheblich zugenommen. Darüber hinaus ist seit einigen Jahren der Saldo der Dienstleistungsbilanz nahezu ausgeglichen und dämpft damit den Leistungsbilanzüberschuss nicht mehr. Gleichzeitig blieben der Saldo der Handelsbilanz und die laufenden Übertragungen nahezu stabil. Der Anstieg des Leistungsbilanzsaldos in Prozent des BIP ist damit in den vergangenen Jahren vor allem auf höhere Wachstumsbeiträge der Dienstleistungsbilanz und der Bilanz der Erwerbs- und Vermögenseinkommen zurückzuführen.

Von besonderer Bedeutung ist, dass die aktivierende Wirkung des Saldos der Erwerbs- und Vermögenseinkommen auf den Leistungsbilanzsaldo u. a. mit Erträgen aus Direktinvestitionen im Zusammenhang steht. Diese verzeichneten in der zurückliegenden Dekade einen deutlichen Anstieg. Mit ihren Investitionen im Ausland verfolgen deutsche Unternehmen das Ziel, ihre internationale Wettbewerbsposition zu verbessern. Zugleich profitieren aber auch die Zielländer von diesen Investitionen. Denn zum einen wird ihr gesamtwirtschaftliches Produktionspotenzial durch die Einführung technischen und technologischen Fortschritts sowie durch die Ausweitung des Kapitalstocks begünstigt. Zum anderen werden durch die Investitionen deutscher Unternehmen im Ausland auch dort Arbeitsplätze geschaffen und gesichert.

Lohnpolitik – geeignet zur Korrektur von Leistungsbilanzungleichgewichten im Euroraum?

Ergebnisse von Simulationsrechnungen

- Der hohe Überschuss in der deutschen Leistungsbilanz hat an Deutschland gerichtete Forderungen laut werden lassen, Maßnahmen zur Korrektur einzuleiten. Unter anderem wird eine Akzeleration des Lohnwachstums zur Stärkung der privaten Konsumausgaben vorgeschlagen.
- Simulationen mit dem makroökonomischen Weltwirtschaftsmodell NiGEM machen deutlich, dass eine expansive Lohnpolitik in Deutschland nicht zur Korrektur des deutschen Leistungsbilanzüberschusses beiträgt und spürbare Beschäftigungsverluste hervorrufen würde.
- Es kann außerdem erwartet werden, dass die Politik einer Lohnmoderation in den europäischen Peripherieländern die Beschäftigung und Wirtschaftsleistung merklich belebt. Sie allein hätte aber keinen signifikanten Effekt auf die Leistungsbilanzen.

1	Einleitung	37
2	Aufbau der Simulationen	38
3	Simulationsergebnisse	39
4	Expansive Fiskalpolitik	43
5	Fazit	43

1 Einleitung

In der Diskussion um die strukturellen Ungleichgewichte im Euroraum wird an Deutschland die Forderung herangetragen, Maßnahmen zur Stärkung der Binnennachfrage einzusetzen. Als Instrumente werden vor allem die Finanz- und Lohnpolitik angeführt. Hinter Letzterem verbirgt sich die Vorstellung, dass ein stärkeres Lohnwachstum in Deutschland die Konsumausgaben der privaten Wirtschaftssubjekte als wichtigste Komponente der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage stimuliert und über eine Ausweitung der deutschen Importe dazu beiträgt, die Leistungsbilanzungleichgewichte insbesondere innerhalb des Euroraums zu verringern. Demnach stünde einem

geringeren Überschuss in Deutschland eine Verbesserung der Leistungsbilanz in Ländern mit außenwirtschaftlichen Defiziten als Ergebnis höherer Exporte gegenüber. Tatsächlich würden aber auch andere Überschussländer von der vermeintlich höheren Importnachfrage Deutschlands profitieren. Der Binnenimpuls verteilt sich dementsprechend auf eine Vielzahl von Handelspartnerländern, und nur ein überschaubarer Anteil entfällt auf die Defizitländer. Im Folgenden wird daher der Simulation einer Lohnniveauexpansion in Deutschland ein Szenario einer Lohnmoderation in den Peripheriestaaten des Euroraums gegenübergestellt. Über eine Erhöhung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit als Ergebnis einer moderaten Lohnpolitik könnten die

Analysen und Berichte

LOHNPOLITIK – GEEIGNET ZUR KORREKTUR VON LEISTUNGSBILANZUNGLEICHGEWICHTEN IM EURORAUM?

Unternehmen in diesen Ländern ihre Absatzchancen auf den in- und ausländischen Märkten verbessern.

Das makroökonomische Weltwirtschaftsmodell (NiGEM)¹ bietet die Möglichkeit, die konjunkturellen Effekte einer Lohnexpansion oder einer Lohnmoderation und die Anpassungsreaktionen in der Leistungsbilanz Deutschlands und der Hauptpartnerländer zu quantifizieren. Dabei gilt es abzuschätzen, ob die simulierten Eingriffe in die Löhne der Arbeitnehmer prinzipiell in der Lage wären, zu einem spürbaren Abbau der bestehenden Überschüsse Deutschlands beziehungsweise der Defizite einiger Eurostaaten beizutragen. Ein Hauptaugenmerk wird in beiden Simulationen auf die außenwirtschaftlichen Übertragungseffekte gelegt – ohne die binnenwirtschaftlichen Effekte zu vernachlässigen.

Es gilt jedoch zu bedenken, dass die isolierte Betrachtung einer möglichen Korrektur z. B. der Leistungsbilanzüberschüsse unerwünschte Rückwirkungen auf andere volkswirtschaftlich relevante Größen wie die Beschäftigung überdecken kann. Die Entgelte der Arbeitnehmer repräsentieren eine zentrale ökonomische Variable, die in einer komplexen und zugleich offenen Volkswirtschaft wie Deutschland auf vielfältige Weise nach innen und außen wirkt. Daher erfolgt die Beantwortung der empirischen Fragestellung im Rahmen eines umfangreichen strukturellen makroökonomischen Modells wie NiGEM. In der kurzen Frist weist das Modell keynesianische Eigenschaften auf, d. h. der Output ist nachfragedeterminiert. Demnach würden höhere Löhne – ohne Berücksichtigung von möglichen negativen Beschäftigungseffekten – kurzfristig in eine Ausweitung der Binnennachfrage münden. In der langen Frist wird der Output angebotsseitig über eine gesamtwirtschaftliche

Produktionsfunktion bestimmt. Die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der Volkswirtschaften repräsentiert dabei einen elementaren stabilisierenden Mechanismus im Modell und wird über länderspezifische effektive Wechselkurse abgebildet. Diese orientieren sich an der regionalen Außenhandelsstruktur der in NiGEM enthaltenen 43 Länder und sechs Ländergruppen. Die Importe eines Ländermodells hängen von der inländischen Nachfrage und der preislichen Wettbewerbsfähigkeit ab. Die Exporte werden neben der Importnachfrage der Handelspartnerländer ebenso von der preislichen Wettbewerbsfähigkeit bestimmt.

2 Aufbau der Simulationen

Eine Politik der Lohnexpansion in Deutschland wird als Veränderung des Verhaltens der Tarifpartner über einen fünfjährigen Zeitraum modelliert. Der nominale Stundenlohn (Arbeitnehmerentgelt pro Stunde) nimmt pro Jahr 1 Prozentpunkt schneller zu als im Basiszenario, d. h. im fünften Jahr beträgt der Aufschlag auf den Nominallohn der Basislösung rund 5 %. Während dieser Zeit sind die Nominallöhne exogen gesetzt. Dies bedeutet, dass von möglichen Rückwirkungen, die sich durch die Reaktion der übrigen Modellvariablen ergeben, abgesehen wird. In der Simulation der Lohnmoderation für die Euroländer Griechenland, Irland, Italien, Portugal und Spanien wachsen die nominalen Stundenlöhne pro Jahr spiegelbildlich 1 Prozentpunkt langsamer als in der Basisprojektion. Dementsprechend unterschreitet das Lohnniveau die Basislösung im letzten Jahr der Simulation um rund 5 %. Die Schockperiode umfasst jeweils den Zeitraum 1. Quartal 2014 bis 4. Quartal 2018.

Um die Vergleichbarkeit der resultierenden Effekte der beiden Lohnsimulationen sicherzustellen, werden identische Modellannahmen zugrunde gelegt:

- Die privaten Wirtschaftssubjekte bilden ihre Erwartungen nicht vorausschauend.

¹Ein Überblick über das makroökonomische Weltwirtschaftsmodell (NiGEM) wurde im Monatsbericht November 2013 gegeben.

Analysen und Berichte

LOHNPOLITIK – GEEIGNET ZUR KORREKTUR VON LEISTUNGSBILANZUNGLEICHGEWICHTEN IM EURORAUM?

- Die Zentralbanken verfolgen eine Zwei-Säulen-Strategie.
- Die Untergrenze des nominalen Leitzinses von Null wird stets eingehalten.

3 Simulationsergebnisse

Ziel der nachfolgenden Analyse ist es, abzuschätzen, welche Richtung und Größenordnung die Effekte einer fünf Jahre andauernden Lohnexpansion beziehungsweise Lohnmoderation auf das reale Bruttoinlandsprodukt (BIP) und die Leistungsbilanz Deutschlands sowie ausgewählter Länder des Euroraums haben.

Lohnexpansion in Deutschland

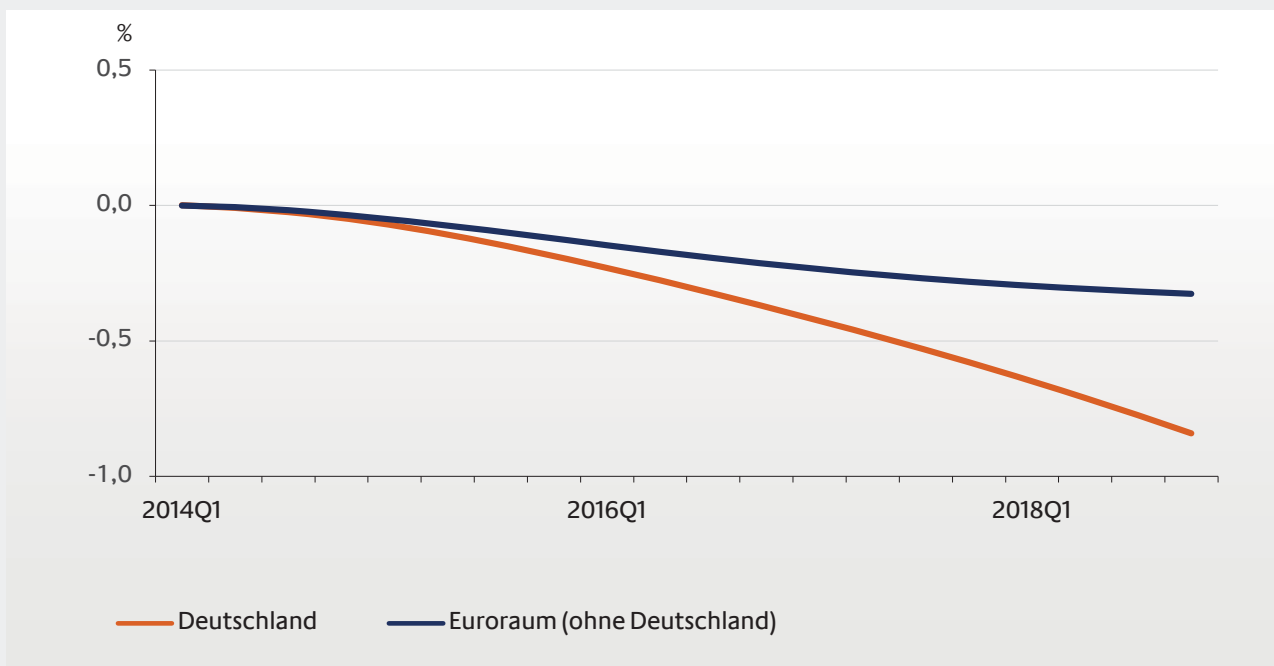
Die Ergebnisse der Simulation einer Lohnexpansion auf das reale Bruttoinlandsprodukt Deutschlands und des Euroraums (ohne Deutschland) für den

Zeitraum 1. Quartal 2014 bis 4. Quartal 2018 sind in Abbildung 1 dargestellt. Die Linien spiegeln die prozentuale Abweichung des aus der Simulation resultierenden BIP gegenüber dem Basisszenario im Projektionszeitraum wider.²

Aus der nicht-produktivitätsinduzierten Anhebung der Wachstumsrate des Nominallohnniveaus in Deutschland um 1 Prozentpunkt pro Jahr resultiert im Simulationszeitraum eine kontinuierlich zunehmende Eintrübung der heimischen Wirtschaftsleistung. Die Output-Verluste wachsen dabei mit der Amplitude der Lohnniveauerhöhung. Im fünften Jahr der Lohnexpansion unterschreitet das reale BIP das Niveau im Basisszenario um rund 0,8 %. Die Verteuerung des Produktionsfaktors

² Ein Wert von 0,1% im 4. Quartal 2014 bedeutet, dass das aus der Simulation resultierende BIP in dieser Periode (kein kumulativer Effekt) um 0,1% über dem Wert des BIP im Basisszenario liegen würde.

Abbildung 1: Reaktion des Bruttoinlandsprodukts auf die Simulation einer Lohnexpansion in Deutschland preisbereinigt, Abweichungen vom Basisszenario



Quelle: BMF, eigene Berechnungen.

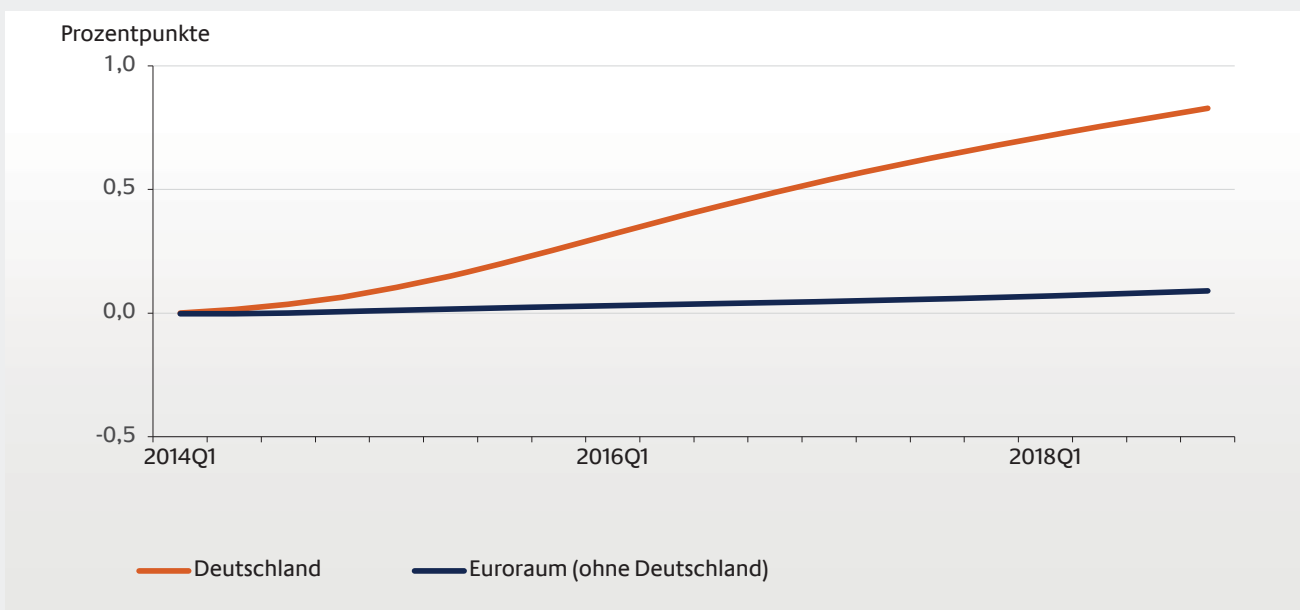
Analysen und Berichte

LOHNPOLITIK – GEEIGNET ZUR KORREKTUR VON LEISTUNGSBILANZUNGLEICHGEWICHTEN IM EURORAUM?

Arbeit führt zu einem deutlichen Rückgang der heimischen Beschäftigung um bis zu 850 000 Beschäftigte beziehungsweise einer Zunahme der Arbeitslosenquote um 2 Prozentpunkte am Ende des Projektionszeitraums. Die höheren Lohnstückkosten belasten die Investitionstätigkeit der Unternehmen spürbar und dämpfen die Ausweitung des Kapitalstocks. Zusammen mit dem niedrigeren Beschäftigungsstand kommt es mithin zu einer Beeinträchtigung des Potenzialwachstums. Die Verschlechterung der Arbeitsmarktsituation trägt wiederum zu einer weiteren Eintrübung der binnenwirtschaftlichen Entwicklung bei. Positive Kaufkrafteffekte infolge der höheren Nominallöhne auf den privaten Konsum ergeben sich nur kurzfristig. Dem Mehrkonsum der Erwerbstätigen stehen Einkommenseinbußen der zusätzlichen Arbeitslosen gegenüber. Die höheren Löhne im Schockzeitraum üben zudem einen aufwärtsgerichteten Druck auf Verbraucherpreise in Deutschland aus. Im Jahr 2018 würde die Inflationsrate rund

½ Prozentpunkte über der Basisprojektion liegen. Entsprechend der geldpolitischen Strategie der Europäischen Zentralbank (EZB) würde dies einen restriktiven Zinsimpuls auslösen, der über höhere langfristige Zinsen die Investitionstätigkeit der Unternehmen zusätzlich belastet. Von der Zinserhöhung wäre der gesamte Euroraum betroffen. Das BIP des Euroraums (ohne Deutschland) läge am Ende des Schockzeitraums gut 0,3 % unter der Basislinie. In Anbetracht der kontraktiven Wirkung auf den deutschen Output bleiben die erwarteten expansiven Effekte auf die Wirtschaftsleistung der Partnerländer innerhalb der Europäischen Währungsunion (EWU) aus. Am stärksten negativ wäre die Wirtschaftsleistung Spaniens betroffen. Die Eintrübung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung – ausgelöst durch den Lohnschock in Deutschland – drückt sich auch in einer deutlichen Reduktion der heimischen Importnachfrage aus, was sich positiv auf den Leistungsbilanzsaldo auswirkt (vergleiche Abbildung 2).

Abbildung 2: Reaktion des Leistungsbilanzsaldos auf die Simulation einer Lohnexpansion in Deutschland
in % des BIP, Abweichungen vom Basisszenario



Quelle: BMF, eigene Berechnungen.

Analysen und Berichte

LOHNPOLITIK – GEEIGNET ZUR KORREKTUR VON LEISTUNGSBILANZUNGLEICHGEWICHTEN IM EURORAUM?

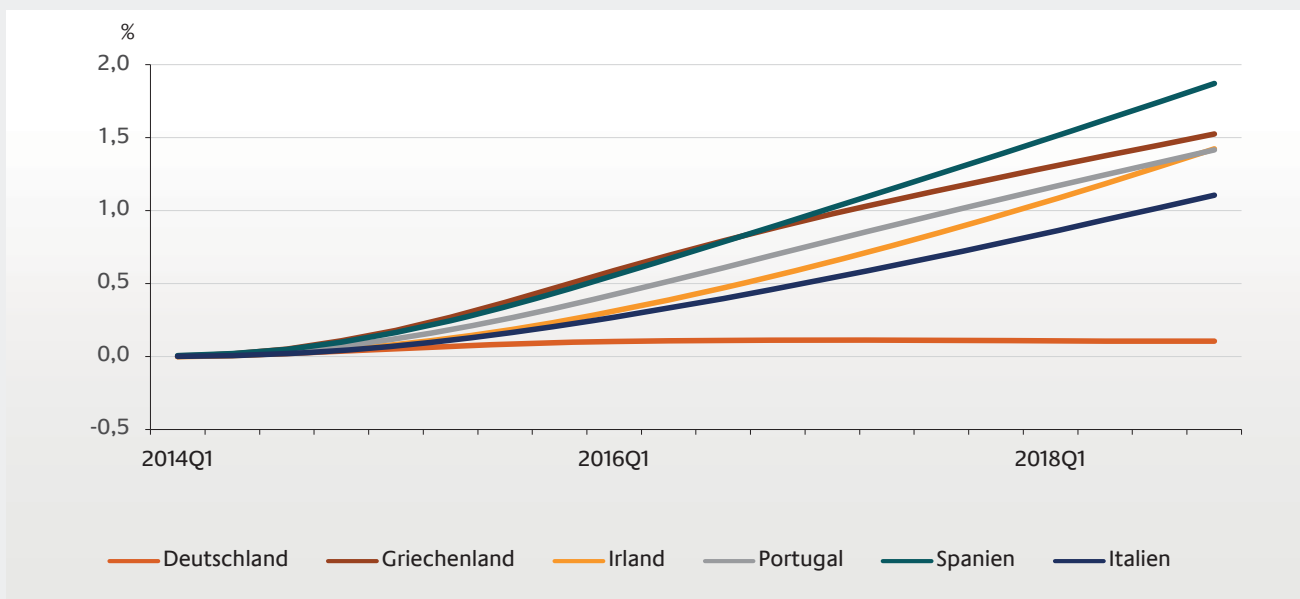
Das reale Exportvolumen Deutschlands sinkt als Folge der reduzierten internationalen preislichen Wettbewerbsfähigkeit. Die höheren Lohnstückkosten schlagen sich in einem merklichen Anstieg der Exportpreise nieder (+ 1,7%). Dieser Preisauftrieb wirkt korrigierend auf den deutschen Außenbeitrag. Allerdings wird das Ziel der Korrektur des Leistungsbilanzüberschusses Deutschlands sichtbar verfehlt. Ein mit der Zunahme der Exportpreise verbundener positiver Terms-of-Trade-Effekt verbessert sogar noch den deutschen Leistungsbilanzsaldo (auf bis zu + 0,8 Prozentpunkte im Jahr 2018 gegenüber dem Basisszenario). Dahinter steht ein in NiGEM unterstellter hoher Preissetzungsspielraum der deutschen Exporteure, deren Güternachfrage aus dem Ausland vergleichsweise wenig preiselastisch ist. Aufgrund der starken Wettbewerbskraft und eines gut positionierten Gütersortiments gelingt es den heimischen exportorientierten Unternehmen, die lohnbedingten Kostensteigerungen eher auf die ausländischen Nachfrager zu überwälzen, sodass dem mengenmäßigen Rückgang ein

höherer Wert der Ausfuhren entgegensteht. Überdies tragen auch weitere Faktoren der nicht-preislichen Wettbewerbsfähigkeit wie die hohe Qualifikation der Beschäftigten und Ausgaben für Forschung und Entwicklung sowie die enge Einbindung der deutschen Industrie in globale Wertschöpfungsketten zur Wettbewerbsstärke bei. Der Leistungsbilanzsaldo der Länder des Euroraums (ohne Deutschland) wird unwesentlich von der Lohnexpansion in Deutschland beeinflusst. Die verbesserte relative preisliche Wettbewerbsfähigkeit der anderen Eurostaaten kann den Rückgang der Importnachfrage aus Deutschland aber nur geringfügig überkompensieren.

Lohnmoderation in den Peripherieländern

Die Ergebnisse der Simulation einer Lohnmoderation auf das reale Bruttoinlandsprodukt ausgewählter Euroraumländer und Deutschlands im Zeitraum 1. Quartal 2014 bis 4. Quartal 2018 sind in Abbildung 3 dargestellt.

Abbildung 3: Reaktion des Bruttoinlandsprodukts auf die Simulation einer Lohnmoderation in den Peripherieländern preisbereinigt, Abweichungen vom Basisszenario



Quelle: BMF, eigene Berechnungen.

Analysen und Berichte

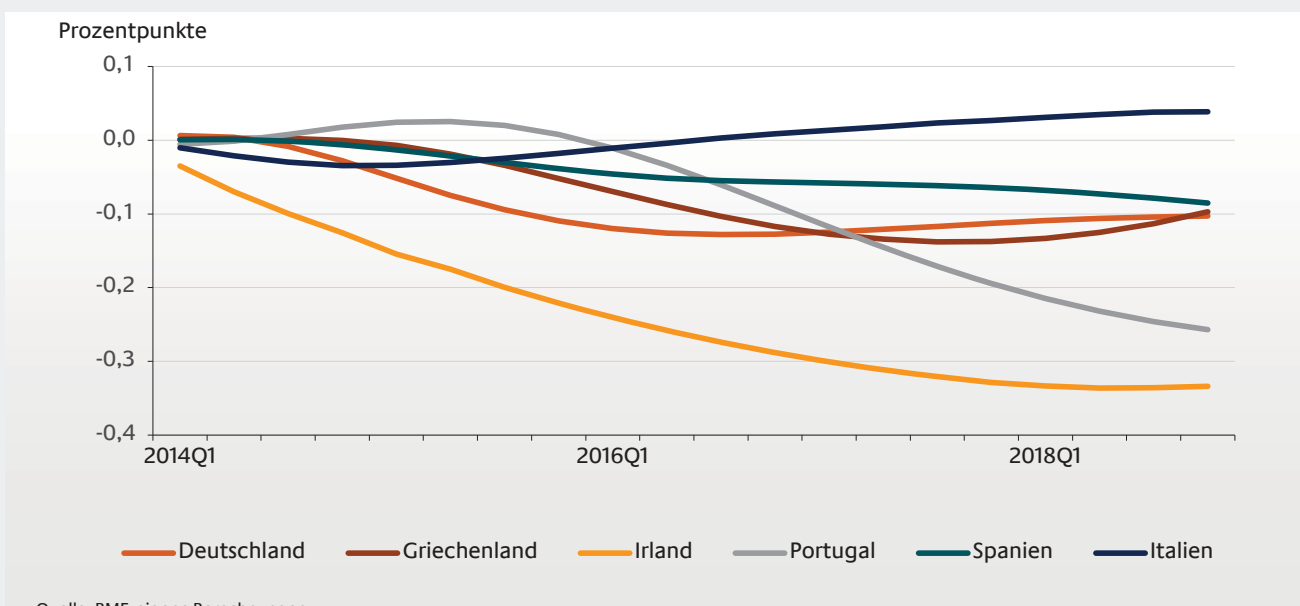
LOHNPOLITIK – GEEIGNET ZUR KORREKTUR VON LEISTUNGSBILANZUNGLEICHGEWICHTEN IM EURORAUM?

Die gesamtwirtschaftlichen Effekte einer fünfjährigen Lohnmoderation in den Eurostaaten Griechenland, Irland, Italien, Portugal und Spanien begründen eine deutliche Zunahme der Wirtschaftsleistung in diesen Ländern. Am stärksten könnte Spanien mit einer BIP-Erhöhung von fast 2% am Ende des Schockzeitraums gegenüber der Basislösung profitieren. In Italien trägt die Lohnzurückhaltung immerhin +1,1% zum Zuwachs des Outputs bei. In den fünf Volkswirtschaften kann ein spürbarer Beschäftigungsaufbau beobachtet werden. Dieser resultiert aus der Entlastung des Faktors Arbeit, der die Einstellungsbereitschaft der Unternehmen erhöht. Die Unternehmensinvestitionen repräsentieren diejenige Komponente der Binnennachfrage, die den größten Vorteil aus der Lohnmoderation erzielt. Trotz des geringeren Wachstums der Nominallöhne kommt es wegen der stärkeren Beschäftigungsexpansion per Saldo zu einem positiven Effekt auf die verfügbaren Einkommen. Da zusätzlich das geringere Wachstum der Arbeitnehmerentgelte die

Entwicklung der Konsumentenpreise dämpft, kommt es zu einer Kaufkraftausweitung, die einen moderaten Anstieg der privaten Konsumausgaben bewirkt. Die Inflationsrate in den Schockländern könnte ab der Mitte des Projektionszeitraums rund 0,4 Prozentpunkte unter der im Basisszenario liegen. Gemäß der modellierten Zwei-Säulen-Strategie würde die EZB die Zinsen etwas senken. Hieraus folgen für den Euroraum insgesamt positive Investitionseffekte. Außerdem resultieren aus dem kontraktiven Lohnschock für Deutschland leicht positive Output-Effekte (+ 0,1%) – primär getragen von der Binnennachfrage. Dem steht ein schwacher Rückgang des deutschen Leistungsbilanzüberschusses (- 0,1 Prozentpunkte) gegenüber (vergleiche Abbildung 4).

Die verbesserte preisliche Wettbewerbsfähigkeit der Peripheriestaaten als Ergebnis der gesunkenen Lohnstückkosten führt zu einem signifikanten Anstieg des realen Exportvolumens. Die Spanne reicht von + 0,2% für Griechenland bis + 0,8% für Spanien. Spiegelbildlich würde Deutschland von

Abbildung 4: Reaktion des Leistungsbilanzsaldos auf die Simulation einer Lohnmoderation in den Peripherieländern in % des BIP, Abweichungen vom Basisszenario



Quelle: BMF, eigene Berechnungen.

Analysen und Berichte

LOHNPOLITIK – GEEIGNET ZUR KORREKTUR VON LEISTUNGSBILANZUNGLEICHGEWICHTEN IM EUORAUUM?

allen Handelspartnern bis zu + 0,5 % mehr importieren. Zudem wird die inländische Güternachfrage teilweise zugunsten der Produktion in den betrachteten Euroländern und zulasten von Exportländern wie Deutschland umgelenkt (Substitutionseffekt). In der Summe induziert die gestiegene Binnennachfrage jedoch auch eine Ausweitung des realen Importvolumens (z. B. + 0,25 % in Italien). So steigen die deutschen Exporte um bis zu 0,2 %. Der Nettoeffekt im Außenhandel wird von den Nachfrageelastizitäten des Auslands nach Gütern aus den „Schockstaaten“ beziehungsweise der inländischen Nachfrage nach ausländischen Gütern determiniert. Die Auswirkungen auf den (nominalen) Leistungsbilanzsaldo der untersuchten Eurostaaten sind bis auf Italien mittelfristig leicht negativ. Die mengenmäßige Ausweitung der Exporte wird zum Teil durch eine Senkung der Exportpreise konterkariert. Die Verbesserung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit ist bei Weitergabe der Lohnstückkostenvorteile an die Abnehmer im Ausland mit einem negativen Terms-of-Trade-Effekt verbunden.

4 Expansive Fiskalpolitik

Simulationen zu den gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen von fiskalpolitischen Impulsen auf der Einnahmen- und Ausgabenseite des Staates mit NiGEM im Monatsbericht November 2013 haben verdeutlicht, dass auch eine kreditfinanzierte expansive Finanzpolitik in Deutschland nicht nachhaltig den deutschen Leistungsbilanzüberschuss korrigiert.³ Selbst bei hohem Mitteleinsatz sind die positiven Wachstumseffekte bei wichtigen Ländern der Wirtschafts- und Währungsunion und Handelspartnerländern sehr eng

³ Bundesministerium der Finanzen (2013): Gesamtwirtschaftliche Auswirkungen fiskalpolitischer Impulse, in: Monatsbericht des BMF November 2013, S. 15-22.

begrenzt. Zudem hätten diese Szenarien den Nachteil einer dauerhaften Erhöhung der staatlichen Schuldenstandsquote.

5 Fazit

Wie mithilfe des makroökonomischen Weltwirtschaftsmodells NiGEM gezeigt wurde, stellt die Lohnpolitik allein kein geeignetes Instrument zur Korrektur von Leistungsbilanzungleichgewichten dar. Dies gilt sowohl für eine Lohnexpansion in Deutschland als auch für eine Lohnmoderation in den betrachteten Eurostaaten. Eine übermäßige Erhöhung der Löhne in Deutschland würde die intensiv im Wettbewerb mit Ländern außerhalb der Europäischen Union stehenden deutschen Unternehmen einseitig belasten und deren Exportaussichten eintrüben. Davon wären auch die Handelspartner im Euroraum negativ betroffen, die umfanglich Vorleistungen für die deutschen Exporte produzieren. Darüber hinaus ist die Frage aufzuwerfen, ob der Staat überhaupt in die in Deutschland grundgesetzlich geschützte Tarifautonomie zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern eingreifen sollte. Eine an der Produktivitätsentwicklung der Volkswirtschaft orientierte Lohnpolitik kann das Wirtschaftswachstum langfristig begünstigen und die Binnennachfrage über eine Zunahme der Kaufkraft stärken, was die Nachfrage nach Importen merklich steigert. Damit würde eine Reduktion des deutschen Leistungsbilanzüberschusses – auch ohne eine verzerrende Absenkung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit – einhergehen. Überdies eröffnet die auf Konsolidierung der Staatsfinanzen ausgerichtete Finanzpolitik der Bundesregierung der zurückliegenden Jahre begrenzten Raum für eine zielgerichtete wachstumsorientierte Ausweitung der öffentlichen Investitionen speziell auf den Feldern Bildungs-, Forschungs- und Verkehrsinfrastruktur.

Analysen und Berichte

LOHNPOLITIK – GEEIGNET ZUR KORREKTUR VON LEISTUNGSBILANZUNGLEICHGEWICHTEN IM EURORAUM?

In Bezug auf die Korrektur der Leistungsbilanzungleichgewichte innerhalb des Euro-Währungsraums sollte die Anpassung primär von den Ländern mit außenwirtschaftlichen Defiziten selbst vorgenommen werden. Wirtschaftspolitische Maßnahmen, die eine Steigerung der Produktivität der Unternehmen begünstigen, könnten über eine Ausweitung der Exporte einerseits die Leistungsbilanz nachhaltig verbessern und andererseits die Wirtschaftsleistung dauerhaft erhöhen. Eine Politik der Lohnmoderation in diesen Staaten richtet sich dabei vor allem an eine notwendige

Anpassung binnenwirtschaftlicher Faktoren und kann zum Abbau der hohen Arbeitslosigkeit beitragen. Da es in den Peripherieländern in den vergangenen Jahren erhebliche Lohnanpassungen gegeben hat, ist mit deutlich positiven Effekten auf Wachstum und Beschäftigung zu rechnen. Abschließend bleibt festzuhalten, dass Leistungsbilanzsalden keine durch die Wirtschaftspolitik direkt steuerbaren volkswirtschaftlichen Größen sind, sondern das Resultat vielfältiger wirtschaftlicher Entscheidungen im In- und Ausland.

Der neue Mehrjährige Finanzrahmen der Europäischen Union

Einigung von Rat und EU-Parlament gewährleistet Planungssicherheit für die Ausgaben und Einnahmen der EU in den Jahren 2014 bis 2020

- Am 2. Dezember 2013 hat der Rat den neuen Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) der Europäischen Union (EU) für die Jahre 2014 bis 2020 beschlossen. Damit kamen fast zwei Jahre dauernde Verhandlungen zwischen der Kommission, dem Europäischen Parlament und dem Rat zu einem Ende.
- Der MFR ist ein wichtiges Instrument in der Finanzverfassung der EU. Er legt die jährlichen Ausgabenobergrenzen und Prioritäten der EU für einen mindestens fünfjährigen Zeitraum verbindlich fest.
- Aus Sicht des BMF verliefen die Verhandlungen erfolgreich. So ist der neue Finanzrahmen stärker als bisher auf Wachstum, Beschäftigung, Wettbewerbsfähigkeit und Zukunftsbereiche wie Forschung und Entwicklung ausgerichtet. Gleichzeitig wurde das Gesamtvolumen in einer Weise begrenzt, die den Konsolidierungserfordernissen in den Mitgliedstaaten Rechnung trägt.

1	Einleitung.....	45
2	Der Mehrjährige Finanzrahmen (MFR).....	46
3	Der neue MFR für die Jahre 2014 bis 2020.....	46
3.1	Einstieg in die Modernisierung der Ausgabenstruktur.....	48
3.2	Flexibilität bei der Mittelverwendung.....	48
4	Finanzierung des MFR: Die Eigenmittel der EU.....	49
5	Fazit und Ausblick.....	50

1 Einleitung

Bereits im Juni 2011 hatte die Europäische Kommission einen ersten Entwurf für den neuen Finanzrahmen der EU vorgelegt und damit den Startschuss für mehr als zwei Jahre dauernde Verhandlungen über die Finanzausstattung der EU gegeben. Der Vorschlag der Kommission sah vor, die EU im Zeitraum der Jahre 2014 bis 2020 mit deutlich mehr Mitteln auszustatten als in der vorhergehenden siebenjährigen Finanzperiode. Deutschland

gelang es jedoch in Zusammenarbeit mit anderen Mitgliedstaaten, den Entwurf an die Konsolidierungserfordernisse der Mitgliedstaaten anzupassen und stärker auf Zukunftsbereiche auszurichten. Die endgültige Fassung des neuen Finanzrahmens wurde am 2. Dezember 2013, nach vorheriger Zustimmung durch das Europäische Parlament, vom EU-Ministerrat (Rat) beschlossen. Damit besteht nun für die Mitgliedstaaten und Empfänger von Zahlungen der EU Planungssicherheit bis zum Jahr 2020.

2 Der Mehrjährige Finanzrahmen (MFR)

Neben dem Eigenmittelsystem und dem jährlichen Haushalt ist der MFR eines der drei zentralen Elemente der Finanzverfassung der EU. Mit dem MFR werden gemäß Artikel 312 AEUV für einen mindestens fünfjährigen Zeitraum Obergrenzen für die jährlichen Ausgaben der EU festgelegt. Gleichzeitig macht der MFR Vorgaben, für welche Politikbereiche das Geld ausgegeben werden soll. Deshalb ist der MFR in verschiedene Rubriken und Teilrubriken aufgeteilt, die den einzelnen Politikbereichen der EU entsprechen und für die ebenfalls jährliche Obergrenzen festgelegt werden. Bei der Aufstellung der jährlichen Haushalte der EU sind die im MFR festgesetzten Obergrenzen einzuhalten. Mittelübertragungen zwischen den einzelnen Rubriken sind nicht ohne weiteres möglich.

Innerhalb des MFR wird zwischen Mitteln für Verpflichtungen und Mitteln für Zahlungen unterschieden, für die jeweils eigene Obergrenzen festgelegt werden. Die Mittel für Verpflichtungen erlauben das Eingehen einer rechtlich bindenden Verpflichtung, während die Mittel für Zahlungen Grundlage für eine in einem bestimmten Haushaltsjahr tatsächlich zu leistende Auszahlung sind. Die Mittel für Zahlungen und die Mittel für Verpflichtungen können in unterschiedlichen Haushaltsjahren anfallen. Dies ist zum Beispiel dann der Fall, wenn Verpflichtungen für ein mehrjähriges Programm genehmigt werden. Während die Mittel für Verpflichtungen vollständig in dem Haushaltsjahr veranschlagt werden, in dem auch das Projekt genehmigt wurde, werden die tatsächlichen Auszahlungen erst dann gebucht, wenn sie anfallen.

Rechtlich gesehen ist der MFR eine Verordnung, die nach einem gesonderten Gesetzgebungsverfahren erlassen wird. Gemäß Artikel 312 AEUV beschließt der Rat einstimmig nach Zustimmung des Europäischen Parlaments über die MFR-Verordnung.

Die Federführung bei den Verhandlungen über den Finanzrahmen liegt innerhalb der Bundesregierung beim Auswärtigen Amt. Aufgrund des engen Zusammenhangs mit dem jährlichen Haushalt und dem Eigenmittelsystem der EU fällt dem Bundesministerium der Finanzen bei den Verhandlungen jedoch eine zentrale Rolle zu.

3 Der neue MFR für die Jahre 2014 bis 2020

Der neue Finanzrahmen stellt der EU für den Zeitraum der Jahre 2014 bis 2020 insgesamt 960 Mrd. € in Verpflichtungsermächtigungen und 908 Mrd. € in Zahlungsermächtigungen zur Verfügung (in Preisen des Jahres 2011). Dies bedeutet einen Rückgang gegenüber dem vorherigen Finanzrahmen um 3,4 % beziehungsweise 3,7 % (vergleiche Tabelle 1). Damit trägt der neue Finanzrahmen den Konsolidierungserfordernissen in den Mitgliedstaaten Rechnung.

Üblicherweise werden die Obergrenzen des Finanzrahmens während der Verhandlungen in konstanten Preisen eines bestimmten Basisjahres ausgedrückt. Für die Aufstellung der nationalen Haushalte und des EU-Haushalts sind jedoch vor allem die Ausgaben in laufenden Preisen relevant. Daher wird das Verhandlungsergebnis anhand eines automatischen Inflationsausgleichs von 2 % pro Jahr in laufende Preise umgerechnet. Unter Berücksichtigung dieses Inflationsausgleichs wird der Finanzrahmen in laufenden Preisen bis 2020 auf insgesamt rund 1 083 Mrd. € (in Verpflichtungen) beziehungsweise 1 024 Mrd. € (in Zahlungen) ansteigen. Soweit nicht anders angegeben, werden im Folgenden alle Finanzvolumen in Preisen des Jahres 2011 angegeben.

Der MFR für die Jahre 2014 bis 2020 behält im Wesentlichen die Struktur des vorherigen Finanzrahmens bei. Insgesamt enthält der neue MFR sechs Ausgabekategorien (vergleiche Tabelle 1). Ein großer Teil

Analysen und Berichte

DER NEUE MEHRJÄHRIGE FINANZRAHMEN DER EUROPÄISCHEN UNION

der Mittel wird dabei den Rubriken 1 (Intelligentes und Integratives Wachstum) und 2 (Nachhaltige Bewirtschaftung und Schutz natürlicher Ressourcen) zugeordnet. Hinter diesen Bezeichnungen verbirgt sich die Finanzierung der Forschungs- und Entwicklungspolitik der Union (Rubrik 1a), der Kohäsions- und Strukturpolitik (Rubrik 1b), sowie der gemeinsamen Agrar- und Fischereipolitik (Rubrik 2). Rubrik 3 (Sicherheit und Unionsbürgerschaft) beinhaltet unter anderem Mittel für den Grenzschutz an den Außengrenzen der

EU, die Zusammenarbeit zwischen den Strafverfolgungs- und Justizbehörden sowie für die Bekämpfung von Terrorismus und Kriminalität. Aus der Rubrik 4 (Europa in der Welt) finanziert die EU Aktivitäten außerhalb ihrer Grenzen. Hierzu zählen beispielsweise die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik und die Entwicklungszusammenarbeit. Die Verwaltung der EU-Institutionen wird durch Rubrik 5 finanziert. Von nachrangiger Bedeutung ist die sechste Kategorie mit Ausgleichszahlungen an Kroatien.

Tabelle 1: Mehrjähriger Finanzrahmen 2014 bis 2020 in Preisen des Jahres 2011

Mittel für Verpflichtungen	2007 bis 2013	2014 bis 2020	Vergleich
	in Mio € (in Preisen von 2011)		in %
1. Intelligentes und integratives Wachstum	446 788	450 763	0,9
1a. Wettbewerbsfähigkeit für Wachstum und Beschäftigung	91 541	125 614	37,2
1b. davon: Wirtschaftlicher, sozialer und territorialer Zusammenhalt	355 248	325 149	-8,5
2. Nachhaltiges Wachstum: natürliche Ressourcen	420 682	373 179	-11,3
davon: Marktbezogene Ausgaben und Direktzahlungen	336 685	277 851	-17,5
3. Sicherheit und Unionsbürgerschaft	12 396	15 686	26,5
4. Europa in der Welt (Außenpolitik)	56 815	58 704	3,3
5. Verwaltung	55 929	61 629	10,2
6. Ausgleichsbeträge (Beitrittsländer)	992	27	-97,3
Summe Mittel für Verpflichtungen	993 602	959 988	-3,4
in % des erwarteten BNE zum Zeitpunkt der Verabschiedung	1,05	1,00	
Summe Mittel für Zahlungen	943 137	908 400	-3,7
in % des erwarteten BNE zum Zeitpunkt der Verabschiedung	1,00	0,95	

Außerhalb des Finanzrahmens	2007 bis 2013	2014 bis 2020	Vergleich
	in Mio € (in Preisen von 2011)		in %
Nothilfereserve	1 777	1 960	10,3
Globalisierungsanpassungsfonds (Entlassungen)	3 573	1 050	-70,6
Solidaritätsfonds (Naturkatastrophen)	7 146	3 500	-51,0
Flexibilitätsinstrument	1 429	3 297	130,7
Europäischer Entwicklungsfonds	26 138	26 984	3,2
Summe Ausgaben außerhalb	40 062	36 791	-8,2
in % des erwarteten BNE zum Zeitpunkt der Verabschiedung	0,04	0,04	
Summe innerhalb und außerhalb des Finanzrahmens	1033 665	996 779	-3,6
in % des erwarteten BNE zum Zeitpunkt der Verabschiedung	1,09	1,04	

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

Analysen und Berichte

DER NEUE MEHRJÄHRIGE FINANZRahmen DER EUROPÄISCHEN UNION

3.1 Einstieg in die Modernisierung der Ausgabenstruktur

Mit dem Beschluss des neuen MFR ist ein Einstieg in die Modernisierung der Ausgabenstruktur gelungen. So sind insbesondere die der Rubrik 1a (Forschungs- und Entwicklungspolitik) zugewiesenen Mittel überproportional gestiegen (Tabelle 1). Ihr Anteil an den Gesamtausgaben nahm von 9 % im Finanzrahmen 2007 bis 2013 auf 13 % im neuen Finanzrahmen zu. Diese Rubrik beinhaltet unter anderem das EU-Bildungsprogramm ERASMUS, mit dem die Mobilität von Studenten und Dozenten innerhalb Europas gesteigert werden soll. In den Jahren von 2014 bis 2020 stehen diesem Programm insgesamt etwa 40 % mehr Mittel zur Verfügung als im alten Finanzrahmen. Ebenfalls Bestandteil der Rubrik 1a ist das Programm Horizont 2020, mit dem Spitzenforschung und Innovation in Europa unterstützt werden. Das diesem Programm zur Verfügung stehende Finanzvolumen konnte um etwa 30 % auf insgesamt rund 80 Mrd. € gesteigert werden. Mit der „Connecting Europe“-Fazilität wurde ein neues Instrument geschaffen, das bis zum Jahr 2020 insgesamt 29 Mrd. € für den Ausbau der transeuropäischen Transport-, Energie- und digitalen Netze zur Verfügung stellt. Deutschland dürfte aufgrund seiner zentralen Lage in Europa besonderen Nutzen aus dem Ausbau der Ost-West-Verbindungen ziehen.

In anderen, weniger auf Wachstum und Beschäftigung ausgerichteten Bereichen, konnten Kürzungen durchgesetzt oder zumindest ein Anstieg der Ausgaben begrenzt werden. Dies gilt insbesondere für die in den Rubriken 1b und 2 veranschlagte Regionalförderung und die Agrarsubventionen. Auf diese Bereiche entfielen im Zeitraum der Jahre 2007 bis 2013 noch knapp 80 % der Ausgaben. Für diese Ausgabenbereiche werden während der Dauer des neuen Finanzrahmens insgesamt 10 % weniger ausgegeben als unter dem vorhergehenden Finanzrahmen. Zwar wären hier grundsätzlich noch weitergehende

Kürzungen wünschenswert gewesen, jedoch gibt es dadurch auch für Deutschland positive Entwicklungen. So besteht weiterhin eine flächendeckende Förderung für alle Regionen in Europa. Dies gilt auch für die neuen Bundesländer, die aufgrund der guten wirtschaftlichen Entwicklung der vergangenen Jahre aus der Höchsthilfe herausgefallen sind. Für solche Regionen wurde als Übergangslösung ein sogenanntes Sicherheitsnetz vereinbart, das den neuen Bundesländern zusammen mit den darüber hinaus vereinbarten Sonderzuteilungen 64 % der bisherigen Förderung sicherstellt.

Darüber hinaus setzt der neue Finanzrahmen weitere Impulse für Wachstum und Beschäftigung: So stehen rund 6 Mrd. € für die neu geschaffene „Youth Employment Initiative“ zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit zur Verfügung. Ausgaben von rund 2,5 Mrd. €, die der Förderung der Beschäftigung Jugendlicher dienen, können zudem von den Jahren 2016 bis 2020 in die Jahre 2014 und 2015 vorgezogen werden.

3.2 Flexibilität bei der Mittelverwendung

Um auf unvorhergesehene Ereignisse wie Krisen und Notfälle flexibel reagieren zu können, ermöglicht der Finanzrahmen Mittel für zusätzliche Ausgabenprogramme bereitzustellen, die nicht unter die Obergrenzen für Verpflichtungen fallen. Hierzu zählen u. a. die Nothilfe-reserve zur Unterstützung von Nicht-Mitgliedsländern bei humanitären Krisen, der Solidaritätsfonds für Naturkatastrophen in Mitgliedsländern, das Flexibilitätsinstrument zur Begleichung von im Vorfeld nicht eindeutig identifizierbaren Aufgaben und der Globalisierungsanpassungsfonds, mit dem aufgrund von Strukturänderungen arbeitslos gewordenen Arbeitnehmern geholfen werden kann. Diesen Instrumenten standen bereits während der Laufzeit des vorherigen Finanzrahmens Mittel in Höhe von 40 Mrd. € zur Verfügung. Im neuen

Analysen und Berichte

DER NEUE MEHRJÄHRIGE FINANZRAHMEN DER EUROPÄISCHEN UNION

Finanzrahmen wurden die entsprechenden Mittel nun um 8% auf nunmehr 36,8 Mrd. € reduziert (vergleiche Tabelle 1). Auch bei diesen Programmen konnte somit den Konsolidierungserfordernissen der Mitgliedstaaten Rechnung getragen werden.

Darüber hinaus erweitert der neue Finanzrahmen die Palette der obengenannten Flexibilitätsinstrumente:

- So schafft Artikel 5 der neuen MFR-Verordnung einen sogenannten Gesamtspielraum für Zahlungen. Demnach darf die Haushaltsbehörde aus Rat und Europäischem Parlament fortan nicht ausgeschöpfte Mittel für Zahlungen (die Marge zwischen den jährlichen Haushalten und der Zahlungsobergrenze des Finanzrahmens) auf die Folgejahre übertragen. Ab dem Jahr 2018 ist der maximal zu übertragende Betrag gedeckelt.
- Ebenfalls wurde Flexibilität hinsichtlich der Verpflichtungen geschaffen. Artikel 14 der MFR-Verordnung sieht einen Gesamtspielraum für Verpflichtungen vor. Nicht ausgeschöpfte Margen zwischen den in den jährlichen Haushalten vorgesehenen Verpflichtungen und den Obergrenzen für die Verpflichtungen im Finanzrahmen aus den Jahren 2014 bis 2017 können angespart werden. Diese Mittel dürfen anschließend im Zeitraum von 2016 bis 2020 für Politikziele im Zusammenhang mit Wachstum und Beschäftigung – insbesondere Jugendbeschäftigung – ausgegeben werden.

Aus Sicht des Bundesministeriums der Finanzen ist diese Erweiterung der Flexibilität mit Vor- und Nachteilen verbunden. Einerseits trägt die höhere Flexibilität dazu bei, dass jeder Euro dort zum Einsatz kommt, wo er den größten Nutzen stiftet. Andererseits werden die jährlichen Einnahmen und Ausgaben der EU dadurch schwieriger zu prognostizieren.

Unbeschadet dieser Regelungen über Flexibilität sind die Ausgaben der EU durch die sogenannte Eigenmittelobergrenze begrenzt. Diese, im Eigenmittelbeschluss vom 7. Juni 2007 (2007/436/EG) festgelegte, Deckelung stellt eine absolute Obergrenze für die Ausgaben der EU dar. Sie besagt, dass die Mittel für Zahlungen in jedem Jahr 1,23% des Bruttonationaleinkommens (BNE) der EU nicht übersteigen dürfen. Die jährlichen Verpflichtungsermächtigungen werden auf 1,29% des BNE der Mitgliedstaaten der EU nach oben beschränkt.

4 Finanzierung des MFR: Die Eigenmittel der EU

Finanziert werden die im Finanzrahmen vorgesehenen Ausgaben der EU über die sogenannten Eigenmittel, die von den Mitgliedstaaten an die EU abgeführt werden. Hierbei handelt es sich um die Traditionellen Eigenmittel (im Wesentlichen Zölle und Agrarabgaben), die Mehrwertsteuer-Eigenmittel (MWSt-Eigenmittel) und die Bruttonationaleinkommen-Eigenmittel (BNE-Eigenmittel). Die Traditionellen Eigenmittel werden von den Mitgliedstaaten direkt bei den Wirtschaftssubjekten erhoben und an die EU abgeführt. Sie haben inzwischen nur noch einen geringen Anteil an den gesamten Eigenmitteln der EU. Im Jahr 2012 – dem aktuellsten Jahr, für den die EU einen Finanzbericht veröffentlicht hat – machten die Traditionellen Eigenmittel einen Anteil von 12% an den gesamten Einnahmen der EU aus. Die von einem Land abzuführenden Mehrwertsteuer-Eigenmittel richten sich nach einer einheitlichen Mehrwertsteuer-Bemessungsgrundlage, die nur für die Festsetzung der Mehrwertsteuer-Eigenmittel berechnet wird. Die von einem Land abzuführenden Mehrwertsteuer-Eigenmittel ergeben sich dann aus der Multiplikation der einheitlichen Bemessungsgrundlage

Analysen und Berichte

DER NEUE MEHRJÄHRIGE FINANZRAHMEN DER EUROPÄISCHEN UNION

mit einem einheitlichen Abrufsatz. Im Jahr 2012 bewegte sich das Aufkommen der Mehrwertsteuer-Eigenmittel mit 11 % des Gesamtaufkommens in etwa in der Größenordnung der Traditionellen Eigenmittel. Die Lücke zwischen den im MFR festgelegten Ausgabenobergrenzen und dem Aufkommen aus den Traditionellen Eigenmitteln und den Mehrwertsteuer-Eigenmitteln wird geschlossen, indem jedes Land gemäß seinem Anteil an dem BNE der EU zur Deckung dieser Lücke beiträgt. Diese sogenannten BNE-Eigenmittel sind mittlerweile die bedeutendste Einnahmequelle der EU. Im Jahr 2012 betrug ihr Anteil an den Einnahmen der EU 77 %. In Deutschland werden die an die EU abzuführenden MWSt- und BNE-Eigenmittel als Mindereinnahmen im Bundeshaushalt verbucht.

Aufgrund des hohen Anteils der BNE-Eigenmittel an dem gesamten Eigenmittelaufkommen richtet sich der Beitrag eines Mitgliedstaats zur Finanzierung der EU im Wesentlichen nach seiner Wirtschaftskraft. Deutschland leistet daher seit jeher den größten Beitrag zur Finanzierung der EU. Während der Laufzeit des Finanzrahmens der Jahre 2007 bis 2013 stammten etwa 20 Cent jeden Euros, den die EU ausgab, aus Deutschland. Umgekehrt gehört Deutschland zu den größten Empfängern von Ausgaben der EU. Da wichtige Ausgabenbereiche wie die Regional- und Strukturpolitik jedoch vor allem auf wirtschaftlich schwächere Regionen und Länder konzentriert sind, zahlt Deutschland mehr an die EU als es im Gegenzug erhält. Deutschland gehört somit traditionell zu den Nettozahler-Ländern der EU. Wie groß der deutsche Nettosaldo in der Laufzeit des neuen Finanzrahmens ausfällt hängt von einer Vielzahl von Annahmen, u. a. über die künftige

Entwicklung des BNE, ab und kann daher im Vorfeld nicht exakt berechnet werden. Der genaue Nettosaldo der Mitgliedstaaten wird von der Kommission erst rückblickend im jährlichen Finanzbericht der EU ausgewiesen.

Zwar ist eine Prognose des exakten Nettosaldos von Deutschland für die kommenden Jahre äußerst schwierig und mit großen Unsicherheiten behaftet. Dennoch ist gegenwärtig davon auszugehen, dass die deutsche Nettozahlerposition während der Dauer des neuen Finanzrahmens tendenziell steigen dürfte. Dies ist vor allem darauf zurückzuführen, dass die neuen Bundesländer aufgrund der in den vergangenen Jahren verzeichneten dynamischen wirtschaftlichen Entwicklung, künftig keinen Anspruch mehr auf die Höchstförderung bei der Strukturpolitik haben.

5 Fazit und Ausblick

Durch die Verabschiedung der MFR-Verordnung wurde die Finanzausstattung der EU bis zum Jahr 2020 festgelegt. Damit verfügen nun alle beteiligten Akteure über ein hohes Maß an Planungssicherheit. Mit einer stärkeren Ausrichtung des MFR auf Wachstum und Beschäftigung ist zudem ein Einstieg in die Modernisierung der Ausgabenstruktur gelungen. Die EU-Finzen werden auch in den kommenden Jahren ein aktives Politikfeld bleiben. So haben sich Rat und Parlament auf die Einberufung einer hochrangigen Expertengruppe geeinigt, die Vorschläge für eine Reform des Eigenmittelsystems der EU unterbreiten soll. Zudem enthält die MFR-Verordnung eine Revisionsklausel, die bis zum Jahr 2016 eine Überprüfung der Funktionsweise des Finanzrahmens vorsieht.

Fünf Jahre Finanzmarktstabilisierungsfonds unter dem Dach der Bundesanstalt für Finanzmarktstabilisierung

Gastbeitrag der Bundesanstalt für Finanzmarktstabilisierung (FMSA)

- Die Stabilisierungsmaßnahmen des Finanzmarktstabilisierungsfonds (SoFFin) waren erforderlich und erfolgreich.
- Heute ist Deutschland wesentlich besser als vor fünf Jahren für einen möglichen Krisenfall gerüstet.
- In Zukunft werden die Lasten dort angesiedelt, wo sie hingehören: bei den Eigentümern und Gläubigern.

1	Gründung des Finanzmarktstabilisierungsfonds	51
2	Verhinderung einer Insolvenz der Hypo Real Estate Gruppe.....	52
2.1	Stabilisierung durch den SoFFin.....	52
2.2	Gründung einer Abwicklungsanstalt.....	53
2.3	Verkauf der verbliebenen Bank (pbb Deutsche Pfandbriefbank).....	53
3	Entschädigung der Anleger der Lehman Brothers Deutschland AG	53
4	Beteiligung des Bundes an der Commerzbank.....	53
5	Transformation der WestLB zur Portigon	53
6	Aufbau und Entwicklung der Abwicklungsanstalten	55
6.1	Gründung der Ersten Entwicklungsanstalt – Abwicklungsanstalt der WestLB	55
6.2	Gründung der FMS Wertmanagement – Abwicklungsanstalt der Hypo Real Estate Gruppe	55
6.3	Die Aufsicht über die Abwicklungsanstalten liegt bei der FMSA.....	56
6.4	Zusammenwirken mit BMF, BaFin und Bundesbank.....	56
7	Lehren aus den Erfahrungen der vergangenen fünf Jahre.....	56
7.1	Rückblick.....	56
7.2	Ausblick	57

1 Gründung des Finanzmarktstabilisierungsfonds

Oktober 2008, Berlin: „Die Regierung, die Koalition, aber auch das Parlament haben in einem beispiellosen Kraftakt das Ihre zur Bewältigung der Finanzkrise geleistet.“¹

Mit diesen Worten leitete Dr. Peter Struck die Aussprache der Sitzung des Deutschen Bundestags am 17. Oktober 2008 ein, in der der gesetzliche Rahmen² zur Gründung des Finanzmarktstabilisierungsfonds (SoFFin) und der Bundesanstalt für Finanzmarkt-

¹ Zitat nach: Plenarprotokoll 16/184, S. 19657.

² Gesetz zur Umsetzung eines Maßnahmenpakets zur Stabilisierung des Finanzmarkts (Finanzmarktstabilisierungsgesetz – FMStG).

Analysen und Berichte

FÜNF JAHRE FINANZMARKTSTABILISIERUNGSFONDS UNTER DEM DACH DER BUNDESANSTALT FÜR FINANZMARKTSTABILISIERUNG

stabilisierung (FMSA)³ unter den Eindrücken des Lehman-Schocks und der Rettung der Hypo Real Estate Gruppe (HRE) beschlossen wurde.

Das Gesetz wurde innerhalb einer Woche erarbeitet, diskutiert und vom Parlament verabschiedet. Innerhalb nur eines Tages wurden Büros der Bundesbank in Frankfurt am Main geräumt und bezogen. Ein kleines Team aus fünf eigenen Mitarbeitern und 20 Mitarbeitern der Bundesbank hatte die Aufgabe, das Gesetz mit Leben zu füllen. Die Stabilisierung des Finanzmarkts, ausgestattet mit einem Etat von maximal 480 Mrd. € – weit mehr als ein Jahresetat des Bundeshaushalts – war Pionierarbeit unter extremem Zeitdruck.

Im Verlauf der vergangenen fünf Jahre wurde der gesetzliche Rahmen zur Finanzmarktstabilisierung mehrmals angepasst, sodass sich auch das Aufgabenfeld der FMSA erweiterte beziehungsweise veränderte.⁴ Von den verfügbaren Ermächtigungsrahmen wurden in der Spitze 168 Mrd. € an Garantien und 29,4 Mrd. € an Kapitalhilfen eingesetzt. Davon stehen heute noch rund 17,1 Mrd. € an Kapitalhilfen aus.

Herausragend waren dabei die Fälle Commerzbank, HRE und WestLB, bei letzteren insbesondere die Konzeption und Gründung von Abwicklungsanstalten als deutsche Version der sogenannten Bad Banks.

³ FMSA ist die Abkürzung der Bundesanstalt für Finanzmarktstabilisierung, die zum Zeitpunkt ihrer Gründung zunächst Finanzmarktstabilisierungsanstalt hieß. Im Rahmen der Umwandlung in eine rechtlich selbständige Bundesanstalt im Juli 2009 wurde die Abkürzung beibehalten. Die FMSA verwaltet den Finanzmarktstabilisierungsfonds (SoFFin), dessen Instrumente bis Ende 2014 zur Verfügung stehen, sowie seit Jahresbeginn 2011 zudem den Restrukturierungsfonds und erhebt die Bankenabgabe.

⁴ Vergleiche Anhang 1: „Deutsche Initiativen zur Finanzmarktstabilisierung und Restrukturierung“.

2 Verhinderung einer Insolvenz der Hypo Real Estate Gruppe

2.1 Stabilisierung durch den SoFFin

Die HRE war im September 2008 in eine ernste und ihren Fortbestand gefährdende Schieflage geraten. Eine Insolvenz der HRE hätte zu gravierenden Auswirkungen auf die nationalen und internationalen Finanzmärkte geführt und die gesamte Volkswirtschaft erheblich belastet. Als unmittelbare Sofortmaßnahme löste der gerade gegründete SoFFin in einem ersten Schritt die Hilfen des Bundes und eines Bankenkonsortiums aus dem September 2008 (die sogenannte Blue-Fazilität) ab. Voraussetzung dafür, dass die weiteren Rekapitalisierungs- und Restrukturierungserfordernisse rechtssicher und kosteneffizient umsetzbar waren, war die vollständige Kontrolle über die HRE. Es sollte bei dem immensen Mitteleinsatz namentlich verhindert werden, dass erforderliche Weichenstellungen durch Minderheitsaktionäre in der Hauptversammlung zur Verfolgung von Einzelinteressen blockiert werden konnten.

Die vollständige Übernahme der HRE durch den SoFFin wurde mittels einer Reihe von aufeinander aufbauenden Kapitalmaßnahmen durchgeführt und endete am 13. Oktober 2009 mit der Übertragung der letzten 10 % der Aktien an den SoFFin im Rahmen eines Squeeze-out-Verfahrens, mit welchem Aktionäre, die ihre Aktien behalten wollten, nach dem Aktienrecht zur Übertragung verpflichtet wurden.

Neben den Kapitalmaßnahmen von insgesamt 9,8 Mrd. € reichte der SoFFin zur Sicherung der Liquiditätsausstattung umfangreiche Garantien an die HRE-Gruppe aus (Höchststand 124 Mrd. €). Die Garantien wurden mittlerweile vollständig und ohne Verlust zurückgeführt.

Analysen und Berichte

FÜNF JAHRE FINANZMARKTSTABILISIERUNGSFONDS UNTER DEM DACH DER BUNDESANSTALT FÜR FINANZMARKTSTABILISIERUNG

2.2 Gründung einer Abwicklungsanstalt

Oktober 2010, München: Zur Wiederherstellung der langfristigen Tragfähigkeit des Geschäftsmodells der Deutschen Pfandbriefbank AG (pbb) als strategischem Teil der HRE-Gruppe wurden im Oktober 2010 Vermögenswerte und Risikopositionen auf die eigens gegründete Abwicklungsanstalt FMS Wertmanagement ausgelagert.⁵ Die HRE hat seit der vollzogenen Abspaltung planmäßig keine neuen Garantien benötigt und das Neugeschäft der pbb selbständig refinanziert.

2.3 Verkauf der verbliebenen Bank (pbb Deutsche Pfandbriefbank)

18. Juli 2011, Brüssel: Die Europäische Kommission genehmigte am 18. Juli 2011 die staatlichen Hilfen unter der Auflage einer weitreichenden Umstrukturierung der Bank. Dieser Umstrukturierungsplan für die HRE sieht unter anderem den Verkauf der pbb Deutsche Pfandbriefbank vor. Die Bundesrepublik Deutschland als Eigentümerin der HRE Holding muss den Teilkonzern DEPFA Group bis spätestens Ende 2014 und den Teilkonzern pbb bis spätestens Ende 2015 reprivatisieren. Der Verkaufsprozess der DEPFA Group läuft derzeit.

3 Entschädigung der Anleger der Lehman Brothers Deutschland AG

September 2008, Frankfurt am Main: Die Pleite von Lehman Brothers Holding Inc. hatte direkte Auswirkungen auf ihre rechtlich selbständige Tochter Bankhaus Lehman Brothers Deutschland AG mit Sitz in Frankfurt.

Für die Lehman Brothers Deutschland AG musste der Einlagensicherungsfonds

deutscher Banken nach Eröffnung der Insolvenz über das Vermögen des Bankhauses die Anleger entschädigen. Zur Beschaffung der nötigen Liquidität und mit Blick auf mögliche weitere Entschädigungsfälle wurde die Sicherungseinrichtungsgesellschaft deutscher Banken mbH (SdB) gegründet. Die SdB hat zwei vom SoFFin garantierte Schuldverschreibungen begeben, die ausschließlich von Mitgliedern des Bundesverbands deutscher Banken e. V. gezeichnet wurden. Der Emissionserlös wurde zur Entschädigung der Anleger des Bankhauses weitergereicht.

4 Beteiligung des Bundes an der Commerzbank

Dezember 2008, Frankfurt am Main: Die Lehman-Insolvenz zog auch die Commerzbank in ihren Sog. In der Bilanz der Commerzbank taten sich vor allem im Zusammenhang mit der Übernahme der Dresdner Bank erhebliche Verluste auf. Der Bund kapitalisierte die Bank mit 18,2 Mrd. €, die zum Großteil als stille Beteiligungen bereitgestellt wurden. Durch den Erwerb von 295 Millionen Aktien der Commerzbank erlangte der Bund eine Sperrminorität (25 % plus eine Aktie) in der Hauptversammlung, die zur Absicherung der stillen Einlagen diente. Die Commerzbank konnte zwischenzeitlich die stillen Einlage – deutlich früher als ursprünglich geplant – zurückzahlen. Die Sperrminorität wurde mit der vollständigen Rückzahlung der stillen Einlagen im Mai 2013 aufgegeben; der Aktienanteil des SoFFin an der Commerzbank verringerte sich dabei auf aktuell 17,2 %.

5 Transformation der WestLB zur Portigon

Februar 2008, Düsseldorf: Mit Ausbruch der Finanzkrise erlitten die strukturierten Wertpapierportfolien der WestLB erhebliche Verluste, der Kapitalbedarf der

⁵ Vergleiche hierzu Abschnitt 6 „Aufbau und Entwicklung der Abwicklungsanstalten“.

Analysen und Berichte

FÜNF JAHRE FINANZMARKTSTABILISIERUNGSFONDS UNTER DEM DACH DER BUNDESANSTALT FÜR FINANZMARKTSTABILISIERUNG

WestLB stieg an. Eine Unterschreitung der aufsichtsrechtlich vorgegebenen Kapitalquoten hätte die Schließung der Bank nach sich gezogen. Im Februar 2008 einigten sich die Eigentümer der WestLB, das Land Nordrhein-Westfalen und die Sparkassen- und Landschaftsverbände in Nordrhein-Westfalen, auf eine Risikoabschirmung in Höhe von 5 Mrd. €, die sogenannte Phoenix-Garantie. Die EU-Kommission wertete diesen Vorgang aufgrund der Übertragung zu Buchwerten als „unerlaubte Beihilfe“ und genehmigte den Vorgang erst im Mai 2009 unter strengen Auflagen.

Mit der Verschärfung der Finanzkrise entstand im 2. Halbjahr 2009 erneut akuter Handlungsbedarf. Zur kurzfristigen Stabilisierung der WestLB wurde zunächst unter Beteiligung des SoFFin eine Interimslösung entwickelt. Ende 2009 war die WestLB dann die erste deutsche Bank, die auf der Grundlage neuer gesetzlicher Instrumente ein Portfolio von risikoreichen Wertpapieren (rund 77 Mrd. €) in eine sogenannte Bad Bank mit dem Namen „Erste Abwicklungsanstalt“ (EAA) übertrug.⁶

Gründung, „Erstbefüllung“ und Aufbau der EAA erfolgten unter Regie der FMSA und standen unter hohem Zeitdruck. Die ökonomische Grundkonzeption und vertragliche Umsetzung der Transaktion waren Pionierarbeit.

Bestandteil der Transaktion war auch die Gewährung einer stillen Einlage durch den SoFFin. Eine ungeordnete Abwicklung der WestLB als Spitzeninstitut der Sparkassen, bedeutendem Anbieter von Zahlungsverkehrsdienstleistungen und global vernetztem Handelsbuchinstitut im Sinne von § 2 Absatz 11 Kreditwesengesetz (KWG)

⁶ Vergleiche hierzu Abschnitt 6 „Aufbau und Entwicklung der Abwicklungsanstalten“.

mit einem Derivatebuch von mehr als 3 Bio. € Nominalvolumen hätte das Vertrauen der Märkte und der Öffentlichkeit in das deutsche Bankensystem nachhaltig beschädigt. Die Folgen eines solchen Ereignisses galten als nicht abschätzbar.

Die EU-Kommission äußerte erhebliche Zweifel an der Tragfähigkeit des Geschäftsmodells. Nach intensiven Verhandlungen wurde daher am 23. Juni 2011 eine Vereinbarung geschlossen, die im Wesentlichen die Überführung des Sparkassen-Verbundgeschäfts aus der WestLB in die Helaba, die Veräußerung von Beteiligungen und Betriebsteilen und die Nachbefüllung der EAA mit den übrigen Portfolios der WestLB vorsah.

Im 1. Halbjahr 2012 koordinierte die FMSA die Verhandlungen zur Umsetzung der Vereinbarung, die in ein umfangreiches Vertragswerk mündeten. Allein die notarielle Verlesung und Beurkundung der Verträge im August 2012 nahm einen Zeitraum von mehr als drei Wochen in Anspruch.

Heute ist der Name WestLB verschwunden. Die Service- und Portfoliomanagement-Bank firmiert als Portigon und bewirbt sich als Dienstleister um Drittmandate. Die Zahl der Arbeitsplätze, die vor zehn Jahren bei der WestLB noch bei rund 8 000 lag, wird im Jahr 2016 voraussichtlich auf etwa 1 000 bei der Portigon zurückgegangen sein.

Durch die EAA-Transaktion wurde der Nachweis erbracht, dass es in dem bestehenden rechtlichen und institutionellen Rahmen mit einer entsprechend spezialisierten koordinierenden Behörde wie der FMSA möglich ist, ein global vernetztes, im Investmentbanking und Derivategeschäft tätiges Institut weitgehend geräuschlos und ohne Kollateralschäden am Kapitalmarkt aus dem Markt zu nehmen – damit existiert ein Gegenmodell zu einem Scheitern à la Lehman.

Analysen und Berichte

FÜNF JAHRE FINANZMARKTSTABILISIERUNGSFONDS UNTER DEM DACH DER BUNDESANSTALT FÜR FINANZMARKTSTABILISIERUNG

6 Aufbau und Entwicklung der Abwicklungsanstalten

Dezember 2009, München und Düsseldorf: Die Gründung der beiden Abwicklungsanstalten Erste Abwicklungsanstalt (EAA) und FMS Wertmanagement (FMS-WM) sind Beispiele für zwei der wohl spektakulärsten Finanztransaktionen in der Bundesrepublik Deutschland im Zuge der jüngsten Finanzmarktkrise.

6.1 Gründung der Ersten Entwicklungsanstalt – Abwicklungsanstalt der WestLB

In den Jahren 2009 und 2010 hatte die Erste Abwicklungsanstalt EAA von der damaligen WestLB Risikopositionen mit einem Nominalvolumen von 77,5 Mrd. € übernommen. Es handelte sich dabei um mehrere Tausend Geschäftsvorgänge, die auf 58 Länder und 25 Währungen verteilt waren. Dieses Portfolio umfasste sowohl Kredite als auch Wertpapiere. Die Planung sah vor, dieses Portfolio bis zum Jahr 2014 zu halbieren. Bereits nach drei Jahren intensiver Abwicklungsarbeit wurde dieses Ziel nahezu erreicht.

Im Jahr 2012 kam es im Zuge der vollständigen Abwicklung der WestLB zur sogenannten Nachbefüllung der EAA. Neben die Abwicklungsarbeit trat eine neue Kategorie: Das gesamte Derivatebuch des Handelsbestands der ehemaligen WestLB wurde auf die EAA übertragen. Der Nominalwert dieses Derivatebestands stand bei Übertragung im August 2012 mit rund 1,1 Bio. € zu Buche. Im Jahresabschluss 2012 der EAA war dieser Bestand dank aktiver Portfolioarbeit bereits auf rund 885 Mrd. € zusammengeschmolzen. Darüber hinaus wurde der zum Zeitpunkt der Nachbefüllung bereits nahezu halbierte Bestand an Krediten und Wertpapieren aus der ursprünglichen Übertragung kräftig aufgestockt. Nahezu 100 Mrd. € machten dieses Portfolio Ende 2012 aus. Die zusätzlichen Anforderungen

der Nachbefüllung brachten natürlich auch organisatorische und personelle Veränderungen für die EAA mit sich. Geschäftsbereiche wurden ausgebaut sowie zum Teil neu ausgerichtet, und zusätzliche Spezialisten – so für den Handelsbestand – mussten gewonnen werden.

6.2 Gründung der FMS Wertmanagement – Abwicklungsanstalt der Hypo Real Estate Gruppe

Juli 2010, Frankfurt am Main: Mit Beschluss vom 8. Juli 2010 rief die FMSA die zweite Abwicklungsanstalt ins Leben. Die wie die EAA als Anstalt des öffentlichen Rechts gegründete Einheit wurde auf den Namen FMS Wertmanagement, kurz FMS-WM, getauft. Die FMS-WM wurde mit dem Ziel gegründet, die zum 1. Oktober 2010 von der HRE-Gruppe übernommenen Risikopositionen und nicht strategienotwendigen Geschäftsbereiche abzuwickeln. So wurden in der Nacht vom 30. September auf den 1. Oktober 2010 insgesamt mehr als 12 000 Einzelpositionen von Problemkrediten, Staatsanleihen, teils sehr komplexen Derivaten und anderen kurzfristig schwer veräußerbaren Finanzinstrumenten in einem Gesamtvolumen von rund 176 Mrd. € von der HRE-Gruppe auf die FMS-WM übertragen. Die einzelnen Engagements des Portfolios verteilten sich auf 65 Länder und 16 Währungen und wiesen hohe Konzentrationen in den Regionen USA, Vereinigtes Königreich, Spanien und Italien auf.

Seitdem nehmen sich die Experten der FMS-WM Position für Position vor und bereiten auf Basis von fundierten Analysen die Abwicklungsentscheidung vor: verkaufen, weil z. B. mit einer negativen Wertentwicklung zu rechnen ist, halten, weil eine Wertsteigerung möglich erscheint, oder Restrukturierung, um z. B. die Sicherheitenposition der FMS-WM zu verbessern. Ziel ist es in allen Fällen, die übertragenen Vermögenswerte nach wirtschaftlichen Grundsätzen abzuwickeln,

Analysen und Berichte

FÜNF JAHRE FINANZMARKTSTABILISIERUNGSFONDS UNTER DEM DACH DER BUNDESANSTALT FÜR FINANZMARKTSTABILISIERUNG

d. h. den Verlust möglichst zu minimieren und Ertragschancen wahrzunehmen. So konnten die Portfolios seit der Übernahme per Ende 2012 um gut 22 % reduziert werden.

Im Rahmen eines mit dem abgebenden Institut HRE geschlossenen Kooperationsvertrags wurde zunächst ein großer Teil des Portfoliomanagements weiterhin durch die HRE-Gruppe erbracht. Aufgrund einer EU-Auflage mussten diese Serviceleistungen der HRE-Gruppe spätestens zum 30. September 2013 eingestellt werden. Die FMS-WM entschied im Januar 2013, eine eigene Servicegesellschaft zu gründen und die bisherigen Verwaltungsaufgaben auf diese zu verlagern. Im Zuge eines umfangreichen Migrationsprogramms, das auch den vollständigen Aufbau einer eigenen IT-Infrastruktur beinhaltet, hat diese zum 1. Oktober 2013 ihre Arbeit aufgenommen.

6.3 Die Aufsicht über die Abwicklungsanstalten liegt bei der FMSA

Neben ihrer Zuständigkeit für die Errichtung von Abwicklungsanstalten ist die FMSA auch für deren Überwachung verantwortlich. Die im Statut normierten Rechte gegenüber Vorstand und Verwaltungsrat räumen der FMSA die Möglichkeit ein, in gebotenen Fällen Maßnahmen zu ergreifen, um die Geschäftsfähigkeit der Abwicklungsanstalt im Einklang mit Gesetz und Statut zu halten. Im Rahmen der Informationsrechte nehmen Abwicklungsplan und -bericht eine zentrale Rolle für die Aufsichtstätigkeit der FMSA ein. Der Abwicklungsplan wird auf Basis des übertragenen Portfolios und eines definierten Abwicklungszeitraums entwickelt und stellt insbesondere Abwicklungsmaßnahmen für die einzelnen Teilportfolios sowie den damit verbundenen internen und externen Ressourceneinsatz heraus. Er bildet auch die Grundlage für die zur Beurteilung der Abwicklungsarbeit erforderlichen Plan-Ist-Vergleiche in den Abwicklungsberichten.

6.4 Zusammenwirken mit BMF, BaFin und Bundesbank

Die Abwicklungsanstalten unterliegen definierten Vorschriften des KWG und des Wertpapierhandelsgesetzes (WpHG) – hieraus folgen zum Beispiel die Anwendbarkeit der Mindestanforderungen für das Risikomanagement (MaRisk) oder auch Meldepflichten an die Deutsche Bundesbank und die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin). Die BaFin überwacht die Einhaltung dieser Vorschriften und informiert das BMF und die FMSA über Fehlentwicklungen. Das BMF als Rechts- und Fachaufsicht der FMSA wirkt im engen Schulterschluss mit der FMSA auf eine recht- und zweckmäßige Auftragserfüllung hin.

7 Lehren aus den Erfahrungen der vergangenen fünf Jahre

7.1 Rückblick

Im Rückblick zeigt sich, dass die staatlichen Stabilisierungsmaßnahmen aufgrund unterschiedlicher Krisenfaktoren erforderlich und erfolgreich waren. Mit der Verschärfung der Krise des US-amerikanischen Häusermarkts im Jahr 2007 griff die Krise auf europäische Banken über, weil sie direkt oder indirekt in diesem Markt investiert waren. Verschärft wurde diese Entwicklung durch die einsetzende Liquiditätskrise am Interbankenmarkt.

Beide Faktoren waren Auslöser der europäischen Bankenkrise; Ursachen waren jedoch in vielen Fällen die langfristig nicht tragfähigen Geschäftsmodelle von Banken oder – wie z. B. in Irland oder Spanien – das Platzen von Spekulationsblasen in den jeweiligen Häusermärkten.

Mit dem Beginn des Jahres 2010 wurde die Bankenkrise von der europäischen

Analysen und Berichte

FÜNF JAHRE FINANZMARKTSTABILISIERUNGSFONDS UNTER DEM DACH DER BUNDESANSTALT FÜR FINANZMARKTSTABILISIERUNG

Schuldenkrise verschärft, die zu den gemeinsamen Rettungsprogrammen von EU, Europäischer Zentralbank (EZB) und Internationalem Währungsfonds (IWF) für Griechenland, Irland und den irischen Bankensektor im Jahr 2010, für Portugal und den Bankensektor des Landes im Jahr 2011 und für den spanischen Bankensektor im Jahr 2012 führte.

In Abhängigkeit von der Schwere der Krise und den länderspezifischen Ursachen sind auch die eingeleiteten Rettungsmaßnahmen zu sehen. Häufig ging es trotz der breit angelegten Rettungspakete um die Rettung einzelner Banken, so z. B. in Frankreich (Banques Populaires Caisses d'Épargne) oder in Italien (Banca Monte dei Paschi di Siena). In anderen Ländern wie Irland und Belgien erstreckte sich die Bankenrettung auf weite Teile des Finanzsektors, in Spanien galt dies für den Sektor der spanischen Cajas.

Die staatlichen Beihilfen zu den Rettungsmaßnahmen und die Überprüfung ihrer Vereinbarkeit mit dem Binnenmarkt waren der Ausgangspunkt für die zentrale Rolle, die die Europäische Kommission in der Bankenrettung übernahm. Sie sah sich quasi über Nacht mit dieser Rolle konfrontiert.

Über die Mitteilungen, die im Wesentlichen zwischen Oktober 2008 und August 2009 veröffentlicht wurden, formulierte die Europäische Kommission nicht nur einen einheitlichen Rahmen für Unterstützungsmaßnahmen für Banken, sondern auch eine Reihe von konkreten Umsetzungsschritten. Die in den Mitteilungen behandelten Aspekte reichten von der Angemessenheit der Maßnahmen und der Minimierung der Auswirkungen der negativen Effekte auf Wettbewerber und Mitgliedstaaten bis hin zu den Gebühren der Banken für Liquiditätsgarantien.

7.2 Ausblick

Die gewährten SoFFin-Garantien (Höchststand 168 Mrd. €) sind inzwischen vollständig zurückgeführt, wobei keine einzige Garantie ausgefallen ist. Gleichzeitig hat der SoFFin mehr als 2 Mrd. € an Garantieentgelten eingenommen.

Allerdings rechnet die FMSA bei den SoFFin-Kapitalmaßnahmen und Verlustausgleichspflichten gegenüber den Abwicklungsanstalten mit Verlusten von etwa 22 Mrd. €. Man sollte diesen Verlust angemessen einordnen. Durch die Maßnahmen des SoFFin wurden in der Spitze 25 % der Bilanzsumme der deutschen Kreditwirtschaft direkt stabilisiert und damit auch die übrigen 75 % vor einer katastrophalen Destabilisierung bewahrt. Der derzeitige Fehlbetrag löst zunächst keine unmittelbare Haushaltsbelastung aus. Die Höhe tatsächlich wirksamer Haushaltsbelastungen wird sich erst mit Abrechnung des SoFFin beziffern lassen. Dies wird erst sein, wenn ein klares Bild über den weiteren Verlauf der im Rahmen der Finanzmarktstabilisierung eingegangenen Verpflichtungen vorliegt.

Damit bei zukünftigen Schieflagen von Banken der Staat nicht wieder zur Kasse gebeten wird, gibt es in Deutschland inzwischen die Bankenabgabe. Über 1 800 Institute tragen jährlich – abhängig von ihrer Systemrelevanz – dazu bei, den Restrukturierungsfonds, der von der FMSA verwaltet wird, zu füllen. Auch wenn dies dauern wird, ist der Fonds dank einer Kreditlinie des Bundes bereits voll einsatzfähig. Sollte sie genutzt werden, wäre es an den Banken, diesen Kredit abzuführen. Der Gesetzgeber hat in Deutschland bereits mit Übertragungsanordnung und Brückenbank Instrumente geschaffen, um bei erneuten Schieflagen von Banken schnell eingreifen zu können mit dem Ziel, die Lasten dort anzusiedeln, wo sie hingehören: bei den Eigentümern und Gläubigern.

Analysen und Berichte

FÜNF JAHRE FINANZMARKTSTABILISIERUNGSFONDS UNTER DEM DACH DER BUNDESANSTALT FÜR FINANZMARKTSTABILISIERUNG

Gleichzeitig arbeitet die Bundesrepublik gemeinsam mit ihren europäischen Partnern an einer europäischen Aufsichts- und Abwicklungsarchitektur. Denn die meisten Banken sind heute in Europa grenzüberschreitend aktiv. Ziel ist es, bei Bedarf eine Bank geräuschlos restrukturieren oder abwickeln zu können, ohne dass der Steuerzahler erneut einspringen muss. Dafür

entscheidend ist die Vereinbarung einer klaren Haftungskaskade mit einem wirksamen Bail-in-Instrument.

So werden die Länder der Europäischen Union wesentlich besser als vor fünf Jahren gerüstet sein, um der nächsten Krise – wann und wie auch immer sie kommen mag – begegnen zu können.

Besteuerung von Vermögen – eine finanzwissenschaftliche Analyse

Kurzfassung eines Gutachtens des Wissenschaftlichen Beirats beim Bundesministerium der Finanzen¹

- Die Wiedereinführung einer Vermögensteuer in Deutschland wird u. a. mit der im OECD-Durchschnitt niedrigen Vermögensteuerquote begründet. Richtig ist, dass in Deutschland Grundvermögen unterdurchschnittlich, Erbschaften und Schenkungen hingegen überdurchschnittlich belastet werden.
- In Kombination mit Ertragsteuern und der Erbschaftsteuer kann eine Vermögensteuer – insbesondere bei realer Betrachtung – konfiskatorische Wirkungen haben.
- Eine Vermögensbesteuerung wäre für Kapitalgesellschaften und Personenunternehmen mit steuerlichen Mehrbelastungen verbunden. Sie würde Anreize zur Verlagerung von Betriebs- und Privatvermögen ins Ausland setzen und die grenzüberschreitende Investitionstätigkeit beeinträchtigen. Die Erhebungs- und Befolgungskosten einer Vermögensteuer sind hoch.
- Eine Besteuerung des Nettovermögens ist weder zur Erreichung von Umverteilungszielen noch unter Effizienz Gesichtspunkten erforderlich.

1	Einleitung	59
2	Bestandsaufnahme	60
3	Vermögensteuer und Umverteilungsziele	62
4	Belastungswirkungen, Ausweichreaktionen und Erhebungskosten	64
5	Fazit	65

1 Einleitung

Das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) stellte im Jahr 1995 fest, dass das Vermögensteuergesetz nicht mit dem Gleichheitssatz (Artikel 3 Absatz 1 GG) vereinbar ist, da auf Einheitswerten beruhendes Vermögen

(insbesondere Grundvermögen) und nicht auf Einheitswerten beruhendes Vermögen (wie sonstiges Vermögen) unterschiedlich belastet wurden (BVerfG vom 22. Juni 1995, 2 BvL 37/91). Der Gesetzgeber hat auf eine Neuregelung verzichtet. Die Vermögensteuer wird deswegen seit dem Jahr 1997 nicht mehr erhoben.

¹ Die Gutachten und Stellungnahmen des Wissenschaftlichen Beirats sind als Beitrag zum allgemeinen Diskurs zu verstehen. Sie geben nicht notwendigerweise die Meinung des Bundesministeriums der Finanzen wieder. Die Langfassung des Gutachtens wurde auch als Broschüre herausgegeben.

Eine Wiedereinführung der Vermögensteuer ist jederzeit möglich, sofern das neu zu schaffende Gesetz den grundgesetzlichen Anforderungen genügt. Im Vorfeld der Wahlen zum 18. Deutschen Bundestag am 22. September 2013 hatte eine Debatte um

Analysen und Berichte

BESTEuerung VON VERMÖGEN – EINE FINANZWISSENSCHAFTLICHE ANALYSE

die Wiedererhebung der Vermögensteuer oder die Einführung einer (einmaligen) Vermögensabgabe eingesetzt, ergänzt durch Vorschläge zur Anhebung des Spitzensatzes der Einkommensteuer oder Änderungen bei der Besteuerung von Kapitalerträgen.

Der Wissenschaftliche Beirat beim Bundesministerium der Finanzen hat sich in einem Gutachten ausführlich mit den Details dieser Vorschläge beschäftigt²; in dieser Kurzfassung geht es nur um die grundsätzliche Einschätzung einer Vermögensbesteuerung aus finanzwissenschaftlicher Sicht.

2 Bestandsaufnahme

Abbildung 1 zeigt für die Länder der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) das Aufkommen aus (wiederkehrenden) Steuern auf unbewegliches Vermögen (also Grund und Boden), aus Nettovermögensteuern sowie aus Erbschaft- und Schenkungsteuern im Jahr 2010 in Relation zum jeweiligen Bruttoinlandsprodukt (BIP). Wie ersichtlich, variiert die Bedeutung der ausgewählten Steuern auf Vermögen im internationalen Vergleich stark; im Durchschnitt der OECD-Mitgliedstaaten beträgt die Quote 1,3 %. In Deutschland betragen die betrachteten Steuern auf Vermögen etwas über 0,6 % des BIP.

Unter den Steuern auf Vermögen kommt den Steuern auf unbewegliches Vermögen (Grundstücke und Gebäude) in fast allen OECD-Staaten die größte Bedeutung zu. Hier liegt die durchschnittliche Steuerquote bei 1,048 % des BIP. Vermögensteuern, die das Nettovermögen zum Gegenstand haben, werden hingegen in nur wenigen Ländern erhoben. Lediglich in Luxemburg, der

Schweiz, Norwegen und Ungarn werden Aufkommen von mehr als 0,5 % des BIP erzielt. Die Erbschaft- und Schenkungsteuer ist international zwar weiter verbreitet, jedoch vom Aufkommen her ebenfalls von nur geringer Bedeutung. Am höchsten ist das Aufkommen in Belgien mit 0,6 % in Relation zum BIP. Im OECD-Durchschnitt liegt die entsprechende Quote bei 0,121 %, in Deutschland bei 0,176 %. Mit Ausnahme von Frankreich und der Schweiz haben Länder mit überdurchschnittlichen Aufkommen aus Erbschaft- und Schenkungsteuern keine oder nur geringe Einnahmen aus Steuern auf das Nettovermögen; umgekehrt gilt, dass bei Erhebung von Nettovermögensteuern die Aufkommen aus Erbschaft- und Schenkungsteuern gering sind. Nach diesem Befund sind Steuern auf das Nettovermögen und die Besteuerung von Erbschaften und Schenkungen im Regelfall also Substitute.

Abbildung 1 wird häufig so verstanden, dass in Deutschland im Vergleich der 34 OECD-Staaten unterdurchschnittlich niedrige Vermögensteuern erhoben werden, weil es an der zehnten Stelle (beginnend mit dem geringsten auf das BIP bezogene Aufkommen) steht. Dies trifft zwar auf die Grundsteuer zu (Deutschland steht hier an zwölfter Position), ist aber bei der Erbschaft- und Schenkungsteuer nicht der Fall (Deutschland steht hier an 24. Position). Eine relativ hohe Belastung mit vermögensbezogenen Steuern ist in den betroffenen OECD-Mitgliedstaaten also in der Regel auf Steuern auf unbewegliches Vermögen (Grundsteuern) zurückzuführen, nicht jedoch auf Vermögensteuern, welche das Nettovermögen belasten. Deswegen kann aus dem Verweis auf die in anderen Ländern existierenden Steuern auf Vermögen weder auf eine hervorgehobene Bedeutung von Steuern auf das Nettovermögen in diesen Ländern geschlossen werden noch kann daraus ein überzeugender Grund für die Wiedererhebung einer Vermögensteuer in Deutschland abgeleitet werden.

Die Belastung durch eine Vermögensteuer (Nettovermögensteuer) darf nicht

² Vergleiche Bundesministerium der Finanzen, Hrsg. (2013). Vollständige bibliographische Angaben zu dieser und aller übrigen hier zitierten Literaturquellen finden sich am Ende dieses Berichts.

Analysen und Berichte

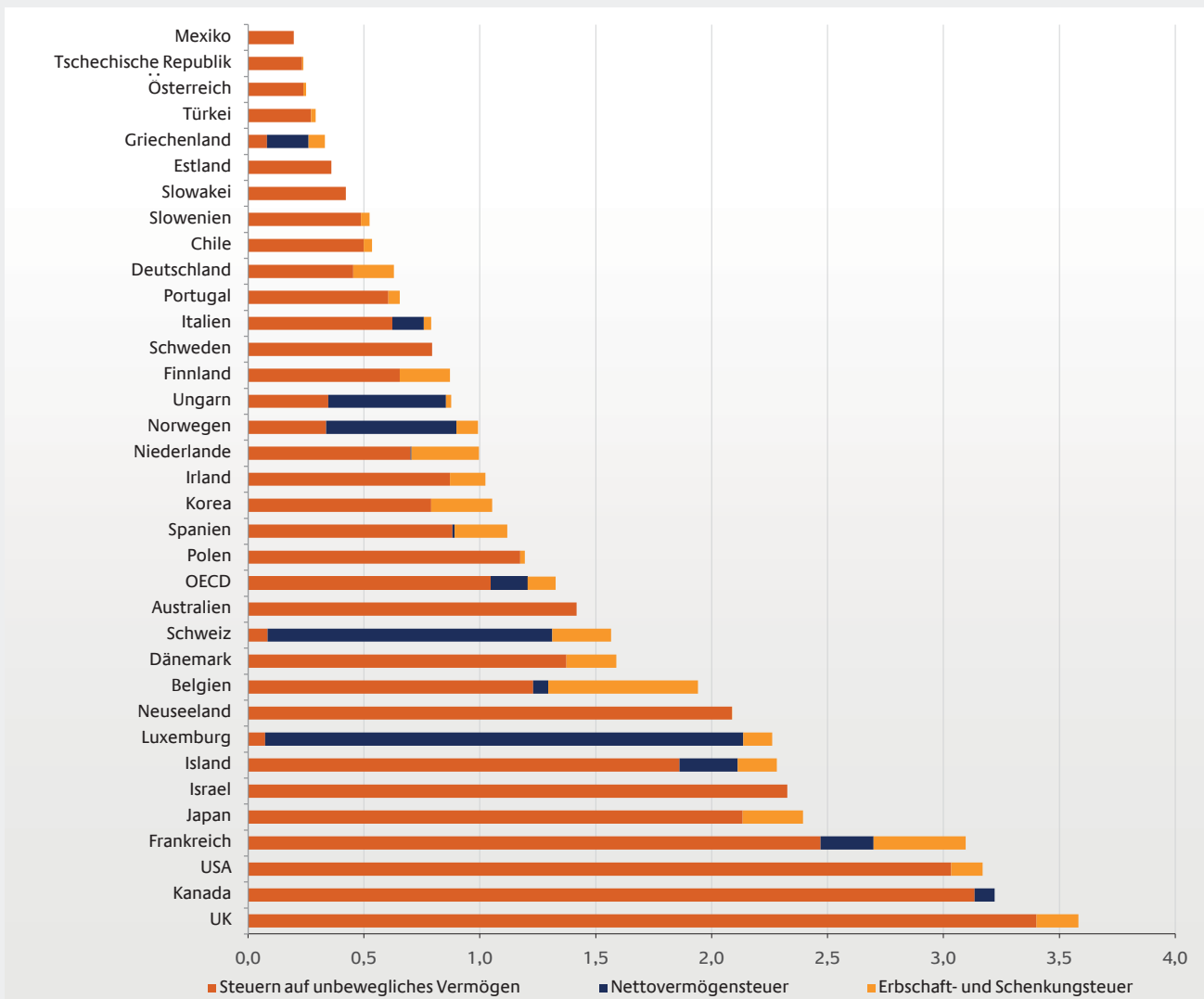
BESTEuerung VON VERMÖGEN – EINE FINANZWISSENSCHAFTLICHE ANALYSE

isoliert betrachtet werden, da ein enger Zusammenhang zu den existierenden Steuern auf Vermögenserträge sowie auf Erbschaften und Schenkungen besteht. Vermögenswerte sind Barwerte der erwarteten Erträge; Vermögensteuern lassen sich daher in barwertäquivalente Ertragsteuern umrechnen. Auch lassen sich unter bestimmten Annahmen Belastungen aus der Erbschaft- und Schenkungsteuer in äquivalente Belastungen aus Vermögensteuern überführen. Damit kommt es durch Ertragsteuern, Erbschaftsteuern und

Vermögensteuern zu einer Dreifachbelastung der Vermögenserträge.

Nimmt man zur Vereinfachung an, dass eine Erbfolge alle 30 Jahre anfällt, lässt sich die effektive, aggregierte Steuerbelastung von Vermögenserträgen für einen Vermögenssteuersatz von 1% und einen Abgeltungsteuersatz (einschließlich Solidaritätszuschlag) von 26,375% in Abhängigkeit von alternativen Erbschaftsteuersätzen (10%, 20% und 30%) und Marktzinsen (2,5%, 3,5% und 5%) berechnen. In Tabelle 1 wird dabei zwischen einer

Abbildung 1: Steuern auf Vermögen, 2010 in % des BIP



Quelle: OECD (2012).

Analysen und Berichte

BESTEuerung VON VERMÖGEN – EINE FINANZWISSENSCHAFTLICHE ANALYSE

Nominalbelastung der Vermögenserträge unterschieden und einer Realbelastung, die sich bei einer angenommenen Inflationsrate von 2% ergibt. Bei niedrigen Marktziinsen und hohen Erbschaftsteuersätzen können sich konfiskatorische Steuerbelastungen der nominalen Vermögenserträge ergeben, die zu einer Verringerung des ursprünglich investierten Vermögens führen. In realer Betrachtung kommt es bis auf eine Ausnahme bei sämtlichen betrachteten Parameterkonstellationen zu einer zum Teil drastischen Verringerung der realen Vermögenssubstanz und damit der Kaufkraft des Vermögens.

3 Vermögensteuer und Umverteilungsziele

Vermögensteuern sollen in erster Linie zu einer gerechteren Lastenverteilung beitragen. Allerdings ist unklar, wann eine bestimmte Einkommens- und Vermögensverteilung gerecht ist. Diese Frage muss letztlich vom Gesetzgeber beantwortet werden. Die ökonomische Analyse kann nur das Ausmaß der über das Steuer- und Transfersystem vorgenommenen Umverteilungseffekte aufzeigen und untersuchen, ob bestimmte Steuern auf Vermögen wirksame Umverteilungsinstrumente sind.

Der individuelle Vermögensaufbau erfolgt – von zufälligen Vermögenszuwächsen über Lotteriegewinne oder ähnlichem einmal

abgesehen – durch Ersparnisbildung aus dem laufenden verfügbaren Einkommen (dazu zählen auch realisierte und nicht-realisierte Wertzuwächse vorhandenen Vermögens) oder über empfangene Erbschaften und Schenkungen. Die Einkommensverteilung und ihre Beeinflussung durch Steuern und Transfers ist demnach eine bedeutsame Determinante der Vermögensverteilung.

Der Gini-Koeffizient ist die gebräuchlichste Maßgröße für die Konzentration der Einkommen. Er nimmt Werte zwischen 0 und 1 an. Je geringer sein Wert, desto gleicher sind die Einkommen verteilt. Ein Gini-Index von 0 steht für eine vollständige Gleichverteilung. Die Umverteilungswirkungen der die Verteilung der Einkommen beeinflussenden Steuern und Transfers lassen sich über die Differenz des Gini-Koeffizienten der Markteinkommen und des Gini-Koeffizienten der Markteinkommen nach Steuern und Transfers ermitteln. Aus Abbildung 2 wird ersichtlich, dass von 33 OECD-Ländern lediglich zwei Länder (Belgien und Österreich) eine stärkere Reduzierung des Gini-Koeffizienten aufweisen und damit stärker umverteilen, als dies in Deutschland der Fall ist. Aus den Zahlen der OECD geht also deutlich hervor, dass das Steuer- und Transfersystem in Deutschland eine überdurchschnittliche Korrektur der Marktergebnisse hin zu einer gleichmäßigeren Verteilung vornimmt. Neben der progressiven Einkommensteuer bewirkt das Transfersystem über das Arbeitslosengeld, Arbeitslosengeld II, Wohngeld usw. eine starke Nivellierung der Einkommen. Wenn eine noch stärkere Angleichung der verfügbaren

Tabelle 1: Jährliche steuerliche Gesamtbelastung durch Abgeltungsteuer, Erbschaftsteuer und Vermögensteuer in %

Marktziins	Nominalbelastung			Realbelastung		
	Erbschaftsteuersatz			10	20	30
	10	20	30			
2,5	80,52	96,27	114,05	402,60	481,33	570,24
3,5	65,12	76,45	89,25	151,95	178,39	208,24
5	53,57	61,59	70,65	89,29	102,66	117,74

Analysen und Berichte

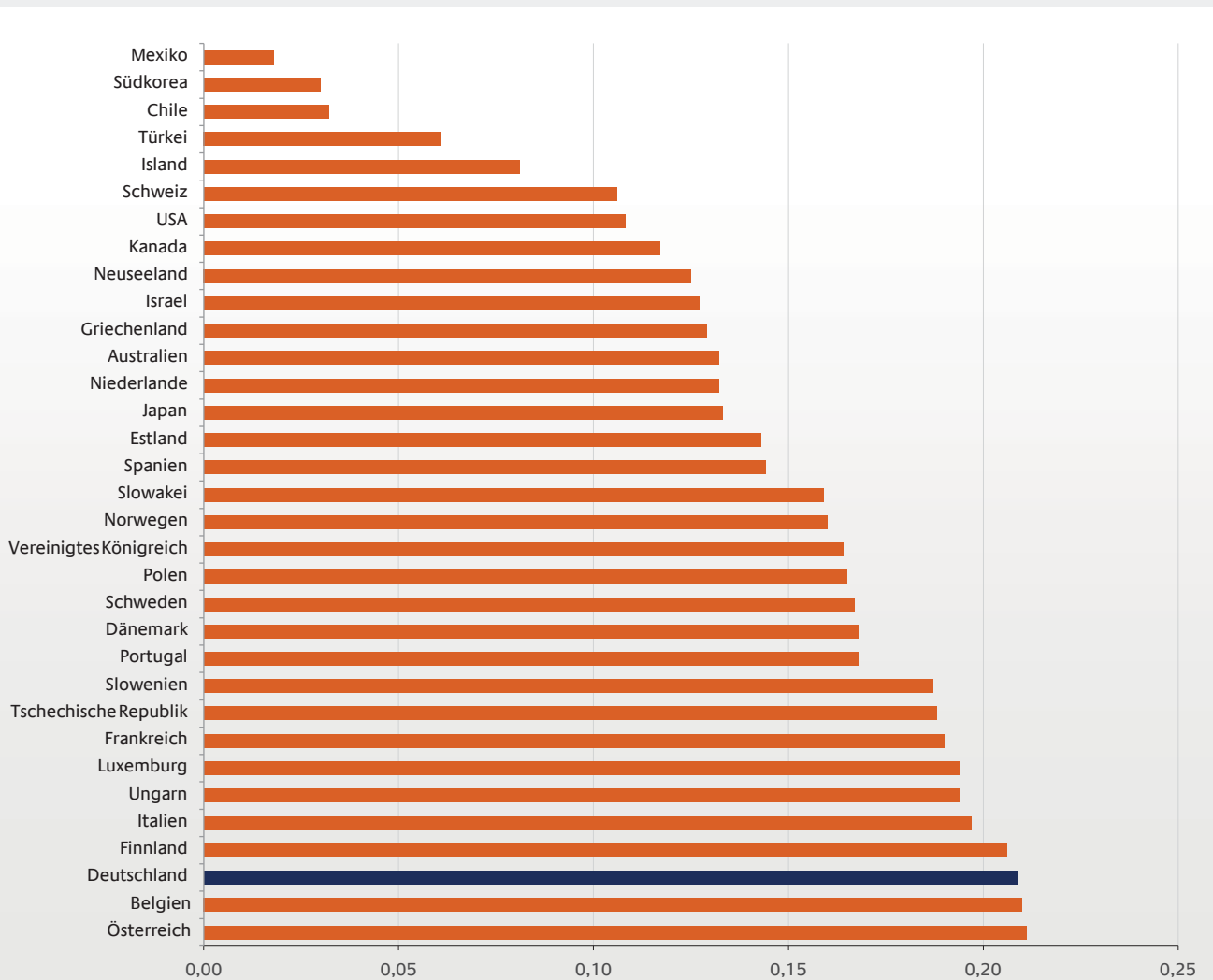
BESTEuerung VON VERMÖGEN – EINE FINANZWISSENSCHAFTLICHE ANALYSE

Einkommen angestrebt werden sollte, ist eine Verschärfung der Steuerprogression bei der Einkommensteuer der geeignete Ansatzpunkt, verbunden mit einer Anhebung der Transfersätze. Zu berücksichtigen ist dabei allerdings, dass mit beiden Maßnahmen negative Leistungsanreize einhergehen dürften, die zu Effizienzverlusten und einem dauerhaft geringeren Wachstumspfad führen dürften.

Vermögen sind in der Regel ungleicher verteilt als Einkommen. Im Jahr 2011 lag Deutschland mit einem Gini-Koeffizienten von 0,75 auf Platz 23 von 33 Ländern (Davies et al. 2011).

Die Aussagekraft von internationalen Vergleichen der Gini-Koeffizienten oder anderer Verteilungsmaße für die Vermögensverteilung ist allerdings begrenzt. Dies gilt insbesondere im Hinblick auf eine enge Fassung des Vermögensbegriffs, der nur Finanz- und Sachvermögen einschließt, nicht aber das im Rahmen von staatlichen Altersversicherungssystemen erworbene Altersvorsorgevermögen. Je höher die Renten- oder Pensionszusagen staatlicher Altersversicherungssysteme ausfallen, desto geringer sind für sozialversicherungspflichtig Beschäftigte die Anreize zum Aufbau eines Finanz- oder Sachvermögens für die

Abbildung 2: Differenz der Gini-Koeffizienten des Einkommens vor und nach Steuern und Transfers



Quelle: OECD (2013), eigene Berechnungen.

Analysen und Berichte

BESTEuerung VON Vermögen – EINE FINANZWISSENSCHAFTLICHE ANALYSE

Sicherung des Lebensstandards im Alter. Bei Zugrundelegung eines umfassenderen Vermögensbegriffs unter Einschluss des Altersvorsorgevermögens würde sich ein geringerer Gini-Koeffizient und das heißt: eine statistisch gleichmäßigere Vermögensverteilung ergeben. Nach Berechnungen von Frick und Grabka (2010) hätte sich für Deutschland der Gini-Koeffizient der Vermögensverteilung im Jahr 2007 von 0,799 für das Finanz- und Sachvermögen auf 0,637 bei Berücksichtigung des Altersvorsorgevermögens reduziert. Das entspricht einem Rückgang von immerhin gut 20 %. Die ausgeprägte Ungleichheit bei der Verteilung des Finanz- und Sachvermögens ist also zu einem Teil Folge eines gut ausgebauten Sozialstaats. Bei der Interpretation der berichteten Zahlen zur Vermögensverteilung muss man daher große Vorsicht walten lassen.

Ein Vermögensaufbau kann entweder durch Ersparnis aus dem laufenden verfügbaren Einkommen erfolgen oder durch empfangene Vermögenstransfers von Dritten, vor allem über Schenkungen und Erbschaften. Will man die auf Erbschaften zurückzuführende Vermögenskonzentration abmildern, stellt die Erbschaftsteuer das adäquate steuerliche Umverteilungsinstrument dar. Sie erfasst das Finanz- und Sachvermögen und setzt beim Vermögenserwerb durch Erbanfall an. Die Erbschaftsteuer muss dem Kriterium der horizontalen Gleichmäßigkeit entsprechen und alle Arten des Finanz- und Sachvermögens gleichmäßig besteuern. Dies ist durch die geltende Fassung des Erbschafts- und Schenkungsteuergesetzes 2008 nicht gewährleistet. Steuerbefreiungen oder -begünstigungen bestehen für vermietete und selbst genutzte Immobilien, vor allem aber bei der Vererbung von Betriebsvermögen. Betriebsvermögen kann unter bestimmten Voraussetzungen weitgehend erbschaftsteuerfrei an die nächste Generation weitergegeben werden. Der Wissenschaftliche Beirat beim Bundesministerium der Finanzen hat sich ausführlich mit den erbschaftsteuerlichen Verschonungsregeln für Unternehmensvermögen beschäftigt

und ihre Abschaffung empfohlen.³ Auch der Bundesfinanzhof (BFH) hat in einem Vorlagebeschluss an das BVerfG verfassungsrechtliche Bedenken gegen die Begünstigung von Betriebsvermögen im Rahmen der Erbschaftsteuer geäußert (BFH vom 27. September 2012, II R 9/11).

Eine Reform der Erbschaftsteuer mit gleichmäßiger Belastung aller Vermögensklassen ist das zieladäquate Instrument zur Reduzierung einer durch große Erbschaften beförderten Vermögenskonzentration. Ungleichheiten beim Vermögensaufbau aus dem laufenden Einkommen können wirksam durch die progressive Einkommensbesteuerung verringert werden. Eine zusätzliche Besteuerung des Nettovermögens ist zur Erreichung von Umverteilungszielen nicht erforderlich.

4 Belastungswirkungen, Ausweichreaktionen und Erhebungskosten

Auch unter Effizienzgesichtspunkten spricht nichts für eine Vermögensteuer.

Die Wiedereinführung von Vermögensteuern würde insbesondere in Kombination mit anderen im Vorfeld der Wahlen zum 18. Deutschen Bundestag geplanten steuerlichen Vorhaben (wie der Anhebung des Spitzensatzes der Einkommensteuer) die Steuerbelastung der deutschen Unternehmen beträchtlich erhöhen. Die Unternehmen entlastenden Effekte der in den vergangenen zehn Jahren durchgeführten Steuerreformen würden weitgehend rückgängig gemacht. Bei der Belastung durch Unternehmensteuern würde Deutschland in Europa wieder einen der vorderen Plätze einnehmen.

³ Vergleiche Bundesministerium der Finanzen, Hrsg. (2012).

Analysen und Berichte

BESTEuerung VON VERMÖGEN – EINE FINANZWISSENSCHAFTLICHE ANALYSE

Im Hinblick auf die allokativen Wirkungen bleiben die Investitionsentscheidungen ausschließlich national tätiger Unternehmen durch die Vermögensteuer dann unverändert, wenn die Steuer Investitionen in Unternehmen und Anlagen am Kapitalmarkt gleichmäßig belastet. Das ist bei Kapitalgesellschaften immer dann der Fall, wenn nur die Kapitalgeber, nicht aber die Kapitalgesellschaft der Vermögensbesteuerung unterliegen. Wird auch das Vermögen einer Kapitalgesellschaft belastet, hängen die Wirkungen einer Vermögensteuer auf die Investitionen davon ab, wie eine zweifache Belastung des Kapitals vermieden wird.

Vermögenssteuern haben allerdings negative Auswirkungen auf die grenzüberschreitende Investitionstätigkeit, da im Ausland meist keine Vermögensteuern erhoben werden. Bei Investitionen deutscher Kapitalgesellschaften im Ausland trägt eine Vermögensteuer, die nur inländisches Vermögen der Kapitalgesellschaft trifft, zu einer erhöhten Vorteilhaftigkeit von Auslandsinvestitionen deutscher Kapitalgesellschaften bei. Dagegen werden Investitionen ausländischer Muttergesellschaften im Inland über eine deutsche Tochterkapitalgesellschaft steuerlich unattraktiver. Der Anreiz für ausländische Kapitalgesellschaften zur Fremdfinanzierung von Investitionen im Inland nimmt zu, weil durch Einsatz von Fremdkapital die Vermögensteuer vermieden werden kann. Umgekehrt werden deutsche Kapitalgesellschaften zur Finanzierung von Investitionen über ausländische Kapitalgesellschaften verstärkt Eigenkapital einsetzen, weil die Beteiligungen der Vermögensteuer aufgrund von Doppelbesteuerungsabkommen regelmäßig entgehen.

Hinzu kommt, dass sich Steuerpflichtige der Vermögensteuer nicht nur durch Wegzug in Länder entziehen können, die keine Vermögensteuer erheben, sie können auch Vermögen in solche Länder verlagern oder sich in Deutschland verstärkt der

Fremdfinanzierung bedienen, um das steuerpflichtige Vermögen zu verringern. Diese Gestaltungsmöglichkeiten sind Ursache von Ineffizienzen, weil dadurch die Investitions- und Finanzierungsentscheidungen der Unternehmen steuerlich verzerrt werden.

Schließlich ist festzuhalten, dass eine Vermögensteuer wegen der erforderlichen Bewertung des Vermögens zu aktuellen Werten mit erheblichen Bewertungsproblemen behaftet ist, was hohe Erhebungs- und Befolgungskosten nach sich zieht.

5 Fazit

Man kann es drehen und wenden wie man will: Es gibt keine überzeugenden ökonomischen Gründe für die Wiedererhebung der Vermögensteuer oder die Einführung einer einmaligen Vermögensabgabe. Wenn man mehr Umverteilung will, lassen sich Umverteilungsziele besser mit einer reformierten Erbschaftsteuer und der progressiven Einkommensteuer erreichen als mit einer Vermögensteuer. Allerdings werden die Einkommen in Deutschland schon jetzt stärker umverteilt als in nahezu allen anderen Ländern in Europa. Eine noch stärkere Umverteilung insbesondere über eine Verschärfung der Steuerprogression hätte einen hohen Preis in Form von Wachstums- und Beschäftigungsverlusten. Auch unter Effizienzgesichtspunkten kann eine Vermögensteuer nicht überzeugen. Soll Vermögen besteuert werden, lässt sich ein gegebenes Steueraufkommen über eine reformierte Grundsteuer sowie eine reformierte Erbschaftsteuer effizienzschonender erzielen als mit einer Vermögensteuer.⁴

⁴ Auch zur Reform der Grundsteuer hat der Wissenschaftliche Beirat beim Bundesministerium der Finanzen Vorschläge unterbreitet. Vergleiche Bundesministerium der Finanzen, Hrsg. (2011).

Analysen und Berichte

BESTEuerung von Vermögen – eine finanzwissenschaftliche Analyse

Literatur

Bundesministerium der Finanzen, Hrsg. (2011), Reform der Grundsteuer, Stellungnahme des Wissenschaftlichen Beirats beim Bundesministerium der Finanzen, Berlin.

Bundesministerium der Finanzen, Hrsg. (2012), Die Begünstigung des Unternehmensvermögens in der Erbschaftsteuer, Gutachten des Wissenschaftlichen Beirats beim Bundesministerium der Finanzen, Berlin.

Bundesministerium der Finanzen, Hrsg. (2013), Besteuerung von Vermögen. Eine finanzwissenschaftliche Analyse, Gutachten des Wissenschaftlichen Beirats beim Bundesministerium der Finanzen, Berlin.

Davies, J., Lluberias, R. und A. Shorrocks (2011), Global Wealth Databook 2011, Credit Suisse, Zürich.

Frick, R. und M. Grabka (2010), Alterssicherungsvermögen dämpft Ungleichheit – aber große Vermögenskonzentration bleibt bestehen, Wochenbericht des DIW Berlin Nr. 3/2010, S. 54-68.

OECD (2012), OECD.StatExtrcacts: Revenue Statistics – Comparative tables, <http://stats.oecd.org/Index.aspx?QueryId=21699>, Zugriff am 18.12.2012.

OECD (2013), OECD.StatExtrcacts: Social and Welfare Statistics <http://stats.oecd.org/Index.aspx?QueryId=26068#>, Zugriff am 7. Februar 2013.

▮ Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht

- Der Anstieg des Bruttoinlandsprodukts (BIP) im 3. Quartal wurde ausschließlich von der Inlandsnachfrage – insbesondere der Zunahme der Investitionen – getragen.
- Die Industrie ist verhalten in das Schlussquartal gestartet. Vorlaufende Indikatoren signalisieren jedoch eine Fortsetzung der konjunkturellen Erholung.
- Der Beschäftigungsaufbau hielt bis zuletzt (Oktober) an. Die Zahl der arbeitslosen Personen nahm jedoch auch im vergangenen Monat zu.
- Die Preisniveauentwicklung in Deutschland verläuft – vor allem aufgrund einer Verbilligung von Mineralölprodukten – in ruhigen Bahnen.

Die deutsche Wirtschaft weist insgesamt eine gute Konstitution auf. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) ist im 3. Quartal mit 0,3% (preis-, kalender- und saisonbereinigt) gegenüber dem Vorquartal moderat angestiegen, nachdem die gesamtwirtschaftlichen Aktivitäten zuvor infolge von Nachholeffekten nach den witterungsbedingten Produktionsausfällen im Winterhalbjahr sehr stark zugenommen hatten. Das aktuelle BIP-Wachstum dürfte in etwa die konjunkturelle Grundtendenz widerspiegeln.

Die vorlaufenden Indikatoren signalisieren, dass sich die konjunkturelle Erholung zum Jahresende fortsetzen dürfte. Zwar ist die Industrie verhalten in das Schlussquartal gestartet, jedoch dürfte die aufwärtsgerichtete Nachfrage nach industriellen Erzeugnissen im weiteren Verlauf die Produktionstätigkeit in der Industrie begünstigen. Auch die Stimmungsverbesserungen in den Unternehmen, der Finanzmarktanalysten sowie der Konsumenten lassen eine Ausweitung der gesamtwirtschaftlichen Aktivität im 4. Quartal erwarten.

Die Expansion erfasst immer mehr die Binnennachfrage. So war der Anstieg des BIP im 3. Quartal ausschließlich auf eine Ausweitung der inländischen Verwendung

zurückzuführen (+ 0,7 Prozentpunkte). Dabei zogen vor allem die Investitionen an. In Ausrüstungen wurden 0,5% mehr investiert. Dies war der zweite Anstieg in Folge. Er fiel allerdings geringer aus als im 2. Vierteljahr. Die Bauinvestitionen nahmen dagegen sehr deutlich zu (+ 2,4% gegenüber dem Vorquartal). Daran waren sowohl staatliche Bauinvestitionen als auch Investitionen nichtstaatlicher Sektoren beteiligt. Der Konsum der privaten Haushalte blieb eine wichtige Wachstumsstütze, wenngleich die privaten Konsumausgaben in den Sommermonaten nahezu stagnierten. Im 2. Vierteljahr wurde mit kalender-, saison- und preisbereinigt + 0,6% gegenüber dem Vorquartal zuvor der höchste Anstieg des Konsums der privaten Haushalte seit dem 3. Quartal 2011 verzeichnet. Die Voraussetzungen für einen Anstieg der Kaufkraft der privaten Haushalte sind nach wie vor gegeben. So hielt der Beschäftigungsaufbau bis zuletzt an und die Nettolöhne und -gehälter sowie die Vermögens- und Gewinneinkommen nahmen im 3. Quartal deutlich zu (nominal + 0,9% beziehungsweise + 2,0% gegenüber dem Vorquartal). Begleitet wird dies von einem moderaten Preisniveauanstieg. Der Beschäftigungsaufbau und die Lohnsteigerungen haben auch zu einer Erhöhung der Einnahmen aus

▮ Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

Lohnsteuern beigetragen. Im Zeitraum Januar bis November 2013 weist das Lohnsteueraufkommen in der Bruttobetrachtung (vor Abzug von Kindergeld und Altersvorsorgezulage) einen Anstieg um 4,9% gegenüber dem entsprechenden Vorjahresniveau auf.

Die Ausweitung der Binnennachfrage trug im 3. Quartal zu einer Zunahme der Importe bei (+0,8% preis- kalender- und saisonbereinigt gegenüber dem Vorquartal), während die Exporte nahezu stagnierten. Somit dämpften die Nettoexporte rein rechnerisch das Wirtschaftswachstum in den Sommermonaten (-0,4 Prozentpunkte).

Die außenwirtschaftlichen Rahmenbedingungen werden sich voraussichtlich erst allmählich verbessern. Nach einer im Verlauf des 3. Quartals leicht zunehmenden Ausfuhrstätigkeit war im Oktober ein moderaterer Anstieg der nominalen Warenexporte zu beobachten. Im Zweimonatsdurchschnitt zeigt sich jedoch ein Aufwärtstrend (saisonbereinigt +2,2% gegenüber der Vorperiode). Auch im Vorjahresvergleich gab es im September/Oktober eine Zunahme der Exporte. Kumuliert über den Zeitraum Januar bis Oktober 2013 lag das nominale Ausführungsergebnis jedoch noch leicht unterhalb des entsprechenden Vorjahresniveaus (Ursprungswerte -0,7%). Dabei zogen die Ausfuhren in EU-Länder außerhalb des Euroraums merklich an (+1,7%). Die Exporte in Drittländer (-0,8%) und in den Euroraum gingen jedoch zurück (-1,8%). Dies ist auf eine bisher anhaltende gedämpfte konjunkturelle Dynamik in diesen Regionen zurückzuführen, wobei sich die Entwicklungstendenzen in einzelnen Ländern, und differenziert nach Industrie und Schwellenländern, heterogen darstellen.

Mit der anziehenden Binnenkonjunktur nahmen die deutschen Wareneinfuhren im Oktober spürbar zu (saisonbereinigt +2,9% gegenüber dem Vormonat). Im Zweimonatsdurchschnitt stagnierten sie jedoch nahezu. Im Zeitraum Januar bis Oktober

sanken die nominalen Wareneinfuhren nach Ursprungswerten gegenüber dem Vorjahr weiterhin spürbar (-1,5%). Am stärksten war der Importrückgang aus Drittländern (-4,8%), während Einfuhren aus Ländern des Euroraums nur moderat abnahmen (-0,4%). Wie auch schon bei den Exporten gab es auch bei den Importen einen deutlichen Zuwachs aus den EU-Ländern außerhalb des Euroraums (+2,6%).

Der kräftige Rückgang der Importe aus Drittländern trug dazu bei, dass der Überschuss der Handelsbilanz kumuliert von Januar bis Oktober gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum um 4,6 Mrd. € zunahm (165,6 Mrd. €). Eine wesentliche Rolle für die deutliche Verringerung der Importe dürfte die bis zuletzt (Oktober) rückläufige Entwicklung der Importpreise, insbesondere für Mineralölzeugnisse, gespielt haben, die Einfuhren wertmäßig verbilligte. Dies hat damit auch Einfluss auf den Leistungsbilanzüberschuss, der im gleichen Zeitraum bei 154,5 Mrd. € lag und das Vorjahresergebnis um 5,5 Mrd. € übertraf. Im 3. Quartal belief sich der Leistungsbilanzüberschuss insgesamt auf 6,3% in Relation zum nominalen BIP. Er fiel damit geringer aus als im 1. Halbjahr (6,8%).

Nach einer globalen wirtschaftlichen Abschwächung im Durchschnitt dieses Jahres erwarten internationale Organisationen wie der Internationale Währungsfonds und die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) für das nächste Jahr eine allmähliche Erholung der Weltwirtschaft. Darauf deuten auch einige vorlaufende Indikatoren hin. So signalisieren der OECD Composite Leading Indicator und der globale Einkaufsmanagerindex für das Verarbeitende Gewerbe, die erneut angestiegen sind, eine Verbesserung des weltwirtschaftlichen Umfelds. Hiervon dürfte die deutsche Wirtschaft besonders profitieren. Die insgesamt optimistischen ifo Exporterwartungen zeigen, wenngleich sie zuletzt leicht gesunken sind, dass die deutschen Unternehmen von einer weiteren

█ Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

Finanzpolitisch wichtige Wirtschaftsdaten

Gesamtwirtschaft/Einkommen	2012		Veränderung in % gegenüber					
	Mrd. € bzw. Index	ggü. Vorj. in %	Vorperiode saisonbereinigt			Vorjahr		
			1.Q.13	2.Q.13	3.Q.13	1.Q.13	2.Q.13	3.Q.13
Bruttoinlandsprodukt								
Vorjahrespreisbasis (verkettet)	111,1	+0,7	+0,0	+0,7	+0,3	-1,6	+0,9	+1,1
jeweilige Preise	2 666	+2,2	+0,7	+1,6	+0,5	+0,4	+3,4	+3,3
Einkommen								
Volkseinkommen	2 054	+2,1	+1,0	+2,5	+0,1	+0,4	+4,1	+3,6
Arbeitnehmerentgelte	1 378	+3,9	+0,5	+0,8	+0,5	+3,1	+2,7	+2,6
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	677	-1,4	+2,1	+6,1	-0,5	-4,1	+7,2	+5,5
Verfügbare Einkommen der privaten Haushalte	1 680	+2,3	+0,1	+1,0	+0,9	+0,6	+2,5	+3,0
Bruttolöhne u. -gehälter	1 127	+4,2	+0,7	+1,0	+0,4	+3,2	+2,9	+2,8
Sparen der privaten Haushalte	176	+1,6	-0,7	+0,3	+1,0	-3,1	-2,6	-0,2
Außenhandel/Umsätze/Produktion/ Auftragseingänge								
			Vorperiode saisonbereinigt			Vorjahr ¹		
	Mrd. € bzw. Index	ggü. Vorj. in %	Sep 13	Okt 13	Zweimonats- durchschnitt	Sep 13	Okt 13	Zweimonats- durchschnitt
in jeweiligen Preisen								
Außenhandel (Mrd. €)								
Waren-Exporte	1 096	+3,3	+1,6	+0,2	+2,2	+3,5	+0,6	+2,0
Waren-Importe	906	+0,4	-1,9	+2,9	-0,4	-0,3	-1,6	-1,0
in konstanten Preisen von 2010								
Produktion im Produzierenden Gewerbe (Index 2010 = 100)								
Industrie ²	106,2	-0,4	-0,7	-1,2	-0,5	+0,6	+1,0	+0,8
Bauhauptgewerbe	107,5	-0,6	-1,0	-1,1	-0,5	+0,8	+1,3	+1,0
	105,8	-1,2	-0,7	-1,7	-1,7	+0,8	+0,0	+0,4
Umsätze im Produzierenden Gewerbe (Index 2010 = 100)								
Industrie ²	105,8	-0,6	-1,0	-0,3	+0,1	+0,9	+1,6	+1,2
Inland	104,8	-1,6	-1,2	-1,1	-0,7	-0,2	+0,0	-0,1
Ausland	107,0	+0,4	-0,7	+0,5	+0,9	+2,0	+3,1	+2,6
Auftragseingang (Index 2010 = 100)								
Industrie ²	103,2	-3,8	+3,1	-2,2	+1,9	+7,8	+1,9	+4,8
Inland	100,8	-5,6	-0,9	-2,0	-0,9	+4,3	+1,8	+3,1
Ausland	105,1	-2,3	+6,3	-2,3	+4,0	+10,4	+2,0	+6,1
Bauhauptgewerbe	108,8	+4,3	-2,6	.	-7,1	+3,6	.	+0,2
Umsätze im Handel (Index 2010 = 100)								
Einzelhandel (ohne Kfz und mit Tankstellen)	101,3	+0,2	+0,0	-0,9	-0,3	+0,4	-0,1	+0,1

Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

Finanzpolitisch wichtige Wirtschaftsdaten

Arbeitsmarkt	2012		Veränderung in Tausend gegenüber					
	Personen Mio.	ggü. Vorj. in %	Vorperiode saisonbereinigt			Vorjahr		
			Sep 13	Okt 13	Nov 13	Sep 13	Okt 13	Nov 13
Arbeitslose (nationale Abgrenzung nach BA)	2,90	-2,6	+23	+3	+10	+61	+48	+55
Erwerbstätige, Inland sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	41,61	+1,1	+9	+24	.	+250	+250	.
	29,01	+1,9	+37	.	.	+378	.	.

Preisindizes 2010 = 100	2012		Veränderung in % gegenüber					
	Index	ggü. Vorj. in %	Vorperiode			Vorjahr		
			Sep 13	Okt 13	Nov 13	Sep 13	Okt 13	Nov 13
Importpreise	108,7	-7,1	+0,0	-0,7	.	-2,8	-3,0	.
Erzeugerpreise gewerbl. Produkte	107,0	+1,7	+0,3	-0,2	.	-0,5	-0,7	.
Verbraucherpreise	104,1	+2,0	+0,0	-0,2	+0,2	+1,4	+1,2	+1,3

ifo Geschäftsklima gewerbliche Wirtschaft	saisonbereinigte Salden							
	Mai 13	Jun 13	Jul 13	Aug 13	Sep 13	Okt 13	Nov 13	Dez 13
Klima	+4,2	+4,6	+5,1	+7,8	+8,1	+7,4	+11,0	+11,4
Geschäftslage	+8,8	+7,7	+9,0	+12,6	+11,4	+11,2	+13,0	+11,8
Geschäftserwartungen	-0,2	+1,6	+1,3	+3,1	+4,9	+3,8	+9,1	+11,0

¹ Produktion arbeitstäglich, Umsatz, Auftragseingang Industrie kalenderbereinigt, Auftragseingang Bauhauptgewerbe saisonbereinigt.

² Ohne Energie.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank, ifo Institut.

Zunahme der Exportgeschäfte ausgehen. Diese Einschätzung wird durch ein in der Tendenz gestiegenes industrielles Auftragsvolumen aus dem Ausland gestützt. Deutliche Impulse kamen dabei aus dem Euroraum.

Die Industrie zeigte im Oktober einen verhaltenen Start in das Schlussquartal. Dabei wurde die industrielle Erzeugung merklich zurückgefahren. Dies kam vor allem aus einer Abnahme der Herstellung von Investitionsgütern. Im Zweimonatsdurchschnitt verzeichnete die Industrieproduktion insgesamt ein Minus von saisonbereinigt 0,5 % gegenüber der Vorperiode. Dabei ist die Vorleistungsgüterproduktion aufwärtsgerichtet (+ 0,7%), während die Investitionsgüterproduktion rückläufig war (- 1,7%).

Der Umsatz in der Industrie gab im Oktober gegenüber dem Vormonat leicht nach. Im

Zweimonatsdurchschnitt ist eine Stagnation des Indikators zu beobachten (saisonbereinigt gegenüber der Vorperiode). Die im Vergleich zur Industrieproduktion etwas günstigere Entwicklung deutet auf einen Lagerabbau hin. Der Auslandsumsatz stieg im gleichen Zeitraum um 0,9 % an. An der Zunahme waren vor allem Länder außerhalb des Euroraums beteiligt. Das Verkaufsergebnis auf dem inländischen Markt ging um 0,7 % zurück.

Die vorlaufenden Indikatoren signalisieren, dass im 4. Quartal mit einer moderaten Erholung im Verarbeitenden Gewerbe gerechnet werden kann. Am aktuellen Rand war der industrielle Auftragseingang zwar – insbesondere aufgrund eines unterdurchschnittlichen Volumens an Großaufträgen – saisonbereinigt um 2,2 % gegenüber dem Vormonat zurückgegangen. Im Zweimonatsdurchschnitt setzte sich der Aufwärtstrend aufgrund eines spürbaren

▮ Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

Anstiegs der Auslandsaufträge fort. Dabei zogen vor allem die Investitionsgüterbestellungen aus dem Euroraum (+ 13,9% gegenüber der Vorperiode) sehr deutlich an. Die Inlandsbestellungen (- 0,9%) waren hingegen – vor allem im Investitionsgüterbereich – leicht rückläufig. Der Auftragseingang zeigt im weniger von dem schwankenden Volumen an Großaufträgen beeinflussten Dreimonatsvergleich insgesamt und bei allen drei Gütergruppen eine aufwärtsgerichtete Grundtendenz. Auch die Zunahme der Herstellung von Vorleistungsgütern – als weiterer vorlaufender Indikator für die zukünftige Produktion – spricht für positive industrielle Impulse im Schlussquartal. Die günstige Entwicklung der Stimmungsindikatoren deutet ebenfalls in diese Richtung. So war der Einkaufsmanagerindex im November merklich angestiegen. Im Dezember verbesserte sich zwar die Stimmung der vom ifo Institut befragten Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes nur leicht. Es wurde jedoch das höchste Niveau seit August 2011 erreicht.

Die Bauproduktion ging im Oktober den dritten Monat in Folge zurück. Dabei waren sowohl der Hoch- als auch der Tiefbau rückläufig, während das Ausbaugewerbe ein leichtes Plus verzeichnete. Im Zweimonatsvergleich ist die Bauproduktion nun abwärtsgerichtet. Die Indikatoren für die weitere Entwicklung der Produktion im Baugewerbe stellen sich uneinheitlich dar. So waren die Auftragseingänge im 3. Quartal rückläufig. Die Baugenehmigungen zeigen jedoch eine spürbare Aufwärtsbewegung und auch die ifo Geschäftserwartungen sind im Dezember sehr deutlich angestiegen.

Von den privaten Konsumausgaben dürften – nach dem marginalen Anstieg im 3. Quartal – auch zum Jahresende positive Impulse zu erwarten sein. Darauf deutet u. a. ein deutlicher Anstieg der Neuzulassungen privater Pkw im Oktober/ November im Vergleich zum August/ September von saisonbereinigt 3,6 %

hin. Auch die optimistische Stimmung sowohl der Konsumenten als auch der Einzelhändler spricht dafür, dass die privaten Konsumausgaben eine wichtige Säule des Wachstums bleiben werden. So zeigt das GfK-Konsumklima nach einer Seitwärtsbewegung von September bis November für den Dezember eine spürbare Stimmungsverbesserung der Konsumenten an. Das niedrige Zinsniveau und günstige Finanzierungsbedingungen für Verbraucher sollten tendenziell die Anschaffungsneigung im kommenden Jahr stützen. So fiel auch die GfK-Sparneigung auf ein neues historisch niedriges Niveau. Bemerkenswert sind aber auch die deutlichen Anstiege der Einkommens- und der Konjunkturerwartungen der Verbraucher. Eine bisher zwar positive, aber abwartende Haltung scheint durch zunehmenden Optimismus abgelöst worden zu sein. Die günstigen Einschätzungen der Verbraucher dürften auf der robusten Lage auf dem Arbeitsmarkt und den positiven Beschäftigungsperspektiven basieren. So erwartet die Bundesregierung in ihrer Herbstprojektion für das nächste Jahr eine weitere Zunahme der Erwerbstätigenzahl um 0,4 % sowie einen Anstieg der Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer um 2,8 %.

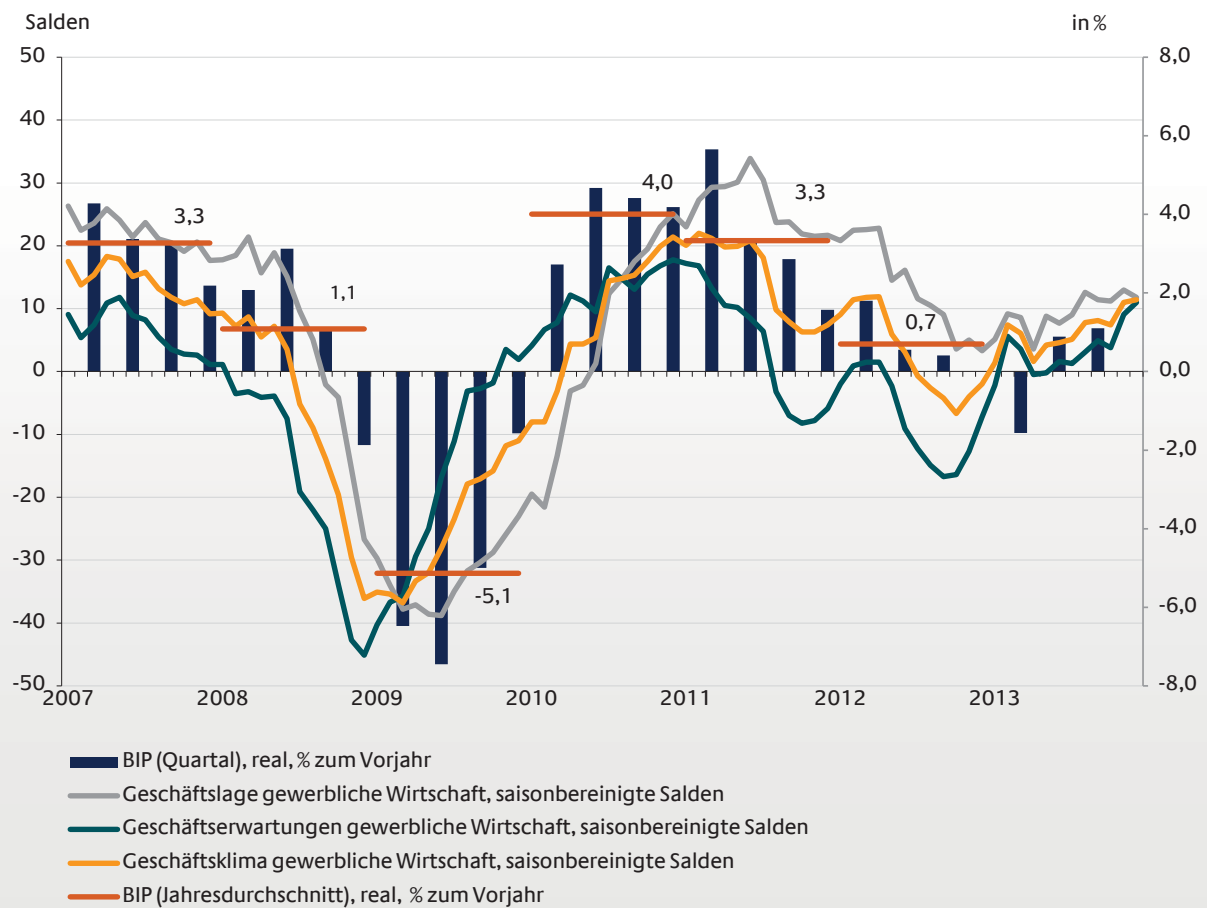
Im bisherigen Jahresverlauf war ein deutlicher Zuwachs der Beschäftigtenzahl zu verzeichnen. Die Arbeitslosenzahl nahm jedoch leicht zu. Die Zahl registrierter Arbeitsloser (nach Ursprungswerten) betrug im November 2,81 Millionen Personen. Das waren 55 000 Personen mehr als vor einem Jahr. Die entsprechende Arbeitslosenquote lag bei 6,5 % und veränderte sich gegenüber dem Vorjahr nicht. Die saisonbereinigte Arbeitslosenzahl stieg im November um 10 000 Personen leicht an.

Die Erwerbstätigenzahl (Inlandskonzept) befand sich nach Ursprungswerten im Oktober auf einem Niveau von 42,29 Millionen Personen und damit um 0,6 % beziehungsweise 250 000 Personen über dem Stand des Vorjahres. Die saisonbereinigte Zahl der

█ Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

BIP-Wachstum und ifo Geschäftsklima



Quellen: Statistisches Bundesamt, ifo Institut.

Erwerbstätigen nahm im Vergleich zum Vormonat merklich um 24 000 Personen zu. Der Anstieg fiel damit höher aus als in den beiden Monaten zuvor.

Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung (nach Hochrechnung der Bundesagentur für Arbeit) überschritt nach Ursprungswerten im September das Vorjahresergebnis um 378 000 Personen beziehungsweise 1,3% sehr deutlich. Saisonbereinigt fiel der Anstieg stärker aus als einen Monat zuvor (+ 37 000 Personen nach + 5 000 Personen). Dabei verzeichneten im Vergleich zum Vormonat die Wirtschaftlichen Dienstleistungen (ohne Arbeitnehmerüberlassungen), Arbeitnehmerüberlassungen und der Bereich Gesundheits-

und Sozialwesen die höchsten absoluten Zuwächse. Im Durchschnitt des 3. Quartals war mit insgesamt 87 000 Personen die Zunahme der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung etwas höher als im 2. Quartal (saisonbereinigt + 74 000 Personen).

Die insgesamt gute Lage auf dem Arbeitsmarkt zeigt sich auch darin, dass sich die Zahl der Arbeitnehmer – an die konjunkturelles Kurzarbeitergeld gezahlt wird – nach wie vor auf einem niedrigen Niveau befindet. Der Anstieg der Arbeitslosigkeit wird u. a. durch ein merklich ausgeweitetes Arbeitsangebot aufgrund von Zuwanderung gespeist. So nahm laut Statistischem Bundesamt die Zuwanderung im 1. Halbjahr um 11% gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum

▮ Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

zu. Darüber hinaus dürfte auch eine Verringerung des arbeitsmarktpolitischen Instrumenteneinsatzes zur Zunahme der Arbeitslosigkeit beigetragen haben. Gleichzeitig kann die Arbeitskräftenachfrage sowohl von der Zuwanderung als auch von einer höheren Erwerbsbeteiligung bedient werden. Der Beschäftigungsaufbau dürfte sich in den kommenden Monaten fortsetzen, angesichts des bereits erreichten hohen Beschäftigungsniveaus jedoch in eher moderatem Tempo. Auf einen anhaltenden Beschäftigungsaufbau deutet insbesondere die stabile Entwicklung der Arbeitskräftenachfrage laut Stellenindex BA-X hin. Auch der jüngste Anstieg des ifo Beschäftigungsbarometers signalisiert, dass die Unternehmen in fast allen Wirtschaftsbereichen bereit sind, Personal einzustellen.

Der Verbraucherpreisindex für Deutschland stieg im November um 1,3 % gegenüber dem Vorjahr an. Der Anstieg fiel damit marginal höher aus als im Oktober. Wie bereits in den vorangegangenen Monaten wurde die Inflation vor allem durch einen Rückgang der Preise für Mineralölprodukte (- 6,5 %) gedämpft. Nahrungsmittelpreise stiegen dagegen mit + 3,2 % erneut überdurchschnittlich an, jedoch weniger stark als in den Monaten zuvor.

Auch das Erzeuger- und das Importpreisniveau wurden durch eine rückläufige Preisentwicklung der Mineralölprodukte gesenkt. Der Rohölpreis auf dem Weltmarkt lag im Durchschnitt des Monats November weiterhin unter dem entsprechenden Vorjahresniveau (Ölpreis in US-Dollar pro Barrel der Sorte Brent - 2,1%). Gleichzeitig wertete der Euro gegenüber dem US-Dollar auf, was den Importpreis von Rohöl in Euro gerechnet deutlich senkte. Beides zusammengenommen trug zu einer Verbilligung der Mineralölprodukte auf der Verbraucherstufe bei.

Die rückläufige Entwicklung der Erzeuger- sowie der Importpreise spricht dafür, dass in den kommenden Monaten weiterhin mit einem ruhigen Preisklima gerechnet werden kann. Allerdings könnte der Anstieg des Verbraucherpreisniveaus im Zuge der weiteren konjunkturellen Erholung in Deutschland und in der Welt etwas höher ausfallen als in diesem Jahr. Auch die Verbraucher rechnen laut GfK-Umfrage wieder mit leicht höheren Inflationsraten als in den vergangenen Monaten. Von deflationären Tendenzen kann in Deutschland damit keine Rede sein. Dies zeigt sich auch an der Kerninflation, dem Anstieg des Verbraucherpreisniveaus ohne Berücksichtigung der Preisniveaus von Energie und Nahrungsmitteln, die im Jahr 2014 mit + 1,6 % über dem zehnjährigen Durchschnitt von 1,2 % liegen dürfte.

▮ Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

STEUEREINNAHMEN VON BUND UND LÄNDERN IM OKTOBER 2013

Steuereinnahmen von Bund und Ländern im November 2013

Die Steuereinnahmen (ohne reine Gemeindesteuern) sind im November 2013 im Vorjahresvergleich um 3,9% gestiegen. Die gemeinschaftlichen Steuern überschritten das Vorjahresniveau insgesamt um 3,7%. Die Bundessteuern stiegen um 4,7% und die Ländersteuern um 8,4%. Die Einnahmen des Bundes nahmen – wie im Vormonat – um 5,5% zu. Sämtliche das Aufkommen des Bundes bestimmenden Komponenten trugen hierzu bei. Während die Steuereinnahmen deutlich anstiegen, waren bei den aus dem Steueraufkommen des Bundes zu leistenden EU-Abführungen und Bundesergänzungszuweisungen Rückgänge zu verzeichnen. Der Zuwachs der Ländereinnahmen (+ 2,9%) wurde hingegen durch die verringerten Bundesergänzungszuweisungen gedämpft.

Kumuliert konnten im Zeitraum Januar bis November 2013 die Einnahmen des Bundes das Vorjahresniveau um 1,7% übertreffen, während das Ergebnis bei den Ländern um 3,2% höher lag. Der den Gemeinden zufließende Teil der gemeinschaftlichen Steuern verzeichnete ebenfalls einen deutlichen Zuwachs (+ 6,8%). Die EU-Kommission hat im bisherigen Jahresverlauf 2013 von ihrer Möglichkeit Gebrauch gemacht, den Rahmen für den Abruf der sogenannten Eigenmittel bei den Mitgliedstaaten voll auszuschöpfen. Dies führt im Januar bis November 2013 im Vergleich zum Vorjahreszeitraum zu einer stärkeren Minderung der Einnahmen des Bundes durch die EU-Abführungen. Wie hoch die jährlichen Eigenmittelabführungen der Mitgliedstaaten zum EU-Haushalt tatsächlich sind, lässt sich erst am Ende des Haushaltsjahres beziffern.

Die Kasseneinnahmen der Lohnsteuer lagen im November 2013 um 6,4% über dem Ergebnis des Vorjahreszeitraums. Die aus dem Aufkommen der Lohnsteuer zu leistenden Zahlungen von Kindergeld (- 1,7%) blieben deutlich unter dem

Niveau des Vorjahresmonats. In der Bruttobetrachtung (also vor Abzug von Kindergeld und Altersvorsorgezulage) weist die Lohnsteuer einen Anstieg von 4,7% auf. Nach wie vor begünstigen die anhaltend gute Beschäftigungslage und die diesjährigen Lohnsteigerungen das Lohnsteueraufkommen. Im Zeitraum Januar bis November 2013 übertrafen die Kasseneinnahmen das Niveau des Vorjahreszeitraums um 6,1%.

Die Einnahmen aus der veranlagten Einkommensteuer brutto überschritten im November 2013 das Ergebnis des Vorjahresmonats um 13,0%. Dabei erhöhten sich die Erstattungen an veranlagte Arbeitnehmer nach § 46 EStG um 4,5%. Das Kassenaufkommen der veranlagten Einkommensteuer verbesserte sich daher nur leicht um 22 Mio. € auf nunmehr - 0,6 Mrd. €. In kumulierter Betrachtung für den Zeitraum Januar bis November 2013 stieg das Kassenaufkommen der veranlagten Einkommensteuer allerdings um 16,0%.

Die kassenmäßigen Einnahmen aus der Körperschaftsteuer verbesserten sich im Berichtsmonat November 2013 um rund 0,2 Mrd. € auf nunmehr - 0,4 Mrd. €. Das Aufkommensniveau der Körperschaftsteuer ist im Zeitraum Januar bis November 2013 um 18,5% gegenüber dem Vorjahreszeitraum auf insgesamt 13,3 Mrd. € gestiegen.

Die Einnahmen aus den nicht veranlagten Steuern vom Ertrag brutto nahmen im November gegenüber dem Vorjahresmonat um 28,3% zu. Nach Berücksichtigung der im Vergleich zum Vorjahr niedrigeren Erstattungen durch das Bundeszentralamt für Steuern hat sich das Kassenaufkommen der nicht veranlagten Steuern vom Ertrag mit 0,6 Mrd. € fast verdoppelt. Im Zeitraum Januar bis November 2013 lagen die Kasseneinnahmen insgesamt um 14,8% unter dem Vorjahresergebnis.

Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

STEUEREINNAHMEN VON BUND UND LÄNDERN IM OKTOBER 2013

Entwicklung der Steuereinnahmen (ohne reine Gemeindesteuern) im laufenden Jahr¹

2013	November	Veränderung ggü. Vorjahr	Januar bis November	Veränderung ggü. Vorjahr	Schätzungen für 2013 ⁴	Veränderung ggü. Vorjahr
	in Mio €	in %	in Mio €	in %	in Mio €	in %
Gemeinschaftliche Steuern						
Lohnsteuer ²	12 046	+6,4	137 443	+6,1	157 800	+5,9
veranlagte Einkommensteuer	- 602	X	30 763	+16,0	41 750	+12,0
nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	582	+99,5	15 741	-14,8	17 200	-14,3
Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge (einschl. ehem. Zinsabschlag)	589	+6,9	7 989	+4,1	8 550	+3,8
Körperschaftsteuer	- 351	X	13 300	+18,5	19 840	+17,2
Steuern vom Umsatz	17 135	-1,3	179 593	+1,2	197 450	+1,4
Gewerbsteuerumlage	158	-22,3	2 982	-0,2	3 914	+2,2
erhöhte Gewerbesteuerumlage	58	+6,9	2 505	-1,4	3 322	+0,4
Gemeinschaftliche Steuern insgesamt	29 615	+3,7	390 316	+3,7	449 826	+3,8
Bundessteuern						
Energiesteuer	3 415	+4,8	31 083	+0,5	39 400	+0,2
Tabaksteuer	1 349	-4,2	12 171	-1,1	13 950	-1,4
Branntweinsteuer inkl. Alkopopsteuer	170	+1,6	1 886	-0,9	2 100	-1,0
Versicherungsteuer	787	+2,9	11 040	+3,8	11 575	+3,9
Stromsteuer	614	+9,4	6 582	+2,9	7 050	+1,1
Kraftfahrzeugsteuer	594	-6,8	7 923	+0,3	8 520	+0,9
Luftverkehrssteuer	91	+3,4	874	+0,7	960	+1,2
Kernbrennstoffsteuer	302	+99,1	1 285	-18,5	1 300	-17,6
Solidaritätszuschlag	748	+13,1	12 134	+5,4	14 300	+5,0
übrige Bundessteuern	130	-4,1	1 339	-2,9	1 483	-2,5
Bundessteuern insgesamt	8 199	+4,7	86 317	+1,1	100 638	+0,8
Ländersteuern						
Erbschaftsteuer	358	+3,6	4 189	+5,0	4 508	+4,7
Grunderwerbsteuer	722	+11,2	7 745	+14,2	8 460	+14,5
Rennwett- und Lotteriesteuer	135	+14,4	1 519	+15,7	1 640	+14,6
Biersteuer	55	-1,4	626	-2,8	674	-3,2
Sonstige Ländersteuern	18	-9,8	354	+3,0	394	+3,9
Ländersteuern insgesamt	1 288	+8,4	14 432	+10,4	15 676	+10,4
EU-Eigenmittel						
Zölle	377	-6,5	3 899	-5,3	4 200	-5,9
Mehrwertsteuer-Eigenmittel	85	-11,5	1 965	+8,0	2 180	+7,5
BNE-Eigenmittel	899	-6,2	21 424	+20,2	24 750	+24,8
EU-Eigenmittel insgesamt	1 362	-6,6	27 288	+14,9	31 130	+18,3
Bund³	19 405	+5,5	224 057	+1,7	259 990	+1,4
Länder³	16 583	+2,9	213 845	+3,2	244 320	+3,4
EU	1 362	-6,6	27 288	+14,9	31 130	+18,3
Gemeindeanteil an der Einkommen- und Umsatzsteuer	2 129	+5,6	29 774	+6,8	34 899	+6,3
Steueraufkommen insgesamt (ohne Gemeindesteuern)	39 479	+3,9	494 964	+3,3	570 340	+3,4

¹ Methodik: Kassenmäßige Verbuchung der Einzelsteuer insgesamt und Aufteilung auf die Ebenen entsprechend den gesetzlich festgelegten Anteilen. Aus kassentechnischen Gründen können die tatsächlich von den einzelnen Gebietskörperschaften im laufenden Monat vereinnahmten Steuerbeträge von den Sollgrößen abweichen.

² Nach Abzug der Kindergelderstattung durch das Bundeszentralamt für Steuern.

³ Nach Ergänzungszuweisungen; Abweichung zu Tabelle "Einnahmen des Bundes" ist methodisch bedingt (vergleiche Fn. 1).

⁴ Ergebnis AK "Steuerschätzungen" vom November 2013.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

▮ Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

STEUEREINNAHMEN VON BUND UND LÄNDERN IM OKTOBER 2013

Das Volumen der Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge verzeichnet im November 2013 einen Anstieg um 6,9%. In kumulierter Rechnung (Januar bis November 2013) wurde ein Aufkommenszuwachs von 4,1% erreicht.

Die Steuern vom Umsatz unterschritten im Berichtsmonat November 2013 das Vorjahresniveau um 1,3%. Der rückläufige Trend der Einfuhrumsatzsteuer setzte sich mit 4,4% wieder deutlich stärker fort. Auch das Aufkommen aus der (Binnen-)Umsatzsteuer sank leicht um 0,2%. Die Steuern vom Umsatz lagen im Zeitraum Januar bis November 2013 insgesamt um 1,2% über dem Niveau des Vorjahreszeitraums.

Die reinen Bundessteuern verzeichneten im November 2013 im Vorjahresvergleich Mehreinnahmen von 4,7%. Die erheblichen Rückgänge bei der Tabaksteuer (- 4,2%), der Kraftfahrzeugsteuer (- 6,8%) und der Kaffeesteuer (- 7,8%) wurden durch die Zuwächse bei der Energiesteuer (+ 4,8%), der Versicherungssteuer (+ 2,9%), der Stromsteuer (+ 9,4%), dem Solidaritätszuschlag (+ 13,1%)

und der Luftverkehrsteuer (+ 3,4%) mehr als kompensiert. Bei der Kernbrennstoffsteuer wurden Einnahmen in Höhe von 0,3 Mrd. € erzielt. Im Zeitraum Januar bis November 2013 erreichten die Bundessteuern insgesamt einen Aufkommensanstieg von 1,1%.

Die reinen Ländersteuern nahmen im Berichtsmonat gegenüber dem Vorjahresmonat um 8,4% zu. Getragen wurde diese Entwicklung wie in den Vormonaten vor allem von der Grunderwerbsteuer. Sie konnte - ausgehend von einem hohen Vorjahresstand - nochmals einen Zuwachs von 11,2% verzeichnen. Dabei schlugen Steuersatzanhebungen sowie Steigerungen von Immobilienpreisen und -käufen zu Buche. Das Aufkommen aus der Erbschaftsteuer stieg um 3,6%. Auch die Rennwett- und Lotteriesteuer übertraf das Vorjahresniveau um 14,4%. Demgegenüber verfehlten die Feuerschutzsteuer (- 9,5%) und die Biersteuer (- 1,4%) das Vorjahresergebnis. Im Zeitraum Januar bis November 2013 verzeichneten die Einnahmen aus den Ländersteuern einen Anstieg von 10,4%.

█ Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

ENTWICKLUNG DES BUNDESHAUSHALTS BIS EINSCHLIESSLICH OKTOBER 2013

Entwicklung des Bundeshaushalts bis einschließlich November 2013

Ausgabenentwicklung

Die Ausgaben des Bundes beliefen sich von Januar bis einschließlich November 2013 auf 287,0 Mrd. €. Sie lagen um 5,4 Mrd. € (+1,9%) über dem Ergebnis des Vergleichszeitraums des Vorjahres. Wesentlich für die höheren Ausgaben gegenüber dem Vorjahresbetrag sind die Zuweisung an das Sondervermögen „Aufbauhilfe“ für die Betroffenen der Hochwasserkatastrophe von Mai/Juni 2013 (+ 8 Mrd. €). Dem gegenüber stehen Einsparungen bei der pauschalen Abgeltung der Aufwendungen der Gesetzlichen Krankenkassen für gesamtgesellschaftliche Aufgaben in Höhe von 2,3 Mrd. € und die entfallene Beteiligung des Bundes an den Kosten der Arbeitsförderung (- 3,6 Mrd. €).

Einnahmeentwicklung

Die Einnahmen des Bundes übertrafen bis einschließlich November mit 245,1 Mrd. €

das Ergebnis des entsprechenden Vorjahreszeitraums um 4,9 Mrd. € (+ 2,1%). Die Steuereinnahmen beliefen sich auf 223,5 Mrd. €. Sie stiegen im Vorjahresvergleich um 3,8 Mrd. € (+1,7%) an. Die Verwaltungseinnahmen lagen mit 21,5 Mrd. € um 5,8% über dem Ergebnis bis einschließlich November 2012.

Finanzierungssaldo

Das Finanzierungsdefizit betrug Ende November 41,9 Mrd. €. Aufgrund der bisherigen Entwicklung und in Erwartung des erfahrungsgemäß aufkommensstarken Dezember-Ergebnisses erscheint es gesichert, dass die für das Jahr 2013 geplante Nettokreditaufnahme in Höhe von 25,1 Mrd. € nicht in voller Höhe benötigt wird.

Entwicklung des Bundeshaushalts

	Ist 2012	Soll 2013 ¹	Ist - Entwicklung ² November 2013
Ausgaben (Mrd. €)	306,8	310,0	287,0
Unterjährige Veränderung gegenüber Vorjahr in %			+1,9
Einnahmen (Mrd. €)	284,0	284,6	245,0
Unterjährige Veränderung gegenüber Vorjahr in %			+2,1
Steuereinnahmen (Mrd. €)	256,1	260,6	223,5
Unterjährige Veränderung gegenüber Vorjahr in %			+1,7
Finanzierungssaldo (Mrd. €)	-22,8	-25,4	-41,9
Finanzierung durch:	22,8	25,4	41,9
Kassenmittel (Mrd. €)	-	-	23,6
Münzeinnahmen (Mrd. €)	0,3	0,3	0,1
Nettokreditaufnahme/unterjähriger Kapitalmarktsaldo ³ (Mrd. €)	22,5	25,1	18,1


Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

¹Inklusive Nachtrag 2013.

²Buchungsergebnisse.

³(-) Tilgung; (+) Kreditaufnahme.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

 Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

ENTWICKLUNG DES BUNDESHAUSHALTS BIS EINSCHLIESSLICH OKTOBER 2013

Entwicklung der Bundesaussgaben nach Aufgabenbereichen

	Soll ¹ 2013		Ist-Entwicklung	
	in Mio. €	Anteil in %	Januar bis November 2013	
			in Mio. €	
Allgemeine Dienste	72 949	23,5	66 424	
Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	6 181	2,0	5 049	
Verteidigung	32 807	10,6	28 964	
Politische Führung, zentrale Verwaltung	13 329	4,3	12 500	
Finanzverwaltung	3 878	1,3	3 483	
Bildung, Wissenschaft, Forschung, Kulturelle Angelegenheiten	18 952	6,1	16 192	
Förderung für Schülerinnen und Schüler, Studierende, Weiterbildungsteilnehmende	2 675	0,9	2 521	
Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	10 459	3,4	8 291	
Soziale Sicherung, Familie und Jugend, Arbeitsmarktpolitik	145 124	46,8	138 865	
Sozialversicherung einschl. Arbeitslosenversicherung	98 861	31,9	96 585	
Darlehen/Zuschuss an die Bundesagentur für Arbeit	0	0,0	- 13	
Arbeitsmarktpolitik	31 925	10,3	29 803	
darunter: Arbeitslosengeld II nach SGB II	18 960	6,1	18 066	
Arbeitslosengeld II, Leistungen des Bundes für Unterkunft und Heizung nach dem SGB II	4 700	1,5	4 309	
Familienhilfe, Wohlfahrtspflege u. ä.	6 475	2,1	6 046	
Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	2 432	0,8	2 170	
Gesundheit, Umwelt, Sport, Erholung	1 740	0,6	1 400	
Wohnungswesen, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	2 315	0,7	1 941	
Wohnungswesen, Wohnungsbauprämie	1 714	0,6	1 583	
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	975	0,3	628	
Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	4 589	1,5	3 337	
Regionale Förderungsmaßnahmen	601	0,2	591	
Bergbau, verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	1 576	0,5	1 430	
Verkehrs- und Nachrichtenwesen	16 707	5,4	13 773	
Straßen	7 196	2,3	6 213	
Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr	4 498	1,5	3 820	
Allgemeine Finanzwirtschaft	46 649	15,0	44 710	
Zinsausgaben	31 596	10,2	30 657	
Ausgaben zusammen	310 000	100,0	286 965	

¹ Inklusive Nachtrag 2013.

Aufgrund der Anwendung des neuen Funktionenplans beim Bund für den Bundeshaushalt 2013 ist ein Vergleich mit dem Vorjahr nicht sinnvoll.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

█ Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

ENTWICKLUNG DES BUNDESHAUSHALTS BIS EINSCHLIESSLICH OKTOBER 2013

Die Ausgaben des Bundes nach ökonomischen Arten

	Ist		Soll ¹		Ist - Entwicklung		Unterjährige Veränderung ggü. Vorjahr in %
	2012		2013		Januar bis November 2012	Januar bis November 2013	
	in Mio. €	Anteil in %	in Mio. €	Anteil in %	in Mio. €		
Konsumtive Ausgaben	270 451	88,2	275 599	88,9	252 660	258 208	+2,2
Personalausgaben	28 046	9,1	28 478	9,2	26 586	27 091	+1,9
Aktivbezüge	20 619	6,7	20 825	6,7	19 451	19 758	+1,6
Versorgung	7 427	2,4	7 653	2,5	7 135	7 333	+2,8
Laufender Sachaufwand	23 703	7,7	24 642	7,9	19 834	19 150	-3,4
Sächliche Verwaltungsaufgaben	1 384	0,5	1 343	0,4	1 113	1 190	+6,9
Militärische Beschaffungen	10 287	3,4	10 396	3,4	8 229	6 700	-18,6
Sonstiger laufender Sachaufwand	12 033	3,9	12 903	4,2	10 492	11 260	+7,3
Zinsausgaben	30 487	9,9	31 596	10,2	30 542	30 657	+0,4
Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	187 734	61,2	190 271	61,4	175 256	180 819	+3,2
an Verwaltungen	17 090	5,6	27 419	8,8	15 584	24 781	+59,0
an andere Bereiche	170 644	55,6	162 852	52,5	159 733	156 051	-2,3
darunter:							
Unternehmen	24 225	7,9	25 872	8,3	22 369	23 056	+3,1
Renten, Unterstützungen u. a.	26 307	8,6	26 456	8,5	24 583	25 149	+2,3
Sozialversicherungen	113 424	37,0	103 453	33,4	106 966	100 935	-5,6
Sonstige Vermögensübertragungen	480	0,2	612	0,2	443	491	+10,8
Investive Ausgaben	36 324	11,8	34 804	11,2	28 900	28 757	-0,5
Finanzierungshilfen	28 564	9,3	26 556	8,6	22 638	22 459	-0,8
Zuweisungen und Zuschüsse	15 524	5,1	14 692	4,7	12 136	12 175	+0,3
Darlehensgewährungen, Gewährleistungen	2 736	0,9	3 002	1,0	1 814	1 527	-15,8
Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	10 304	3,4	8 862	2,9	8 687	8 756	+0,8
Sachinvestitionen	7 760	2,5	8 248	2,7	6 262	6 298	+0,6
Baumaßnahmen	6 147	2,0	6 703	2,2	5 330	5 394	+1,2
Erwerb von beweglichen Sachen	983	0,3	964	0,3	707	667	-5,7
Grunderwerb	629	0,2	581	0,2	224	237	+5,8
Globalansätze	0	0,0	- 402	-0,1	0	0	
Ausgaben insgesamt	306 775	100,0	310 000	100,0	281 560	286 965	+1,9

¹Inklusive Nachtrag 2013.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

█ Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

ENTWICKLUNG DES BUNDESHAUSHALTS BIS EINSCHLIESSLICH OKTOBER 2013

Entwicklung der Einnahmen des Bundes

	Ist		Soll ¹		Ist - Entwicklung		Unterjährige Veränderung ggü. Vorjahr in %
	2012		2013		Januar bis November 2012	Januar bis November 2013	
	in Mio. €	Anteil in %	in Mio. €	Anteil in %	in Mio. €		
I. Steuern	256 086	90,2	260 611	91,6	219 708	223 473	+1,7
Bundesanteile an Gemeinschaftsteuern:	205 843	72,5	213 154	74,9	177 924	184 179	+3,5
Einkommen- und Körperschaftsteuer (einschl. Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge)	101 092	35,6	104 528	36,7	82 708	87 865	+6,2
davon:							
Lohnsteuer	63 136	22,2	66 768	23,5	53 202	56 754	+6,7
veranlagte Einkommensteuer	15 838	5,6	16 852	5,9	11 276	13 074	+15,9
nicht veranlagte Steuer vom Ertrag	10 028	3,5	7 742	2,7	9 241	7 872	-14,8
Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge	3 623	1,3	4 141	1,5	3 376	3 515	+4,1
Körperschaftsteuer	8 467	3,0	10 285	3,6	5 614	6 650	+18,5
Steuern vom Umsatz	103 165	36,3	107 020	37,6	93 978	95 078	+1,2
Gewerbsteuerumlage	1 587	0,6	1 606	0,6	1 238	1 235	-0,2
Energiesteuer	39 305	13,8	40 270	14,2	30 924	31 083	+0,5
Tabaksteuer	14 143	5,0	14 450	5,1	12 305	12 171	-1,1
Solidaritätszuschlag	13 624	4,8	14 050	4,9	11 512	12 134	+5,4
Versicherungsteuer	11 138	3,9	11 115	3,9	10 639	11 040	+3,8
Stromsteuer	6 973	2,5	6 400	2,2	6 399	6 582	+2,9
Kraftfahrzeugsteuer	8 443	3,0	8 305	2,9	7 902	7 923	+0,3
Kernbrennstoffsteuer	1 577	0,6	1 400	0,5	1 577	1 285	-18,5
Branntweinabgaben	2 123	0,7	2 101	0,7	1 904	1 888	-0,8
Kaffeesteuer	1 054	0,4	1 045	0,4	950	922	-2,9
Luftverkehrssteuer	948	0,3	970	0,3	868	874	+0,7
Ergänzungszuweisungen an Länder	-11 621	-4,1	-10 842	-3,8	-8 495	-8 050	-5,2
BNE-Eigenmittel der EU	-19 826	-7,0	-23 950	-8,4	-17 821	-21 424	+20,2
Mehrwertsteuer-Eigenmittel der EU	-2 027	-0,7	-2 150	-0,8	-1 821	-1 965	+7,9
Zuweisungen an Länder für ÖPNV	-7 085	-2,5	-7 191	-2,5	-6 494	-6 592	+1,5
Zuweisung an die Länder für Kfz-Steuer und Lkw- Maut	-8 992	-3,2	-8 992	-3,2	-8 992	-8 992	+0,0
II. Sonstige Einnahmen	27 870	9,8	23 979	8,4	20 368	21 549	+5,8
Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit	4 560	1,6	5 511	1,9	3 627	4 099	+13,0
Zinseinnahmen	263	0,1	400	0,1	225	179	-20,4
Darlehensrückflüsse, Beteiligungen, Privatisierungserlöse	5 183	1,8	5 640	2,0	2 965	3 827	+29,1
Einnahmen zusammen	283 956	100,0	284 590	100,0	240 077	245 022	+2,1

¹ Inklusive Nachtrag 2013.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

▮ Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE BIS SEPTEMBER 2013

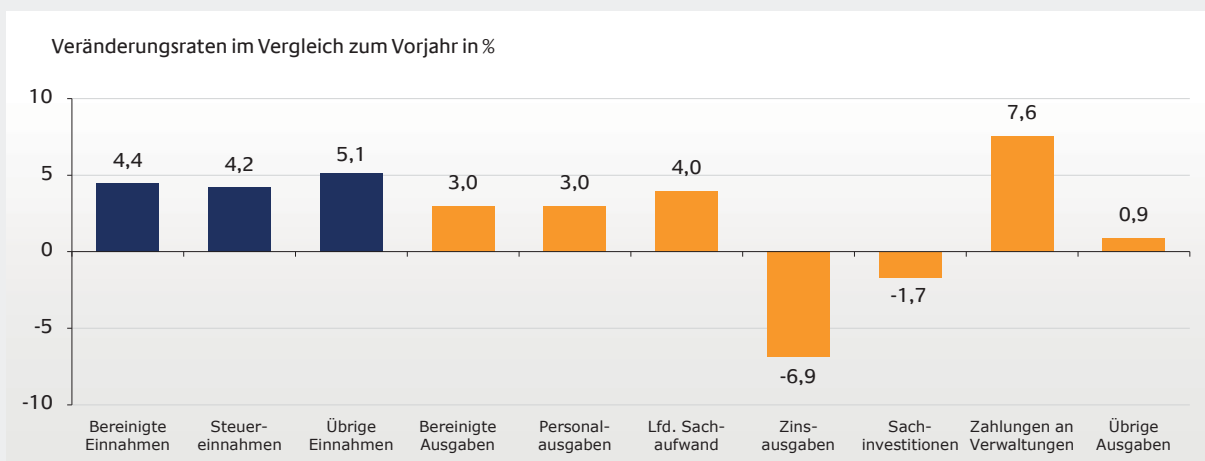
Entwicklung der Länderhaushalte bis Oktober 2013

Das Bundesministerium der Finanzen legt Zusammenfassungen über die Haushaltsentwicklung der Länder bis einschließlich Oktober 2013 vor.

Bei der Ländergesamtheit setzt sich die positive Entwicklung in den Haushalten auch bis Ende Oktober weiter fort. Das Finanzierungsdefizit der Länder insgesamt fällt mit 4,8 Mrd. €

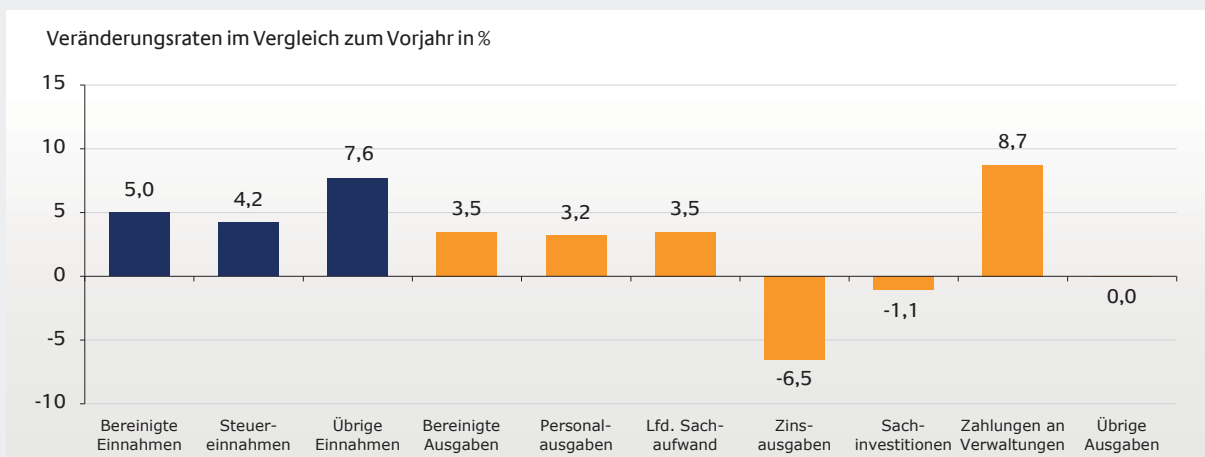
um rund 3,2 Mrd. € günstiger aus als im entsprechenden Vorjahreszeitraum. Die Ausgaben der Ländergesamtheit stiegen im Vergleich zum Vorjahr um 3,0 %, während die Einnahmen um 4,4 % zunahmen. Die Steuereinnahmen erhöhten sich um 4,2 %. Derzeit planen die Länder insgesamt für das Jahr 2013 ein Finanzierungsdefizit von rund 12,8 Mrd. €.

Entwicklung der Länderhaushalte bis Oktober 2013, Länder insgesamt



Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

Entwicklung der Länderhaushalte bis Oktober 2013, Flächenländer (West)

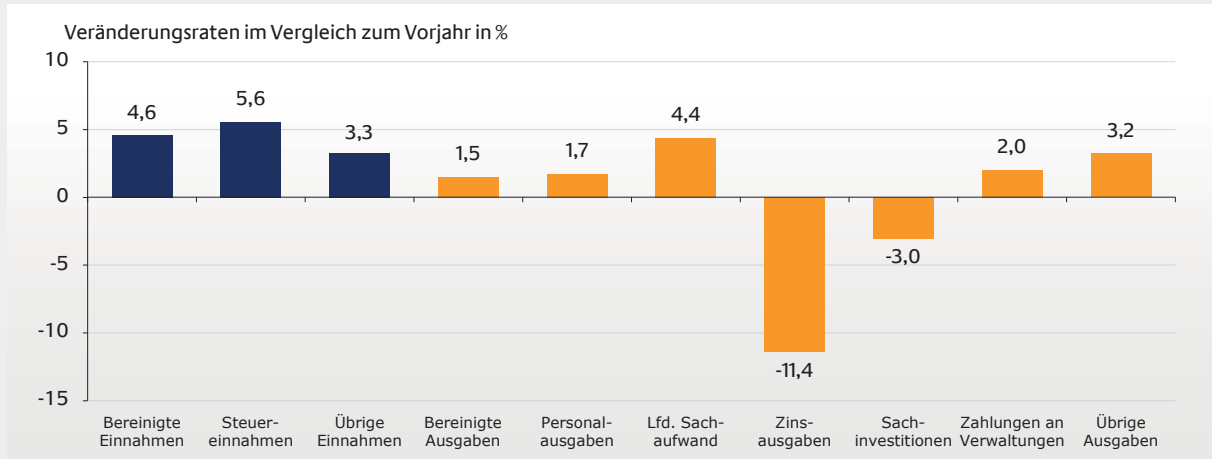


Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

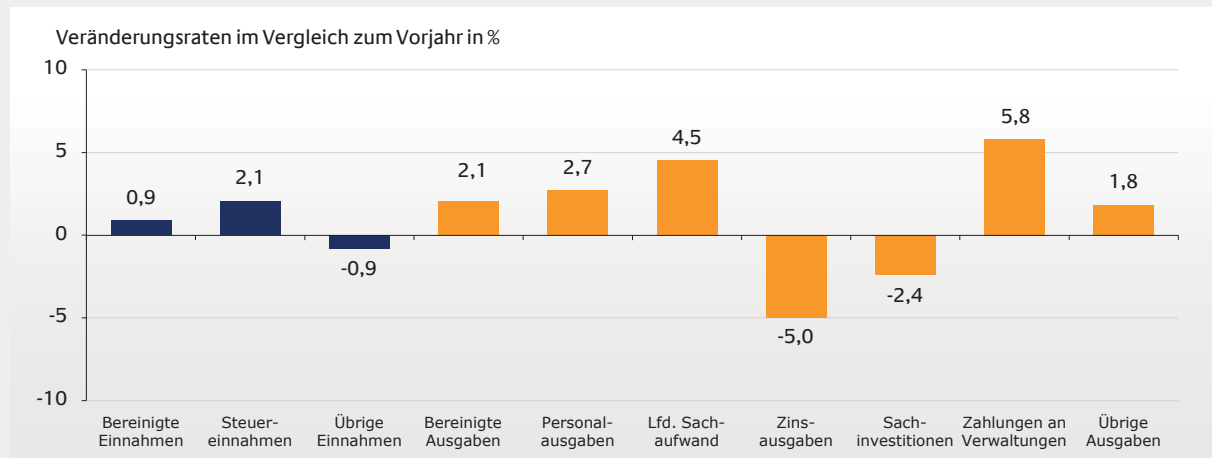
ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE BIS SEPTEMBER 2013

Entwicklung der Länderhaushalte bis Oktober 2013, Flächenländer (Ost)



Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

Entwicklung der Länderhaushalte bis Oktober 2013, Stadtstaaten



Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

▮ Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

FINANZMÄRKTE UND KREDITAUFNAHME DES BUNDES

Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes

Europäische Finanzmärkte

Die Rendite europäischer Staatsanleihen betrug im November durchschnittlich 2,83% (2,96% im Oktober).

Die Rendite der 10-jährigen Bundesanleihe betrug Ende November 1,69% (1,66% Ende Oktober).

Die Zinsen im Dreimonatsbereich – gemessen am Euribor – beliefen sich Ende November auf 0,23% (0,23% Ende Oktober).

Die Europäische Zentralbank (EZB) hat in der EZB-Ratssitzung am 5. Dezember 2013 beschlossen, die geltenden Zinssätze für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte sowie für die Spitzenrefinanzierungsfazilität und die

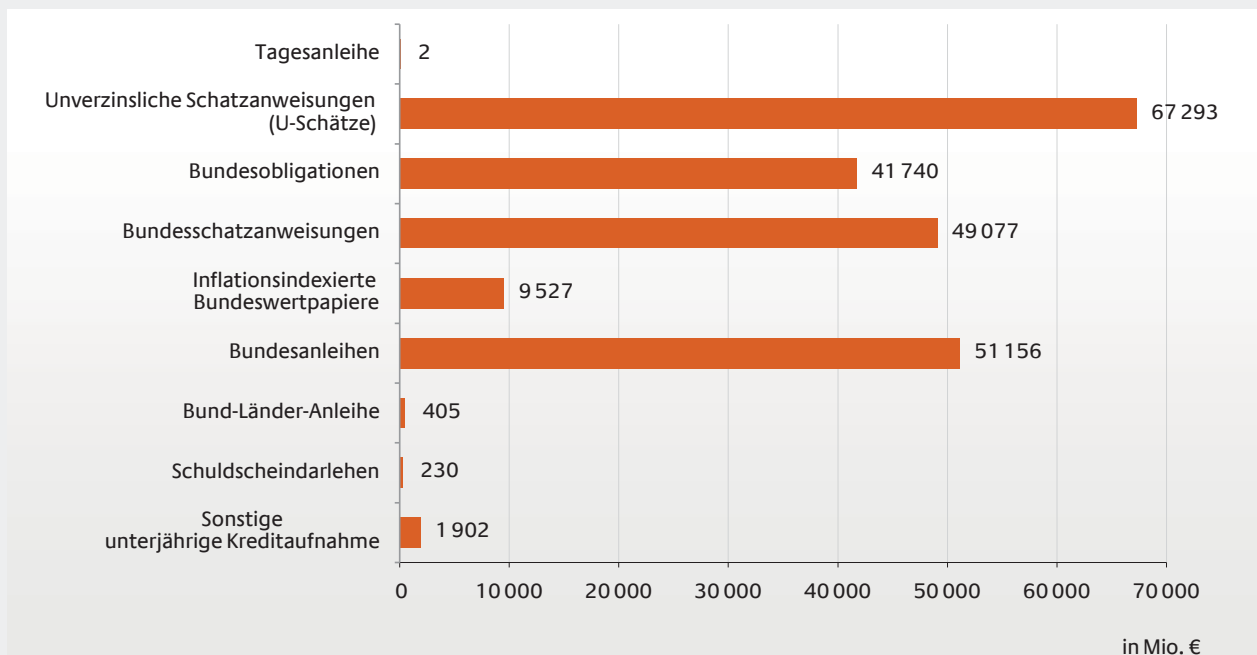
Einlagefazilität unverändert bei 0,25%, 0,75% beziehungsweise 0,00% zu belassen.

Der deutsche Aktienindex betrug 9 405 Punkte am 29. November (9 034 Punkte am 31. Oktober). Der Euro Stoxx 50 stieg von 3 068 Punkten am 31. Oktober auf 3 087 Punkte am 29. November.

Monetäre Entwicklung

Die Jahreswachstumsrate der Geldmenge M3 lag im Oktober bei 1,4% nach 2,0% im September und 2,3% im August. Der Dreimonatsdurchschnitt der Jahresänderungsraten von M3 lag in der Zeit von August bis Oktober 2013 bei 1,9%, verglichen mit 2,2% in der Vorperiode.

Kreditaufnahme des Bundes inklusive Sondervermögen bis Oktober 2013¹



¹ Bruttoemissionen ohne Rückhaltequote und Aufbau von Eigenbeständen.
 Nachrichtlich: kreditaufnahmewirksame Eigenbestandsveränderungen: - 5 184 Mio. €.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

█ Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

FINANZMÄRKTE UND KREDITAUFNAHME DES BUNDES

Die jährliche Änderungsrate der Kreditgewährung an den privaten Sektor im Euroraum belief sich im Monat Oktober auf -1,4% nach -1,2% im Vormonat.

In Deutschland betrug die Änderungsrate der Kreditgewährung an Unternehmen und Privatpersonen -0,48% im Oktober gegenüber -0,22% im September.

Kreditaufnahme von Bund und Sondervermögen – Umsetzung des Emissionskalenders

Bis einschließlich Oktober 2013 betrug der Bruttokreditbedarf von Bund und Sondervermögen 221,3 Mrd. €. Hierzu wurden festverzinsliche Bundeswertpapiere in Höhe von 215,4 Mrd. €, inflationsindexierte Bundeswertpapiere in Höhe von 9,0 Mrd. € und sonstige Instrumente in Höhe von 2,1 Mrd. € aufgenommen, wobei für den Kauf

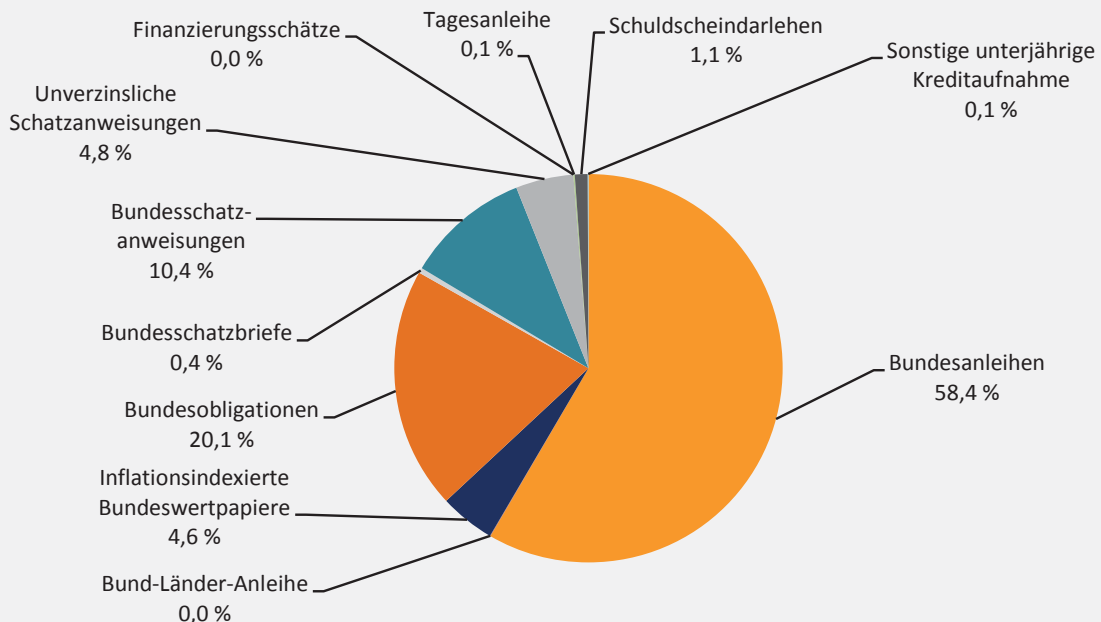
von Bundeswertpapieren am Sekundärmarkt 5,2 Mrd. € eingesetzt wurden.

Die Übersicht „Emissionsvorhaben des Bundes im 4. Quartal“ zeigt die Kapital- und Geldmarktemissionen im Rahmen des Kalenders sowie die sonstigen Emissionen.

Der Schuldendienst von Bund und Sondervermögen in Höhe von 240,5 Mrd. € (davon 210,3 Mrd. € Tilgungen und 30,2 Mrd. € Zinsen) überstieg den Bruttokreditbedarf um 19,2 Mrd. €. Diese Finanzierungen waren durch Kassen- oder Haushaltsmittel aufzubringen.

Die aufgenommenen Kredite wurden im Umfang von 208,8 Mrd. € für die Finanzierung des Bundeshaushalts, von 9,3 Mrd. € für den Finanzmarktstabilisierungsfonds und von 3,2 Mrd. € für den Investitions- und Tilgungsfonds eingesetzt.

Umlaufende Kreditmarktmittel des Bundes inklusive Sondervermögen per 31. Oktober 2013



Kreditmarktmittel des Bundes einschließlich der Eigenbestände: 1148,6 Mrd. €; darunter Eigenbestände: 46,5 Mrd. €.

Ausführliche Gegenüberstellungen der unterschiedlichen Darstellungen der Verschuldung des Bundes mit detaillierten Überführungsrechnungen und weiteren Erläuterungen können dem "Finanzbericht – Stand und voraussichtliche Entwicklung der Finanzwirtschaft im gesamtwirtschaftlichen Zusammenhang" des Bundesministeriums der Finanzen im Abschnitt "Verschuldung des Bundes am Kapitalmarkt" entnommen werden.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

FINANZMÄRKTE UND KREDITAUFNAHME DES BUNDES

**Tilgungen des Bundes und seiner Sondervermögen 2013
in Mrd. €**

Kreditart	Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sept	Okt	Nov	Dez	Summe insges.
	in Mrd. €												
Inflationsindexierte Bundeswertpapiere	-	-	-	11,0	-	-	-	-	-	-	.	.	11,0
Anleihen	24,0	-	-	-	-	-	22,0	-	-	-	.	.	46,0
Bundessobligationen	-	-	-	17,0	-	-	-	-	-	16,0	.	.	33,0
Bundesschatzanweisungen	-	-	18,0	-	-	17,0	-	-	17,0	-	.	.	52,0
U-Schätze des Bundes	7,0	7,0	7,0	7,0	3,0	3,0	7,0	7,2	7,0	7,0	.	.	62,2
Bundesschatzbriefe	0,2	0,1	0,2	0,2	0,1	0,1	0,3	0,6	0,0	0,2	.	.	2,0
Finanzierungsschätze	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	.	.	0,2
Tagesanleihe	0,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	.	.	0,3
Schuldscheindarlehen	-	-	0,0	-	-	0,0	0,0	-	0,0	-	.	.	0,0
Sonstige unterjährige Kreditaufnahme	-	-	0,6	-	-	2,2	-	-	0,7	-	.	.	3,5
Sonstige Schulden gesamt	-0,0	-0,0	-0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	.	.	-0,0
Gesamtes Tilgungsvolumen	31,3	7,2	25,9	35,3	3,1	22,4	29,4	7,8	24,7	23,2	.	.	210,3

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

**Zinszahlungen des Bundes und seiner Sondervermögen 2013
in Mrd. €**

Kreditart	Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sept	Okt	Nov	Dez	Summe insges.
	in Mrd. €												
Gesamte Zinszahlungen und Sondervermögen Entschädigungsfonds	10,8	0,8	0,1	3,5	0,0	0,4	12,3	0,1	0,6	1,7	.	.	30,2

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

▮ Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

FINANZMÄRKTE UND KREDITAUFNAHME DES BUNDES

Emissionsvorhaben des Bundes im 4. Quartal 2013
Kapitalmarktinstrumente

Emission	Art der Begebung	Tendertermin	Laufzeit	Volumen ¹ Soll (Jahresvor- schau/aktueller Emissions- kalender)	Volumen ¹ Ist
Bundesanleihe ISIN DE0001102325 WKN 110232	Aufstockung	2. Oktober 2013	10 Jahre/fällig 15. August 2023 Zinslaufbeginn 15. August 2013 erster Zinstermin 15. August 2014	5 Mrd. €	5 Mrd. €
Bundesobligation ISIN DE0001141679 WKN 114167	Aufstockung	9. Oktober 2013	5 Jahre/fällig 12. Oktober 2018 Zinslaufbeginn 6. September 2013 erster Zinstermin 12. Oktober 2014	4 Mrd. €	4 Mrd. €
Bundesschatzanweisung ISIN DE0001137438 WKN113743	Aufstockung	16. Oktober 2013	2 Jahre/fällig 11. September 2015 Zinslaufbeginn 23. August 2013 erster Zinstermin 11. September 2014	5 Mrd. €	5 Mrd. €
Bundesanleihe ISIN DE0001135481 WKN 113548	Aufstockung	23. Oktober 2013	30 Jahre fällig/4. Juli 2044 Zinslaufbeginn 27. April 2012 erster Zinstermin 4. Juli 2013	2 Mrd. €	2 Mrd. €
Bundesobligation ISIN DE0001141679 WKN 114167	Aufstockung	6. November 2013	5 Jahre/fällig 12. Oktober 2018 Zinslaufbeginn 6. September 2013 erster Zinstermin 12. Oktober 2014	4 Mrd. €	4 Mrd. €
Bundesschatzanweisung ISIN DE0001137446 WKN 113744	Neuemission	13. November 2013	2 Jahre/fällig 11. Dezember 2015 Zinslaufbeginn 15. November 2013 erster Zinstermin 11. Dezember 2014	5 Mrd. €	5 Mrd. €
Bundesanleihe ISIN DE0001102325 WKN 110232	Aufstockung	27. November 2013	10 Jahre/fällig 15. August 2023 Zinslaufbeginn 15. August 2013 erster Zinstermin 15. August 2014	ca. 4 Mrd. €	
Bundesobligation ISIN DE0001141679 WKN 114167	Aufstockung	4. Dezember 2013	5 Jahre/fällig 12. Oktober 2018 Zinslaufbeginn 6. September 2013 erster Zinstermin 12. Oktober 2014	ca. 4 Mrd. €	
Bundesschatzanweisung ISIN DE0001137446 WKN113744	Aufstockung	11. Dezember 2013	2 Jahre/fällig 11. Dezember 2015 Zinslaufbeginn 15. November 2013 erster Zinstermin 11. Dezember 2014	ca. 5 Mrd. €	
4. Quartal 2013 insgesamt				ca. 42 Mrd. €	

¹ Volumen einschließlich Marktpflegequote.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

FINANZMÄRKTE UND KREDITAUFNAHME DES BUNDES

**Emissionsvorhaben des Bundes im 4. Quartal 2013
Geldmarktinstrumente**

Emission	Art der Begebung	Tendertermin	Laufzeit	Volumen ¹ Soll (Jahresvor- schau/aktueller Emissions- kalender)	Volumen ¹ Ist
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001119923 WKN 111992	Neuemission	14. Oktober 2013	6 Monate/fällig 16. April 2014	3 Mrd. €	3 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001119931 WKN 111993	Neuemission	28. Oktober 2013	12 Monate/fällig 29. Oktober 2014	3 Mrd. €	3 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001119949 WKN 111994	Neuemission	11. November 2013	6 Monate/fällig 14. Mai 2014	3 Mrd. €	3 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001119956 WKN 111995	Neuemission	25. November 2013	12 Monate/fällig 26. November 2014	ca. 3 Mrd. €	
4. Quartal 2013 insgesamt				ca. 12 Mrd. €	

¹Volumen einschließlich Marktpflegequote.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

**Emissionsvorhaben des Bundes im 4. Quartal 2013
Sonstiges**

Emission	Art der Begebung	Tendertermin	Laufzeit	Volumen ¹ Soll (Jahresvor- schau/aktueller Emissions- kalender)	Volumen ¹ Ist
Inflationsindizierte Bundesobligation ISIN DE0001030534 WKN 103053	Aufstockung	8. Oktober 2013	7 Jahre/fällig 15. April 2018 Zinslaufbeginn 15. April 2011 erster Zinstermin 15. April 2012	2 - 3 Mrd. €/ 1,0 Mrd. €	1,0 Mrd. €
4. Quartal 2013 insgesamt				2 - 3 Mrd. €/ 1,0 Mrd. €	1 Mrd. €

¹Volumen einschließlich Marktpflegequote.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

Europäische Wirtschafts- und Finanzpolitik

Rückblick auf die Sitzungen der Eurogruppe und des ECOFIN-Rats am 14. und 15. November 2013 in Brüssel

Die Europäische Kommission stellte in der Beratung der Eurogruppe zur wirtschaftlichen Lage ihre Herbstprognose, ihren Bericht zum Frühwarnmechanismus sowie ihren Jahreswachstumsbericht vor.

Die Programmländer Irland und Spanien erklärten, ihre jeweiligen Programme fristgemäß und ohne vorsorgliche Kreditlinien abzuschließen. Irland wird damit als erstes Land den finanziellen Rettungsschirm der Europäischen Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF) verlassen. Spanien wird im Januar 2014 nach Abschluss der letzten Programmüberprüfung als erstes Land ein Programm des Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) abschließen. Beide Länder sind gute Beispiele dafür, dass sich starke Reformbereitschaft und umfassende Programmumsetzung bei der Krisenbewältigung auszahlen.

Der Bericht zur zweiten Programmüberprüfung in Zypern ergab, dass das Programm bislang positiv verläuft: Es wurden alle fiskalischen Ziele mit ausreichendem Sicherheitsabstand erreicht, und auch bei der Rekapitalisierung und Restrukturierung des Finanzsektors wurden weitere Fortschritte erzielt.

Zu Griechenland informierten die Institutionen der Troika über den Stand der laufenden Programmüberprüfung. Griechenland wurde aufgerufen, die in dem wirtschaftspolitischen Anpassungsprogramm geforderten Maßnahmen umzusetzen.

Unter dem Tagesordnungspunkt Bankenunion erörterte die Eurogruppe einen Entwurf einer Erklärung zu möglichen Backstops, den anwendbaren Bail-in-Regeln und zum weiteren Zeitplan im Hinblick auf die bis November 2014

anstehenden Asset Quality Reviews (AQR)/Stresstests, um das Vertrauen der Märkte im Vorfeld zu stärken.

Der ECOFIN-Rat am 15. November 2013 verabschiedete die Erklärung zu den Backstops innerhalb einer Bankenunion, die zuvor im informellen Teil des ECOFIN-Rats im Rahmen der 28 EU-Mitgliedstaaten diskutiert worden war.

Die Europäische Kommission stellte den Vorschlag für eine Änderung der Richtlinie über das gemeinsame Mehrwertsteuersystem in Bezug auf eine Standard-Mehrwertsteuererklärung vor, mit dem sie eine EU-weite Vereinheitlichung der Mehrwertsteuererklärungen anstrebt.

Bezüglich des Vorschlags für eine Richtlinie zur Verhinderung der Nutzung des Finanzsystems zum Zwecke der Geldwäsche und der Terrorismusfinanzierung berichtete die litauische Präsidentschaft über den Sachstand. Die Minister diskutierten im Anschluss über die politische Grundausrichtung der Richtlinie.

Der Vorschlag für eine Verordnung zur Errichtung eines einheitlichen Abwicklungsmechanismus (Single Resolution Mechanism) wurde weiter kontrovers diskutiert.

Im Rahmen der nicht die Gesetzgebung betreffenden Tätigkeiten wurde der Bericht des Sonderberaters Philippe Maystadt über den Beitrag der EU zu den internationalen Rechnungslegungsstandards vorgestellt und diskutiert. Die Mehrheit der Mitgliedstaaten unterstützte den Vorschlag, Rolle und Finanzierung der European Financial Reporting Advisory Group zu überarbeiten.

Zu EU-Statistiken verabschiedete der Rat Schlussfolgerungen, die sich auf das Herbst-Statistik-Paket beziehen. Kernelemente des Pakets umfassen: die Governance der EU-Statistik, die Qualität

▮ Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

EUROPÄISCHE WIRTSCHAFTS- UND FINANZPOLITIK

der Statistiken, den Statusbericht zu den Informationsanforderungen der Wirtschafts- und Währungsunion, die Scoreboardstatistiken zum Makroökonomischen Ungleichgewichtsverfahren, das Europäische System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen 2010 und andere Strukturstatistiken sowie Effizienz und Prioritätensetzung in Bezug auf die Modernisierung des Europäischen Statistischen Systems.

Rückblick auf die Sitzung der Eurogruppe am 22. November 2013 in Brüssel

Die Eurogruppe befasste sich am 22. November 2013 ausschließlich mit der Haushaltsplanung der Euro-Mitgliedstaaten für das Jahr 2014. Damit wird erstmals die im Two Pack enthaltene und zum 30. Mai 2013 in Kraft getretene Verordnung EU Nr. 473/2013 zur Ex-Ante-Koordinierung angewandt. Diese sieht vor, die Einhaltung der Vorgaben des Stabilitäts- und Wachstumspakts bereits im Planungsstadium der öffentlichen Haushalte zu überwachen, damit bei Bedarf frühzeitig Maßnahmen ergriffen werden können. Die Minister verabschiedeten hierzu eine Erklärung, die die Fortschritte bei der Stabilisierung des Euroraums hervorhebt und positiv würdigt, dass bei keinem Euro-Mitgliedstaat schwerwiegende Verstöße gegen den Stabilitäts- und Wachstumspakt zu verzeichnen sind.

Rückblick auf die Sitzungen der Eurogruppe und des ECOFIN-Rats am 9. und 10. Dezember 2013 in Brüssel

Die Eurogruppe stimmte der Bewertung des Internationalen Währungsfonds (IWF) zu den wirtschaftlichen Aussichten und den weiteren wirtschafts- und finanzpolitischen Herausforderungen des Euroraums im Wesentlichen zu. Der IWF bestätigte, dass sich die Anzeichen einer wirtschaftlichen Erholung im Euroraum angesichts der auf nationaler und europäischer Ebene ergriffenen Maßnahmen verdichteten. Um

Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit zu stärken, seien weitere Fortschritte in Bezug auf die Vervollständigung der Bankenunion, die Fortsetzung der Strukturreformen und die Beibehaltung des Ziels ausgeglichener Staatshaushalte notwendig.

Zu Griechenland gab die Troika einen Bericht zum Stand der Umsetzung der für Ende September vereinbarten Meilensteine und der vierten Programmüberprüfung. Zwar wurden Fortschritte seitens Griechenlands konstatiert, aber die Umsetzung der geforderten Meilensteine konnte noch nicht vollständig bestätigt werden.

Für Irland stand die zwölfte und finale Programmüberprüfung auf der Tagesordnung. Die Finanzminister gratulierten der irischen Regierung nochmals zur erfolgreichen Umsetzung der geforderten Maßnahmen und zur planmäßigen Beendigung des Programms. Sie sind zuversichtlich, dass Irland den eingeschlagenen Pfad ausgewogenen Wachstums und steigender Beschäftigung fortsetzt.

Im Rahmen der zweiten Programmüberprüfung konnte Zypern weitere Fortschritte vorweisen, die geforderten „Prior Actions“ wurden umgesetzt. Vor diesem Hintergrund billigte die Eurogruppe die Auszahlung der nächsten Tranche grundsätzlich. Nach Abschluss der nationalen Verfahren und der formellen Genehmigung durch die ESM-Leitungsgremien plant der ESM, noch vor Ende des Jahres 100 Mio. € auszuzahlen.

Im Zusammenhang mit dem Programmabschluss von Irland und Spanien hat sich die Eurogruppe auch mit der Überwachung der Programmländer nach Programmende befasst. Die Kommission stellte klar, dass eine solche Überwachung regelmäßig innerhalb des bestehenden Regelwerks gemäß der Two-Pack-Verordnung erfolge.

▮ Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

EUROPÄISCHE WIRTSCHAFTS- UND FINANZPOLITIK

Schwerpunkt des ECOFIN-Rats am 10. Dezember 2013 waren die Beratungen zu Gesetzgebungsdossiers im Finanzmarktbereich. Der ECOFIN-Rat aktualisierte seine Position zu den Richtlinien zur Festlegung eines Rahmens für die Sanierung und Abwicklung von Kreditinstituten und Wertpapierfirmen (BRRD) und zur Einlagensicherung (DGSD), auf deren Basis die Präsidentschaft beauftragt wurde, eine Einigung mit dem Europäischen Parlament im Trilog zu erzielen. Hierbei soll es im Rahmen der BRRD darum gehen, dass die klaren Bail-in-Regeln für alle Fälle von echten Bankenschieflagen durchgesetzt werden, also die Beteiligung der Eigentümer und Gläubiger und die Haftungskaskade.

Zum Vorschlag für eine Verordnung zur Errichtung eines einheitlichen Abwicklungsmechanismus (SRM) gab es eine Annäherung bei wichtigen Kernpunkten. Inhaltliche Entscheidungen soll die neue Abwicklungsagentur (Single Resolution Board), in der die Mitgliedstaaten (und EU-Institutionen) vertreten sind, treffen, wobei die Haushaltssouveränität der einzelnen Mitgliedstaaten zu gewährleisten ist. Die Europäische Kommission hat das Recht auf eine Kontrolle der Entscheidungen. Falls sie im Nachhinein Entscheidungen des Board nicht akzeptiert, entscheidet der Rat. Insbesondere der Übergang zu einem Einheitlichen Abwicklungsfonds (Single Resolution Fonds – SRF) und der Rückgriff auf den SRF sind im Einzelnen noch zu regeln. Unter den SRM sollen dabei die gleichen Banken wie auch unter den Einheitlichen Aufsichtsmechanismus fallen, mit unterschiedlichen Regelungen für direkt überwachte, grenzüberschreitend tätige sowie indirekt überwachte Banken. In einer Sondersitzung des ECOFIN-Rats und in einer vorbereitenden Sitzung der Eurogruppe am 18. Dezember 2013 soll eine allgemeine Ausrichtung über den zu ändernden Rechtstext erfolgen, damit die wichtigsten Elemente einer Bankenunion noch bis Ende des Jahres auf den Weg gebracht werden.

Beraten wurde auch der neue Vorschlag für eine Verordnung des Rats zur Schaffung einer Fazilität des finanziellen Beistands für Mitgliedstaaten, deren Währung nicht der Euro ist („Zahlungsbilanzhilfverordnung“). Mit dem bereits existierenden Instrument kann schon seit längerer Zeit Nicht-Euro-Staaten bei erheblichen Zahlungsbilanzschwierigkeiten geholfen werden. Großbritannien, die Niederlande und Deutschland konnten dem Präsidentschaftsvorschlag für einen überarbeiteten Rechtstext nicht zustimmen. Die litauische Präsidentschaft kündigte an, dass die Verhandlungen zur Neuregelung der Verordnung unter der griechischen Präsidentschaft im 1. Halbjahr 2014 fortgeführt würden.

Im Rahmen der nicht die Gesetzgebung betreffenden Tätigkeiten wurden die Erläuterungen des Präsidenten des Europäischen Rechnungshofs, Vítor Caldeira, zum Jahresbericht des Rechnungshofs über die Ausführung des Haushaltsplans für das Haushaltsjahr 2012 als erster Schritt im Entlastungsverfahren zur Kenntnis genommen. Die Präsidentschaft überwies den Bericht an den Haushaltsausschuss zur Prüfung und Vorbereitung der Entlastungsempfehlungen für den ECOFIN-Rat im Februar 2014.

Die Europäische Kommission stellte ihren Frühwarnmechanismusbericht im Hinblick auf Verfahren bei einem übermäßigen Ungleichgewicht sowie ihren Jahreswachstumsbericht 2014 vor. Bezüglich makroökonomischer Ungleichgewichte würden 16 Mitgliedstaaten einer vertieften Analyse unterzogen, darunter auch Deutschland und Luxemburg. Europäische Kommission und Europäische Zentralbank wiesen darauf hin, dass Leistungsbilanzüberschüsse nicht die gleichen Risiken implizierten wie Leistungsbilanzdefizite. In Bezug auf den Jahreswachstumsbericht verdeutlichte die Europäische Kommission notwendige politische Prioritäten: Die länderspezifischen

▮ Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

EUROPÄISCHE WIRTSCHAFTS- UND FINANZPOLITIK

Empfehlungen sollten beschleunigt umgesetzt und die Haushaltskonsolidierung fortgesetzt werden, um Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit zu stärken. Der Rat

wird sich mit den beiden Berichten wieder im Februar (Frühwarnbericht) und März 2014 (Jahreswachstumsbericht) befassen.

▮ Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

TERMINE, PUBLIKATIONEN

Termine, Publikationen

Finanz- und wirtschaftspolitische Termine

27./28. Januar 2014	Eurogruppe und ECOFIN in Brüssel
13./14. Februar 2014	Europäischer Rat in Brüssel
17./18. Februar 2014	Eurogruppe und ECOFIN in Brüssel
22./23. Februar 2014	Treffen der G20-Finanzminister und -Notenbankgouverneure in Sydney
10./11. März 2014	Eurogruppe und ECOFIN in Brüssel
20./21. März 2014	Europäischer Rat in Brüssel
1./2. April 2014	Informeller ECOFIN in Athen
11. April 2014	Treffen der G20-Finanzminister und -Notenbankgouverneure in Washington
11. bis 13. April 2014	Frühjahrstagung von IWF und Weltbank in Washington

Veröffentlichungskalender¹ der Monatsberichte inklusive der finanzwirtschaftlichen Daten

Monatsbericht Ausgabe	Berichtszeitraum	Veröffentlichungszeitpunkt
Januar 2014	Dezember 2013	31. Januar 2014
Februar 2014	Januar 2014	21. Februar 2014
März 2014	Februar 2014	25. März 2014
April 2014	März 2014	22. April 2014
Mai 2014	April 2014	22. Mai 2014
Juni 2014	Mai 2014	20. Juni 2014
Juli 2014	Juni 2014	21. Juli 2014
August 2014	Juli 2014	22. August 2014
September 2014	August 2014	22. September 2014
Oktober 2014	September 2014	20. Oktober 2014
November 2014	Oktober 2014	21. November 2014
Dezember 2014	November 2014	19. Dezember 2014

¹ Nach IWF-Special Data Dissemination Standard (SDDS), siehe <http://dsbb.imf.org>.

▮ Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

TERMINE, PUBLIKATIONEN

Publikationen des BMF

Publikationen des BMF können kostenfrei bestellt werden beim:

Bundesministerium der Finanzen
Wilhelmstraße 97
10117 Berlin
broschueren@bmf.bund.de

Zentraler Bestellservice:

Telefon: 01805 / 77 80 90¹

Telefax: 01805 / 77 80 94¹

¹Jeweils 0,14 € / Min. aus dem Festnetz der Telekom, abweichende Preise aus anderen Netzen möglich.

Internet:


<http://www.bundesfinanzministerium.de>

<http://www.bmf.bund.de>

Statistiken und Dokumentationen

Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung	96
1 Kreditmarktmittel	96
2 Gewährleistungen	97
3 Kennziffern SDDS - Central Government Operations - Haushalt Bund	98
4 Kennziffern SDDS - Central Government Debt - Schulden Bund	100
5 Bundeshaushalt 2012 bis 2017	102
6 Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 2012 bis 2017	103
7 Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Soll 2013	105
8 Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2013	109
9 Entwicklung des öffentlichen Gesamthaushalts	111
10 Steueraufkommen nach Steuergruppen	113
11 Entwicklung der Steuer- und Abgabenquoten	115
12 Entwicklung der Staatsquote	116
13 Schulden der öffentlichen Haushalte	117
14 Entwicklung der Finanzierungssalden der öffentlichen Haushalte	120
15 Internationaler Vergleich der öffentlichen Haushaltssalden	121
16 Staatsschuldenquoten im internationalen Vergleich	122
17 Steuerquoten im internationalen Vergleich	123
18 Abgabenquoten im internationalen Vergleich	124
19 Staatsquoten im internationalen Vergleich	125
20 Entwicklung der EU-Haushalte 2013 bis 2014	126
Übersichten zur Entwicklung der Länderhaushalte	127
1 Entwicklung der Länderhaushalte bis Oktober 2013 im Vergleich zum Jahressoll 2013	127
Abb. Vergleich der Finanzierungsdefizite je Einwohner 2012/2013	127
2 Die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der Länder bis Oktober 2013	128
3 Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis Oktober 2013	130
Gesamtwirtschaftliches Produktionspotenzial und Konjunkturkomponenten	134
1 Produktionslücken, Budgetsemielastizität und Konjunkturkomponenten	135
2 Produktionspotenzial und -lücken	136
3 Beiträge der Produktionsfaktoren und des technischen Fortschritts zum preisbereinigten Potenzialwachstum	137
4 Bruttoinlandsprodukt	138
5 Bevölkerung und Arbeitsmarkt	140
6 Kapitalstock und Investitionen	144
7 Solow-Residuen und Totale Faktorproduktivität	145
8 Preise und Löhne	146

Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung	148
1 Wirtschaftswachstum und Beschäftigung.....	148
2 Preisentwicklung	149
3 Außenwirtschaft	150
4 Einkommensverteilung.....	151
5 Reales Bruttoinlandsprodukt (BIP) im internationalen Vergleich	152
6 Harmonisierte Verbraucherpreise im internationalen Vergleich	153
7 Harmonisierte Arbeitslosenquote im internationalen Vergleich.....	154
8 Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Leistungsbilanz in ausgewählten Schwellenländern	155
9 Übersicht Weltfinanzmärkte	156
Abb. Entwicklung von DAX und Dow Jones.....	157
10 Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF zu BIP, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote	158
11 Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF zu Haushaltssalden, Staatsschuldenquote und Leistungsbilanzsaldo	162

 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 1: Kreditmarktmittel
in Mio. €

	Stand: 30. September 2013	Zunahme	Abnahme	Stand: 31. Oktober 2013
Gliederung nach Schuldenarten				
Inflationsindexierte Bundeswertpapiere	52 000	1 000	0	53 000
Anleihen ¹	664 000	7 000	0	671 000
Bund-Länder-Anleihe	405	0	0	405
Bundesobligationen	243 000	4 000	16 000	231 000
Bundesschatzbriefe ²	4 970	0	164	4 806
Bundesschatzanweisungen	114 000	5 000	0	119 000
Unverzinsliche Schatzanweisungen	55 982	5 996	7 000	54 978
Finanzierungsschätze ³	60	0	12	49
Tagesanleihe	1 464	0	17	1 447
Schuldscheinanleihen	12 222	0	0	12 222
sonstige unterjährige Kreditaufnahme	686	0	0	686
Kreditmarktmittel insgesamt	1 148 789			1 148 592
Gliederung nach Restlaufzeiten				
kurzfristig (bis zu 1 Jahr)	204 138			204 212
mittelfristig (mehr als 1 Jahr bis 4 Jahre)	360 829			364 644
langfristig (mehr als 4 Jahre)	583 822			579 737
Kreditmarktmittel insgesamt	1 148 789			1 148 592

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

¹ 10- und 30-jährige Anleihen des Bundes und €-Gegenwert der US-Dollar-Anleihe.

² Bundesschatzbriefe der Typen A und B.

³ 1-jährige und 2-jährige Finanzierungsschätze.

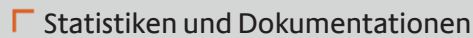
Ausführliche Gegenüberstellungen der unterschiedlichen Darstellungen der Verschuldung des Bundes mit detaillierten Überführungsrechnungen und weiteren Erläuterungen können dem "Finanzbericht – Stand und voraussichtliche Entwicklung der Finanzwirtschaft im gesamtwirtschaftlichen Zusammenhang" des Bundesministeriums der Finanzen im Abschnitt "Verschuldung des Bundes am Kapitalmarkt" entnommen werden.

Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 2: Gewährleistungen

Ermächtigungstatbestände	Ermächtigungsrahmen 2013	Belegung	
		am 30. September 2013	am 30. September 2012
in Mrd. €			
Ausfuhren	145,0	132,2	124,0
Kredite an ausländische Schuldner, Direktinvestitionen im Ausland, EIB-Kredite, Kapitalbeteiligung der KfW am EIF	60,0	42,4	41,4
FZ-Vorhaben	12,5	5,7	4,0
Ernährungsbevorratung	0,7	0,0	0,0
Binnenwirtschaft und sonstige Zwecke im Inland	160,0	107,7	108,5
Internationale Finanzierungsinstitutionen	62,0	56,2	56,1
Treuhandanstalt-Nachfolgeeinrichtungen	1,2	1,0	1,0
Zinsausgleichsgarantien	8,0	8,0	8,0
Garantien für Kredite an Griechenland gemäß dem Währungsunion-Finanzstabilitätsgesetz vom 7. Mai 2010	22,4	22,4	22,4
Garantien gemäß dem Gesetz zur Übernahme von Gewährleistungen im Rahmen eines europäischen Stabilisierungsmechanismus vom 22. Mai 2010	211,0	95,3	142,1



ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 3: Kennziffern für Special Data Dissemination Standard (SDDS)
Central Government Operations - Haushalt Bund


	Central Government Operations					
	Ausgaben	Einnahmen	Finanzierungs-saldo	Kassenmittel	Münzein-nahmen	Kapitalmarkt-saldo/ Nettokredit-aufnahme
	Expenditure	Revenue	Financing	Cash shortfall	Adjusted for revenue of coin	Current financial market balance/Net borrowing
in Mio. €/€ m						
2013 Dezember	-	-	-	-	-	-
November	286 965	245 022	-41 873	-23 619	110	-18 144
Oktober	260 699	223 768	-36 881	-35 674	132	-1 075
September	228 296	202 085	-26 162	-21 798	119	-4 245
August	206 802	176 302	-30 448	-23 274	124	-7 050
Juli	185 785	156 321	-29 418	-30 261	111	954
Juni	150 687	132 239	-18 410	-19 709	68	1 367
Mai	128 869	103 903	-24 939	-22 699	64	-2 176
April	104 661	83 276	-21 371	-34 642	-58	13 213
März	79 772	60 452	-19 306	-24 193	-107	4 780
Februar	59 487	35 678	-23 786	-24 082	-128	168
Januar	37 510	17 690	-19 803	-23 157	-132	3 222
2012 Dezember	306 775	283 956	-22 774	0	293	-22 480
November	281 560	240 077	-41 410	-8 531	129	-32 749
Oktober	258 098	220 585	-37 447	-21 107	162	-16 178
September	225 415	199 188	-26 173	-10 344	132	-15 697
August	193 833	156 426	-37 352	-19 849	123	-17 379
Juli	184 344	153 957	-30 335	-24 804	122	-5 408
Juni	148 013	129 741	-18 231	-1 608	107	-16 515
Mai	127 258	101 691	-25 526	-6 259	71	-19 195
April	108 233	81 374	-26 836	-28 134	-1	1 298
März	82 673	58 613	-24 040	-21 711	-77	-2 406
Februar	62 345	35 423	-26 907	-16 750	-98	-10 254
Januar	42 651	18 162	-24 484	-24 357	-123	-250
2011 Dezember	296 228	278 520	-17 667	0	324	-17 343
November	273 451	233 578	-39 818	-5 359	179	-34 280
Oktober	250 645	214 035	-36 555	-13 661	181	-22 712
September	227 425	192 906	-34 465	-8 069	152	-26 244
August	206 420	169 910	-36 459	536	144	-36 851
Juli	185 285	150 535	-34 709	-4 344	162	-30 202
Juni	150 304	127 980	-22 288	13 211	164	-35 335
Mai	129 439	102 355	-27 051	9 300	94	-36 257
April	109 028	80 147	-28 849	-20 282	24	-8 544
März	83 915	58 442	-25 449	-8 936	-41	-16 554
Februar	63 623	34 012	-29 593	-17 844	-93	-11 841
Januar	42 404	17 245	-25 149	-21 378	-90	-3 861

Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 3: Kennziffern für Special Data Dissemination Standard (SDDS)
Central Government Operations - Haushalt Bund

		Central Government Operations					
		Ausgaben	Einnahmen	Finanzierungs-saldo	Kassenmittel	Münzein-nahmen	Kapitalmarkt-saldo/ Nettokredit-aufnahme
		Expenditure	Revenue	Financing	Cash shortfall	Adjusted for revenue of coin	Current financial market balance/Net borrowing
		in Mio. €/€ m					
2010	Dezember	303 658	259 293	-44 323	0	311	-44 011
	November	278 005	217 455	-60 499	-8 629	136	-51 733
	Oktober	254 887	200 042	-54 793	-15 223	149	-39 421
	September	230 693	181 230	-49 412	-8 532	125	-40 755
	August	209 871	160 620	-49 202	-7 736	125	-41 341
	Juli	188 128	143 120	-44 982	-14 368	142	-30 471
	Juni	155 292	122 389	-32 877	4 465	78	-37 264
	Mai	129 243	94 005	-35 209	7 707	45	-42 870
	April	107 094	74 930	-32 137	-2 388	-38	-29 788
	März	81 856	53 961	-27 883	3 657	-93	-31 633
	Februar	60 455	31 940	-28 499	-653	-115	-27 962
	Januar	40 352	16 498	-23 844	-14 862	-137	-9 118
2009	Dezember	292 253	257 742	-34 461	0	313	-34 148
	November	270 186	223 109	-47 010	-2 761	166	-44 083
	Oktober	243 983	204 784	-39 150	-14 675	188	-24 287
	September	218 608	187 996	-30 571	-11 194	174	-19 203
	August	196 426	166 640	-29 747	-8 420	151	-21 176
	Juli	176 517	148 441	-28 039	-9 391	134	-18 514
	Juni	141 466	126 776	-14 658	11 937	112	-26 483
	Mai	120 470	102 330	-18 112	-8 023	67	-10 022
	April	101 674	79 274	-22 381	-27 150	-2	4 767
	März	78 026	60 667	-17 355	-18 273	-87	832
	Februar	57 615	36 464	-21 152	-19 760	-122	-1 513
	Januar	39 796	17 472	-22 323	-22 607	-117	167

 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

**Tabelle 4: Kennziffern für Special Data Dissemination Standard (SDDS)
Central Government Debt - Schulden Bund**

	Central Government Debt					Gewährleistungen ¹
	Kreditmarktmittel, Gliederung nach Restlaufzeiten				Kreditmarktmittel insgesamt	
	Outstanding debt					Debt guaranteed
	Kurzfristig (bis zu 1 Jahr)	Mittelfristig (mehr als 1 Jahr bis 4 Jahre)	Langfristig (mehr als 4 Jahre)	Total outstanding debt		
	Short term	Medium term	Long term			
in Mio. €/€ m					in Mrd. €/€ bn	
2013 Dezember	-	-	-	-	-	-
November	-	-	-	-	-	-
Oktober	204 212	264 644	579 937	1 148 592	-	-
September	204 138	360 829	583 822	1 148 789	470	-
August	207 355	371 083	572 836	1 151 273	-	-
Juli	207 948	366 074	562 859	1 136 882	-	-
Juni	205 135	366 991	572 752	1 144 877	474	-
Mai	207 541	377 104	562 867	1 147 512	-	-
April	204 592	372 173	551 886	1 128 651	-	-
März	216 723	368 251	558 954	1 143 928	472	-
Februar	219 648	378 264	549 986	1 147 897	-	-
Januar	219 615	357 434	554 028	1 131 078	-	-
2012 Dezember	219 752	356 500	563 082	1 139 334	470	-
November	220 844	367 559	563 217	1 151 620	-	-
Oktober	217 836	362 636	549 262	1 129 734	-	-
September	216 883	357 763	555 802	1 130 449	508	-
August	221 918	369 000	540 581	1 131 499	-	-
Juli	221 482	364 665	532 694	1 118 841	-	-
Juni	226 289	358 836	542 876	1 128 000	459	-
Mai	226 511	367 003	535 842	1 129 356	-	-
April	226 581	362 000	524 423	1 113 004	-	-
März	214 444	351 945	545 695	1 112 084	454	-
Februar	217 655	364 983	535 836	1 118 475	-	-
Januar	219 621	344 056	542 868	1 106 545	-	-
2011 Dezember	222 506	341 194	553 871	1 117 570	378	-
November	228 850	353 022	549 155	1 131 028	-	-
Oktober	232 949	346 948	536 229	1 116 125	-	-
September	239 900	341 817	545 495	1 127 211	376	-
August	237 224	357 519	534 543	1 129 286	-	-
Juli	239 195	350 434	528 649	1 118 277	-	-
Juni	238 249	351 835	538 272	1 128 355	361	-
Mai	232 210	364 702	534 474	1 131 385	-	-
April	236 083	357 793	523 533	1 117 409	-	-
März	240 084	349 779	525 593	1 115 457	348	-
Februar	234 948	362 885	514 604	1 112 437	-	-
Januar	239 055	338 972	522 579	1 100 606	-	-

 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

**noch Tabelle 4: Kennziffern für Special Data Dissemination Standard (SDDS)
Central Government Debt - Schulden Bund**

	Central Government Debt					Gewährleistungen ¹
	Kreditmarktmittel, Gliederung nach Restlaufzeiten				Kreditmarktmittel insgesamt	
	Outstanding debt					Total outstanding debt
	Kurzfristig (bis zu 1 Jahr)	Mittelfristig (mehr als 1 Jahr bis 4 Jahre)	Langfristig (mehr als 4 Jahre)		Debt guaranteed	
	Short term	Medium term	Long term			
in Mio. €/€ m					in Mrd. €/€ bn	
2010 Dezember	234 986	335 073	534 991	1 105 505	343	
November	231 952	347 673	526 944	1 106 568	-	
Oktober	232 952	341 728	515 041	1 089 721	-	
September	233 889	336 633	526 289	1 096 811	336	
August	233 001	346 511	513 508	1 093 020	-	
Juli	232 000	339 551	507 692	1 079 243	-	
Juni	227 289	332 426	517 873	1 077 587	335	
Mai	232 294	341 244	512 071	1 085 609	-	
April	238 248	334 207	499 124	1 071 579	-	
März	240 583	326 118	502 193	1 068 193	311	
Februar	242 829	335 135	491 171	1 069 135	-	
Januar	245 822	328 119	480 327	1 054 268	-	
2009 Dezember	243 437	320 444	489 805	1 053 686	341	
November	251 872	329 401	487 457	1 068 730	-	
Oktober	254 058	323 454	476 480	1 053 992	-	
September	257 522	315 355	483 546	1 056 424	328	
August	251 615	320 988	471 494	1 044 097	-	
Juli	248 055	320 433	465 971	1 034 460	-	
Juni	250 611	318 393	482 266	1 051 270	325	
Mai	239 984	330 289	469 327	1 039 601	-	
April	229 180	322 200	456 371	1 007 751	-	
März	214 171	306 352	482 537	1 003 060	319	
Februar	211 359	313 238	470 572	995 170	-	
Januar	202 507	323 261	464 608	980 375	-	

¹ Gewährleistungsdaten werden quartalsweise gemeldet.



ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 5: Bundeshaushalt 2012 bis 2017
Gesamtübersicht

Gegenstand der Nachweisung	2012	2013	2014	2015	2016	2017
	Ist	Soll ¹	Entwurf	Finanzplan		
Mrd. €						
1. Ausgaben	306,8	310,0	292,4	299,6	308,3	317,7
Veränderung gegen Vorjahr in %	+ 3,6	+ 1,1	- 4,7	+ 1,4	+ 2,9	+ 3,0
2. Einnahmen²	284,0	284,6	289,0	299,3	308,0	317,4
Veränderung gegen Vorjahr in %	+ 2,0	+ 0,2	+ 1,5	+ 3,6	+ 2,9	+ 3,1
darunter :						
Steuereinnahmen	256,1	260,6	268,7	279,4	292,9	300,5
Veränderung gegen Vorjahr in %	+ 3,2	+ 1,8	+ 3,1	+ 4,0	+ 4,9	+ 2,6
3. Finanzierungssaldo	-22,8	-25,4	-6,5	-0,3	-0,3	-0,3
in % der Ausgaben	7,4	8,2	2,2	0,1	0,1	0,1
Zusammensetzung des Finanzierungssaldos						
4. Bruttokreditaufnahme³ (-)	245,2	240,1	216,5	201,6	178,8	220,3
5. sonst. Einnahmen und haushalterische Umbuchungen	9,9	9,2	-1,3	0,0	-2,6	0,7
6. Tilgungen (+)	232,6	224,2	209,0	201,6	176,2	221,0
7. Nettokreditaufnahme	22,5	25,1	6,2	0,0	0,0	0,0
8. Münzeinnahmen	-0,3	-0,3	-0,3	-0,3	-0,3	-0,3
Nachrichtlich :						
Investive Ausgaben	36,3	34,8	29,7	25,2	24,9	24,7
Veränderung gegen Vorjahr in %	+ 43,0	- 4,8	- 14,8	- 15,2	- 1,1	- 0,6
Bundesanteil am Bundesbankgewinn	0,6	1,5	2,0	2,5	2,5	2,5

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

¹ Inklusive Nachtrag 2013.² Gem. BHO § 13 Absatz 4.2 ohne Münzeinnahmen.³ Nach Berücksichtigung der Eigenbestandsveränderung.

Stand: Juli 2013.

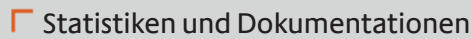


ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 6: Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 2012 bis 2017

Ausgabeart	2012	2013	2014	2015	2016	2017
	Ist	Soll ¹	Entwurf	Finanzplan		
in Mio. €						
Ausgaben der laufenden Rechnung						
Personalausgaben	28 046	28 478	28 318	28 094	27 981	27 867
Aktivitätsbezüge	20 619	20 825	20 624	20 320	20 121	19 975
Ziviler Bereich	9 289	10 501	10 561	10 601	10 606	10 638
Militärischer Bereich	11 331	10 324	10 063	9 719	9 515	9 337
Versorgung	7 427	7 653	7 694	7 774	7 861	7 892
Ziviler Bereich	2 538	2 651	2 695	2 733	2 729	2 716
Militärischer Bereich	4 889	5 003	4 999	5 041	5 131	5 176
Laufender Sachaufwand	23 703	24 642	24 348	24 280	24 381	24 379
Unterhaltung des unbeweglichen Vermögens	1 384	1 343	1 282	1 292	1 295	1 301
Militärische Beschaffungen, Anlagen usw.	10 287	10 396	10 174	10 143	10 279	10 395
Sonstiger laufender Sachaufwand	12 033	12 903	12 893	12 845	12 807	12 682
Zinsausgaben	30 487	31 596	29 034	31 312	32 458	34 127
an andere Bereiche	30 487	31 596	29 034	31 312	32 458	34 127
Sonstige	30 487	31 596	29 034	31 312	32 458	34 127
für Ausgleichsforderungen	42	42	42	42	42	42
an sonstigen inländischen Kreditmarkt	30 446	31 554	28 992	31 271	32 417	34 085
an Ausland	0	0	0	-	0	0
Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	187 734	190 271	184 995	191 453	199 435	207 321
an Verwaltungen	17 090	27 419	20 792	21 073	26 429	31 196
Länder	11 529	13 498	14 158	14 318	14 595	15 012
Gemeinden	8	9	7	7	6	5
Sondervermögen	5 552	13 912	6 626	6 747	11 828	16 178
Zweckverbände	1	1	1	1	1	0
an andere Bereiche	170 644	162 852	164 203	170 380	173 006	176 125
Unternehmen	24 225	25 872	26 256	26 264	26 236	26 219
Renten, Unterstützungen u.ä. an natürliche Personen	26 307	26 456	26 492	26 885	27 114	27 264
an Sozialversicherung	113 424	103 453	103 796	110 051	112 318	115 603
an private Institutionen ohne Erwerbscharakter	1 668	1 697	1 865	1 871	1 874	1 878
an Ausland	5 017	5 372	5 792	5 307	5 462	5 160
an Sonstige	2	2	2	2	2	2
Summe Ausgaben der laufenden Rechnung	269 971	274 987	266 695	275 140	284 256	293 694

¹Inklusive Nachtrag 2013.



ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 6: Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 2012 bis 2017

Ausgabeart	2012	2013	2014	2015	2016	2017
	Ist	Soll ¹	Entwurf	Finanzplan		
in Mio. €						
Ausgaben der Kapitalrechnung						
Sachinvestitionen	7 760	8 248	7 408	7 229	7 220	7 208
Baumaßnahmen	6 147	6 703	5 917	5 776	5 719	5 562
Erwerb von beweglichen Sachen	983	964	928	926	904	900
Grunderwerb	629	581	563	528	596	746
Vermögensübertragungen	16 005	15 304	16 631	16 759	16 590	16 408
Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen	15 524	14 692	16 019	16 150	15 982	15 799
an Verwaltungen	5 789	4 800	4 788	4 761	4 712	4 651
Länder	5 152	4 737	4 709	4 676	4 624	4 566
Gemeinden und Gemeindeverbände	56	62	78	84	87	85
Sondervermögen	581	1	1	1	1	1
an andere Bereiche	9 735	9 892	11 230	11 389	11 271	11 148
Sonstige - Inland	6 234	6 396	6 379	6 550	6 475	6 362
Ausland	3 501	3 497	4 851	4 839	4 795	4 786
Sonstige Vermögensübertragungen	480	612	612	609	608	609
an andere Bereiche	480	612	612	609	608	609
Unternehmen - Inland	4	42	30	30	30	30
Sonstige - Inland	129	146	134	132	129	129
Ausland	348	424	449	447	449	450
Darlehensgewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	13 040	11 864	6 230	1 774	1 669	1 724
Darlehensgewährung	2 736	3 002	1 744	1 773	1 668	1 629
an Verwaltungen	1	1	1	1	1	1
Länder	1	1	1	1	1	1
an andere Bereiche	2 735	3 001	1 744	1 772	1 668	1 629
Sonstige - Inland (auch Gewährleistungen)	1 070	1 380	1 330	1 384	1 269	1 204
Ausland	1 666	1 621	414	388	399	425
Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	10 304	8 862	4 486	1	1	95
Inland	0	175	143	1	1	95
Ausland	10 304	8 687	4 343	0	0	0
Summe Ausgaben der Kapitalrechnung	36 804	35 415	30 270	25 762	25 478	25 340
Darunter: Investive Ausgaben	36 324	34 804	29 658	25 153	24 871	24 731
Globale Mehr-/Minderausgaben	0	- 402	-1 565	-1 302	-1 434	-1 334
Ausgaben zusammen	306 775	310 000	295 400	299 600	308 300	317 700

¹ Inklusive Nachtrag 2013.

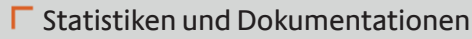


ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 7: Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabengruppen und Funktionen, Soll 2013¹

		Ausgaben zusammen	Ausgaben der laufenden Rechnung	Personal- ausgaben	Laufender Sachaufwand	Zinsausgaben	Laufende Zuweisungen und Zuschüsse
Funktion	Ausgabengruppe	in Mio. €					
0	Allgemeine Dienste	72 949	58 873	24 939	19 889	-	14 045
01	Politische Führung und zentrale Verwaltung	13 329	13 117	3 697	1 520	-	7 900
02	Auswärtige Angelegenheiten	17 950	4 885	541	183	-	4 161
03	Verteidigung	32 807	32 607	15 327	16 244	-	1 036
04	Öffentliche Sicherheit und Ordnung	4 525	4 039	2 470	1 235	-	334
05	Rechtsschutz	459	427	291	110	-	26
06	Finanzverwaltung	3 878	3 798	2 614	597	-	587
1	Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten	18 952	15 608	507	936	-	14 165
13	Hochschulen	4 794	3 880	11	10	-	3 859
14	Förderung für Schülerinnen und Schüler, Studierende, Weiterbildungsteilnehmende und dgl.	2 675	2 672	-	-	-	2 672
15	Sonstiges Bildungswesen	273	203	10	67	-	126
16	Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	10 459	8 315	485	854	-	6 976
19	Übrige Bereiche aus 1	751	539	1	5	-	533
2	Soziale Sicherung, Familie und Jugend, Arbeitsmarktpolitik	145 124	144 568	190	397	-	143 981
22	Sozialversicherung einschl. Arbeitslosenversicherung	98 861	98 861	54	-	-	98 807
23	Familienhilfe, Wohlfahrtspflege u. ä.	6 475	6 474	-	5	-	6 469
24	Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	2 432	2 005	-	29	-	1 976
25	Arbeitsmarktpolitik	31 925	31 807	1	79	-	31 727
26	Kinder- und Jugendhilfe nach dem SGB VIII	343	340	-	25	-	315
29	Übrige Bereiche aus 2	5 089	5 082	135	260	-	4 687
3	Gesundheit, Umwelt, Sport und Erholung	1 740	1 013	342	347	-	324
31	Gesundheitswesen	536	473	201	213	-	59
32	Sport und Erholung	132	115	-	4	-	110
33	Umwelt- und Naturschutz	427	258	86	71	-	101
34	Reaktorsicherheit und Strahlenschutz	646	167	54	59	-	53
4	Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	2 315	815	-	11	-	804
41	Wohnungswesen, Wohnungsbauprämie	1 714	805	-	2	-	804
42	Geoinformation, Raumordnung und Landesplanung, Städtebauförderung	595	10	-	10	-	-
43	Kommunale Gemeinschaftsdienste	6	-	-	-	-	-
5	Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	975	559	13	215	-	331
52	Landwirtschaft und Ernährung	947	535	-	206	-	329
522	Einkommensstabilisierende Maßnahmen	162	162	-	104	-	58
529	Übrige Bereiche aus 52	786	374	-	102	-	271
599	Übrige Bereiche aus 5	27	24	13	9	-	2

¹Inklusive Nachtrag 2013.



ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

**noch Tabelle 7: Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach
Ausgabegruppen und Funktionen, Soll 2013¹**

Funktion	Ausgabengruppe	Sach- investitionen	Vermögens- übertragung en	Darlehns- gewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	Summe Ausgaben der Kapital- rechnung ^a	^a Darunter: Investive Ausgaben
0	Allgemeine Dienste	1 063	2 698	10 315	14 076	14 048
01	Politische Führung und zentrale Verwaltung	211	2	-	212	212
02	Auswärtige Angelegenheiten	150	2 607	10 308	13 065	13 064
03	Verteidigung	135	59	7	201	174
04	Öffentliche Sicherheit und Ordnung	455	31	-	486	486
05	Rechtsschutz	32	-	-	32	32
06	Finanzverwaltung	80	0	-	80	80
1	Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten	135	3 208	-	3 344	3 344
13	Hochschulen	1	912	-	913	913
14	Förderung für Schülerinnen und Schüler, Studierende, Weiterbildungsteilnehmende und dgl.	-	4	-	4	4
15	Sonstiges Bildungswesen	0	70	-	70	70
16	Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	134	2 011	-	2 145	2 145
19	Übrige Bereiche aus 1	0	211	-	212	212
2	Soziale Sicherung, Familie und Jugend, Arbeitsmarktpolitik	5	550	1	556	14
22	Sozialversicherung einschl. Arbeitslosenversicherung	-	-	-	-	-
23	Familienhilfe, Wohlfahrtspflege u. ä.	-	0	-	0	0
24	Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	1	425	1	427	3
25	Arbeitsmarktpolitik	-	118	-	118	-
26	Kinder- und Jugendhilfe nach dem SGB VIII	-	3	-	3	3
29	Übrige Bereiche aus 2	4	4	-	7	7
3	Gesundheit, Umwelt, Sport und Erholung	534	193	-	727	727
31	Gesundheitswesen	55	8	-	63	63
32	Sport und Erholung	-	17	-	17	17
33	Umwelt- und Naturschutz	4	165	-	169	169
34	Reaktorsicherheit und Strahlenschutz	476	3	-	479	479
4	Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	-	1 496	4	1 500	1 500
41	Wohnungswesen, Wohnungsbauprämie	-	905	4	909	909
42	Geoinformation, Raumordnung und Landesplanung, Städtebauförderung	-	585	-	585	585
43	Kommunale Gemeinschaftsdienste	-	6	-	6	6
5	Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	3	412	1	415	415
52	Landwirtschaft und Ernährung	-	411	1	412	412
522	Einkommensstabilisierende Maßnahmen	-	-	-	-	-
529	Übrige Bereiche aus 52	-	411	1	412	412
599	Übrige Bereiche aus 5	3	1	-	3	3

¹Inklusive Nachtrag 2013.


 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 7: Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Soll 2013¹

Funktion	Ausgabengruppe	Ausgaben	Ausgaben	Personal-	Laufender	Zinsausgaben	Laufende
		zusammen	der laufenden Rechnung	ausgaben	Sachaufwand		Zuweisungen und Zuschüsse
		in Mio. €					
6	Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	4 589	2 465	66	461	-	1 938
62	Wasserwirtschaft, Hochwasser- und Küstenschutz	25	-	-	-	-	-
63	Bergbau, verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	1 576	1 543	-	0	-	1 543
64	Energie- und Wasserversorgung, Entsorgung	354	306	-	34	-	272
65	Handel und Tourismus	409	407	-	350	-	57
66	Geld- und Versicherungswesen	57	15	-	15	-	-
68	Sonstiges im Bereich Gewerbe und Dienstleistungen	1 488	108	-	42	-	65
69	Regionale Fördermaßnahmen	601	9	-	8	-	1
699	Übrige Bereiche aus 6	79	77	66	11	-	-
7	Verkehrs- und Nachrichtenwesen	16 707	4 072	1 003	1 983	-	1 086
72	Straßen	7 196	1 094	-	947	-	147
73	Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt	1 778	897	542	286	-	69
74	Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr	4 498	77	-	5	-	72
75	Luftfahrt	363	194	54	23	-	116
799	Übrige Bereiche aus 7	2 871	1 810	407	722	-	681
8	Finanzwirtschaft	46 649	47 013	1 418	402	31 596	13 598
81	Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	13 598	13 598	-	-	-	13 598
82	Steuern und Finanzzuweisungen	38	-	-	-	-	-
83	Schulden	31 602	31 602	-	7	31 596	-
84	Beihilfen, Unterstützungen u. ä.	568	568	568	-	-	-
88	Globalposten	448	850	850	-	-	-
899	Übrige Bereiche aus 8	395	395	-	395	-	0
Summe aller Hauptfunktionen		310 000	274 987	28 478	24 642	31 596	190 271

¹Inklusive Nachtrag 2013.

 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 7: Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Soll 2013¹

Funktion	Ausgabengruppe	Sachinvestitionen	Vermögensübertragungen	Darlehensgewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	Summe Ausgaben der Kapitalrechnung ^a	^a Darunter: Investive Ausgaben
in Mio. €						
6	Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	1	773	1 350	2 124	2 082
62	Wasserwirtschaft, Hochwasser- und Küstenschutz	-	25	-	25	25
63	Bergbau, verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	-	33	-	33	33
64	Energie- und Wasserversorgung, Entsorgung	-	48	-	48	48
65	Handel und Tourismus	-	2	-	2	2
66	Geld- und Versicherungswesen	-	42	-	42	-
68	Sonstiges im Bereich Gewerbe und Dienstleistungen	-	30	1 350	1 380	1 380
69	Regionale Fördermaßnahmen	-	592	-	592	592
699	Übrige Bereiche aus 6	1	-	-	1	1
7	Verkehrs- und Nachrichtenwesen	6 506	5 935	194	12 635	12 635
72	Straßen	4 693	1 409	-	6 102	6 102
73	Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt	881	-	-	881	881
74	Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr	-	4 396	25	4 421	4 421
75	Luftfahrt	1	-	169	170	170
799	Übrige Bereiche aus 7	931	130	-	1 062	1 062
8	Finanzwirtschaft	0	38	-	38	38
81	Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	0	-	-	0	0
82	Steuern und Finanzaufwendungen	-	38	-	38	38
83	Schulden	-	-	-	-	-
84	Beihilfen, Unterstützungen u. ä.	-	-	-	-	-
88	Globalposten	-	-	-	-	-
899	Übrige Bereiche aus 8	-	-	-	-	-
Summe aller Hauptfunktionen		8 248	15 304	11 864	35 415	34 804

¹Inklusive Nachtrag 2013.



ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 8: Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2013
 (Finanzierungsrechnung, wichtige Ausgabe- und Einnahmegruppen)

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1969	1975	1980	1985	1990	1995	2000	2005
		Ist-Ergebnisse							
I. Gesamtübersicht									
Ausgaben	Mrd.€	42,1	80,2	110,3	131,5	194,4	237,6	244,4	259,8
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	+ 8,6	+ 12,7	+ 37,5	+ 2,1	+ 0,0	- 1,4	- 1,0	+ 3,3
Einnahmen	Mrd.€	42,6	63,3	96,2	119,8	169,8	211,7	220,5	228,4
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	+ 17,9	+ 0,2	+ 6,0	+ 5,0	+ 0,0	- 1,5	- 0,1	+ 7,8
Finanzierungssaldo	Mrd.€	0,6	- 16,9	- 14,1	- 11,6	- 24,6	- 25,8	- 23,9	- 31,4
darunter:									
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	- 0,4	- 15,3	- 27,1	- 11,4	- 23,9	- 25,6	- 23,8	- 31,2
Münzeinnahmen	Mrd.€	- 0,1	- 0,4	- 27,1	- 0,2	- 0,7	- 0,2	- 0,1	- 0,2
Rücklagenbewegung	Mrd.€	0,0	- 1,2	-	-	-	-	-	-
Deckung kassenmäßiger Fehlbeträge	Mrd.€	0,7	0,0	-	-	-	-	-	-
II. Finanzwirtschaftliche Vergleichsdaten									
Personalausgaben	Mrd.€	6,6	13,0	16,4	18,7	22,1	27,1	26,5	26,4
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	+ 12,4	+ 5,9	+ 6,5	+ 3,4	+ 4,5	+ 0,5	- 1,7	- 1,4
Anteil an den Bundesausgaben	%	15,6	16,2	14,9	14,3	11,4	11,4	10,8	10,1
Anteil a. d. Personalausgaben des öffentl. Gesamthaushalts ³	%	24,3	21,5	19,8	19,1	0,0	14,4	15,7	15,3
Zinsausgaben	Mrd.€	1,1	2,7	7,1	14,9	17,5	25,4	39,1	37,4
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	+ 14,3	+ 23,1	+ 24,1	+ 5,1	+ 6,7	- 6,2	- 4,7	+ 3,0
Anteil an den Bundesausgaben	%	2,7	5,3	6,5	11,3	9,0	10,7	16,0	14,4
Anteil an den Zinsausgaben des öffentl. Gesamthaushalts ³	%	35,1	35,9	47,6	52,3	0,0	38,7	57,9	58,3
Investive Ausgaben	Mrd.€	7,2	13,1	16,1	17,1	20,1	34,0	28,1	23,8
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	+ 10,2	+ 11,0	- 4,4	- 0,5	+ 8,4	+ 8,8	- 1,7	+ 6,2
Anteil an den Bundesausgaben	%	17,0	16,3	14,6	13,0	10,3	14,3	11,5	9,1
Anteil a. d. investiven Ausgaben des öffentl. Gesamthaushalts ³	%	34,4	35,4	32,0	36,1	0,0	37,0	35,0	34,2
Steuereinnahmen¹	Mrd.€	40,2	61,0	90,1	105,5	132,3	187,2	198,8	190,1
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	+ 18,7	+ 0,5	+ 6,0	+ 4,6	+ 4,7	- 3,4	+ 3,3	+ 1,7
Anteil an den Bundesausgaben	%	95,5	76,0	81,7	80,2	68,1	78,8	81,3	73,2
Anteil an den Bundeseinnahmen	%	94,3	96,3	93,7	88,0	77,9	88,4	90,1	83,2
Anteil am gesamten Steueraufkommen ³	%	54,0	49,2	48,3	47,2	0,0	44,9	42,5	42,1
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	- 0,4	- 15,3	- 13,9	- 11,4	- 23,9	- 25,6	- 23,8	- 31,2
Anteil an den Bundesausgaben	%	0,0	19,1	12,6	8,7	.	10,8	9,7	12,0
Anteil a. d. investiven Ausgaben des Bundes	%	0,1	117,2	86,2	67,0	.	75,3	84,4	131,3
Anteil am Finanzierungssaldo des öffentl. Gesamthaushalts ³	%	21,2	48,3	47,5	57,0	49,5	45,8	69,9	59,5
nachrichtlich: Schuldenstand²									
öffentliche Haushalte ²	Mrd.€	59,2	129,4	238,9	388,4	538,3	1 018,8	1 210,9	1 489,9
darunter: Bund	Mrd.€	23,1	54,8	120,0	204,0	306,3	658,3	774,8	903,3

 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 8: Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2013
(Finanzierungsrechnung, wichtige Ausgabe- und Einnahmegruppen)

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013 ¹
		Ist-Ergebnisse							
I. Gesamtübersicht									
Ausgaben	Mrd.€	261,0	270,4	282,3	292,3	303,7	296,2	306,8	310,0
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	0,5	3,6	4,4	3,5	3,9	-2,4	3,6	1,1
Einnahmen	Mrd.€	232,8	255,7	270,5	257,7	259,3	278,5	284,0	284,6
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	1,9	9,8	5,8	-4,7	0,6	7,4	2,0	0,2
Finanzierungssaldo	Mrd.€	-28,2	-14,7	-11,8	-34,5	-44,3	-17,7	-22,8	-25,4
darunter:									
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	-27,9	-14,3	-11,5	-34,1	-44,0	-17,3	-22,5	-25,1
Münzeinnahmen	Mrd.€	-0,3	-0,4	-0,3	-0,3	-0,3	-0,3	-0,3	-0,3
Rücklagenbewegung	Mrd.€	-	-	-	-	-	-	-	-
Deckung kassenmäßiger Fehlbeträge	Mrd.€	-	-	-	-	-	-	-	-
II. Finanzwirtschaftliche Vergleichsdaten									
Personalausgaben	Mrd.€	26,1	26,0	27,0	27,9	28,2	27,9	28,0	28,5
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	-1,0	-0,3	3,7	3,4	0,9	-1,2	0,7	1,5
Anteil an den Bundesausgaben	%	10,0	9,6	9,6	9,6	9,3	9,4	9,1	9,4
Anteil a. d. Personalausgaben des öffentl. Gesamthaushalts ⁴	%	14,9	14,8	15,0	14,4	14,2	13,1	12,9	12,8
Zinsausgaben	Mrd.€	37,5	38,7	40,2	38,1	33,1	32,8	30,5	31,6
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	0,3	3,3	3,7	-5,2	-13,1	-0,9	-7,1	3,6
Anteil an den Bundesausgaben	%	14,4	14,3	14,2	13,0	10,9	11,1	9,9	10,5
Anteil an den Zinsausgaben des öffentl. Gesamthaushalts ⁴	%	57,9	58,6	59,7	61,0	55,5	43,1	40,9	41,2
Investive Ausgaben	Mrd.€	22,7	26,2	24,3	27,1	26,1	25,4	36,3	34,8
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	-4,4	15,4	-7,2	11,5	-3,8	-2,7	43,1	-4,2
Anteil an den Bundesausgaben	%	8,7	9,7	8,6	9,3	8,6	8,6	11,8	11,5
Anteil a. d. investiven Ausgaben des öffentl. Gesamthaushalts ³	%	33,7	39,9	37,1	25,3	29,5	27,0	39,5	38,1
Steuereinnahmen²	Mrd.€	203,9	230,0	239,2	227,8	226,2	248,1	256,1	260,6
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	7,2	12,8	4,0	-4,8	-0,7	9,7	3,2	1,8
Anteil an den Bundesausgaben	%	78,1	85,1	84,7	78,0	74,5	83,7	83,5	86,3
Anteil an den Bundeseinnahmen	%	87,6	90,0	88,4	88,4	87,2	89,1	90,2	91,6
Anteil am gesamten Steueraufkommen ³	%	41,7	42,8	42,6	43,5	42,6	43,3	42,5	42,1
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	-27,9	-14,3	-11,5	-34,1	-44,0	-17,3	-22,5	-25,1
Anteil an den Bundesausgaben	%	10,7	5,3	4,1	11,7	14,5	5,9	7,3	8,1
Anteil a. d. investiven Ausgaben des Bundes	%	122,8	54,7	47,4	126,0	168,8	68,3	61,9	72,1
Anteil am Finanzierungssaldo des öffentl. Gesamthaushalts ⁴	%	-68,8	-2 254,1	-111,2	-37,1	-54,5	-67,9	-84,9	-126,9
nachrichtlich: Schuldenstand⁴									
öffentliche Haushalte ³	Mrd.€	1 545,4	1 552,4	1 577,9	1 694,4	2 011,5	2 030,0	.	.
darunter: Bund	Mrd.€	950,3	957,3	985,7	1 053,8	1 287,5	1 282,0	.	.

¹ Inklusive Nachtrag 2013.² Nach Abzug der Ergänzungszuweisungen an Länder.³ Ab 1991 Gesamtdeutschland.⁴ Stand Dezember 2012; 2012, 2013 = Schätzung. Öffentlicher Gesamthaushalt einschließlich Kassenkredite. Bund einschließlich Sonderrechnungen und Kassenkredite.

 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 9: Entwicklung des Öffentlichen Gesamthaushalts

	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012
	in Mrd. €						
Öffentlicher Gesamthaushalt¹							
Ausgaben	638,0	649,2	679,2	716,5	717,4	772,3	777,0
Einnahmen	597,6	648,5	668,9	626,5	638,8	746,4	749,9
Finanzierungssaldo	-40,5	-0,6	-10,4	-90,0	-78,7	-25,9	-27,0
davon:							
Bund ²							
Kernhaushalt							
Ausgaben	261,0	270,5	282,3	292,3	303,7	296,2	306,8
Einnahmen	232,8	255,7	270,5	257,7	259,3	278,5	284,0
Finanzierungssaldo	-28,2	-14,7	-11,8	-34,5	-44,3	-17,7	-22,8
Extrahaushalte							
Ausgaben	-	-	-	-	-	75,4	64,5
Einnahmen	-	-	-	-	-	80,6	65,1
Finanzierungssaldo	-	-	-	-	-	5,3	0,5
Bund insgesamt ¹							
Ausgaben	-	-	-	-	-	357,0	354,0
Einnahmen	-	-	-	-	-	344,5	331,7
Finanzierungssaldo	-	-	-	-	-	-12,4	-22,2
Länder ³							
Kernhaushalt							
Ausgaben	260,0	265,5	277,2	287,1	287,3	295,3	299,3
Einnahmen	250,1	273,1	276,2	260,1	266,8	286,5	293,5
Finanzierungssaldo	-10,1	7,6	-1,1	-27,0	-20,6	-8,9	-5,7
Extrahaushalte							
Ausgaben	-	-	-	-	-	48,4	44,2
Einnahmen	-	-	-	-	-	48,0	44,8
Finanzierungssaldo	-	-	-	-	-	-0,4	0,6
Länder insgesamt ¹							
Ausgaben	-	-	-	-	-	319,6	323,6
Einnahmen	-	-	-	-	-	308,9	317,9
Finanzierungssaldo	-	-	-	-	-	-10,6	-5,6
Gemeinden ⁴							
Kernhaushalt							
Ausgaben	157,4	161,5	168,0	178,3	182,3	184,9	187,0
Einnahmen	160,1	169,7	176,4	170,8	175,4	183,9	188,8
Finanzierungssaldo	2,8	8,2	8,4	-7,5	-6,9	-1,0	1,8
Extrahaushalte							
Ausgaben	-	-	-	-	-	12,3	12,2
Einnahmen	-	-	-	-	-	11,1	11,3
Finanzierungssaldo	-	-	-	-	-	-1,2	-0,9
Gemeinden insgesamt ¹							
Ausgaben	-	-	-	-	-	194,2	196,6
Einnahmen	-	-	-	-	-	191,3	197,5
Finanzierungssaldo	-	-	-	-	-	-2,9	0,9

Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 9: Entwicklung des Öffentlichen Gesamthaushalts

	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012
	Veränderungen gegenüber Vorjahr in %						
Öffentlicher Gesamthaushalt							
Ausgaben	1,8	1,7	4,6	5,5	0,1	7,7	0,6
Einnahmen	4,1	8,5	3,2	-6,3	2,0	16,8	0,5
darunter:							
Bund							
Kernhaushalt							
Ausgaben	0,5	3,6	4,4	3,5	3,9	-2,4	3,6
Einnahmen	1,9	9,8	5,8	-4,7	0,6	7,4	2,0
Extrahaushalte							
Ausgaben	-	-	-	-	-	-	-14,4
Einnahmen	-	-	-	-	-	-	-19,3
Bund insgesamt							
Ausgaben	-	-	-	-	-	-	-0,8
Einnahmen	-	-	-	-	-	-	-3,7
Länder							
Kernhaushalt							
Ausgaben	0,0	2,1	4,4	3,6	0,1	2,8	1,4
Einnahmen	5,4	9,2	1,1	-5,8	2,6	7,4	2,5
Extrahaushalte							
Ausgaben	-	-	-	-	-	-	-8,7
Einnahmen	-	-	-	-	-	-	-6,7
Länder insgesamt							
Ausgaben	-	-	-	-	-	-	1,3
Einnahmen	-	-	-	-	-	-	2,9
Gemeinden							
Kernhaushalt							
Ausgaben	2,8	2,6	4,0	6,1	2,2	1,4	1,1
Einnahmen	6,0	6,0	3,9	-3,2	2,7	4,9	2,6
Extrahaushalte							
Ausgaben	-	-	-	-	-	-	-0,9
Einnahmen	-	-	-	-	-	-	1,8
Gemeinden insgesamt							
Ausgaben	-	-	-	-	-	-	1,2
Einnahmen	-	-	-	-	-	-	3,2

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

Seit dem Jahr 2011 werden die Extrahaushalte nach dem Schalenkonzept finanzstatistisch dargestellt.

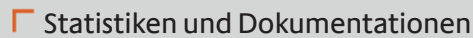
¹ Gesamtsummen der Gebietskörperschaften sind um Zahlungen zwischen den Ebenen (Verrechnungsverkehr) bereinigt und errechnen sich daher nicht als Summe der einzelnen Ebenen.

² Kernhaushalt, Rechnungsergebnisse.

³ Kernhaushalte: bis 2011 Rechnungsergebnisse; 2012 Kassenergebnisse. Extrahaushalte: 2011 und 2012 Kassenergebnisse.

⁴ Kernhaushalte: bis 2011 Rechnungsergebnisse; 2012 Kassenergebnisse. Extrahaushalte: 2011 und 2012 Kassenergebnisse.

Stand: Dezember 2013.



ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 10: Steueraufkommen nach Steuergruppen¹

Jahr	Steueraufkommen				
	insgesamt	davon			
		Direkte Steuern	Indirekte Steuern	Direkte Steuern	Indirekte Steuern
	in Mrd. €		in %		
Gebiet der Bundesrepublik Deutschland nach dem Stand bis zum 3. Oktober 1990					
1950	10,5	5,3	5,2	50,6	49,4
1955	21,6	11,1	10,5	51,3	48,7
1960	35,0	18,8	16,2	53,8	46,2
1965	53,9	29,3	24,6	54,3	45,7
1970	78,8	42,2	36,6	53,6	46,4
1975	123,8	72,8	51,0	58,8	41,2
1980	186,6	109,1	77,5	58,5	41,5
1981	189,3	108,5	80,9	57,3	42,7
1982	193,6	111,9	81,7	57,8	42,2
1983	202,8	115,0	87,8	56,7	43,3
1984	212,0	120,7	91,3	56,9	43,1
1985	223,5	132,0	91,5	59,0	41,0
1986	231,3	137,3	94,1	59,3	40,7
1987	239,6	141,7	98,0	59,1	40,9
1988	249,6	148,3	101,2	59,4	40,6
1989	273,8	162,9	111,0	59,5	40,5
1990	281,0	159,5	121,6	56,7	43,3
Bundesrepublik Deutschland					
1991	338,4	189,1	149,3	55,9	44,1
1992	374,1	209,5	164,6	56,0	44,0
1993	383,0	207,4	175,6	54,2	45,8
1994	402,0	210,4	191,6	52,3	47,7
1995	416,3	224,0	192,3	53,8	46,2
1996	409,0	213,5	195,6	52,2	47,8
1997	407,6	209,4	198,1	51,4	48,6
1998	425,9	221,6	204,3	52,0	48,0
1999	453,1	235,0	218,1	51,9	48,1

Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 10: Steueraufkommen nach Steuergruppen¹

Jahr	Steueraufkommen				
	insgesamt	davon			
		Direkte Steuern	Indirekte Steuern	Direkte Steuern	Indirekte Steuern
in Mrd. €		in %			
Bundesrepublik Deutschland					
2000	467,3	243,5	223,7	52,1	47,9
2001	446,2	218,9	227,4	49,0	51,0
2002	441,7	211,5	230,2	47,9	52,1
2003	442,2	210,2	232,0	47,5	52,5
2004	442,8	211,9	231,0	47,8	52,2
2005	452,1	218,8	233,2	48,4	51,6
2006	488,4	246,4	242,0	50,5	49,5
2007	538,2	272,1	266,2	50,6	49,4
2008	561,2	290,2	270,9	51,7	48,3
2009	524,0	253,5	270,5	48,4	51,6
2010	530,6	256,0	274,6	48,2	51,8
2011	573,4	282,7	290,7	49,3	50,7
2012	600,0	303,8	296,2	50,6	49,4
2013 ²	620,5	320,2	300,3	51,6	48,4
2014 ²	640,3	332,7	307,6	52,0	48,0
2015 ²	663,8	349,5	314,3	52,7	47,3
2016 ²	686,3	365,9	320,4	53,3	46,7
2017 ²	706,8	381,1	325,7	53,9	46,1
2018 ²	731,5	399,4	332,1	54,6	45,4

¹ Die Übersicht enthält auch Steuerarten, die zwischenzeitlich ausgelaufen oder abgeschafft worden sind: Notopfer Berlin für natürliche Personen (30.09.1956) und für Körperschaften (31.12.1957); Baulandsteuer (31.12.1962); Wertpapiersteuer (31.12.1964); Süßstoffsteuer (31.12.1965); Beförderungsteuer (31.12.1967); Speiseeissteuer (31.12.1971); Kreditgewinnabgabe (31.12.1973); Ergänzungsabgabe zur Einkommensteuer (31.12.1974) und zur Körperschaftsteuer (31.12.1976); Vermögensabgabe (31.03.1979); Hypothekengewinnabgabe und Lohnsummensteuer (31.12.1979); Essigsäure-, Spielkarten- und Zündwarensteuer (31.12.1980); Zündwarenmonopol (15.01.1983); Kuponsteuer (31.07.1984); Börsenumsatzsteuer (31.12.1990); Gesellschaft- und Wechselsteuer (31.12.1991); Solidaritätszuschlag (30.06.1992); Leuchtmittel-, Salz-, Zucker- und Teesteuer (31.12.1992); Vermögensteuer (31.12.1996); Gewerbe(kapital)steuer (31.12.1997).

² Steuerschätzung vom 5. bis 7. November 2013.

Stand: November 2013.

Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

**Tabelle 11: Entwicklung der Steuer- und Abgabenquoten¹
(Steuer- und Sozialbeitragsquoten des Staates)**

Jahr	Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ²			Abgrenzung der Finanzstatistik ³		
	Abgabenquote	Steuerquote	Sozialbeitragsquote	Abgabenquote	Steuerquote	Sozialbeitragsquote
in Relation zum BIP in %						
1960	33,4	23,0	10,3	.	.	.
1965	34,1	23,5	10,6	33,1	23,1	10,0
1970	34,8	23,0	11,8	32,6	21,8	10,7
1975	38,1	22,8	14,4	36,9	22,5	14,4
1980	39,6	23,8	14,9	38,6	23,7	14,9
1985	39,1	22,8	15,4	38,1	22,7	15,4
1990	37,3	21,6	14,9	37,0	22,2	14,9
1991	38,9	22,0	16,8	38,0	22,0	16,0
1992	39,6	22,3	17,2	39,2	22,7	16,4
1993	40,1	22,4	17,7	39,6	22,6	16,9
1994	40,5	22,3	18,2	39,7	22,5	17,2
1995	40,5	21,9	18,5	40,2	22,5	17,6
1996	41,0	21,8	19,2	40,0	21,8	18,1
1997	41,0	21,5	19,5	39,5	21,3	18,2
1998	41,3	22,1	19,2	39,6	21,7	17,9
1999	42,3	23,3	19,0	40,4	22,6	17,7
2000	42,1	23,5	18,6	40,3	22,8	17,5
2001	40,2	21,9	18,4	38,5	21,3	17,2
2002	39,9	21,5	18,4	38,0	20,7	17,3
2003	40,1	21,6	18,5	38,0	20,6	17,4
2004	39,2	21,1	18,1	37,2	20,2	17,0
2005	39,2	21,4	17,9	37,1	20,3	16,8
2006	39,5	22,2	17,3	38,1	21,1	17,0
2007	39,5	23,0	16,5	37,6	22,2	15,4
2008	39,7	23,1	16,5	38,1	22,7	15,4
2009	40,4	23,1	17,3	38,3	22,1	16,3
2010	38,9	22,0	16,9	37,1	21,3	15,8
2011	39,5	22,7	16,7	37,7	22,0	15,8
2012	40,0	23,2	16,8	38,4	22,5	15,9

¹ Bis 1990 früheres Bundesgebiet, ab 1991 Deutschland.

² Ab 1970 in der Abgrenzung des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 1995).
2009 bis 2012: Vorläufiges Ergebnis; Stand: August 2013.

³ Bis 2010: Rechnungsergebnisse. 2011: Kassenergebnisse. 2012: Schätzung.

Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 12: Entwicklung der Staatsquote^{1,2}

Jahr	Ausgaben des Staates		
	insgesamt	darunter	
		Gebietskörperschaften ³	Sozialversicherung ³
	in Relation zum BIP in %		
1960	32,9	21,7	11,2
1965	37,1	25,4	11,6
1970	38,5	26,1	12,4
1975	48,8	31,2	17,7
1980	46,9	29,6	17,3
1985	45,2	27,8	17,4
1990	43,6	27,3	16,4
1991	46,2	28,2	18,0
1992	47,1	27,9	19,2
1993	48,1	28,2	19,9
1994	48,0	28,0	20,0
1995 ⁴	48,2	27,7	20,6
1995	54,9	34,3	20,6
1996	49,1	27,6	21,4
1997	48,2	27,0	21,2
1998	48,0	26,9	21,1
1999	48,2	27,0	21,3
2000 ⁵	47,6	26,4	21,2
2000	45,1	23,9	21,2
2001	47,6	26,3	21,4
2002	47,9	26,2	21,7
2003	48,5	26,4	22,0
2004	47,1	25,8	21,3
2005	46,9	26,0	20,9
2006	45,3	25,4	19,9
2007	43,5	24,5	19,0
2008	44,1	25,0	19,1
2009	48,3	27,2	21,1
2010	47,9	27,5	20,3
2011	45,2	25,7	19,5
2012	44,7	25,3	19,4

¹ Bis 1990 früheres Bundesgebiet, ab 1991 Deutschland.

² Ausgaben des Staates in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR). Ab 1970 in der Abgrenzung des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 1995).
2009 bis 2012: Vorläufiges Ergebnis; Stand: August 2013.

³ Unmittelbare Ausgaben (ohne Ausgaben an andere staatliche Ebenen).

⁴ Ohne Schuldenübernahmen (Treuhandanstalt; Wohnungswirtschaft der DDR).

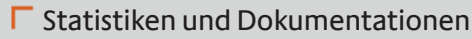
⁵ Ohne Erlöse aus der Versteigerung von Mobilfunkfrequenzen. In der Systematik der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen wirken diese Erlöse ausgaben senkend.



ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 13a: Schulden der öffentlichen Haushalte

	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
	Schulden (Mio. €)						
Öffentlicher Gesamthaushalt¹	1 357 723	1 429 749	1 489 852	1 545 364	1 552 371	1 577 881	1 694 368
Bund	826 526	869 332	903 281	950 338	957 270	985 749	1 053 814
Kernhaushalte	767 697	812 082	887 915	919 304	940 187	959 918	991 283
Kreditmarktmittel iwS	760 453	802 994	872 653	902 054	922 045	933 169	973 734
Kassenkredite	7 244	9 088	15 262	17 250	18 142	26 749	17 549
Extrahaushalte	58 829	57 250	15 366	30 056	15 599	25 831	59 533
Kreditmarktmittel iwS	58 829	57 250	15 366	30 056	15 600	23 700	56 535
Kassenkredite	-	-	-	978	1 483	2 131	2 998
Länder	423 666	448 622	471 339	482 783	484 475	483 268	526 745
Kernhaushalte	423 666	448 622	471 339	481 787	483 351	481 918	505 346
Kreditmarktmittel iwS	414 952	442 922	468 214	479 454	480 941	478 738	503 009
Kassenkredite	8 714	5 700	3 125	2 333	2 410	3 180	2 337
Extrahaushalte	-	-	-	996	1 124	1 350	21 399
Kreditmarktmittel iwS	-	-	-	986	1 124	1 325	20 827
Kassenkredite	-	-	-	10	-	25	571
Gemeinden	107 531	111 796	115 232	112 243	110 627	108 863	113 810
Kernhaushalte	100 033	104 193	107 686	109 541	108 015	106 181	111 039
Kreditmarktmittel iwS	84 069	84 257	83 804	81 877	79 239	76 381	76 386
Kassenkredite	15 964	19 936	23 882	27 664	28 776	29 801	34 653
Extrahaushalte	7 498	7 603	7 546	2 702	2 612	2 682	2 771
Kreditmarktmittel iwS	7 429	7 531	7 467	2 649	2 560	2 626	2 724
Kassenkredite	69	72	79	53	52	56	48
nachrichtlich:							
Länder + Gemeinden	531 197	560 417	586 571	595 026	595 102	592 131	640 555
Maastricht-Schuldenstand	1 383 804	1 454 113	1 524 867	1 573 937	1 583 745	1 652 797	1 769 893
nachrichtlich:							
Extrahaushalte des Bundes	58 829	57 250	15 366	31 034	17 082	25 831	62 530
ERP-Sondervermögen	19 261	18 200	15 066	14 357	-	-	-
Fonds "Deutsche Einheit"	39 099	38 650	-	-	-	-	-
Entschädigungsfonds	469	400	300	199	100	0	-
Postbeamtenversorgungskasse	-	-	-	16 478	16 983	17 631	18 498
SoFFin	-	-	-	-	-	8 200	36 540
Investitions- und Tilgungsfonds	-	-	-	-	-	-	7 493



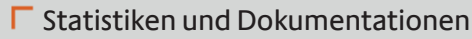
ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 13a : Schulden der öffentlichen Haushalte

	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
	Schulden (Mio. €)						
Gesetzliche Sozialversicherung	-	-	-	-	-	-	567
Kernhaushalte	-	-	-	-	-	-	531
Kreditmarktmittel iwS	-	-	-	-	-	-	531
Kassenkredite	-	-	-	-	-	-	.
Extrahaushalte	-	-	-	-	-	-	36
Kreditmarktmittel iwS	-	-	-	-	-	-	36
Kassenkredite	-	-	-	-	-	-	-
	Anteil an den Schulden (in %)						
Bund	60,9	60,8	60,6	61,5	61,7	62,5	62,2
Kernhaushalte	56,5	56,8	59,6	59,5	60,6	60,8	58,5
Extrahaushalte	4,3	4,0	1,0	1,9	1,0	1,6	3,5
Länder	31,2	31,4	31,6	31,2	31,2	30,6	31,1
Gemeinden	7,9	7,8	7,7	7,3	7,1	6,9	6,7
Gesetzliche Sozialversicherung	-	-	-	-	-	-	0,0
nachrichtlich:							0,0
Länder + Gemeinden	39,1	39,2	39,4	38,5	38,3	37,5	37,8
	Anteil der Schulden am BIP (in %)						
Öffentlicher Gesamthaushalt	63,2	65,1	67,0	66,8	63,9	63,8	71,4
Bund	38,5	39,6	40,6	41,1	39,4	39,8	44,4
Kernhaushalte	35,7	37,0	39,9	39,7	38,7	38,8	41,8
Extrahaushalte	2,7	2,6	0,7	1,3	0,6	1,0	2,5
Länder	19,7	20,4	21,2	20,9	19,9	19,5	22,2
Gemeinden	5,0	5,1	5,2	4,9	4,6	4,4	4,8
Gesetzliche Sozialversicherung	-	-	-	-	-	-	0,0
nachrichtlich:							
Länder + Gemeinden	24,7	25,5	26,4	25,7	24,5	23,9	27,0
Maastricht-Schuldenstand	64,4	66,2	68,6	68,0	65,2	66,8	74,5
	Schulden insgesamt (€)						
je Einwohner	16 454	17 331	18 066	18 761	18 871	19 213	20 698
nachrichtlich:							
Bruttoinlandsprodukt (in Mrd. €)	2 147,5	2 195,7	2 224,4	2 313,9	2 428,5	2 473,8	2 374,2
Einwohner (30.06.)	82 517 958	82 498 469	82 468 020	82 371 955	82 260 693	82 126 628	81 861 862

¹ Kreditmarktschulden im weiteren Sinne zuzüglich Kassenkredite.

Quellen: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen.



ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 13b: Schulden der öffentlichen Haushalte
 Neue Systematik¹

	2010	2011	2012
	in Mio. €		
Öffentlicher Gesamthaushalt²	2 011 677	2 025 438	2 068 289
in Relation zum BIP in %	80,6	77,6	77,6
Bund (Kern- und Extrahaushalte)	1 287 460	1 279 583	1 287 517
Wertpapierschulden und Kredite	1 271 204	1 272 270	1 273 179
Kassenkredite	16 256	7 313	14 338
Kernhaushalte	1 035 647	1 043 401	1 072 882
Extrahaushalte Wertpapierschulden und Kredite	251 813	236 181	214 635
Bundes-Pensions-Service für Post und Telekommunikation	17 302	11 000	11 395
SoFFin (FMS)	28 552	17 292	20 450
Investitions- und Tilgungsfonds	13 991	21 232	21 265
FMS-Wertmanagement	191 968	186 480	161 520
Sonstige Extrahaushalte des Bundes	0	177	5
Länder (Kern- und Extrahaushalte)	600 110	615 399	644 929
Wertpapierschulden und Kredite	595 180	611 651	638 626
Kassenkredite	4 930	3 748	6 304
Kernhaushalte	524 162	532 591	538 389
Extrahaushalte	75 948	82 808	106 541
Gemeinden (Kernhaushalte und Extrahaushalte)	123 569	129 633	135 178
Wertpapierschulden und Kredite	84 363	85 613	87 758
Kassenkredite	39 206	44 020	47 419
Kernhaushalte	115 253	121 092	126 331
Zweckverbände ³ und sonstige Extrahaushalte	8 315	8 542	8 846
Gesetzliche Sozialversicherung (Kern- und Extrahaushalte)	539	823	665
Wertpapierschulden und Kredite	539	765	661
Kassenkredite	0	58	4
Kernhaushalte	506	735	627
Extrahaushalte ⁴	32	88	38
Schulden insgesamt (€)			
je Einwohner	24 607	25 215	25 685
Maastricht-Schuldenstand	2 057 308	2 086 816	2 160 193
in Relation zum BIP in %	82,5	80,0	81,0
nachrichtlich:			
Bruttoinlandsprodukt (in Mrd.€)	2 495	2 610	2 666
Einwohner 30.06.	81 750 716	80 327 900	80 523 746

¹ Aufgrund methodischer Änderungen und Erweiterung des Berichtskreises nur eingeschränkt mit den Vorjahren vergleichbar.

² Einschließlich aller öffentlichen Fonds, Einrichtungen und Unternehmen des Staatssektors.

³ Zweckverbände des Staatssektors unabhängig von der Art des Rechnungswesens.

⁴ Nur Extrahaushalte der gesetzlichen Sozialversicherung unter Bundesaufsicht.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Bundesministerium der Finanzen, eigene Berechnungen.

Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 14: Entwicklung der Finanzierungssalden der öffentlichen Haushalte¹

Jahr	Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ²						Abgrenzung der Finanzstatistik	
	Staat	Gebiets- körperschaften	Sozial- versicherung	Staat	Gebiets- körperschaften	Sozial- versicherung	Öffentlicher Gesamthaushalt ³	
	in Mrd. €			in Relation zum BIP in %			in Mrd. €	in Relation zum BIP in %
1960	4,7	3,4	1,3	3,0	2,2	0,9	-	-
1965	-1,4	-3,2	1,8	-0,6	-1,4	0,8	-4,8	-2,0
1970	1,9	-1,1	2,9	0,5	-0,3	0,8	-4,1	-1,1
1975	-30,9	-28,8	-2,1	-5,6	-5,2	-0,4	-32,6	-5,9
1980	-23,2	-24,3	1,1	-2,9	-3,1	0,1	-29,2	-3,7
1985	-11,3	-13,1	1,8	-1,1	-1,3	0,2	-20,1	-2,0
1990	-24,8	-34,7	9,9	-1,9	-2,7	0,8	-48,3	-3,7
1991	-43,9	-54,9	11,1	-2,9	-3,6	0,7	-62,8	-4,1
1992	-40,3	-38,5	-1,8	-2,4	-2,3	-0,1	-59,2	-3,6
1993	-50,5	-53,3	2,8	-3,0	-3,1	0,2	-70,5	-4,2
1994	-44,2	-45,9	1,7	-2,5	-2,6	0,1	-59,5	-3,3
1995 ⁴	-175,4	-167,9	0,0	-9,5	-9,1	-0,4	-55,9	-3,0
1996	-62,8	-56,5	-6,3	-3,4	-3,0	-0,3	-62,3	-3,3
1997	-52,6	-53,8	1,1	-2,8	-2,8	0,1	-48,1	-2,5
1998	-45,7	-48,1	2,4	-2,3	-2,5	0,1	-28,8	-1,5
1999	-32,2	-36,9	4,8	-1,6	-1,8	0,2	-26,9	-1,3
2000 ⁵	-27,5	23,4	-0,1	-1,3	-1,3	0,0	-	-
2001	-64,6	-60,4	-4,3	-3,1	-2,9	-0,2	-46,6	-2,2
2002	-82,0	-76,0	-6,1	-3,8	-3,6	-0,3	-56,8	-2,7
2003	-89,1	-82,3	-6,8	-4,2	-3,8	-0,3	-67,9	-3,2
2004	-82,6	-81,7	-0,9	-3,8	-3,7	0,0	-65,5	-3,0
2005	-74,1	-70,1	-4,0	-3,3	-3,2	-0,2	-52,5	-2,4
2006	-38,2	-43,2	5,0	-1,7	-1,9	0,2	-40,5	-1,8
2007	5,5	-5,3	10,8	0,2	-0,2	0,4	-0,6	0,0
2008	-1,8	-8,7	6,9	-0,1	-0,4	0,3	-10,4	-0,4
2009	-73,6	-59,3	-14,3	-3,1	-2,5	-0,6	-90,0	-3,8
2010	-104,3	-108,4	4,1	-4,2	-4,3	0,2	-78,7	-3,2
2011	-21,5	-36,6	15,2	-0,8	-1,4	0,6	-25,9	-1,0
2012	2,3	-16,0	18,3	0,1	-0,6	0,7	-26,2	-1,0

¹ Bis 1990 früheres Bundesgebiet, ab 1991 Deutschland.

² Ab 1970 in der Abgrenzung des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 1995).
2009 bis 2012: Vorläufiges Ergebnis; Stand: August 2013.

³ Ohne Sozialversicherungen, ab 1997 ohne Krankenhäuser. Bis 2010 Rechnungsergebnis; 2011: Kassenergebnisse; 2012: Schätzung.

⁴ Ohne Schuldenübernahmen (Treuhandanstalt, Wohnungswirtschaft der DDR) beziehungsweise gel. Vermögensübertragungen (Deutsche Kredit Bank).

⁵ Ohne Erlöse aus der Versteigerung von Mobilfunkfrequenzen.

Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 15: Internationaler Vergleich der öffentlichen Haushaltssalden¹

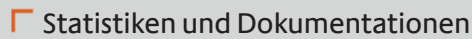
Land	in % des BIP											
	1980	1985	1990	1995	2000 ²	2005	2010	2011	2012	2013	2014	2015
Deutschland	-2,9	-1,1	-1,9	-9,5	1,1	-3,3	-4,2	-0,8	0,1	0,0	0,1	0,2
Belgien	-9,4	-10,1	-6,7	-4,5	0,0	-2,5	-3,7	-3,7	-4,0	-2,8	-2,6	-2,5
Estland	-	-	-	1,1	-0,2	1,6	0,2	1,1	-0,2	-0,4	-0,1	-0,1
Irland	-	-10,5	-2,7	-2,2	4,9	1,6	-30,6	-13,1	-8,2	-7,4	-5,0	-3,0
Griechenland	-	-	-14,2	-9,1	-3,7	-5,5	-10,7	-9,5	-9,0	-13,5	-2,0	-1,1
Spanien	-	-	-	-7,2	-0,9	1,3	-9,6	-9,6	-10,6	-6,8	-5,9	-6,6
Frankreich	-0,3	-3,1	-2,5	-5,5	-1,5	-2,9	-7,1	-5,3	-4,8	-4,1	-3,8	-3,7
Italien	-6,9	-12,3	-11,4	-7,4	-0,8	-4,4	-4,5	-3,8	-3,0	-3,0	-2,7	-2,5
Zypern	-	-	-	-0,9	-2,3	-2,4	-5,3	-6,3	-6,4	-8,3	-8,4	-6,3
Luxemburg	-	-	4,3	2,4	6,0	0,0	-0,8	0,1	-0,6	-0,9	-1,0	-2,7
Malta	-	-	-	-3,7	-5,7	-2,9	-3,5	-2,8	-3,3	-3,4	-3,4	-3,5
Niederlande	-3,9	-3,6	-5,3	-4,3	2,0	-0,3	-5,1	-4,3	-4,1	-3,3	-3,3	-3,0
Österreich	-2,1	-3,1	-2,6	-5,8	-1,7	-1,7	-4,5	-2,5	-2,5	-2,5	-1,9	-1,5
Portugal	-6,9	-8,3	-6,1	-5,4	-3,3	-6,5	-9,8	-4,3	-6,4	-5,9	-4,0	-2,5
Slowenien	-	-	-	-8,3	-3,7	-1,5	-5,9	-6,3	-3,8	-5,8	-7,1	-3,8
Slowakei	-	-	-	-3,4	-12,3	-2,8	-7,7	-5,1	-4,5	-3,0	-3,2	-3,8
Finnland	3,8	3,4	5,4	-6,1	7,0	2,9	-2,5	-0,7	-1,8	-2,2	-2,3	-2,0
Euroraum	-	-	-	-7,2	-0,1	-2,5	-6,2	-4,2	-3,7	-3,1	-2,5	-2,4
Bulgarien	-	-	-	-8,0	-0,5	1,0	-3,1	-2,0	-0,8	-2,0	-2,0	-1,8
Tschechien	-	-	-	-12,8	-3,6	-3,2	-4,7	-3,2	-4,4	-2,9	-3,0	-3,5
Dänemark	-2,3	-1,4	-1,3	-2,9	2,3	5,2	-2,5	-1,8	-4,1	-1,7	-1,7	-2,7
Kroatien	-	-	-	-	-	-	-6,4	-7,8	-5,0	-5,4	-6,5	-6,2
Lettland	-	-	6,8	-1,6	-2,8	-0,4	-8,1	-3,6	-1,3	-1,4	-1,0	-1,0
Litauen	-	-	-	-1,5	-3,2	-0,5	-7,2	-5,5	-3,2	-3,0	-2,5	-1,9
Ungarn	-	-	-	-8,8	-3,0	-7,9	-4,3	4,3	-2,0	-2,9	-3,0	-2,7
Polen	-	-	-	-4,4	-3,0	-4,1	-7,9	-5,0	-3,9	-4,8	4,6	-3,3
Rumänien	-	-	-	-2,0	-4,7	-1,2	-6,8	-5,6	-3,0	-2,5	-2,0	-1,8
Schweden	-	-	-	-7,4	3,6	2,2	0,3	0,2	-0,2	-0,9	-1,2	-0,5
Vereinigtes Königreich	-3,2	-2,8	-1,8	-5,8	3,5	-3,4	-10,1	-7,7	-6,1	-6,4	-5,3	-4,3
EU	-	-	-	-6,9	0,6	-2,5	-6,5	-4,4	-3,9	-3,5	-2,7	-2,6
USA	-2,2	-4,7	-3,9	-3,1	1,5	-3,1	-10,9	-9,8	-9,1	-6,4	-5,7	-4,9
Japan	-	-1,4	2,0	-4,7	-7,5	-4,8	-8,3	-8,9	-9,6	-9,6	-7,2	-5,8

¹ Für EU-Mitgliedstaaten ab 1995 nach ESVG 95.

² Alle Angaben ohne einmalige UMTS-Erlöse.

Quellen: EU-Kommission, Herbstprognose und Statistischer Annex, November 2013.

Stand: November 2013.


 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 16: Staatsschuldenquoten im internationalen Vergleich

Land	in % des BIP											
	1980	1985	1990	1995	2000	2005	2010	2011	2012	2013	2014	2015
Deutschland	30,3	39,5	41,3	55,6	60,2	68,5	82,5	80,0	81,0	79,6	77,1	74,1
Belgien	74,0	115,0	125,6	130,2	107,8	92,0	95,7	98,0	99,8	100,4	101,3	101,0
Estland	-	-	-	8,2	5,1	4,6	6,7	6,1	9,8	10,0	9,7	9,1
Irland	68,2	99,3	92,0	80,1	37,0	27,2	91,2	104,1	117,4	124,4	120,8	119,1
Griechenland	22,5	48,3	71,7	97,9	104,4	110,0	148,3	170,3	156,9	176,2	175,9	170,9
Spanien	16,5	41,4	42,7	63,3	59,4	43,2	61,7	70,5	86,0	94,8	99,9	104,3
Frankreich	20,7	30,6	35,2	55,5	57,5	66,8	82,4	85,8	90,2	93,5	95,3	96,0
Italien	56,6	80,2	94,3	120,9	108,6	105,7	119,3	120,7	127,0	133,0	134,0	133,1
Zypern	-	-	-	51,8	59,6	69,4	61,3	71,5	86,6	116,0	124,4	127,4
Luxemburg	9,9	10,3	4,7	7,4	6,2	6,1	19,5	18,7	21,7	24,5	25,7	28,7
Malta	-	-	-	34,2	53,9	68,0	66,8	69,5	71,3	72,6	73,3	74,1
Niederlande	45,3	69,7	76,8	76,1	53,8	51,8	63,4	65,7	71,3	74,8	76,4	76,9
Österreich	35,4	48,0	56,2	68,2	66,2	64,2	72,3	72,8	74,0	74,8	74,5	73,5
Portugal	29,5	56,5	53,3	59,2	50,7	67,7	94,0	108,2	124,1	127,8	126,7	125,7
Slowenien	-	-	-	18,6	26,3	26,7	38,7	47,1	54,4	63,2	70,1	74,2
Slowakei	-	-	-	22,1	50,3	34,2	41,0	43,4	52,4	54,3	57,2	58,1
Finnland	11,3	16,0	14,0	56,6	43,8	41,7	48,7	49,2	53,6	58,4	61,0	62,5
Euroraum	-	-	-	72,0	69,2	70,5	85,6	87,9	92,6	95,5	95,9	95,4
Bulgarien	-	-	-	-	72,5	27,5	16,2	16,3	18,5	19,4	22,6	24,1
Tschechien	-	-	-	14,0	17,8	28,4	38,4	41,4	46,2	49,0	50,6	52,3
Dänemark	39,1	74,7	62,0	72,6	52,4	37,8	42,7	46,4	45,4	44,3	43,7	45,1
Kroatien	-	-	-	-	-	-	44,9	51,6	55,5	59,6	64,7	69,0
Lettland	-	-	-	15,1	12,4	12,5	44,4	41,9	40,6	42,5	39,3	33,4
Litauen	-	-	-	11,5	23,6	18,3	37,8	38,3	40,5	39,9	40,2	39,6
Ungarn	-	-	-	85,6	56,1	61,7	82,2	82,1	79,8	80,7	79,9	79,4
Polen	-	-	-	49,0	36,8	47,1	54,9	56,2	55,6	58,2	51,0	52,5
Rumänien	-	-	-	6,6	22,5	15,8	30,5	34,7	37,9	38,5	39,1	39,5
Schweden	38,5	59,8	40,6	72,8	53,9	50,4	39,4	38,6	38,2	41,3	41,9	41,0
Vereinigtes Königreich	52,0	51,0	32,7	50,0	40,5	41,7	78,4	84,3	88,7	94,3	96,9	98,6
EU	-	-	-	-	61,8	62,9	80,0	82,9	86,6	89,7	90,2	90,0
USA	41,2	54,1	62,0	68,8	53,0	64,9	95,1	99,4	102,7	104,7	105,2	103,8
Japan	50,7	66,7	67,0	91,2	140,1	186,4	216,0	230,3	238,0	243,4	242,0	242,6

Quellen: EU-Kommission, Herbstprognose und Statistischer Annex, November 2013.

Stand: November 2013.

Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 17: Steuerquoten im internationalen Vergleich¹

Land	Steuern in % des BIP										
	1965	1975	1985	1990	1995	2000	2007	2008	2009	2010	2011
Deutschland^{2,3}	23,1	22,6	22,9	21,8	22,7	22,8	22,9	23,1	22,9	22,0	22,8
Belgien	21,3	27,5	30,3	28,0	29,2	30,8	30,0	30,1	28,7	29,4	29,8
Dänemark	28,8	38,2	44,8	45,6	47,7	47,6	47,9	46,8	46,7	46,6	47,1
Finnland	28,3	29,1	31,1	32,5	31,6	35,3	31,1	30,9	30,1	29,8	30,9
Frankreich	22,5	21,1	24,3	23,5	24,4	28,4	27,5	27,3	25,8	26,3	27,4
Griechenland	12,3	13,8	16,6	18,4	19,7	23,8	21,3	21,0	20,0	20,0	20,9
Irland	23,3	24,5	29,2	27,9	27,5	26,8	26,2	23,9	22,2	22,1	23,5
Italien	16,8	13,7	22,0	25,3	27,4	30,0	30,3	29,6	29,4	29,5	29,5
Japan	13,9	14,5	18,7	21,0	17,6	17,3	18,1	17,4	15,9	16,3	-
Kanada	24,3	28,8	28,1	31,5	30,6	30,8	28,3	27,6	27,1	26,3	26,2
Luxemburg	18,8	23,1	29,1	26,0	27,3	29,1	25,8	25,4	26,4	26,3	26,1
Niederlande	22,7	25,1	23,7	26,9	24,1	24,2	25,3	24,7	24,4	24,7	-
Norwegen	26,1	29,5	33,8	30,2	31,3	33,7	34,0	33,3	32,5	33,3	33,6
Österreich	25,4	26,6	27,9	26,6	26,5	28,4	27,7	28,5	27,7	27,5	27,6
Polen	-	-	-	-	25,2	19,8	22,8	22,9	20,4	20,6	-
Portugal	12,4	12,5	18,1	19,6	21,5	22,9	23,9	23,7	21,6	22,3	-
Schweden	29,2	33,2	35,6	38,0	34,4	37,9	35,0	34,9	35,2	34,1	34,3
Schweiz	14,9	18,6	19,5	19,0	19,6	22,1	21,2	21,6	21,9	21,4	21,5
Slowakei	-	-	-	-	25,3	19,9	17,8	17,4	16,4	16,0	16,5
Slowenien	-	-	-	-	22,3	23,1	24,0	23,1	22,2	22,4	21,8
Spanien	10,5	9,7	16,3	21,0	20,5	22,4	25,2	21,0	18,8	20,1	19,7
Tschechien	-	-	-	-	21,0	18,9	20,2	19,5	19,0	18,9	19,8
Ungarn	-	-	-	-	26,7	27,8	27,2	27,1	27,4	26,0	23,4
Vereinigtes Königreich	25,7	28,8	30,4	29,5	28,0	30,2	29,2	29,0	27,4	28,2	28,8
USA	21,4	20,3	19,1	20,5	20,9	22,6	21,4	19,7	17,7	18,5	19,4


¹ Nach den Abgrenzungsmerkmalen der OECD.

² Nicht vergleichbar mit Quoten in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung oder der deutschen Finanzstatistik.

³ 1970 bis 1990 nur alte Bundesländer.

Quelle: OECD-Revenue Statistics 1965 bis 2010, Paris 2012.

Stand: Dezember 2012.

 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 18: Abgabenquoten im internationalen Vergleich¹

Land	Steuern und Sozialabgaben in % des BIP								
	1970	1980	1990	2000	2005	2008	2009	2010	2011
Deutschland^{2,3}	31,5	36,4	34,8	37,5	35,0	36,5	37,3	36,1	37,1
Belgien	33,8	41,2	41,9	44,7	44,5	43,9	43,1	43,5	44,0
Dänemark	38,4	43,0	46,5	49,4	50,8	47,8	47,7	47,6	48,1
Finnland	31,6	35,8	43,7	47,2	43,9	42,9	42,8	42,5	43,4
Frankreich	34,2	40,2	42,0	44,4	44,1	43,5	42,5	42,9	44,2
Griechenland	20,2	21,8	26,4	34,3	32,1	32,1	30,4	30,9	31,2
Irland	28,2	30,7	32,8	31,0	30,1	29,1	27,7	27,6	28,2
Italien	25,7	29,7	37,6	42,0	40,6	43,0	43,0	42,9	42,9
Japan	19,2	24,8	28,6	26,6	27,3	28,5	27,0	27,6	-
Kanada	30,9	31,0	35,9	35,6	33,2	32,3	32,1	31,0	31,0
Luxemburg	23,5	35,7	35,7	39,1	37,6	35,5	37,7	37,1	37,1
Niederlande	35,6	42,9	42,9	39,6	38,4	39,3	38,2	38,7	-
Norwegen	34,5	42,4	41,0	42,6	43,2	42,1	42,4	42,9	43,2
Österreich	33,9	39,0	39,7	43,0	42,1	42,8	42,5	42,0	42,1
Polen	-	-	-	32,8	33,0	34,2	31,7	31,7	-
Portugal	17,8	22,2	26,8	30,9	31,1	32,5	30,7	31,3	-
Schweden	37,8	46,4	52,3	51,4	48,9	46,4	46,6	45,5	44,5
Schweiz	19,2	24,6	24,9	29,3	28,1	28,1	28,7	28,1	28,5
Slowakei	-	-	-	34,1	31,5	29,5	29,1	28,3	28,8
Slowenien	-	-	-	37,3	38,6	37,1	37,1	37,5	36,8
Spanien	15,9	22,6	32,5	34,3	36,0	33,1	30,9	32,3	31,6
Tschechien	-	-	-	34,0	36,1	35,0	33,9	34,2	35,3
Ungarn	-	-	-	39,3	37,3	40,1	39,9	37,9	35,7
Vereinigtes Königreich	36,7	34,8	35,5	36,4	35,4	35,8	34,2	34,9	35,5
USA	27,0	26,4	27,4	29,5	27,1	26,3	24,2	24,8	25,1

¹Nach den Abgrenzungsmerkmalen der OECD.²Nicht vergleichbar mit Quoten in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung oder der deutschen Finanzstatistik.³1970 bis 1990 nur alte Bundesländer.

Quelle: OECD-Revenue Statistics 1965 bis 2010, Paris 2012.

Stand: Dezember 2012.

Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 19: Staatsquoten im internationalen Vergleich

Land	Gesamtausgaben des Staates in % des BIP										
	1985	1990	1995	2000	2005	2010	2011	2012	2013	2014	2015
Deutschland¹	45,2	43,6	54,9	45,1	46,9	47,9	45,2	44,7	44,7	44,5	44,2
Belgien	58,4	52,2	52,1	49,0	51,7	52,4	53,3	54,9	54,0	54,0	53,9
Estland	–	–	41,3	36,1	33,6	40,5	37,6	39,5	38,6	37,6	36,7
Finnland	46,5	48,2	61,5	48,3	50,2	55,5	54,8	56,2	57,5	58,0	57,9
Frankreich	51,9	49,6	54,4	51,7	53,5	56,5	55,9	56,6	57,0	56,8	56,6
Griechenland	–	45,2	46,2	47,1	44,4	51,3	51,9	53,6	58,2	47,1	45,1
Irland	52,5	42,3	40,9	31,2	34,0	65,5	47,2	42,7	42,3	40,1	37,6
Italien	49,6	52,6	52,2	45,8	47,9	50,5	49,9	50,7	51,2	50,5	50,1
Luxemburg	–	37,8	39,7	37,6	41,5	43,5	42,6	44,3	44,0	44,0	44,7
Malta	–	–	38,5	39,5	43,6	41,6	41,7	43,4	44,5	44,3	44,5
Niederlande	57,3	54,9	51,6	44,2	44,8	51,4	49,9	50,5	50,2	51,0	49,5
Österreich	53,1	51,5	56,2	51,8	49,9	52,8	50,8	51,7	52,1	51,7	51,3
Portugal	37,5	38,5	41,9	41,6	46,6	51,5	49,3	47,4	49,1	46,8	45,3
Slowakei	–	–	48,6	52,1	38,0	40,0	38,4	37,8	36,0	37,0	36,2
Slowenien	–	–	52,3	46,5	45,1	49,4	49,9	48,1	50,1	52,0	48,4
Spanien	–	–	44,5	39,2	38,4	46,3	45,7	47,8	44,6	43,8	43,2
Zypern	–	–	33,4	37,1	43,1	46,2	46,3	46,4	48,1	48,0	46,0
Bulgarien	–	–	45,6	41,3	37,3	37,4	35,6	35,9	37,6	38,1	38,4
Dänemark	55,5	55,4	59,3	53,6	52,6	57,5	57,5	59,4	58,0	57,0	56,2
Kroatien	–	–	–	–	–	46,9	47,9	45,5	45,9	47,5	48,2
Lettland	–	31,5	38,4	37,6	35,8	43,4	38,4	36,4	36,2	35,7	35,2
Litauen	–	–	34,4	39,8	34,0	42,2	38,7	36,0	35,5	34,5	33,4
Polen	–	–	47,7	41,1	43,4	45,4	43,4	42,2	41,5	40,7	40,3
Rumänien	–	–	34,1	38,6	33,6	40,1	39,5	36,6	36,3	36,2	36,3
Schweden	–	–	65,0	55,1	53,6	52,0	51,3	51,8	52,5	51,7	50,7
Tschechien	–	–	53,0	41,6	43,0	43,8	43,2	44,5	43,4	43,2	43,1
Ungarn	–	–	55,8	47,7	50,1	49,9	50,0	48,6	50,2	50,8	49,6
Vereinigtes Königreich	48,0	40,4	42,9	36,4	43,4	49,9	48,0	47,9	47,2	46,1	44,9
Euroraum ²	–	–	52,8	46,1	47,3	51,0	49,5	49,9	49,8	49,3	48,8
EU-28	–	–	–	–	–	50,6	49,0	49,3	49,1	48,5	47,9
USA	35,5	35,8	35,7	32,6	34,8	41,1	40,2	38,8	38,0	37,6	37,1
Japan	32,2	31,1	35,5	38,5	36,4	40,7	42,0	42,3	42,4	41,6	41,2

¹1985 bis 1990 nur alte Bundesländer.

²Einschließlich Lettland.

Quelle: EU-Kommission „Statistischer Anhang der Europäischen Wirtschaft“.

Stand: November 2013.

Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 20: Entwicklung der EU-Haushalte 2013 bis 2014

1	EU-Haushalt 2013				EU-Haushalt 2014			
	Verpflichtungen		Zahlungen		Verpflichtungen		Zahlungen	
	in Mio. €	in %	in Mio. €	in %	in Mio. €	in %	in Mio. €	in %
2	3	4	5	6	7	8	9	
Rubrik								
1. Nachhaltiges Wachstum	71 276,2	47,0	69 236,2	47,9	63 986,3	44,9	62 392,8	46,0
2. Bewahrung und Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen	60 159,2	39,7	58 068,0	40,2	59 267,2	41,6	56 458,9	41,7
3. Unionsbürgerschaft, Freiheit, Sicherheit und Recht	2 194,1	1,4	1 715,2	1,2	2 172,0	1,5	1 677,0	1,2
4. Die EU als globaler Akteur	9 583,1	6,3	6 941,1	4,8	8 325,0	5,8	6 191,2	4,6
5. Verwaltung	8 430,4	5,6	8 430,0	5,8	8 405,1	5,9	8 406,0	6,2
6. Ausgleichszahlungen	75,0	0,0	75,0	0,1	28,6	0,0	28,6	0,0
Besondere Instrumente					456,2	0,32	350,0	0,26
Gesamtbetrag	151 718,0	100,0	144 465,6	100,0	142 640,5	100,0	135 504,6	100,0

Quellen: 2013: Berichtigungshaushaltsplan Nr. 8/2013.
2014: Verabschiedeter Haushalt, Ratsdokument 16106/13 ADD 1.

noch Tabelle 20: Entwicklung der EU-Haushalte 2011 bis 2012

	Differenz in %		Differenz in Mio. €	
	Sp. 6/2	Sp. 8/4	Sp. 6-2	Sp. 8-4
	10	11	12	13
Rubrik				
1. Nachhaltiges Wachstum	-10,2	-9,9	-7 289,9	-6 843,4
2. Bewahrung und Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen	-1,5	-2,8	-892,0	-1 609,1
3. Unionsbürgerschaft, Freiheit, Sicherheit und Recht	-1,0	-2,2	-22,1	-38,2
4. Die EU als globaler Akteur	-13,1	-10,8	-1 258,1	-749,9
5. Verwaltung	-0,3	-0,3	-25,2	-24,0
6. Ausgleichszahlungen	-61,9	-61,9	-46,4	-46,4
Besondere Instrumente			456,2	350,0
Gesamtbetrag	-6,0	-6,2	-9 077,6	-8 961,0

Quellen: 2013: Berichtigungshaushaltsplan Nr. 8/2013.
2014: Verabschiedeter Haushalt, Ratsdokument 16106/13 ADD 1.

Statistiken und Dokumentationen

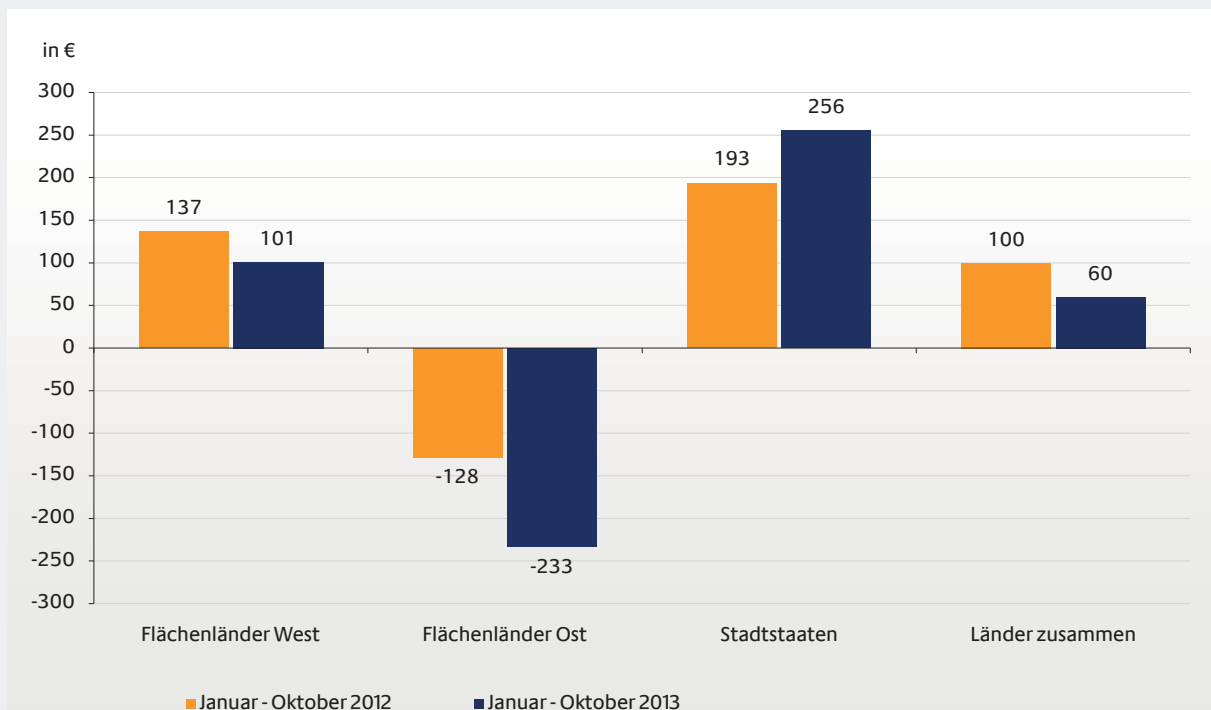
ÜBERSICHTEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

Übersichten zur Entwicklung der Länderhaushalte


Tabelle 1: Entwicklung der Länderhaushalte bis Oktober 2013 im Vergleich zum Jahressoll 2013

	Flächenländer (West)		Flächenländer (Ost)		Stadtstaaten		Länder zusammen	
	Soll	Ist	Soll	Ist	Soll	Ist	Soll	Ist
	in Mio. €							
Bereinigte Einnahmen	213 620	176 687	52 488	44 033	36 915	30 534	296 403	245 476
darunter:								
Steuereinnahmen	167 466	136 617	30 145	25 556	23 565	18 465	221 176	180 638
Übrige Einnahmen	46 154	40 071	22 343	18 478	13 350	12 069	75 227	64 838
Bereinigte Ausgaben	224 382	182 961	52 944	41 115	38 531	32 013	309 237	250 310
darunter:								
Personalausgaben	87 640	72 471	13 032	10 489	11 146	10 182	111 819	93 143
Lfd. Sachaufwand	14 449	11 276	3 808	2 953	8 334	7 696	26 591	21 925
Zinsausgaben	12 988	10 484	2 635	1 978	3 948	3 088	19 571	15 550
Sachinvestitionen	4 401	2 603	1 755	985	799	492	6 955	4 081
Zahlungen an Verwaltungen	65 320	53 470	18 220	14 967	814	743	77 733	63 401
Übrige Ausgaben	39 584	32 657	13 495	9 742	13 489	9 812	66 568	52 211
Finanzierungssaldo	-10 762	-6 273	-456	2 918	-1 605	-1 479	-12 823	-4 834

Abbildung 1: Vergleich der Finanzierungsdefizite je Einwohner 2012/2013



Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

Tabelle 2: Die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der Länder bis Oktober 2013

Lfd. Nr.	Bezeichnung	in Mio. €								
		Oktober 2012			September 2013			Oktober 2013		
		Bund	Länder	Insgesamt	Bund	Länder	Insgesamt	Bund	Länder	Insgesamt
	Seit dem 1. Januar gebuchte									
1	Bereinigte Einnahmen¹ für das laufende Haushaltsjahr	220 585	235 040	439 424	202 085	225 582	412 603	223 768	245 476	452 276
11	Einnahmen der laufenden Rechnung	217 082	225 175	442 257	198 537	217 458	415 995	219 403	235 449	454 852
111	Steuereinnahmen	201 727	173 362	375 089	184 682	166 646	351 328	203 582	180 638	384 219
112	Einnahmen von Verwaltungen (laufende Rechnung)	2 665	42 617	45 282	1 815	42 082	43 897	2 051	44 922	46 973
1121	darunter: Allgemeine BEZ	-	2 129	2 129	-	2 246	2 246	-	2 267	2 267
1122	Länderfinanzausgleich ¹	-	-	-	-	-	-	-	-	-
12	Einnahmen der Kapitalrechnung	3 503	9 865	13 368	3 548	8 124	11 672	4 365	10 027	14 391
121	Veräußerungserlöse	1 720	1 084	2 804	1 846	221	2 067	2 429	237	2 666
1211	darunter: Veräußerungen von Beteiligungen und Kapitalrückzahlungen	1 566	786	2 353	1 717	70	1 786	2 280	70	2 350
122	Einnahmen von Verwaltungen (Kapitalrechnung)	379	5 366	5 745	472	4 433	4 905	478	5 748	6 226
2	Bereinigte Ausgaben¹ für das laufende Haushaltsjahr	258 098	243 063	484 960	228 296	226 378	439 610	260 699	250 310	494 041
21	Ausgaben der laufenden Rechnung	231 290	221 044	452 334	209 014	207 762	416 775	238 317	229 334	467 651
211	Personalausgaben	23 955	90 435	114 389	22 035	84 081	106 116	24 414	93 143	117 557
2111	darunter: Versorgung und Beihilfe	7 011	26 616	33 627	6 517	25 250	31 767	7 202	27 964	35 165
212	Laufender Sachaufwand	16 510	21 091	37 601	14 224	19 595	33 819	16 152	21 925	38 077
2121	darunter: Sächliche Verwaltungsausgaben	8 846	13 609	22 456	8 558	12 600	21 158	9 739	14 109	23 848
213	Zinsausgaben an andere Bereiche	30 017	16 699	46 716	28 953	14 322	43 275	30 202	15 550	45 752
214	Zahlungen an Verwaltungen (laufende Rechnung)	14 229	52 110	66 339	14 221	51 692	65 914	23 496	56 188	79 685
2141	darunter: Länderfinanzausgleich ¹	-	-45	-45	-	-178	-178	-	-195	-195
2142	Zuweisungen an Gemeinden	7	48 585	48 591	5	48 262	48 267	5	52 468	52 473
22	Ausgaben der Kapitalrechnung	26 807	22 019	48 826	19 282	18 616	37 898	22 382	20 976	43 357
221	Sachinvestitionen	5 340	4 152	9 491	4 388	3 515	7 904	5 315	4 081	9 396
222	Zahlungen an Verwaltungen (Kapitalrechnung)	3 894	6 830	10 724	2 921	6 576	9 496	3 705	7 213	10 918
223	nachrichtlich: Investitionsausgaben	26 383	21 613	47 996	18 886	18 076	36 961	21 903	20 395	42 298

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

noch Tabelle 2: Die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der Länder bis Oktober 2013

Lfd. Nr.	Bezeichnung	in Mio. €								
		Oktober 2012			September 2013			Oktober 2013		
		Bund	Länder	Insgesamt	Bund	Länder	Insgesamt	Bund	Länder	Insgesamt
3	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (Finanzierungssaldo)	-37 447 ²	-8 023	-45 470	-26 162 ²	- 796	-26 958	-36 881 ²	-4 834	-41 715
4	Schuldenaufnahme und Schuldentilgung									
41	Schuldenaufnahme am Kreditmarkt (brutto)	221 401	61 816	283 217	186 490	57 809	244 300	204 053	63 201	267 253
42	Schuldentilgung am Kreditmarkt	205 224	76 967	282 191	182 245	72 089	254 335	202 978	77 165	280 143
43	Aktueller Kapitalmarktsaldo (Nettokreditaufnahme)	16 178	-15 151	1 026	4 245	-14 280	-10 035	1 075	-13 964	-12 890
5	Zum Ende des Monats bestehende Schwebende Schulden und Kassenbestände									
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	3 496	9 564	13 060	1 096	3 027	4 124	10 664	4 761	15 424
52	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	-	17 195	17 195	-	15 152	15 152	-	14 726	14 726
53	Kassenbestand ohne schwebende Schulden	-3 493	-11 791	-15 284	-1 095	-3 735	-4 831	-10 662	-8 078	-18 740

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

¹ In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich, Summe Bund und Länder bereinigt um Verrechnungsverkehr zwischen Bund und Ländern.

² Einschließlich haushaltstechnische Verrechnungen.

Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

Tabelle 3: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis Oktober 2013

		in Mio. €								
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Baden-Württ.	Bayern ³	Brandenburg	Hessen	Mecklbg.-Vorpom.	Niedersachsen	Nordrh.-Westf.	Rheinl.-Pfalz	Saarland
	Seit dem 1. Januar gebuchte									
1	Bereinigte Einnahmen¹ für das laufende Haushaltsjahr	31 750	39 244^a	8 748	17 385	5 859	22 046	45 251	11 190	2 836
11	Einnahmen der laufenden Rechnung	30 903	37 771 ^b	8 104	16 917	5 468	21 361	43 678	10 814	2 783
111	Steuereinnahmen	23 869	30 259	5 127	13 852	3 292	16 558 ⁴	35 775	8 163	2 063
112	Einnahmen von Verwaltungen (laufende Rechnung)	5 476	3 824	2 419	2 081	1 875	2 786	5 543	1 935	622
1121	darunter: Allgemeine BEZ	-	-	176	-	139	104	66	127	39
1122	Länderfinanzausgleich ¹	-	-	414	-	395	291	269	260	78
12	Einnahmen der Kapitalrechnung	847	1 473 ^c	644	469	391	685	1 574	376	53
121	Veräußerungserlöse	0	0	10	12	4	4	9	57	4
1211	darunter: Veräußerungen von Beteiligungen und Kapitalrückzahlungen	-	-	-	-	-	3	-	57	3
122	Einnahmen von Verwaltungen (Kapitalrechnung)	519	850	193	411	173	585	933	193	40
2	Bereinigte Ausgaben¹ für das laufende Haushaltsjahr	32 979	38 027^d	8 053	18 609	5 591	22 062	48 978	12 159	3 282
21	Ausgaben der laufenden Rechnung	30 513	34 207 ^d	7 182	17 154	4 868	20 936	45 029	11 043	3 023
211	Personalausgaben	13 502	16 179	1 988	6 880	1 443	8 543 ²	18 130 ²	4 866	1 249
2111	darunter: Versorgung und Beihilfe	4 528	4 793	183	2 287	104	2 838	6 391	1 599	501
212	Laufender Sachaufwand	1 526	2 786 ^e	484	1 433	359	1 444	2 714	836	144
2121	darunter: Sächliche Verwaltungsausgaben	1 411	2 214 ^e	413	1 136	317	1 131	2 019	704	126
213	Zinsausgaben an andere Bereiche	1 506	843 ^f	416	1 211	265	1 537	3 410	848	438
214	Zahlungen an Verwaltungen (laufende Rechnung)	9 539	10 595	2 899	4 893	1 872	6 092	12 262	2 820	498
2141	darunter: Länderfinanzausgleich ¹	2 084	3 305	-	1 222	-	-	-	-	-
2142	Zuweisungen an Gemeinden	7 356	7 186	2 467	3 616	1 588	5 937	11 586	2 747	491
22	Ausgaben der Kapitalrechnung	2 466	3 821	871	1 455	723	1 126	3 950	1 115	259
221	Sachinvestitionen	435	1 132	62	439	166	174	253	55	36
222	Zahlungen an Verwaltungen (Kapitalrechnung)	1 104	1 364	281	589	250	229	1 642	355	61
223	nachrichtlich: Investitionsausgaben	2 357	3 689	871	1 426	723	1 126	3 773	1 070	242

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

noch Tabelle 3: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis Oktober 2013

		in Mio. €								
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Baden-Württ.	Bayern ³	Brandenburg	Hessen	Mecklbg.-Vorpom.	Niedersachsen	Nordrh.-Westf.	Rheinl.-Pfalz	Saarland
3	Mehreinnahmen (+, Mehrausgaben (-) (Finanzierungssaldo)	-1 229	1 217 ^g	695	-1 224	268	- 17	-3 727	- 969	- 447
4	Schuldenaufnahme und Schuldentilgung									
41	Schuldenaufnahme am Kreditmarkt (brutto)	4 489	1 436 ^h	1 763	4 685	903	4 304	15 033	5 943	1 121
41	Schuldentilgung am Kreditmarkt	6 822	2 960 ⁱ	3 614	5 401	1 004	5 978	16 676	6 242	1 145
43	Aktueller Kapitalmarktsaldo (Nettokreditaufnahme)	-2 333	-1 524 ^j	-1 851	- 716	- 101	-1 673	-1 643	-299	- 23
	Zum Ende des Monats bestehende Schwebende Schulden und Kassenbestände									
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	-	-	75	525	-	-	-	33	17
52	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	1 115	837	0	1 171	302	2 209	2 436	3	601
53	Kassenbestand ohne schwebende Schulden	-2 370	42	-401	- 769	690	31	- 412	- 32	131

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.


¹In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich.

²Ohne November-Bezüge.

³BY - davon Stabilisierungsfonds Finanzmarkt und BayernLB: a 780,5 Mio. €, b 451,2 Mio. €, c 329,3 Mio. €, d 286,9 Mio. €, e 0,5 Mio. €, f 286,4 Mio. €, g 493,6 Mio. €, h 237,0 Mio. €, i 157,0 Mio. €, j 80,0 Mio. €.

⁴NI - Einschl. Steuereinnahmen aus 1301-06211 (Gewerbsteuer im nds. Küstengewässer/Festlandssockel in Höhe von 0,1 Mio. €.

⁵BE - Geringer als im September 2013, da der Zahlungsausgleich für die Abrechnung der Allgemeinen Bundesergänzungszuweisungen für 2012 auf Basis der endgültigen Abrechnung LFA 2012 (2. VO) erfolgte.

 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

noch Tabelle 3: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis Oktober 2013

		in Mio. €							
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schlesw.-Holst.	Thüringen	Berlin	Bremen	Hamburg	Länder zusammen
	Seit dem 1. Januar gebuchte								
1	Bereinigte Einnahmen¹ für das laufende Haushaltsjahr	14 047	7 873	8 012	7 507	18 600	3 420	8 659	245 476
11	Einnahmen der laufenden Rechnung	12 595	7 465	7 775	7 081	17 840	3 327	8 519	235 449
111	Steuereinnahmen	8 192	4 444	6 077	4 500	9 658	1 841	6 967	180 638
112	Einnahmen von Verwaltungen (laufende Rechnung)	3 909	2 653	1 218	2 239	6 398	1 154	793	44 922
1121	darunter: Allgemeine BEZ	306	173	76	172	738 ⁵	136	15	2 267
1122	Länderfinanzausgleich ¹	806	474	128	471	2 948	417	-	-
12	Einnahmen der Kapitalrechnung	1 452	407	238	426	760	93	140	10 027
121	Veräußerungserlöse	0	1	1	8	119	0	7	237
1211	darunter: Veräußerungen von Beteiligungen und Kapitalrückzahlungen	-	0	0	0	2	0	5	70
122	Einnahmen von Verwaltungen (Kapitalrechnung)	875	189	137	234	239	68	110	5 748
2	Bereinigte Ausgaben¹ für das laufende Haushaltsjahr	12 428	7 823	7 890	7 220	18 304	3 985	9 868	250 310
21	Ausgaben der laufenden Rechnung	10 763	7 199	7 502	6 541	17 481	3 652	9 192	229 334
211	Personalausgaben	3 138	1 991	3 122	1 929	5 960	1 194	3 029	93 143
2111	darunter: Versorgung und Beihilfe	192	171	1 140	144	1 583	415	1 095	27 964
212	Laufender Sachaufwand	800	785	392	526	4 494	636	2 566	21 925
2121	darunter: Sächliche Verwaltungsausgaben	567	263	325	289	1 969	303	923	14 109
213	Zinsausgaben an andere Bereiche	261	532	690	503	1 809	581	697	15 550
214	Zahlungen an Verwaltungen (laufende Rechnung)	3 981	2 341	2 315	2 363	252	140	276	56 188
2141	darunter: Länderfinanzausgleich ¹	-	-	-	-	-	-	144	- 195
2142	Zuweisungen an Gemeinden	3 336	1 945	2 167	2 014	6	11	16	52 468
22	Ausgaben der Kapitalrechnung	1 665	624	388	680	823	333	676	20 976
221	Sachinvestitionen	441	154	80	162	159	36	297	4 081
222	Zahlungen an Verwaltungen (Kapitalrechnung) nachrichtlich:	551	230	139	199	62	110	48	7 213
223	Investitionsausgaben	1 665	624	387	679	760	327	676	20 395

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

noch Tabelle 3: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis Oktober 2013

		in Mio. €							
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schlesw.-Holst.	Thüringen	Berlin	Bremen	Hamburg	Länder zusammen
3	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (Finanzierungssaldo)	1 619	50	122	286	296	- 565	-1 209	-4 834
4	Schuldenaufnahme und Schuldentilgung								
41	Schuldenaufnahme am Kreditmarkt (brutto)	8	3 750	1 663	963	5 959	7 675	3 508	63 201
41	Schuldentilgung am Kreditmarkt	802	3 404	2 439	1 353	7 739	7 862	3 726	77 165
43	Aktueller Kapitalmarktsaldo (Nettokreditaufnahme)	- 794	346	- 776	- 390	- 1 780	- 188	- 218	- 13 964
5	Schwebende Schulden und Kassenbestände								
51	Zum Ende des Monats bestehende Kassenkredit von Kreditinstituten	-	1 594	-	-	794	484	1 238	4 761
52	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	3 524	53	-	100	443	566	1 366	14 726
53	Kassenbestand ohne schwebende Schulden	-	- 1 712	- 633	162	- 785	- 600	- 1 419	- 8 078

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

¹In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich.

²Ohne November-Bezüge.

³BY - davon Stabilisierungsfonds Finanzmarkt und BayernLB: a 780,5 Mio. €, b 451,2 Mio. €, c 329,3 Mio. €, d 286,9 Mio. €, e 0,5 Mio. €, f 286,4 Mio. €, g 493,6 Mio. €, h 237,0 Mio. €, i 157,0 Mio. €, j 80,0 Mio. €.

⁴NI - Einschl. Steuereinnahmen aus 1301-06211 (Gewerbsteuer im nds. Küstengewässer/Festlandsockel in Höhe von 0,1 Mio. €.

⁵BE - Geringer als im September 2013, da der Zahlungsausgleich für die Abrechnung der Allgemeinen Bundesergänzungszuweisungen für 2012 auf Basis der endgültigen Abrechnung LFA 2012 (2. VO) erfolgte.

Gesamtwirtschaftliches Produktionspotenzial und Konjunkturkomponenten

Datengrundlagen und Ergebnisse der Schätzungen der Bundesregierung

Stand: Herbstprojektion der Bundesregierung vom 23. Oktober 2013

Erläuterungen zu den Tabellen 1 bis 8

1. Für die Potenzialschätzung wird das Produktionsfunktionsverfahren verwendet, das für die finanzpolitische Überwachung in der Europäischen Union (EU) für die Mitgliedstaaten verbindlich vorgeschrieben ist. Die für die Schätzung erforderlichen Programme und Dokumentationen sind im Internetportal der Europäischen Kommission verfügbar, und zwar auf der Internetseite <https://circabc.europa.eu/>. Die Budgetsemielastizität basiert auf den von der OECD geschätzten Teilelastizitäten der einzelnen Abgaben und Ausgaben in Bezug zur Produktionslücke (siehe Girouard und André (2005), "Measuring Cyclically-Adjusted Budget Balances for OECD Countries", OECD Economics Department Working Papers 434) sowie methodischer Erweiterungen und Aktualisierung des für Einnahmen- und Ausgabenstruktur und deren Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt herangezogenen Stützungszeitraums durch die Europäische Kommission (siehe Mourre, Isbasoiu, Paternoster und Salto (2013): "The cyclically-adjusted budget balance used in the EU fiscal framework: an update", Europäische Kommission, European Economy, Economic Papers 478).
2. Datenquellen für die Schätzungen zum gesamtwirtschaftlichen Produktionspotenzial sind die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen und die Anlagevermögensrechnung des Statistischen Bundesamts sowie die gesamtwirtschaftlichen Projektionen der Bundesregierung für den Zeitraum der mittelfristigen Finanzplanung. Für die Entwicklung der Erwerbsbevölkerung wird die 12. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamts zugrunde gelegt (Variante 1-W1), die an aktuelle Entwicklungen angepasst wird (z. B. Zuwanderung). Die Zeitreihen für Arbeitszeit je Erwerbstätigem und Partizipationsraten werden – im Rahmen von Trendfortschreibungen – um drei Jahre über den Zeitraum der mittelfristigen Finanzplanung hinaus verlängert, um dem Randwertproblem bei Glättungen mit dem Hodrick-Prescott-Filter Rechnung zu tragen.
3. Die Bundesregierung verwendet seit der Herbstprojektion 2012 für die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter die Altersgruppe der 15-Jährigen bis einschließlich 74-Jährigen anstatt wie vorher die der 15-Jährigen bis einschließlich 64-Jährigen. Die Europäische Kommission hat diese neue Definition erstmalig in der Winterprojektion 2013 verwendet.
4. Für den Zeitraum vor 1991 werden Rückrechnungen auf der Grundlage von Zahlenangaben des Statistischen Bundesamts zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in Westdeutschland durchgeführt.
5. Die Berechnungen basieren auf dem Stand der Herbstprojektion 2013 der Bundesregierung.
6. Das **Produktionspotenzial** ist ein Maß für die gesamtwirtschaftlichen Produktionskapazitäten, die mittel- und langfristig die Wachstumsmöglichkeiten einer Volkswirtschaft determinieren. Die Produktionslücke kennzeichnet die Abweichung der erwarteten

Statistiken und Dokumentationen

GESAMTWIRTSCHAFTLICHES PRODUKTIONSPOTENZIAL UND KONJUNKTURKOMponentEN

wirtschaftlichen Entwicklung von der konjunkturellen Normallage, dem **Produktionspotenzial**. Die Produktionslücken, d. h. die Abweichungen des Bruttoinlandsprodukts vom Potenzialpfad, geben das Ausmaß der gesamtwirtschaftlichen Unterbeziehungsweise Überauslastung wieder. In diesem Zusammenhang spricht man auch von „negativen“ beziehungsweise „positiven“ Produktionslücken (oder Output Gaps).

Der **Potenzialpfad** beschreibt die Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts bei Normalauslastung der gesamtwirtschaftlichen Produktionskapazitäten und damit die gesamtwirtschaftliche Aktivität, die ohne inflationäre Verspannungen bei gegebenen Rahmenbedingungen möglich ist. Schätzungen zum Produktionspotenzial sowie daraus ermittelte Produktionslücken dienen nicht nur als Berechnungsgrundlage für die neue Schuldenregel, sondern auch, um das gesamtstaatliche strukturelle Defizit zu berechnen. Darüber hinaus sind sie eine wichtige Referenzgröße für die gesamtwirtschaftlichen Vorausschätzungen, die für die mittelfristige Finanzplanung durchgeführt werden.

Zur Bestimmung der maximal zulässigen Nettokreditaufnahme des Bundes ist,

neben der Bereinigung um den Saldo der finanziellen Transaktionen, eine Konjunkturbereinigung der öffentlichen Einnahmen und Ausgaben durchzuführen, um eine ebenso in wirtschaftlich guten wie in wirtschaftlich schlechten Zeiten konjunkturgerechte, symmetrisch reagierende Finanzpolitik zu gewährleisten. Dies erfolgt durch eine explizite Berücksichtigung der konjunkturellen Einflüsse auf die öffentlichen Haushalte mithilfe einer **Konjunkturkomponente**, die die zulässige Obergrenze für die Nettokreditaufnahme in konjunkturrell schlechten Zeiten erweitert und in konjunkturrell guten Zeiten einschränkt. Die **Budgetsensitivität** als zweites Element zur Bestimmung der Konjunkturkomponente gibt an, wie die Einnahmen und Ausgaben des Bundes auf eine Veränderung der gesamtwirtschaftlichen Aktivität reagieren.

Weitere Erläuterungen und Hintergrundinformationen sind im Monatsbericht Februar 2011, Artikel „Die Ermittlung der Konjunkturkomponente des Bundes im Rahmen der neuen Schuldenregel“ zu finden. (http://www.bundesfinanzministerium.de/nm_123210/DE/BMF__Startseite/Aktuelles/Monatsbericht__des__BMF/2011/02/analysen-und-berichte/b03-konjunkturkomponente-des-bundes/node.html?__nnn=true).

Tabelle 1: Produktionslücken, Budgetsemielastizität und Konjunkturkomponenten

	Produktionspotenzial	Bruttoinlandsprodukt	Produktionslücke	Budgetsemielastizität	Konjunkturkomponente ¹
	in Mrd. € (nominal)				in Mrd. € (nominal)
2014	2 849,3	2 826,2	-23,1	0,210	-4,8
2015	2 929,3	2 910,7	-18,5	0,210	-3,9
2016	3 009,4	2 997,8	-11,6	0,210	-2,4
2017	3 093,0	3 087,5	-5,5	0,210	-1,1
2018	3 179,9	3 179,9	0,0	0,210	0,0


¹ Die hier für die dargestellten Jahre angegebene Konjunkturkomponente des Bundes ergibt sich rechnerisch aus den Ergebnissen der zugrunde liegenden gesamtwirtschaftlichen Vorausschätzung. Die für die Haushaltsaufstellung letztlich maßgeblichen Werte sind den jeweiligen Haushaltsgesetzen des Bundes zu entnehmen.

Statistiken und Dokumentationen

GESAMTWIRTSCHAFTLICHES PRODUKTIONSPOTENZIAL UND KONJUNKTURKOMponentEN

Tabelle 2: Produktionspotenzial und -lücken

	Produktionspotenzial				Produktionslücken			
	preisbereinigt		nominal		preisbereinigt		nominal	
	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr	in Mrd. €	in % des pot. BIP	in Mrd. €	in % des pot. BIP
1980	1 383,6	.	835,3	.	32,1	2,3	19,4	2,3
1981	1 414,1	+2,2	889,3	+6,5	9,1	0,6	5,7	0,6
1982	1 442,5	+2,0	948,8	+6,7	-24,9	-1,7	-16,4	-1,7
1983	1 471,2	+2,0	994,8	+4,9	-31,3	-2,1	-21,2	-2,1
1984	1 501,2	+2,0	1 035,3	+4,1	-20,7	-1,4	-14,2	-1,4
1985	1 532,2	+2,1	1 079,1	+4,2	-17,2	-1,1	-12,1	-1,1
1986	1 566,9	+2,3	1 136,7	+5,3	-17,3	-1,1	-12,5	-1,1
1987	1 603,7	+2,3	1 178,2	+3,7	-32,3	-2,0	-23,7	-2,0
1988	1 643,6	+2,5	1 227,9	+4,2	-13,9	-0,8	-10,4	-0,8
1989	1 689,3	+2,8	1 298,5	+5,7	3,8	0,2	2,9	0,2
1990	1 739,6	+3,0	1 382,5	+6,5	42,6	2,4	33,8	2,4
1991	1 792,9	+3,1	1 468,8	+6,2	80,3	4,5	65,8	4,5
1992	1 847,2	+3,0	1 595,1	+8,6	61,7	3,3	53,3	3,3
1993	1 895,7	+2,6	1 702,2	+6,7	-5,9	-0,3	-5,3	-0,3
1994	1 935,5	+2,1	1 781,2	+4,6	1,1	0,1	1,0	0,1
1995	1 970,2	+1,8	1 849,6	+3,8	-1,1	-0,1	-1,1	-0,1
1996	2 001,8	+1,6	1 891,2	+2,3	-17,1	-0,9	-16,2	-0,9
1997	2 031,5	+1,5	1 924,4	+1,8	-12,4	-0,6	-11,8	-0,6
1998	2 061,3	+1,5	1 964,1	+2,1	-4,6	-0,2	-4,4	-0,2
1999	2 093,3	+1,6	1 998,4	+1,7	1,9	0,1	1,8	0,1
2000	2 126,7	+1,6	2 016,7	+0,9	32,5	1,5	30,8	1,5
2001	2 159,7	+1,6	2 071,0	+2,7	32,2	1,5	30,9	1,5
2002	2 190,9	+1,4	2 131,0	+2,9	1,2	0,1	1,2	0,1
2003	2 219,5	+1,3	2 182,5	+2,4	-35,6	-1,6	-35,0	-1,6
2004	2 247,7	+1,3	2 233,9	+2,4	-38,4	-1,7	-38,2	-1,7
2005	2 275,3	+1,2	2 275,3	+1,9	-50,9	-2,2	-50,9	-2,2
2006	2 304,9	+1,3	2 312,1	+1,6	1,8	0,1	1,8	0,1
2007	2 334,9	+1,3	2 380,4	+3,0	47,2	2,0	48,1	2,0
2008	2 363,2	+1,2	2 427,9	+2,0	44,7	1,9	45,9	1,9
2009	2 384,8	+0,9	2 479,0	+2,1	-100,8	-4,2	-104,8	-4,2
2010	2 409,1	+1,0	2 530,1	+2,1	-33,4	-1,4	-35,1	-1,4
2011	2 438,9	+1,2	2 593,0	+2,5	15,9	0,7	16,9	0,7
2012	2 473,3	+1,4	2 668,1	+2,9	-1,6	-0,1	-1,7	-0,1
2013	2 509,3	+1,5	2 764,4	+3,6	-26,4	-1,1	-29,1	-1,1
2014	2 545,4	+1,4	2 849,3	+3,1	-20,6	-0,8	-23,1	-0,8
2015	2 576,7	+1,2	2 929,3	+2,8	-16,3	-0,6	-18,5	-0,6
2016	2 606,4	+1,2	3 009,4	+2,7	-10,0	-0,4	-11,6	-0,4
2017	2 637,6	+1,2	3 093,0	+2,8	-4,7	-0,2	-5,5	-0,2
2018	2 670,0	+1,2	3 179,9	+2,8	0,0	0,0	0,0	0,0

 Statistiken und Dokumentationen

GESAMTWIRTSCHAFTLICHES PRODUKTIONSPOTENZIAL UND KONJUNKTURKOMponentEN

Tabelle 3: Beiträge der Produktionsfaktoren und des technischen Fortschritts zum preisbereinigten Potenzialwachstum¹

	Produktionspotenzial	Totale Faktorproduktivität	Arbeit	Kapital
	in % ggü. Vorjahr	Prozentpunkte	Prozentpunkte	Prozentpunkte
1981	+2,2	1,0	0,1	1,1
1982	+2,0	1,0	0,0	1,0
1983	+2,0	1,2	-0,1	0,9
1984	+2,0	1,2	-0,1	0,9
1985	+2,1	1,3	-0,1	0,8
1986	+2,3	1,4	0,0	0,8
1987	+2,3	1,5	0,0	0,8
1988	+2,5	1,6	0,0	0,8
1989	+2,8	1,7	0,2	0,9
1990	+3,0	1,8	0,2	0,9
1991	+3,1	1,8	0,2	1,0
1992	+3,0	1,6	0,2	1,1
1993	+2,6	1,4	0,1	1,1
1994	+2,1	1,3	-0,2	1,0
1995	+1,8	1,1	-0,3	1,0
1996	+1,6	1,0	-0,3	0,9
1997	+1,5	1,0	-0,3	0,9
1998	+1,5	0,9	-0,3	0,9
1999	+1,6	0,9	-0,3	0,9
2000	+1,6	1,0	-0,3	0,9
2001	+1,6	1,0	-0,2	0,8
2002	+1,4	0,9	-0,1	0,7
2003	+1,3	0,8	-0,1	0,6
2004	+1,3	0,8	0,0	0,5
2005	+1,2	0,7	0,0	0,5
2006	+1,3	0,8	0,0	0,5
2007	+1,3	0,7	0,1	0,5
2008	+1,2	0,6	0,1	0,5
2009	+0,9	0,4	0,0	0,4
2010	+1,0	0,5	0,2	0,4
2011	+1,2	0,5	0,4	0,4
2012	+1,4	0,5	0,5	0,4
2013	+1,5	0,5	0,6	0,4
2014	+1,4	0,5	0,5	0,4
2015	+1,2	0,6	0,2	0,4
2016	+1,2	0,6	0,1	0,4
2017	+1,2	0,7	0,1	0,4
2018	+1,2	0,7	0,1	0,5

¹ Abweichungen des ausgewiesenen Potenzialwachstums von der Summe der Wachstumsbeiträge sind rundungsbedingt.



GESAMTWIRTSCHAFTLICHES PRODUKTIONSPOTENZIAL UND KONJUNKTURKOMponentEN

Tabelle 4: Bruttoinlandsprodukt

	preisbereinigt ¹		nominal	
	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr
1960	689,7		166,7	
1961	721,6	+4,6	186,4	+11,8
1962	755,3	+4,7	207,0	+11,1
1963	776,5	+2,8	219,3	+5,9
1964	828,3	+6,7	243,2	+10,9
1965	872,6	+5,4	266,9	+9,7
1966	896,9	+2,8	276,9	+3,7
1967	894,2	-0,3	271,9	-1,8
1968	942,9	+5,5	298,5	+9,8
1969	1 013,3	+7,5	340,5	+14,1
1970	1 064,3	+5,0	390,9	+14,8
1971	1 097,7	+3,1	433,8	+11,0
1972	1 144,9	+4,3	473,0	+9,0
1973	1 199,6	+4,8	526,8	+11,4
1974	1 210,3	+0,9	570,2	+8,2
1975	1 199,8	-0,9	597,2	+4,8
1976	1 259,1	+4,9	647,5	+8,4
1977	1 301,3	+3,3	690,0	+6,6
1978	1 340,4	+3,0	735,9	+6,7
1979	1 396,1	+4,2	799,2	+8,6
1980	1 415,7	+1,4	854,7	+6,9
1981	1 423,2	+0,5	895,1	+4,7
1982	1 417,6	-0,4	932,4	+4,2
1983	1 439,9	+1,6	973,6	+4,4
1984	1 480,6	+2,8	1 021,0	+4,9
1985	1 515,0	+2,3	1 067,0	+4,5
1986	1 549,7	+2,3	1 124,2	+5,4
1987	1 571,4	+1,4	1 154,5	+2,7
1988	1 629,7	+3,7	1 217,5	+5,5
1989	1 693,2	+3,9	1 301,4	+6,9
1990	1 782,1	+5,3	1 416,3	+8,8
1991	1 873,2	+5,1	1 534,6	+8,4
1992	1 909,0	+1,9	1 648,4	+7,4
1993	1 889,9	-1,0	1 696,9	+2,9
1994	1 936,6	+2,5	1 782,2	+5,0
1995	1 969,0	+1,7	1 848,5	+3,7
1996	1 984,6	+0,8	1 875,0	+1,4
1997	2 019,1	+1,7	1 912,6	+2,0
1998	2 056,7	+1,9	1 959,7	+2,5
1999	2 095,2	+1,9	2 000,2	+2,1

 Statistiken und Dokumentationen

GESAMTWIRTSCHAFTLICHES PRODUKTIONSPOTENZIAL UND KONJUNKTURKOMponentEN

noch Tabelle 4: Bruttoinlandsprodukt

	preisbereinigt ¹		nominal	
	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr
2000	2 159,2	+3,1	2 047,5	+2,4
2001	2 191,9	+1,5	2 101,9	+2,7
2002	2 192,1	+0,0	2 132,2	+1,4
2003	2 183,9	-0,4	2 147,5	+0,7
2004	2 209,3	+1,2	2 195,7	+2,2
2005	2 224,4	+0,7	2 224,4	+1,3
2006	2 306,7	+3,7	2 313,9	+4,0
2007	2 382,1	+3,3	2 428,5	+5,0
2008	2 407,9	+1,1	2 473,8	+1,9
2009	2 284,0	-5,1	2 374,2	-4,0
2010	2 375,7	+4,0	2 495,0	+5,1
2011	2 454,8	+3,3	2 609,9	+4,6
2012	2 471,8	+0,7	2 666,4	+2,2
2013	2 482,9	+0,5	2 735,2	+2,6
2014	2 524,8	+1,7	2 826,2	+3,3
2015	2 560,4	+1,4	2 910,7	+3,0
2016	2 596,4	+1,4	2 997,8	+3,0
2017	2 633,0	+1,4	3 087,5	+3,0
2018	2 670,0	+1,4	3 179,9	+3,0


¹Verkettete Volumenangaben, berechnet auf Basis der vom Statistischen Bundesamt veröffentlichten Indexwerte (2005 = 100).


 Statistiken und Dokumentationen

GESAMTWIRTSCHAFTLICHES PRODUKTIONSPOTENZIAL UND KONJUNKTURKOMponentEN

Tabelle 5: Bevölkerung und Arbeitsmarkt

Jahr	Erwerbsbevölkerung ¹		Partizipationsraten		Erwerbstätige, Inland	
			Trend	Tatsächlich bzw. prognostiziert		
	in Tsd.	in % ggü. Vorjahr	in %	in %	in Tsd.	in % ggü. Vorjahr
1960	54 632	.	.	59,9	32 275	.
1961	54 667	+0,1	.	60,4	32 725	+1,4
1962	54 803	+0,2	.	60,4	32 839	+0,3
1963	55 035	+0,4	.	60,4	32 917	+0,2
1964	55 219	+0,3	.	60,2	32 945	+0,1
1965	55 499	+0,5	59,8	60,2	33 132	+0,6
1966	55 793	+0,5	59,4	59,7	33 030	-0,3
1967	55 845	+0,1	59,0	58,6	31 954	-3,3
1968	55 951	+0,2	58,7	58,1	31 982	+0,1
1969	56 377	+0,8	58,5	58,2	32 479	+1,6
1970	56 586	+0,4	58,5	58,5	32 926	+1,4
1971	56 729	+0,3	58,5	58,7	33 076	+0,5
1972	57 126	+0,7	58,5	58,7	33 258	+0,6
1973	57 519	+0,7	58,5	59,1	33 660	+1,2
1974	57 776	+0,4	58,3	58,7	33 341	-0,9
1975	57 814	+0,1	58,1	58,0	32 504	-2,5
1976	57 871	+0,1	58,0	57,8	32 369	-0,4
1977	58 057	+0,3	58,0	57,6	32 442	+0,2
1978	58 348	+0,5	58,1	57,8	32 763	+1,0
1979	58 738	+0,7	58,4	58,3	33 396	+1,9
1980	59 196	+0,8	58,8	58,8	33 956	+1,7
1981	59 595	+0,7	59,4	59,3	33 996	+0,1
1982	59 823	+0,4	60,1	60,1	33 734	-0,8
1983	59 931	+0,2	60,9	61,0	33 427	-0,9
1984	59 957	+0,0	61,7	61,7	33 715	+0,9
1985	59 980	+0,0	62,4	62,6	34 188	+1,4
1986	60 095	+0,2	63,2	63,1	34 845	+1,9
1987	60 194	+0,2	63,8	63,7	35 331	+1,4
1988	60 300	+0,2	64,4	64,4	35 834	+1,4
1989	60 567	+0,4	64,9	64,8	36 507	+1,9
1990	60 955	+0,6	65,3	65,8	37 657	+3,2
1991	61 427	+0,8	65,5	66,5	38 712	+2,8
1992	62 068	+1,0	65,5	65,6	38 183	-1,4
1993	62 679	+1,0	65,4	65,0	37 695	-1,3
1994	63 022	+0,5	65,3	65,0	37 667	-0,1
1995	63 211	+0,3	65,3	64,9	37 802	+0,4
1996	63 340	+0,2	65,5	65,2	37 772	-0,1
1997	63 383	+0,1	65,7	65,5	37 716	-0,1
1998	63 381	-0,0	66,0	66,1	38 148	+1,1
1999	63 431	+0,1	66,3	66,4	38 721	+1,5



GESAMTWIRTSCHAFTLICHES PRODUKTIONSPOTENZIAL UND KONJUNKTURKOMponentEN

noch Tabelle 5: Bevölkerung und Arbeitsmarkt

Jahr	Erwerbsbevölkerung ¹		Partizipationsraten		Erwerbstätige, Inland	
			Trend	Tatsächlich bzw. prognostiziert		
	in Tsd.	in % ggü. Vorjahr	in %	in %	in Tsd.	in % ggü. Vorjahr
2000	63 515	+0,1	66,6	66,9	39 382	+1,7
2001	63 643	+0,2	66,9	67,1	39 485	+0,3
2002	63 819	+0,3	67,1	67,0	39 257	-0,6
2003	63 942	+0,2	67,3	67,0	38 918	-0,9
2004	63 998	+0,1	67,5	67,5	39 034	+0,3
2005	64 032	+0,1	67,7	68,0	38 976	-0,1
2006	64 029	-0,0	67,9	67,8	39 192	+0,6
2007	63 983	-0,1	68,0	67,9	39 857	+1,7
2008	63 881	-0,2	68,2	68,1	40 348	+1,2
2009	63 650	-0,4	68,5	68,5	40 372	+0,1
2010	63 381	-0,4	68,8	68,7	40 587	+0,5
2011	63 218	-0,3	69,1	69,1	41 152	+1,4
2012	63 195	-0,0	69,4	69,5	41 608	+1,1
2013	63 167	-0,0	69,7	69,8	41 843	+0,6
2014	63 061	-0,2	70,0	70,1	42 023	+0,4
2015	62 866	-0,3	70,3	70,3	42 089	+0,2
2016	62 613	-0,4	70,5	70,5	42 156	+0,2
2017	62 387	-0,4	70,7	70,7	42 223	+0,2
2018	62 164	-0,4	71,0	70,9	42 290	+0,2
2019	61 938	-0,4	71,2	71,2	.	.
2020	61 812	-0,2	71,4	71,4	.	.
2021	61 726	-0,1	71,7	71,7	.	.

¹12. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamtes; Variante 1-W1, angepasst an aktuelle Entwicklungen.

Statistiken und Dokumentationen

GESAMTWIRTSCHAFTLICHES PRODUKTIONSPOTENZIAL UND KONJUNKTURKOMponentEN

noch Tabelle 5: Bevölkerung und Arbeitsmarkt

Jahr	Arbeitszeit je Erwerbstätigem, Arbeitsstunden				Arbeitnehmer, Inland		Erwerbslose, Inländer	
	Trend		Tatsächlich bzw. prognostiziert		in Tsd.	in % ggü. Vorjahr	in % der Erwerbspersonen	NAWRU ²
	Stunden	in % ggü. Vorjahr	Stunden	in % ggü. Vorjahr				
1960	.	.	2 165		25 095		1,4	.
1961	.	.	2 138	-1,2	25 710	+2,5	0,9	.
1962	.	.	2 102	-1,7	26 079	+1,4	0,8	.
1963	.	.	2 071	-1,4	26 377	+1,1	1,0	.
1964	.	.	2 083	+0,6	26 673	+1,1	0,9	.
1965	2 065	.	2 069	-0,7	27 035	+1,4	0,8	.
1966	2 041	-1,2	2 043	-1,3	27 050	+0,1	0,8	.
1967	2 017	-1,2	2 005	-1,8	26 139	-3,4	2,4	1,0
1968	1 994	-1,1	1 993	-0,6	26 305	+0,6	1,7	1,0
1969	1 971	-1,2	1 973	-1,0	27 034	+2,8	0,9	1,0
1970	1 948	-1,2	1 958	-0,8	27 814	+2,9	0,5	1,1
1971	1 923	-1,3	1 926	-1,6	28 276	+1,7	0,7	1,1
1972	1 897	-1,4	1 903	-1,2	28 616	+1,2	0,9	1,2
1973	1 870	-1,4	1 875	-1,5	29 133	+1,8	1,0	1,3
1974	1 845	-1,3	1 835	-2,1	28 983	-0,5	1,7	1,5
1975	1 823	-1,2	1 798	-2,0	28 319	-2,3	3,1	1,8
1976	1 805	-1,0	1 811	+0,7	28 397	+0,3	3,2	2,2
1977	1 788	-0,9	1 793	-1,0	28 632	+0,8	3,1	2,6
1978	1 773	-0,9	1 775	-1,1	29 025	+1,4	2,9	3,1
1979	1 758	-0,9	1 763	-0,7	29 755	+2,5	2,4	3,7
1980	1 742	-0,9	1 743	-1,1	30 337	+2,0	2,4	4,2
1981	1 727	-0,9	1 722	-1,2	30 416	+0,3	3,8	4,9
1982	1 712	-0,9	1 711	-0,6	30 192	-0,7	6,2	5,5
1983	1 696	-0,9	1 698	-0,8	29 925	-0,9	8,6	6,1
1984	1 680	-1,0	1 686	-0,7	30 213	+1,0	8,9	6,6
1985	1 662	-1,0	1 663	-1,4	30 689	+1,6	9,0	7,0
1986	1 645	-1,1	1 644	-1,1	31 322	+2,1	8,1	7,2
1987	1 627	-1,1	1 622	-1,3	31 842	+1,7	7,8	7,3
1988	1 610	-1,0	1 617	-0,3	32 356	+1,6	7,7	7,3
1989	1 594	-1,0	1 594	-1,4	33 004	+2,0	6,9	7,3
1990	1 579	-0,9	1 571	-1,4	34 135	+3,4	6,1	7,3
1991	1 566	-0,8	1 552	-1,2	35 148	+3,0	5,3	7,2
1992	1 556	-0,7	1 564	+0,8	34 567	-1,7	6,2	7,2
1993	1 547	-0,6	1 547	-1,1	34 020	-1,6	7,5	7,3
1994	1 537	-0,6	1 545	-0,1	33 909	-0,3	8,1	7,3
1995	1 527	-0,7	1 529	-1,1	33 996	+0,3	7,9	7,5
1996	1 516	-0,7	1 511	-1,1	33 907	-0,3	8,5	7,6
1997	1 506	-0,7	1 505	-0,4	33 803	-0,3	9,2	7,9
1998	1 495	-0,7	1 499	-0,4	34 189	+1,1	8,9	8,0
1999	1 483	-0,8	1 491	-0,5	34 735	+1,6	8,1	8,2

Statistiken und Dokumentationen


GESAMTWIRTSCHAFTLICHES PRODUKTIONSPOTENZIAL UND KONJUNKTURKOMponentEN

noch Tabelle 5: Bevölkerung und Arbeitsmarkt

Jahr	Arbeitszeit je Erwerbstätigem, Arbeitsstunden				Arbeitnehmer, Inland		Erwerbslose, Inländer	
	Trend		Tatsächlich bzw. prognostiziert		in Tsd.	in % ggü. Vorjahr	in % der Erwerbspersonen	NAWRU ²
	Stunden	in % ggü. Vorjahr	Stunden	in % ggü. Vorjahr				
2000	1 471	-0,8	1 471	-1,4	35 387	+1,9	7,4	8,4
2001	1 459	-0,8	1 453	-1,2	35 465	+0,2	7,5	8,5
2002	1 449	-0,7	1 441	-0,8	35 203	-0,7	8,2	8,6
2003	1 441	-0,6	1 436	-0,4	34 800	-1,1	9,1	8,7
2004	1 434	-0,5	1 436	+0,0	34 777	-0,1	9,6	8,7
2005	1 428	-0,4	1 431	-0,4	34 559	-0,6	10,5	8,7
2006	1 423	-0,4	1 424	-0,5	34 736	+0,5	9,8	8,5
2007	1 417	-0,4	1 422	-0,1	35 359	+1,8	8,3	8,2
2008	1 411	-0,4	1 422	-0,0	35 868	+1,4	7,2	7,8
2009	1 405	-0,4	1 382	-2,8	35 901	+0,1	7,4	7,3
2010	1 401	-0,3	1 404	+1,6	36 111	+0,6	6,8	6,8
2011	1 398	-0,2	1 405	+0,1	36 604	+1,4	5,7	6,3
2012	1 395	-0,2	1 393	-0,9	37 060	+1,2	5,3	5,8
2013	1 394	-0,1	1 388	-0,4	37 345	+0,8	5,1	5,2
2014	1 393	-0,0	1 393	+0,3	37 511	+0,4	5,0	4,7
2015	1 394	+0,0	1 395	+0,1	37 577	+0,2	4,7	4,4
2016	1 395	+0,1	1 396	+0,1	37 644	+0,2	4,5	4,3
2017	1 396	+0,1	1 397	+0,1	37 711	+0,2	4,3	4,2
2018	1 398	+0,1	1 399	+0,1	37 778	+0,2	4,1	4,2
2019	1 399	+0,1	1 400	+0,1
2020	1 401	+0,1	1 401	+0,1
2021	1 402	+0,1	1 401	+0,1

¹12. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamtes; Variante 1-W1, angepasst an aktuelle Entwicklungen.

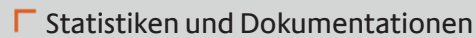
²NAWRU - Non-Accelerating Wage Rate of Unemployment.

 Statistiken und Dokumentationen

GESAMTWIRTSCHAFTLICHES PRODUKTIONSPOTENZIAL UND KONJUNKTURKOMPONENTEN

Tabelle 6: Kapitalstock und Investitionen

	Bruttoanlagevermögen		Bruttoanlageinvestitionen		Abgangssquote
	preisbereinigt		preisbereinigt		tatsächlich bzw. prognostiziert
	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr	in %
1980	6 110,9	+3,5	286,6	+2,3	1,4
1981	6 307,7	+3,2	273,2	-4,7	1,2
1982	6 485,6	+2,8	260,7	-4,6	1,3
1983	6 655,5	+2,6	268,5	+3,0	1,5
1984	6 823,4	+2,5	269,0	+0,2	1,5
1985	6 985,8	+2,4	270,8	+0,7	1,6
1986	7 149,0	+2,3	279,4	+3,2	1,7
1987	7 315,5	+2,3	285,2	+2,1	1,7
1988	7 487,8	+2,4	299,6	+5,0	1,7
1989	7 672,9	+2,5	321,3	+7,2	1,8
1990	7 876,2	+2,7	346,9	+8,0	1,9
1991	8 112,9	+3,0	365,4	+5,3	1,6
1992	8 378,1	+3,3	382,2	+4,6	1,4
1993	8 636,4	+3,1	365,9	-4,3	1,3
1994	8 887,4	+2,9	381,4	+4,2	1,5
1995	9 140,0	+2,8	380,7	-0,2	1,4
1996	9 384,7	+2,7	378,6	-0,6	1,5
1997	9 622,5	+2,5	382,2	+0,9	1,5
1998	9 862,1	+2,5	397,4	+4,0	1,6
1999	10 109,6	+2,5	415,4	+4,5	1,7
2000	10 361,7	+2,5	426,3	+2,6	1,7
2001	10 601,8	+2,3	412,2	-3,3	1,7
2002	10 807,2	+1,9	387,0	-6,1	1,7
2003	10 984,2	+1,6	382,4	-1,2	1,9
2004	11 148,6	+1,5	381,5	-0,2	2,0
2005	11 304,0	+1,4	384,5	+0,8	2,1
2006	11 467,3	+1,4	416,1	+8,2	2,2
2007	11 647,1	+1,6	435,8	+4,7	2,2
2008	11 830,9	+1,6	441,4	+1,3	2,2
2009	11 983,4	+1,3	389,9	-11,7	2,0
2010	12 113,1	+1,1	412,2	+5,7	2,4
2011	12 252,5	+1,2	440,5	+6,9	2,5
2012	12 394,7	+1,2	431,3	-2,1	2,4
2013	12 535,3	+1,1	430,2	-0,3	2,3
2014	12 672,1	+1,1	448,8	+4,3	2,5
2015	12 814,3	+1,1	461,3	+2,8	2,5
2016	12 968,8	+1,2	474,1	+2,8	2,5
2017	13 132,4	+1,3	487,3	+2,8	2,5
2018	13 305,1	+1,3	500,9	+2,8	2,5


 Statistiken und Dokumentationen

GESAMTWIRTSCHAFTLICHES PRODUKTIONSPOTENZIAL UND KONJUNKTURKOMponentEN

Tabelle 7: Solow-Residuen und Totale Faktorproduktivität

	Solow-Residuen		Totale Faktorproduktivität	
		log		log
1980		-7,4285		-7,4394
1981		-7,4270		-7,4294
1982		-7,4314		-7,4191
1983		-7,4141		-7,4077
1984		-7,3961		-7,3953
1985		-7,3814		-7,3822
1986		-7,3718		-7,3681
1987		-7,3662		-7,3531
1988		-7,3450		-7,3367
1989		-7,3180		-7,3194
1990		-7,2866		-7,3015
1991		-7,2573		-7,2839
1992		-7,2459		-7,2676
1993		-7,2510		-7,2534
1994		-7,2351		-7,2408
1995		-7,2238		-7,2297
1996		-7,2171		-7,2197
1997		-7,2052		-7,2103
1998		-7,2001		-7,2011
1999		-7,1966		-7,1918
2000		-7,1770		-7,1820
2001		-7,1639		-7,1723
2002		-7,1615		-7,1632
2003		-7,1628		-7,1549
2004		-7,1585		-7,1471
2005		-7,1532		-7,1396
2006		-7,1223		-7,1321
2007		-7,1056		-7,1254
2008		-7,1081		-7,1197
2009		-7,1473		-7,1153
2010		-7,1258		-7,1105
2011		-7,1064		-7,1058
2012		-7,1051		-7,1011
2013		-7,1059		-7,0962
2014		-7,0980		-7,0907
2015		-7,0896		-7,0849
2016		-7,0815		-7,0787
2017		-7,0736		-7,0721
2018		-7,0659		-7,0651

Statistiken und Dokumentationen

GESAMTWIRTSCHAFTLICHES PRODUKTIONSPOTENZIAL UND KONJUNKTURKOMponentEN

Tabelle 8: Preise und Löhne

	Deflator des Bruttoinlandsprodukts		Deflator des privaten Konsums		Arbeitnehmerentgelte, Inland	
	2005=100	in % ggü. Vorjahr	2005=100	in % ggü. Vorjahr	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr
1960	24,2	.	27,7	.	83,9	.
1961	25,8	+6,8	28,6	+3,3	94,7	+12,9
1962	27,4	+6,1	29,5	+2,9	104,8	+10,6
1963	28,2	+3,0	30,3	+3,0	112,4	+7,3
1964	29,4	+4,0	31,0	+2,2	123,0	+9,4
1965	30,6	+4,2	32,0	+3,2	136,5	+11,0
1966	30,9	+0,9	33,2	+3,6	147,0	+7,7
1967	30,4	-1,5	33,7	+1,6	146,7	-0,2
1968	31,7	+4,1	34,2	+1,6	157,6	+7,4
1969	33,6	+6,2	34,9	+1,9	177,3	+12,6
1970	36,7	+9,3	36,1	+3,5	210,6	+18,7
1971	39,5	+7,6	38,1	+5,6	238,7	+13,3
1972	41,3	+4,5	39,9	+4,7	264,6	+10,9
1973	43,9	+6,3	42,9	+7,4	301,2	+13,8
1974	47,1	+7,3	46,3	+8,0	333,1	+10,6
1975	49,8	+5,7	48,8	+5,5	348,1	+4,5
1976	51,4	+3,3	50,7	+3,8	376,2	+8,1
1977	53,0	+3,1	52,0	+2,7	403,9	+7,4
1978	54,9	+3,5	53,0	+1,9	431,2	+6,8
1979	57,2	+4,3	56,1	+5,7	466,9	+8,3
1980	60,4	+5,5	59,9	+6,7	507,6	+8,7
1981	62,9	+4,2	63,5	+6,1	532,3	+4,9
1982	65,8	+4,6	66,7	+5,0	549,0	+3,1
1983	67,6	+2,8	68,9	+3,2	561,2	+2,2
1984	69,0	+2,0	70,6	+2,5	583,1	+3,9
1985	70,4	+2,1	71,7	+1,5	606,5	+4,0
1986	72,5	+3,0	70,9	-1,1	638,7	+5,3
1987	73,5	+1,3	70,8	-0,1	667,7	+4,5
1988	74,7	+1,7	72,1	+1,9	695,8	+4,2
1989	76,9	+2,9	74,9	+3,9	728,0	+4,6
1990	79,5	+3,4	77,1	+3,0	787,6	+8,2
1991	81,9	+3,1	79,4	+2,9	858,8	+9,0
1992	86,3	+5,4	82,8	+4,3	931,8	+8,5
1993	89,8	+4,0	85,9	+3,6	954,0	+2,4
1994	92,0	+2,5	88,0	+2,5	978,5	+2,6
1995	93,9	+2,0	89,3	+1,4	1 014,6	+3,7
1996	94,5	+0,6	90,1	+1,0	1 022,9	+0,8
1997	94,7	+0,3	91,3	+1,3	1 026,2	+0,3
1998	95,3	+0,6	91,7	+0,5	1 047,2	+2,0
1999	95,5	+0,2	92,1	+0,4	1 073,7	+2,5

Statistiken und Dokumentationen

GESAMTWIRTSCHAFTLICHES PRODUKTIONSPOTENZIAL UND KONJUNKTURKOMponentEN

noch Tabelle 8: Preise und Löhne

	Deflator des Bruttoinlandsprodukts		Deflator des privaten Konsums		Arbeitnehmerentgelte, Inland	
	2005=100	in % ggü. Vorjahr	2005=100	in % ggü. Vorjahr	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr
2000	94,8	-0,7	92,8	+0,8	1 114,1	+3,8
2001	95,9	+1,1	94,6	+1,9	1 135,1	+1,9
2002	97,3	+1,4	95,7	+1,2	1 141,5	+0,6
2003	98,3	+1,1	97,2	+1,6	1 144,3	+0,2
2004	99,4	+1,1	98,4	+1,2	1 147,5	+0,3
2005	100,0	+0,6	100,0	+1,7	1 139,4	-0,7
2006	100,3	+0,3	101,0	+1,0	1 157,0	+1,5
2007	101,9	+1,6	102,5	+1,5	1 187,0	+2,6
2008	102,7	+0,8	104,2	+1,6	1 229,4	+3,6
2009	103,9	+1,2	104,2	-0,0	1 232,4	+0,2
2010	105,0	+1,0	106,2	+2,0	1 268,6	+3,0
2011	106,3	+1,2	108,4	+2,1	1 324,0	+4,4
2012	107,9	+1,5	110,2	+1,6	1 375,9	+3,9
2013	110,2	+2,1	112,0	+1,6	1 414,5	+2,8
2014	111,9	+1,6	114,0	+1,8	1 457,7	+3,1
2015	113,7	+1,6	115,9	+1,7	1 498,0	+2,8
2016	115,5	+1,6	117,9	+1,7	1 539,3	+2,8
2017	117,3	+1,6	119,9	+1,7	1 581,8	+2,8
2018	119,1	+1,6	121,9	+1,7	1 625,5	+2,8

 Statistiken und Dokumentationen

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 1: Wirtschaftswachstum und Beschäftigung

Jahr	Erwerbstätige im Inland ¹		Erwerbsquote ²	Erwerbslose	Erwerbslosenquote ³	Bruttoinlandsprodukt (real)			Investitionsquote ⁴
	in Mio.	Veränderung in % p.a.	in %	in Mio.	in %	gesamt	je Erwerbstätigen	je Erwerbstätigenstunde	in %
						Veränderung in % p.a.			
1991	38,7	.	51,0	2,2	5,3	.	.	.	23,2
1992	38,2	-1,4	50,5	2,5	6,2	+1,9	+3,3	+2,5	23,5
1993	37,7	-1,3	50,2	3,1	7,5	-1,0	+0,3	+1,4	22,5
1994	37,7	-0,1	50,3	3,3	8,1	+2,5	+2,5	+2,7	22,5
1995	37,8	+0,4	50,2	3,2	7,9	+1,7	+1,3	+2,4	21,9
1996	37,8	-0,1	50,3	3,5	8,5	+0,8	+0,9	+2,0	21,3
1997	37,7	-0,1	50,5	3,8	9,2	+1,7	+1,9	+2,3	21,0
1998	38,1	+1,1	50,9	3,7	8,9	+1,9	+0,7	+1,1	21,1
1999	38,7	+1,5	51,2	3,4	8,1	+1,9	+0,4	+0,9	21,3
2000	39,4	+1,7	51,6	3,1	7,4	+3,1	+1,3	+2,7	21,5
2001	39,5	+0,3	51,7	3,2	7,5	+1,5	+1,2	+2,5	20,1
2002	39,3	-0,6	51,7	3,5	8,3	+0,0	+0,6	+1,4	18,4
2003	38,9	-0,9	51,8	3,9	9,2	-0,4	+0,5	+0,9	17,8
2004	39,0	+0,3	52,2	4,2	9,7	+1,2	+0,9	+0,8	17,4
2005	39,0	-0,1	52,7	4,6	10,5	+0,7	+0,8	+1,2	17,3
2006	39,2	+0,6	52,6	4,2	9,8	+3,7	+3,1	+3,6	18,1
2007	39,9	+1,7	52,7	3,6	8,3	+3,3	+1,5	+1,7	18,4
2008	40,3	+1,2	52,9	3,1	7,2	+1,1	-0,1	-0,1	18,6
2009	40,4	+0,1	53,2	3,2	7,4	-5,1	-5,2	-2,5	17,2
2010	40,6	+0,5	53,2	2,9	6,8	+4,0	+3,5	+1,8	17,4
2011	41,2	+1,4	53,3	2,5	5,7	+3,3	+1,9	+1,8	18,1
2012	41,6	+1,1	53,5	2,3	5,3	+0,7	-0,4	+0,5	17,6
2007/02	39,2	+0,3	52,3	4,0	9,3	+1,7	+1,4	+1,6	17,9
2012/07	40,7	+0,9	53,1	3,0	6,8	+0,7	-0,1	+0,3	17,9

¹Erwerbstätige im Inland nach ESVG 95.²Erwerbspersonen (inländische Erwerbstätige + Erwerbslose [ILO]) in % der Wohnbevölkerung nach ESVG 95.³Erwerbslose (ILO) in % der Erwerbspersonen nach ESVG 95.⁴Anteil der Bruttoanlageinvestitionen am Bruttoinlandsprodukt (nominal).

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

Stand: November 2013.

Statistiken und Dokumentationen

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 2: Preisentwicklung

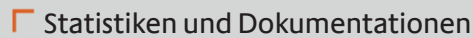
	Bruttoinlands- produkt (nominal)	Bruttoinlands- produkt (Deflator)	Terms of Trade	Inlandsnach- frage (Deflator)	Konsum der Privaten Haushalte (Deflator) ¹	Verbraucher- preisindex (2005=100)	Lohnstück- kosten ²
Jahr	Veränderung in % p.a.						
1991
1992	+7,4	+5,4	+3,2	+4,5	+4,3	+5,1	+6,8
1993	+2,9	+4,0	+1,9	+3,5	+3,6	+4,5	+4,1
1994	+5,0	+2,5	+1,1	+2,3	+2,5	+2,6	+0,5
1995	+3,7	+2,0	+1,6	+1,6	+1,4	+1,8	+2,4
1996	+1,4	+0,6	-0,4	+0,8	+0,9	+1,4	+0,4
1997	+2,0	+0,3	-1,7	+0,7	+1,3	+2,0	-1,0
1998	+2,5	+0,6	+1,8	+0,1	+0,5	+1,0	+0,4
1999	+2,1	+0,2	+0,7	-0,0	+0,4	+0,6	+0,6
2000	+2,4	-0,7	-4,5	+0,8	+0,8	+1,4	+0,5
2001	+2,7	+1,1	-0,0	+1,1	+1,9	+2,0	+0,3
2002	+1,4	+1,4	+2,3	+0,7	+1,2	+1,4	+0,5
2003	+0,7	+1,1	+1,0	+0,9	+1,6	+1,1	+0,9
2004	+2,2	+1,1	+0,1	+1,1	+1,2	+1,6	-0,4
2005	+1,3	+0,6	-1,9	+1,3	+1,7	+1,6	-0,9
2006	+4,0	+0,3	-1,4	+0,8	+1,0	+1,5	-2,4
2007	+5,0	+1,6	+0,5	+1,5	+1,5	+2,3	-1,0
2008	+1,9	+0,8	-1,5	+1,4	+1,6	+2,6	+2,3
2009	-4,0	+1,2	+4,2	-0,3	+0,0	+0,3	+6,2
2010	+5,1	+1,0	-2,1	+1,9	+2,0	+1,1	-1,5
2011	+4,6	+1,2	-2,3	+2,2	+2,1	+2,1	+0,8
2012	+2,2	+1,5	-0,4	+1,7	+1,6	+2,0	+2,8
2007/02	+2,6	+0,9	-0,3	+1,1	+1,4	+1,6	-0,8
2012/07	+1,9	+1,1	-0,4	+1,4	+1,5	+1,6	+2,1

¹ Einschließlich private Organisationen ohne Erwerbszweck.

² Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmerstunde dividiert durch das reale BIP je Erwerbstätigenstunde (Inlandskonzept).

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

Stand: November 2013.



KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 3: Außenwirtschaft¹

	Exporte	Importe	Außenbeitrag	Finanzierungssaldo übrige Welt	Exporte	Importe	Außenbeitrag	Finanzierungssaldo übrige Welt
Jahr	Veränderung in % p.a.		in Mrd. €		Anteile am BIP in %			
1991	.	.	-5,8	-23,4	25,7	26,1	-0,4	-1,5
1992	+0,4	+0,6	-6,7	-18,9	24,0	24,4	-0,4	-1,1
1993	-5,7	-8,0	2,9	-15,2	22,0	21,8	0,2	-0,9
1994	+9,1	+8,3	6,0	-26,1	22,8	22,5	0,3	-1,5
1995	+7,8	+6,7	11,0	-23,3	23,7	23,1	0,6	-1,3
1996	+6,0	+4,5	18,0	-12,8	24,8	23,8	1,0	-0,7
1997	+12,7	+11,7	24,7	-9,3	27,4	26,1	1,3	-0,5
1998	+6,9	+6,8	26,9	-14,6	28,6	27,2	1,4	-0,7
1999	+5,0	+7,0	17,6	-26,1	29,4	28,5	0,9	-1,3
2000	+16,2	+18,7	6,3	-29,4	33,4	33,1	0,3	-1,4
2001	+7,0	+1,8	41,7	-3,9	34,8	32,8	2,0	-0,2
2002	+4,0	-3,6	95,9	42,1	35,7	31,2	4,5	2,0
2003	+0,9	+2,7	84,2	40,5	35,7	31,8	3,9	1,9
2004	+10,3	+7,7	110,8	102,3	38,5	33,5	5,0	4,7
2005	+8,6	+9,2	116,0	112,4	41,3	36,1	5,2	5,1
2006	+14,6	+14,9	130,1	150,0	45,5	39,9	5,6	6,5
2007	+8,8	+5,7	170,0	182,9	47,2	40,2	7,0	7,5
2008	+4,0	+6,1	155,8	150,5	48,2	41,9	6,3	6,1
2009	-15,4	-13,9	116,7	144,6	42,5	37,5	4,9	6,1
2010	+17,9	+17,6	140,2	158,8	47,6	42,0	5,6	6,4
2011	+11,2	+13,1	135,7	159,2	50,6	45,4	5,2	6,1
2012	+4,5	+3,1	157,9	186,0	51,8	45,9	5,9	7,0
2007/02	+8,5	+8,0	117,8	105,0	40,7	35,4	5,2	4,6
2012/07	+3,8	+4,6	146,0	163,7	48,0	42,1	5,8	6,5

¹ In jeweiligen Preisen.

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

Stand: November 2013.

Statistiken und Dokumentationen

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 4: Einkommensverteilung

Jahr	Volkseinkommen	Unternehmens- und Vermögens- einkommen	Arbeitnehmer- entgelte (Inländer)	Lohnquote		Bruttolöhne und -gehälter (je Arbeitnehmer)	Reallöhne (je Arbeitnehmer) ³
				unbereinigt ¹	bereinigt ²		
	Veränderung in % p.a.			in %		Veränderung in % p.a.	
1991	.	.	.	70,8	70,8	.	.
1992	+6,7	+2,6	+8,4	71,9	72,1	+10,2	+4,0
1993	+1,4	-0,8	+2,3	72,5	72,9	+4,3	+0,9
1994	+4,1	+8,2	+2,5	71,4	72,0	+1,9	-2,3
1995	+3,9	+4,9	+3,5	71,1	71,8	+2,9	-0,9
1996	+1,5	+3,1	+0,8	70,7	71,5	+1,2	+0,4
1997	+1,5	+4,2	+0,3	69,9	70,8	+0,0	-2,5
1998	+1,8	+1,3	+2,0	70,0	71,0	+0,8	+0,4
1999	+1,0	-2,4	+2,5	71,1	72,0	+1,3	+1,3
2000	+2,2	-1,5	+3,7	72,1	72,9	+1,3	+1,7
2001	+2,3	+3,6	+1,9	71,8	72,6	+2,0	+1,3
2002	+0,9	+1,7	+0,6	71,6	72,5	+1,4	+0,1
2003	+1,1	+3,2	+0,2	71,0	72,1	+1,1	-1,3
2004	+4,9	+16,0	+0,3	67,9	69,2	+0,5	+0,9
2005	+1,6	+6,4	-0,7	66,4	68,0	+0,3	-1,4
2006	+5,5	+13,3	+1,6	63,9	65,5	+0,8	-1,2
2007	+3,8	+5,8	+2,7	63,2	64,7	+1,5	-0,4
2008	+0,7	-4,2	+3,6	65,0	66,5	+2,3	-0,4
2009	-4,1	-12,3	+0,3	68,0	69,5	+0,0	+0,4
2010	+6,0	+12,4	+3,0	66,1	67,5	+2,3	+1,7
2011	+4,7	+5,3	+4,4	65,9	67,3	+3,3	+0,4
2012	+2,1	-1,4	+3,9	67,1	68,4	+2,9	+1,1
2007/02	+3,4	+8,8	+0,8	67,3	68,7	+0,8	-0,7
2012/07	+1,8	-0,4	+3,0	65,9	67,3	+2,2	+0,6


¹ Arbeitnehmerentgelte in % des Volkseinkommens.

² Korrigiert um die Veränderung in der Beschäftigtenstruktur (Basis 1991).

³ Nettolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer (Inländer) preisbereinigt mit dem Deflator des Konsums der privaten Haushalte (einschließlich private Organisationen ohne Erwerbszweck).

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

Stand: November 2013.

 Statistiken und Dokumentationen

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 5: Reales Bruttoinlandsprodukt (BIP) im internationalen Vergleich

Land	jährliche Veränderungen in %										
	1985	1990	1995	2000	2005	2010	2011	2012	2013	2014	2015
Deutschland	+2,6	+5,1	+1,7	+3,1	+0,7	+4,0	+3,3	+0,7	+0,5	+1,7	+1,9
Belgien	+1,7	+3,1	+2,4	+3,7	+1,8	+2,3	+1,8	-0,1	+0,1	+1,1	+1,4
Estland	-	-	+4,5	+9,7	+8,9	+2,6	+9,6	+3,9	+1,3	+3,0	+3,9
Irland	+3,1	+7,6	+9,8	+10,6	+6,1	-1,1	+2,2	+0,2	+0,3	+1,7	+2,5
Griechenland	+2,5	+0,0	+2,1	+4,5	+2,3	-4,9	-7,1	-6,4	-4,0	+0,6	+2,9
Spanien	+2,3	+3,8	+2,8	+5,0	+3,6	-0,2	+0,1	-1,6	-1,3	+0,5	+1,7
Frankreich	+1,6	+2,6	+2,0	+3,7	+1,8	+1,7	+2,0	+0,0	+0,2	+0,9	+1,7
Italien	+2,8	+2,1	+2,9	+3,7	+0,9	+1,7	+0,5	-2,5	-1,8	+0,7	+1,2
Zypern	-	-	+9,9	+5,0	+3,9	+1,3	+0,4	-2,4	-8,7	-3,9	+1,1
Luxemburg	+2,9	+5,3	+1,4	+8,4	+5,3	+3,1	+1,9	-0,2	+1,9	+1,8	+1,1
Malta	-	-	+6,2	+6,4	+3,6	+4,0	+1,6	+0,8	+1,8	+1,9	+2,0
Niederlande	+2,3	+4,2	+3,1	+3,9	+2,0	+1,5	+0,9	-1,2	-1,0	+0,2	+1,2
Österreich	+2,5	+4,3	+2,7	+3,7	+2,4	+1,8	+2,8	+0,9	+0,4	+1,6	+1,8
Portugal	+1,6	+7,9	+2,3	+3,9	+0,8	+1,9	-1,3	-3,2	-1,8	+0,8	+1,5
Slowenien	-	-	+4,1	+4,3	+4,0	+1,3	+0,7	-2,5	-2,7	-1,0	+0,7
Slowakei	-	-	+5,8	+1,4	+6,7	+4,4	+3,0	+1,8	+0,9	+2,1	+2,9
Finnland	+3,3	+0,5	+4,0	+5,3	+2,9	+3,4	+2,7	-0,8	-0,6	+0,6	+1,6
Euroraum	-	-	+2,3	+3,8	+1,7	+1,9	+1,6	-0,7	-0,4	+1,1	+1,7
Bulgarien	-	-	+2,9	+5,7	+6,4	+0,4	+1,8	+0,8	+0,5	+1,5	+1,8
Tschechien	-	-	+6,2	+4,2	+6,8	+2,5	+1,8	-1,0	-1,0	+1,8	+2,2
Dänemark	+4,0	+1,6	+3,1	+3,5	+2,4	+1,6	+1,1	-0,4	+0,3	+1,7	+1,8
Kroatien	-	-	-	+3,8	+4,3	-2,3	+0,0	-2,0	-0,7	+0,5	+1,2
Lettland	-	-	-0,9	+5,3	+10,1	-1,3	+5,3	+5,0	+4,0	+4,1	+4,2
Litauen	-	-	+3,3	+3,6	+7,8	+1,6	+6,0	+3,7	+3,4	+3,6	+3,9
Ungarn	-	-	+1,5	+4,2	+4,0	+1,1	+1,6	-1,7	+0,7	+1,8	+2,1
Polen	-	-	+7,0	+4,3	+3,6	+3,9	+4,5	+1,9	+1,3	+2,5	+2,9
Rumänien	-	-	+7,1	+2,4	+4,2	-1,1	+2,2	+0,7	+2,2	+2,1	+2,4
Schweden	+2,2	+0,8	+3,9	+4,5	+3,2	+6,6	+2,9	+1,0	+1,1	+2,8	+3,5
Vereinigtes Königreich	+3,6	+0,8	+3,1	+4,4	+3,2	+1,7	+1,1	+0,1	+1,3	+2,2	+2,4
EU	-	-	-	+3,9	+2,2	+2,0	+1,7	-0,4	+0,0	+1,4	+1,9
USA	+4,2	+1,9	+2,7	+4,1	+3,4	+2,5	+1,8	+2,8	+1,6	+2,6	+3,1
Japan	+6,3	+5,6	+1,9	+2,3	+1,3	+4,7	-0,6	+2,0	+2,1	+2,0	+1,3

Quellen: EU-Kommission, Herbstprognose und Statistischer Annex, November 2013.

Stand: November 2013.

Statistiken und Dokumentationen


KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 6: Harmonisierte Verbraucherpreise im internationalen Vergleich

Land	jährliche Veränderungen in %						
	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015
Deutschland	+0,2	+1,2	+2,5	+2,1	+1,7	+1,7	+1,6
Belgien	+0,0	+2,3	+3,4	+2,6	+1,3	+1,3	+1,5
Estland	+0,2	+2,7	+5,1	+4,2	+3,4	+2,8	+3,1
Irland	-1,7	-1,6	+1,2	+1,9	+0,8	+0,9	+1,2
Griechenland	+1,3	+4,7	+3,1	+1,0	-0,8	-0,4	+0,3
Spanien	-0,2	+2,0	+3,1	+2,4	+1,8	+0,9	+0,6
Frankreich	+0,1	+1,7	+2,3	+2,2	+1,0	+1,4	+1,3
Italien	+0,8	+1,6	+2,9	+3,3	+1,5	+1,6	+1,5
Zypern	+0,2	+2,6	+3,5	+3,1	+1,0	+1,2	+1,6
Luxemburg	+0,0	+2,8	+3,7	+2,9	+1,8	+1,7	+1,6
Malta	+1,8	+2,0	+2,5	+3,2	+1,1	+1,8	+2,1
Niederlande	+1,0	+0,9	+2,5	+2,8	+2,7	+1,7	+1,6
Österreich	+0,4	+1,7	+3,6	+2,6	+2,2	+1,8	+1,8
Portugal	-0,9	+1,4	+3,6	+2,8	+0,6	+1,0	+1,2
Slowenien	+0,9	+2,1	+2,1	+2,8	+2,1	+1,9	+1,5
Slowakei	+0,9	+0,7	+4,1	+3,7	+1,7	+1,6	+1,9
Finnland	+1,6	+1,7	+3,3	+3,2	+2,2	+1,9	+1,8
Euroraum	+0,3	+1,6	+2,7	+2,5	+1,5	+1,5	+1,4
Bulgarien	+2,5	+3,0	+3,4	+2,4	+0,5	+1,4	+2,1
Tschechien	+0,6	+1,2	+2,1	+3,5	+1,4	+0,5	+1,6
Dänemark	+1,1	+2,2	+2,7	+2,4	+0,6	+1,5	+1,7
Kroatien	+2,2	+1,1	+2,2	+3,4	+2,6	+1,8	+2,0
Lettland	+3,3	-1,2	+4,2	+2,3	+0,3	+2,1	+2,1
Litauen	+4,2	+1,2	+4,1	+3,2	+1,4	+1,9	+2,4
Ungarn	+4,0	+4,7	+3,9	+5,7	+2,1	+2,2	+3,0
Polen	+4,0	+2,7	+3,9	+3,7	+1,0	+2,0	+2,2
Rumänien	+5,6	+6,1	+5,8	+3,4	+3,3	+2,5	+3,4
Schweden	+1,9	+1,9	+1,4	+0,9	+0,6	+1,3	+1,8
Vereinigtes Königreich	+2,2	+3,3	+4,5	+2,8	+2,6	+2,3	+2,1
EU	+1,0	+2,1	+3,1	+2,6	+1,7	+1,6	+1,6
USA	-0,3	+1,6	+3,1	+2,1	+1,5	+1,9	+2,1
Japan	-1,3	-0,7	-0,3	+0,0	+0,3	+2,6	+1,2

Quelle: EU-Kommission, Herbstprognose, November 2013.

Stand: November 2013.

 Statistiken und Dokumentationen

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 7: Harmonisierte Arbeitslosenquote im internationalen Vergleich

Land	in % der zivilen Erwerbsbevölkerung										
	1985	1990	1995	2000	2005	2010	2011	2012	2013	2014	2015
Deutschland	7,2	4,8	8,3	8,0	11,3	7,1	5,9	5,5	5,4	5,3	5,1
Belgien	10,1	6,6	9,7	6,9	8,5	8,3	7,2	7,6	8,6	8,7	8,4
Estland	-	-	9,7	13,6	7,9	16,9	12,5	10,2	9,3	9,0	8,2
Irland	16,8	13,4	12,3	4,2	4,4	13,9	14,7	14,7	13,3	12,3	11,7
Griechenland	7,0	6,4	9,2	11,2	9,9	12,6	17,7	24,3	27,0	26,0	24,0
Spanien	17,8	14,4	20,0	11,7	9,2	20,1	21,7	25,0	26,6	26,4	25,3
Frankreich	8,9	8,0	10,5	9,0	9,3	9,7	9,6	10,2	11,0	11,2	11,3
Italien	8,2	8,9	11,2	10,0	7,7	8,4	8,4	10,7	12,2	12,4	12,1
Zypern	-	-	2,6	4,8	5,3	6,3	7,9	11,9	16,7	19,2	18,4
Luxemburg	2,9	1,7	2,9	2,2	4,6	4,6	4,8	5,1	5,7	6,4	6,5
Malta	-	4,9	5,0	6,7	7,3	6,9	6,5	6,4	6,4	6,3	6,3
Niederlande	7,3	5,1	7,1	3,1	5,3	4,5	4,4	5,3	7,0	8,0	7,7
Österreich	3,1	3,1	3,9	3,6	5,2	4,4	4,2	4,3	5,1	5,0	4,7
Portugal	9,1	4,8	7,2	4,5	8,6	12,0	12,9	15,9	17,4	17,7	17,3
Slowenien	-	-	6,9	6,7	6,5	7,3	8,2	8,9	11,1	11,6	11,6
Slowakei	-	-	13,3	18,9	16,4	14,5	13,7	14,0	13,9	13,7	13,3
Finnland	4,9	3,2	15,4	9,8	8,4	8,4	7,8	7,7	8,2	8,3	8,1
Euroraum	9,1	7,6	10,7	8,5	9,1	10,1	10,1	11,4	12,2	12,2	11,8
Bulgarien	-	-	12,0	16,4	10,1	10,3	11,3	12,3	12,9	12,4	11,7
Tschechien	-	-	4,0	8,8	7,9	7,3	6,7	7,0	7,1	7,0	6,7
Dänemark	6,7	7,2	6,7	4,3	4,8	7,5	7,6	7,5	7,3	7,2	7,0
Kroatien	-	-	-	15,8	12,8	11,8	13,5	15,9	16,9	16,7	16,1
Lettland	-	0,5	18,9	13,7	9,6	19,8	16,2	15,0	11,7	10,3	9,0
Litauen	-	0,0	6,9	16,4	8,0	18,0	15,4	13,4	11,7	10,4	9,5
Ungarn	-	-	10,1	6,3	7,2	11,2	10,9	10,9	11,0	10,4	10,1
Polen	-	-	13,3	16,1	17,9	9,7	9,7	10,1	10,7	10,8	10,5
Rumänien	-	-	-	6,8	7,2	7,3	7,4	7,0	7,3	7,1	7,0
Schweden	2,9	1,7	8,8	5,6	7,7	8,6	7,8	8,0	8,1	7,9	7,4
Vereinigtes Königreich	11,2	6,9	8,5	5,4	4,8	7,8	8,0	7,9	7,7	7,5	7,3
EU	-	-	-	8,9	9,1	9,7	9,7	10,5	11,1	11,0	10,7
USA	7,2	5,5	5,6	4,0	5,1	9,6	8,9	8,1	7,5	6,9	6,5
Japan	2,6	2,1	3,1	4,7	4,4	5,1	4,6	4,3	4,0	3,9	3,8

Quellen: EU-Kommission, Herbstprognose und Statistischer Annex, November 2013.

Stand: November 2013.

Statistiken und Dokumentationen

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 8: Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Leistungsbilanz in ausgewählten Schwellenländern

	Reales Bruttoinlandsprodukt				Verbraucherpreise				Leistungsbilanz			
	Veränderung gegenüber Vorjahr in %								in % des nominalen Bruttoinlandsprodukts			
	2011	2012	2013 ¹	2014 ¹	2011	2012	2013 ¹	2014 ¹	2011	2012	2013 ¹	2014 ¹
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten	+4,8	+3,4	+2,1	+3,4	+10,1	+6,5	+6,5	+5,9	4,4	2,9	2,1	1,6
darunter												
Russische Föderation	+4,3	+3,4	+1,5	+3,0	+8,4	+5,1	+6,7	+5,7	5,1	3,7	2,9	2,3
Ukraine	+5,2	+0,2	+0,4	+1,5	+8,0	+0,6	+0,0	+1,9	-6,3	-8,4	-7,3	-7,4
Asien	+7,8	+6,4	+6,3	+6,5	+6,3	+4,7	+5,0	+4,7	0,9	0,9	1,1	1,3
darunter												
China	+9,3	+7,7	+7,6	+7,3	+5,4	+2,6	+2,7	+3,0	1,9	2,3	2,5	2,7
Indien	+6,3	+3,2	+3,8	+5,1	+8,4	+10,4	+10,9	+8,9	-4,2	-4,8	-4,4	-3,8
Indonesien	+6,5	+6,2	+5,3	+5,5	+5,4	+4,3	+7,3	+7,5	0,2	-2,7	-3,4	-3,1
Malaysia	+5,1	+5,6	+4,7	+4,9	+3,2	+1,7	+2,0	+2,6	11,6	6,1	3,5	3,6
Thailand	+0,1	+6,5	+3,1	+5,2	+3,8	+3,0	+2,2	+2,1	1,7	0,0	0,1	-0,2
Lateinamerika	+4,6	+2,9	+2,7	+3,1	+6,6	+5,9	+6,7	+6,5	-1,4	-1,9	-2,4	-2,4
darunter												
Argentinien	+8,9	+1,9	+3,5	+2,8	+9,8	+10,0	+10,5	+11,4	-0,6	0,0	-0,8	-0,8
Brasilien	+2,7	+0,9	+2,5	+2,5	+6,6	+5,4	+6,3	+5,8	-2,1	-2,4	-3,4	-3,2
Chile	+5,8	+5,6	+4,4	+4,5	+3,3	+3,0	+1,7	+3,0	-1,3	-3,5	-4,6	-4,0
Mexiko	+4,0	+3,6	+1,2	+3,0	+3,4	+4,1	+3,6	+3,0	-1,0	-1,2	-1,3	-1,5
Sonstige												
Türkei	+8,8	+2,2	+3,8	+3,5	+6,5	+8,9	+6,6	+5,3	-9,7	-6,1	-7,4	-7,2
Südafrika	+3,5	+2,5	+2,0	+2,9	+5,0	+5,7	+5,9	+5,5	-3,4	-6,3	-6,1	-6,1

¹ Prognosen des IWF.

Quelle: IWF World Economic Outlook, Oktober 2013.

Statistiken und Dokumentationen

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 9: Übersicht Weltfinanzmärkte

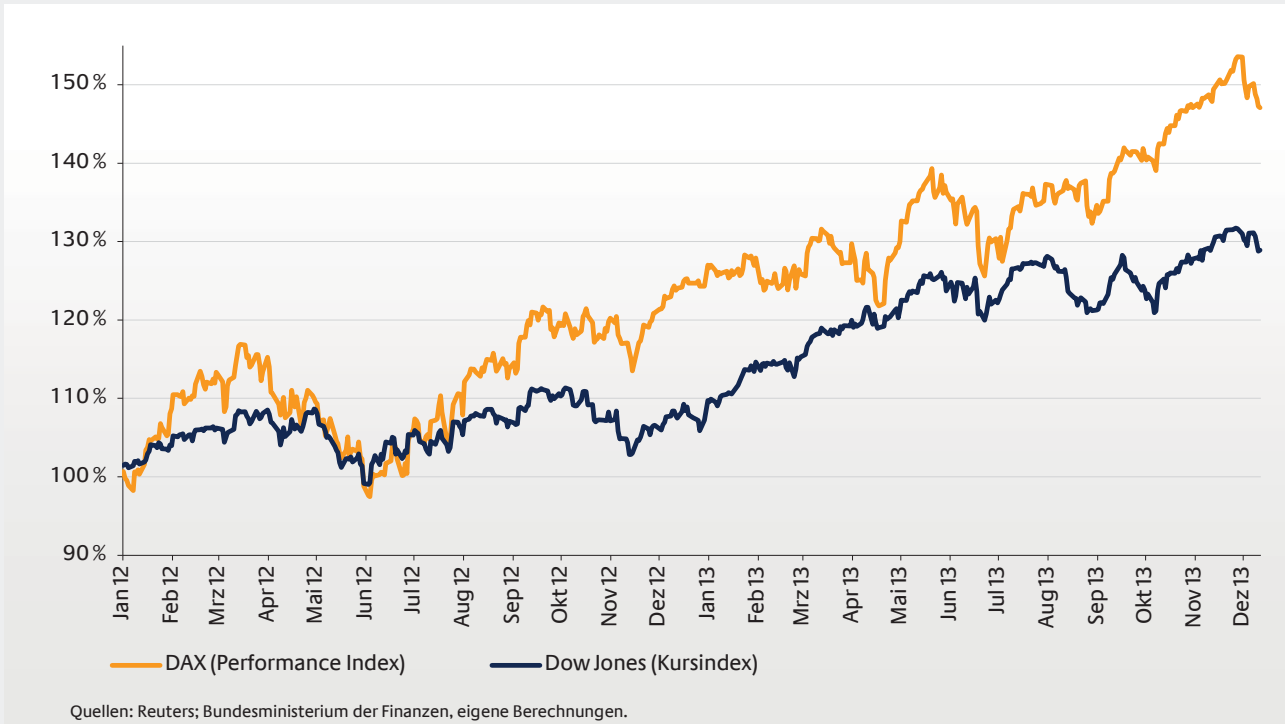
Aktienindizes	Aktuell	Ende	Änderung in %	Tief	Hoch
	13.12.2013	2012	zu Ende 2012	2012 / 2013	2012 / 2013
Dow Jones	15 755	13 104	+20,2	12 101	16 097
Euro Stoxx 50	2 922	2 636	+10,8	2 069	3 092
Dax	9 006	7 612	+18,3	5 969	9 405
CAC 40	4 060	3 641	+11,5	2 950	4 321
Nikkei	15 403	10 395	+48,2	8 296	15 750
Renditen staatlicher Benchmarkanleihen	Aktuell	Ende	Spread zu	Tief	Hoch
10 Jahre	13.12.2013	2012	US-Bond	2012 / 2013	2012 / 2013
USA	2,89	1,77	-	1,39	3,02
Deutschland	1,84	1,32	-1,1	1,14	2,05
Japan	0,70	0,79	-2,2	0,45	1,05
Vereinigtes Königreich	2,91	1,83	+0,0	1,42	3,05
Währungen	Aktuell	Ende	Änderung in %	Tief	Hoch
	13.12.2013	2012	zu Ende 2012	2012 / 2013	2012 / 2013
US-Dollar/Euro	1,37	1,32	+4,0	1,21	1,38
Yen/US-Dollar	103,19	86,74	+19,0	76,18	103,36
Yen/Euro	141,93	113,61	+24,9	94,63	141,93
Pfund/Euro	0,84	0,82	+2,9	0,78	0,88

Statistiken und Dokumentationen

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Abbildung 1: Entwicklung von DAX und Dow Jones

Eröffnungskurs 3. Januar 2012 = 100 %
(3. Januar 2012 bis 13. Dezember 2013)



Statistiken und Dokumentationen

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

 Tabelle 10: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF
 G7-Länder/Euroraum/EU-27

	BIP (real)				Verbraucherpreise				Arbeitslosenquote			
	2012	2013	2014	2015	2012	2013	2014	2015	2012	2013	2014	2015
Deutschland												
EU-KOM	+0,7	+0,5	+1,7	+1,9	+2,1	+1,7	+1,7	+1,6	5,5	5,4	5,3	5,1
OECD	+0,9	+0,4	+1,9	-	+2,1	+1,6	+2,0	-	5,3	5,0	4,8	-
IWF	+0,9	+0,5	+1,4	+1,4	+2,1	+1,6	+1,8	+1,8	5,5	5,6	5,5	5,5
USA												
EU-KOM	+2,8	+1,6	+2,6	+3,1	+2,1	+1,5	+1,9	+2,1	8,1	7,5	6,9	6,5
OECD	+2,2	+1,9	+2,8	-	+2,1	+1,6	+1,9	-	8,1	7,5	7,0	-
IWF	+2,8	+1,6	+2,6	+3,4	+2,1	+1,4	+1,5	+1,8	8,1	7,6	7,4	6,9
Japan												
EU-KOM	+2,0	+2,1	+2,0	+1,3	+0,0	+0,3	+2,6	+1,2	4,3	4,0	3,9	3,8
OECD	+2,0	+1,6	+1,4	-	-0,0	-0,1	+1,8	-	4,3	4,2	4,1	-
IWF	+2,0	+2,0	+1,2	+1,1	-0,0	+0,0	+2,9	+1,9	4,4	4,2	4,3	4,3
Frankreich												
EU-KOM	+0,0	+0,2	+0,9	+1,7	+2,2	+1,0	+1,4	+1,3	10,2	11,0	11,2	11,3
OECD	+0,0	-0,3	+0,8	-	+2,2	+1,1	+1,0	-	9,9	10,7	11,1	-
IWF	+0,0	+0,2	+1,0	+1,5	+2,2	+1,0	+1,5	+1,5	10,3	11,0	11,1	10,9
Italien												
EU-KOM	-2,5	-1,8	+0,7	+1,2	+3,3	+1,5	+1,6	+1,5	10,7	12,2	12,4	12,1
OECD	-2,4	-1,8	+0,4	-	+3,3	+1,6	+1,2	-	10,6	11,9	12,5	-
IWF	-2,4	-1,8	+0,7	+1,1	+3,3	+1,6	+1,3	+1,2	10,7	12,5	12,4	12,0
Vereinigtes Königreich												
EU-KOM	+0,1	+1,3	+2,2	+2,4	+2,8	+2,6	+2,3	+2,1	7,9	7,7	7,5	7,3
OECD	+0,3	+0,8	+1,5	-	+2,8	+2,8	+2,4	-	7,9	8,0	7,9	-
IWF	+0,2	+1,4	+1,9	+2,0	+2,8	+2,7	+2,3	+2,0	8,0	7,7	7,5	7,3
Kanada												
EU-KOM	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
OECD	+1,8	+1,4	+2,3	-	+1,5	+1,3	+1,7	-	7,3	7,1	6,9	-
IWF	+1,7	+1,6	+2,2	+2,4	+1,5	+1,1	+1,6	+1,9	7,3	7,1	7,1	7,0
Euroraum												
EU-KOM	-0,7	-0,4	+1,1	+1,7	+2,5	+1,5	+1,5	+1,4	11,4	12,2	12,2	11,8
OECD	-0,5	-0,6	+1,1	-	+2,5	+1,5	+1,2	-	11,2	12,1	12,3	-
IWF	-0,6	-0,4	+1,0	+1,4	+2,5	+1,5	+1,5	+1,4	11,4	12,3	12,2	12,0
EZB	+1,5	-0,6	-0,4	+1,0	+2,7	+2,5	+1,5	+1,3	-	-	-	-
EU-27												
EU-KOM	-0,4	+0,0	+1,4	+1,9	+2,6	+1,7	+1,6	+1,6	10,5	11,1	11,0	10,7
IWF	-0,3	+0,0	+1,3	+1,6	+2,6	+1,7	+1,7	+1,7	-	-	-	-

Quellen:

EU-KOM: Herbstprognose, November 2013.

OECD: Wirtschaftsausblick, Juni 2013.

IWF: Weltwirtschaftsausblick (WEO), Oktober 2013.

EZB: Eurosystem Staff Macroeconomic Projections for the Euro Area; September 2013 (BIP-Wachstum und Verbraucherpreise für den Euroraum; für 2013 und 2014 Mittelwertberechnung).

Stand: November 2013.

Statistiken und Dokumentationen

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

 noch Tabelle 10: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF
 Übrige Länder des Euroraums

	BIP (real)				Verbraucherpreise				Arbeitslosenquote			
	2012	2013	2014	2015	2012	2013	2014	2015	2012	2013	2014	2015
Belgien												
EU-KOM	-0,1	+0,1	+1,1	+1,4	+2,6	+1,3	+1,3	+1,5	7,6	8,6	8,7	8,4
OECD	-0,3	+0,0	+1,1	-	+2,6	+1,4	+1,2	-	7,6	8,4	8,8	-
IWF	-0,3	+0,1	+1,0	+1,3	+2,6	+1,4	+1,2	+1,2	7,6	8,7	8,6	8,4
Estland												
EU-KOM	+3,9	+1,3	+3,0	+3,9	+4,2	+3,4	+2,8	+3,1	10,2	9,3	9,0	8,2
OECD	+3,2	+1,5	+3,6	-	+4,2	+3,4	+2,9	-	10,1	9,7	9,3	-
IWF	+3,9	+1,5	+2,5	+3,5	+4,2	+3,5	+2,8	+2,5	10,2	8,3	7,0	6,3
Finnland												
EU-KOM	-0,8	-0,6	+0,6	+1,6	+3,2	+2,2	+1,9	+1,8	7,7	8,2	8,3	8,1
OECD	-0,2	-0,0	+1,7	-	+3,2	+2,6	+2,4	-	7,7	8,2	8,1	-
IWF	-0,8	-0,6	+1,1	+1,4	+3,2	+2,4	+2,4	+2,2	7,8	8,0	7,9	7,8
Griechenland												
EU-KOM	-6,4	-4,0	+0,6	+2,9	+1,0	-0,8	-0,4	+0,3	24,3	27,0	26,0	24,0
OECD	-6,4	-4,8	-1,2	-	+1,0	-0,7	-1,7	-	24,2	27,8	28,4	-
IWF	-6,4	-4,2	+0,6	+2,9	+1,5	-0,8	-0,4	+0,3	24,2	27,0	26,0	24,0
Irland												
EU-KOM	+0,2	+0,3	+1,7	+2,5	+1,9	+0,8	+0,9	+1,2	14,7	13,3	12,3	11,7
OECD	+0,9	+1,0	+1,9	-	+1,9	+1,0	+1,1	-	14,7	14,3	14,1	-
IWF	+0,2	+0,6	+1,8	+2,5	+1,9	+1,0	+1,2	+1,4	14,7	13,7	13,3	12,8
Luxemburg												
EU-KOM	-0,2	+1,9	+1,8	+1,1	+2,9	+1,8	+1,7	+1,6	5,1	5,7	6,4	6,5
OECD	+0,3	+0,8	+1,7	-	+2,9	+1,8	+1,7	-	6,1	6,7	6,7	-
IWF	+0,3	+0,5	+1,3	+1,6	+2,9	+1,8	+1,9	+2,8	6,1	6,6	7,0	7,1
Malta												
EU-KOM	+0,8	+1,8	+1,9	+2,0	+3,2	+1,1	+1,8	+2,1	6,4	6,4	6,3	6,3
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	+1,0	+1,1	+1,8	+2,0	+3,2	+2,0	+2,0	+2,1	6,3	6,4	6,3	6,2
Niederlande												
EU-KOM	-1,2	-1,0	+0,2	+1,2	+2,8	+2,7	+1,7	+1,6	5,3	7,0	8,0	7,7
OECD	-1,0	-0,9	+0,7	-	+2,8	+2,7	+1,5	-	5,2	6,4	7,0	-
IWF	-1,2	-1,3	+0,3	+1,6	+2,8	+2,9	+1,3	+0,8	5,3	7,1	7,4	7,0
Österreich												
EU-KOM	+0,9	+0,4	+1,6	+1,8	+2,6	+2,2	+1,8	+1,8	4,3	5,1	5,0	4,7
OECD	+0,8	+0,5	+1,7	-	+2,6	+2,0	+1,5	-	4,3	4,7	4,7	-
IWF	+0,9	+0,4	+1,6	+1,8	+2,6	+2,2	+1,8	+1,8	4,3	4,8	4,8	4,6

Statistiken und Dokumentationen

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 10: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF
Übrige Länder des Euroraums

	BIP (real)				Verbraucherpreise				Arbeitslosenquote			
	2012	2013	2014	2015	2012	2013	2014	2015	2012	2013	2014	2015
Portugal												
EU-KOM	-3,2	-1,8	+0,8	+1,5	+2,8	+0,6	+1,0	+1,2	15,9	17,4	17,7	17,3
OECD	-3,2	-2,7	+0,2	-	+2,8	-0,0	+0,2	-	15,6	18,2	18,6	-
IWF	-3,2	-1,8	+0,8	+1,5	+2,8	+0,7	+1,0	+1,5	15,7	17,4	17,7	17,3
Slowakei												
EU-KOM	+1,8	+0,9	+2,1	+2,9	+3,7	+1,7	+1,6	+1,9	14,0	13,9	13,7	13,3
OECD	+2,0	+0,8	+2,0	-	+3,7	+1,7	+1,6	-	14,0	14,6	14,7	-
IWF	+2,0	+0,8	+2,3	+2,8	+3,7	+1,7	+2,0	+2,1	14,0	14,4	14,4	13,9
Slowenien												
EU-KOM	-2,5	-2,7	-1,0	+0,7	+2,8	+2,1	+1,9	+1,5	8,9	11,1	11,6	11,6
OECD	-2,3	-2,3	+0,1	-	+2,8	+2,1	+1,2	-	8,8	10,2	10,3	-
IWF	-2,5	-2,6	-1,4	+0,9	+2,6	+2,3	+1,8	+2,1	8,9	10,3	10,9	10,5
Spanien												
EU-KOM	-1,6	-1,3	+0,5	+1,7	+2,4	+1,8	+0,9	+0,6	25,0	26,6	26,4	25,3
OECD	-1,4	-1,7	+0,4	-	+2,4	+1,5	+0,4	-	25,0	27,3	28,0	-
IWF	-1,6	-1,3	+0,2	+0,5	+2,4	+1,8	+1,5	+1,2	25,0	26,9	26,7	26,5
Zypern												
EU-KOM	-2,4	-8,7	-3,9	+1,1	+3,1	+1,0	+1,2	+1,6	11,9	16,7	19,2	18,4
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-2,4	-8,7	-3,9	+1,1	+3,1	+1,0	+1,2	+1,6	11,9	17,0	19,5	18,7

Quellen:

EU-KOM: Herbstprognose, November 2013.

OECD: Wirtschaftsausblick, Juni 2013.

IWF: Weltwirtschaftsausblick (WEO), Oktober 2013.

Stand: November 2013.

Statistiken und Dokumentationen

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 10: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF
Andere EU-Mitgliedstaaten

	BIP (real)				Verbraucherpreise				Arbeitslosenquote			
	2012	2013	2014	2015	2012	2013	2014	2015	2012	2013	2014	2015
Bulgarien												
EU-KOM	+0,8	+0,5	+1,5	+1,8	+2,4	+0,5	+1,4	+2,1	12,3	12,9	12,4	11,7
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	+0,8	+0,5	+1,6	+2,5	+2,4	+1,4	+1,5	+2,3	12,4	12,4	11,4	10,4
Dänemark												
EU-KOM	-0,4	+0,3	+1,7	+1,8	+2,4	+0,6	+1,5	+1,7	7,5	7,3	7,2	7,0
OECD	-0,5	+0,4	+1,7	-	+2,4	+0,8	+1,4	-	7,5	7,4	7,3	-
IWF	-0,4	+0,1	+1,2	+1,5	+2,4	+0,8	+1,9	+1,8	7,5	7,1	7,1	7,0
Kroatien												
EU-KOM	-2,0	-0,7	+0,5	+1,2	+3,4	+2,6	+1,8	+2,0	15,9	16,9	16,7	16,1
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-2,0	-0,6	+1,5	+2,0	+3,4	+3,0	+2,5	+2,7	16,2	16,6	16,1	15,2
Lettland												
EU-KOM	+5,0	+4,0	+4,1	+4,2	+2,3	+0,3	+2,1	+2,1	15,0	11,7	10,3	9,0
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	+5,6	+4,0	+4,2	+4,2	+2,3	+0,7	+2,1	+2,3	15,0	11,9	10,7	10,1
Litauen												
EU-KOM	+3,7	+3,4	+3,6	+3,9	+3,2	+1,4	+1,9	+2,4	13,4	11,7	10,4	9,5
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	+3,6	+3,4	+3,4	+3,5	+3,2	+1,3	+2,1	+2,3	13,2	11,8	11,0	10,0
Polen												
EU-KOM	+1,9	+1,3	+2,5	+2,9	+3,7	+1,0	+2,0	+2,2	10,1	10,7	10,8	10,5
OECD	+2,0	+0,9	+2,2	-	+3,6	+0,7	+1,0	-	10,1	10,8	11,3	-
IWF	+1,9	+1,3	+2,4	+2,7	+3,7	+1,4	+2,0	+2,1	10,1	10,9	11,0	10,8
Rumänien												
EU-KOM	+0,7	+2,2	+2,1	+2,4	+3,4	+3,3	+2,5	+3,4	7,0	7,3	7,1	7,0
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	+0,7	+2,0	+2,2	+2,5	+3,3	+4,5	+2,8	+2,9	7,0	7,1	7,1	6,9
Schweden												
EU-KOM	+1,0	+1,1	+2,8	+3,5	+0,9	+0,6	+1,3	+1,8	8,0	8,1	7,9	7,4
OECD	+1,2	+1,3	+2,5	-	+0,9	+0,2	+1,3	-	8,0	8,2	8,1	-
IWF	+1,0	+0,9	+2,3	+2,3	+0,9	+0,2	+1,6	+2,4	8,0	8,0	7,7	7,5
Tschechien												
EU-KOM	-1,0	-1,0	+1,8	+2,2	+3,5	+1,4	+0,5	+1,6	7,0	7,1	7,0	6,7
OECD	-1,2	-1,0	+1,3	-	+3,3	+1,6	+1,3	-	7,0	7,3	7,5	-
IWF	-1,2	-0,4	+1,5	+2,1	+3,3	+1,8	+1,8	+2,0	7,0	7,4	7,5	7,3
Ungarn												
EU-KOM	-1,7	+0,7	+1,8	+2,1	+5,7	+2,1	+2,2	+3,0	10,9	11,0	10,4	10,1
OECD	-1,8	+0,5	+1,3	-	+5,7	+2,8	+3,5	-	10,9	11,4	11,5	-
IWF	-1,7	+0,2	+1,3	+1,5	+5,7	+2,4	+3,0	+3,0	10,9	11,3	11,1	11,0

Quellen:

EU-KOM: Herbstprognose, November 2013.

OECD: Wirtschaftsausblick, Juni 2013.

IWF: Weltwirtschaftsausblick (WEO), Oktober 2013.

Statistiken und Dokumentationen

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

**Tabelle 11: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF
G7-Länder/Euroraum/EU-27**

	öffentlicher Haushaltssaldo				Staatsschuldenquote				Leistungsbilanzsaldo			
	2012	2013	2014	2015	2012	2013	2014	2015	2012	2013	2014	2015
Deutschland												
EU-KOM	0,1	0,0	0,1	0,2	81,0	79,6	77,1	74,1	7,0	7,0	6,6	6,4
OECD	0,2	-0,2	0,0	-	81,9	80,6	77,8	-	7,1	6,7	6,0	-
IWF	0,1	-0,4	-0,1	0,0	81,9	80,4	78,1	75,2	7,0	6,0	5,7	5,4
USA												
EU-KOM	-9,1	-6,4	-5,7	-4,9	103,1	107,6	110,6	111,3	-2,7	-2,6	-2,7	-3,0
OECD	-8,7	-5,4	-5,3	-	106,3	109,1	110,4	-	-3,0	-3,1	-3,3	-
IWF	-8,3	-5,8	-4,7	-3,9	102,7	106,0	107,3	107,0	-2,7	-2,7	-2,8	-2,9
Japan												
EU-KOM	-9,6	-9,6	-7,2	-5,8	232,0	237,5	243,6	242,9	1,0	1,2	1,8	2,3
OECD	-9,9	-10,3	-8,0	-	219,1	228,4	233,1	-	1,0	1,0	1,9	-
IWF	-10,1	-9,5	-6,8	-5,7	238,0	243,5	242,3	242,4	1,0	1,2	1,7	1,9
Frankreich												
EU-KOM	-4,8	-4,1	-3,8	-3,7	90,2	93,5	95,3	96,0	-2,1	-1,8	-1,5	-1,5
OECD	-4,9	-4,0	-3,5	-	90,7	94,5	97,2	-	-2,3	-2,2	-1,9	-
IWF	-4,9	-4,0	-3,5	-2,8	85,8	90,2	93,5	94,8	-2,2	-1,6	-1,6	-1,1
Italien												
EU-KOM	-3,0	-3,0	-2,7	-2,5	127,0	133,0	134,0	133,1	-0,5	1,0	1,2	1,1
OECD	-2,9	-3,0	-2,3	-	127,0	131,7	134,3	-	-0,6	0,9	2,0	-
IWF	-2,9	-3,2	-2,1	-1,8	127,0	132,3	133,1	131,8	-0,7	0,0	0,2	0,0
Vereinigtes Königreich												
EU-KOM	-6,1	-6,4	-5,3	-4,3	88,7	94,3	96,9	98,6	-3,8	-4,3	-4,4	-4,3
OECD	-6,5	-7,1	-6,5	-	90,0	93,9	97,9	-	-3,7	-2,9	-2,5	-
IWF	-7,9	-6,1	-5,8	-4,9	88,8	92,1	95,3	97,9	-3,8	-2,8	-2,3	-1,9
Kanada												
EU-KOM	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
OECD	-3,2	-2,9	-2,1	-	85,5	85,2	85,3	-	-3,7	-3,7	-3,4	-
IWF	-3,4	-3,4	-2,9	-2,3	85,3	87,1	85,6	84,9	-3,4	-3,1	-3,1	-2,8
Euroraum												
EU-KOM	-3,7	-3,1	-2,5	-2,4	92,6	95,5	95,9	95,4	1,8	2,7	2,9	3,0
OECD	-3,7	-3,0	-2,5	-	92,8	95,4	96,3	-	1,9	2,5	2,8	-
IWF	-3,7	-3,1	-2,5	-2,1	93,0	95,7	96,1	95,3	1,9	2,3	2,5	2,6
EU-27												
EU-KOM	-3,9	-3,5	-2,7	-2,6	86,6	89,7	90,2	90,0	0,9	1,6	1,7	1,8
IWF	-4,2	-3,4	-2,9	-2,5	86,8	89,5	90,0	89,7	0,9	1,5	1,6	1,7

Quellen:

EU-KOM: Herbstprognose, November 2013.

OECD: Wirtschaftsausblick, Juni 2013.

IWF: Weltwirtschaftsausblick (WEO), Oktober 2013.

Stand: November 2013.

 Statistiken und Dokumentationen

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

**noch Tabelle 11: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF
Übrige Länder des Euroraums**

	öffentlicher Haushaltssaldo				Staatsschuldenquote				Leistungsbilanzsaldo			
	2012	2013	2014	2015	2012	2013	2014	2015	2012	2013	2014	2015
Belgien												
EU-KOM	-4,0	-2,8	-2,6	-2,5	99,8	100,4	101,3	101,0	-0,2	0,9	0,9	0,8
OECD	-4,0	-2,6	-2,3	-	99,8	100,4	100,2	-	-1,4	-1,2	-0,8	-
IWF	-4,0	-2,8	-2,5	-1,5	99,8	100,9	101,2	100,2	-1,6	-0,7	-0,3	0,0
Estland												
EU-KOM	-0,2	-0,4	-0,1	-0,1	9,8	10,0	9,7	9,1	-2,8	-2,1	-2,2	-2,2
OECD	-0,3	0,0	0,3	-	10,1	11,4	10,8	-	-1,2	-3,0	-2,6	-
IWF	-0,2	0,3	0,2	0,1	9,7	11,0	10,4	9,8	-1,8	-0,7	-0,2	0,3
Finnland												
EU-KOM	-1,8	-2,2	-2,3	-2,0	53,6	58,4	61,0	62,5	-1,8	-1,2	-1,3	-1,1
OECD	-2,3	-2,3	-1,8	-	53,1	56,0	59,7	-	-1,9	-1,6	-0,9	-
IWF	-2,3	-2,8	-2,1	-1,6	53,6	58,0	59,8	60,5	-1,8	-1,6	-1,8	-1,7
Griechenland												
EU-KOM	-9,0	-13,5	-2,0	-1,1	156,9	176,2	175,9	170,9	-5,3	-2,3	-1,9	-1,6
OECD	-10,0	-4,1	-3,5	-	157,0	175,1	180,6	-	-3,4	-1,1	0,9	-
IWF	-6,3	-4,1	-3,3	-2,1	156,9	175,7	174,0	168,6	-3,4	-1,0	-0,5	0,1
Irland												
EU-KOM	-8,2	-7,4	-5,0	-3,0	117,4	124,4	120,8	119,1	4,4	4,1	4,6	4,9
OECD	-7,5	-7,5	-4,6	-	117,6	123,6	120,7	-	4,9	5,0	5,2	-
IWF	-7,6	-7,6	-5,0	-2,9	117,4	123,3	121,0	118,3	4,4	2,3	3,1	3,1
Luxemburg												
EU-KOM	-0,6	-0,9	-1,0	-2,7	21,7	24,5	25,7	28,7	5,9	6,7	6,8	5,8
OECD	-0,8	-0,7	-0,6	-	20,8	22,8	24,4	-	5,6	4,1	5,5	-
IWF	-0,8	-0,7	-0,9	-1,6	20,8	22,9	24,6	26,6	5,7	6,0	6,6	5,7
Malta												
EU-KOM	-3,3	-3,4	-3,4	-3,5	71,3	72,6	73,3	74,1	1,1	1,8	1,4	0,6
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-3,3	-3,5	-3,6	-3,6	71,6	73,4	74,0	74,4	1,1	1,1	0,8	0,9
Niederlande												
EU-KOM	-4,1	-3,3	-3,3	-3,0	71,3	74,8	76,4	76,9	7,7	9,6	10,0	11,0
OECD	-4,0	-3,7	-3,6	-	71,1	72,8	74,2	-	9,9	9,4	9,0	-
IWF	-4,1	-3,0	-3,2	-4,8	71,3	74,4	75,6	76,7	10,1	10,9	11,0	11,4
Österreich												
EU-KOM	-2,5	-2,5	-1,9	-1,5	74,0	74,8	74,5	73,5	1,8	2,5	2,8	3,1
OECD	-2,5	-2,3	-1,7	-	73,5	75,3	75,5	-	1,8	2,4	2,9	-
IWF	-2,5	-2,6	-2,4	-1,9	74,1	74,4	74,8	74,2	1,8	2,8	2,4	2,4

Statistiken und Dokumentationen

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 11: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF
Übrige Länder des Euroraums

	öffentlicher Haushaltssaldo				Staatsschuldenquote				Leistungsbilanzsaldo			
	2012	2013	2014	2015	2012	2013	2014	2015	2012	2013	2014	2015
Portugal												
EU-KOM	-6,4	-5,9	-4,0	-2,5	124,1	127,8	126,7	125,7	-1,9	0,9	0,9	1,0
OECD	-6,4	-6,4	-5,6	-	123,6	127,7	132,1	-	-1,5	-0,9	0,5	-
IWF	-6,4	-5,5	-4,0	-2,5	123,8	123,6	125,3	124,2	-1,5	0,9	0,9	0,9
Slowakei												
EU-KOM	-4,5	-3,0	-3,2	-3,8	52,4	54,3	57,2	58,1	1,6	4,3	4,3	5,4
OECD	-4,3	-2,6	-2,2	-	52,1	54,4	55,8	-	2,3	2,1	2,3	-
IWF	-4,3	-3,0	-3,8	-3,2	52,1	55,3	57,5	58,2	2,3	3,5	4,2	4,3
Slowenien												
EU-KOM	-3,8	-5,8	-7,1	-3,8	54,4	63,2	70,1	74,2	3,1	5,0	6,0	6,5
OECD	-4,0	-7,8	-3,4	-	54,1	63,8	68,1	-	2,5	4,1	4,8	-
IWF	-3,2	-7,0	-3,8	-3,9	52,8	71,5	75,3	77,6	3,3	5,4	7,0	6,9
Spanien												
EU-KOM	-10,6	-6,8	-5,9	-6,6	86,0	94,8	99,9	104,3	-1,2	1,4	2,6	3,1
OECD	-10,6	-6,9	-6,4	-	84,1	91,4	97,0	-	-1,1	2,1	3,5	-
IWF	-10,8	-6,7	-5,8	-5,0	85,9	93,7	99,1	102,5	-1,1	1,4	2,6	3,8
Zypern												
EU-KOM	-6,4	-8,3	-8,4	-6,3	86,6	116,0	124,4	127,4	-6,6	-2,0	-0,6	-0,9
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-6,3	-6,7	-7,5	-5,3	85,8	114,1	123,0	125,7	-6,5	-2,0	-0,6	-0,9

Quellen:

EU-KOM: Herbstprognose, November 2013.

OECD: Wirtschaftsausblick, Juni 2013.

IWF: Weltwirtschaftsausblick (WEO), Oktober 2013.

Stand: November 2013.

Statistiken und Dokumentationen

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 11: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF
Andere EU-Mitgliedstaaten

	öffentlicher Haushaltssaldo				Staatsschuldenquote				Leistungsbilanzsaldo			
	2012	2013	2014	2015	2012	2013	2014	2015	2012	2013	2014	2015
Bulgarien												
EU-KOM	-0,8	-2,0	-2,0	-1,8	18,5	19,4	22,6	24,1	-1,3	0,3	0,0	-0,6
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-0,5	-1,8	-1,7	-1,2	17,6	16,0	19,0	18,3	-1,3	1,2	0,3	-1,5
Dänemark												
EU-KOM	-4,1	-1,7	-1,7	-2,7	45,4	44,3	43,7	45,1	5,8	5,4	5,6	5,8
OECD	-4,1	-1,8	-1,8	-	45,7	45,5	45,2	-	5,6	5,0	4,7	-
IWF	-4,2	-1,7	-2,0	-2,9	45,6	47,1	47,8	49,2	5,6	4,7	4,8	4,9
Kroatien												
EU-KOM	-5,0	-5,4	-6,5	-6,2	55,5	59,6	64,7	69,0	-0,2	0,1	0,7	0,1
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-3,8	-4,7	-4,7	-4,2	53,7	57,8	60,7	62,2	0,1	0,4	-0,7	-0,9
Lettland												
EU-KOM	-1,3	-1,4	-1,0	-1,0	40,6	42,5	39,3	33,4	-2,5	-1,6	-2,0	-2,6
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	0,1	-1,4	-0,5	-0,7	36,4	38,4	34,6	28,0	-1,7	-1,1	-1,3	-1,6
Litauen												
EU-KOM	-3,2	-3,0	-2,5	-1,9	40,5	39,9	40,2	39,6	-1,1	-0,5	-0,8	-1,4
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-3,3	-2,9	-2,7	-2,6	41,2	42,0	42,3	42,3	-0,5	-0,3	-1,2	-1,7
Polen												
EU-KOM	-3,9	-4,8	4,6	-3,3	55,6	58,2	51,0	52,5	-3,3	-1,5	-1,3	-1,4
OECD	-3,9	-3,4	-2,7	-	55,6	57,7	58,7	-	-3,5	-3,1	-2,6	-
IWF	-3,9	-4,6	-3,4	-2,8	55,6	57,6	50,0	50,7	-3,5	-3,0	-3,2	-3,2
Rumänien												
EU-KOM	-3,0	-2,5	-2,0	-1,8	37,9	38,5	39,1	39,5	-4,0	-1,2	-1,5	-1,7
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-2,5	-2,3	-2,0	-1,8	38,2	38,2	38,1	37,2	-3,9	-2,0	-2,5	-2,8
Schweden												
EU-KOM	-0,2	-0,9	-1,2	-0,5	38,2	41,3	41,9	41,0	6,2	5,9	5,6	5,3
OECD	-0,7	-1,6	-1,1	-	38,2	42,1	42,1	-	7,2	7,1	7,0	-
IWF	-0,7	-1,4	-1,5	-0,5	38,3	42,2	42,2	40,5	6,0	5,7	5,5	5,5
Tschechien												
EU-KOM	-4,4	-2,9	-3,0	-3,5	46,2	49,0	50,6	52,3	-2,6	-1,6	-1,1	-1,0
OECD	-4,4	-3,3	-3,0	-	45,9	49,3	51,9	-	-2,5	-3,0	-2,9	-
IWF	-4,4	-2,9	-2,9	-2,6	45,9	47,6	48,9	49,6	-2,4	-1,8	-1,5	-1,5
Ungarn												
EU-KOM	-2,0	-2,9	-3,0	-2,7	79,8	80,7	79,9	79,4	1,1	3,0	2,7	1,8
OECD	-2,0	-2,8	-3,2	-	79,0	78,7	78,7	-	1,5	2,4	3,2	-
IWF	-2,0	-2,7	-2,8	-3,0	79,2	79,8	80,0	79,7	1,7	2,2	2,0	1,3

Quellen:

EU-KOM: Herbstprognose, November 2013.

OECD: Wirtschaftsausblick, Juni 2013.


IWF: Weltwirtschaftsausblick (WEO), Oktober 2013.

Stand: November 2013.

Verzeichnis der Berichte

Verzeichnis der Berichte in den Monatsberichten des BMF 2013...

... nach Veröffentlichungsdatum	167
... nach Themenbereichen	169

 Verzeichnis der Berichte


Register 1: Verzeichnis der Berichte im Monatsbericht des BMF 2013

Veröffentlichung	Analysen, Berichte und Forum Finanzpolitik	Seite
Januar 2013	Haushaltsabschluss 2012	6
	Die Steuereinnahmen des Bundes und der Länder im Kalenderjahr 2012	20
	Finanzstabilitätsgesetz	25
	Ein Haushalt für Europa - zum neuen mehrjährigen Finanzrahmen der EU 2014-2020	29
	Klimaschutzfinanzierung nach "Doha"	37
Februar 2013	Sollbericht 2013	6
	Wettbewerbsfähigkeit - Schlüssel für Wachstum und Beschäftigung in Deutschland und Europa	22
	Ergebnisse des Länderfinanzausgleichs 2012	40
	Entwicklung der Steuer- und Abgabenbelastung in den Mitgliedstaaten der OECD	44
März 2013	Finanzpolitik im Euroraum	54
	Vítor Gaspar: Anpassung im Euroraum: Portugal als Programmland	6
	Eckwertebeschluss zum Regierungsentwurf für den Bundeshaushalt 2013 und die Finanzplanung bis zum Jahr 2017	17
	Der Tragfähigkeitsbericht 2012 der EU-Kommission	24
	Geschäftsstatistik Kraftfahrzeugsteuer	31
April 2013	Treffen der G20-Finanzminister und -Notenbankgouverneure am 15. und 16. Februar in Moskau	35
	Deutsches Stabilitätsprogramm 2013	17
	Das Ehrenamtstärkungsgesetz - Verbesserte Förderung für ehrenamtliches Engagement	14
Mai 2013	Zollbilanz 2012	19
	Ergebnisse der Steuerschätzung vom 6. bis 8. Mai 2013	6
	Der Einheitliche Aufsichtsmechanismus in der europäischen Bankenaufsicht (SSM)	16
	Zweiter Demografiegipfel der Bundesregierung	31
	Die deutsche Verhandlungsgrundlage für Doppelbesteuerungsabkommen	34
	Treffen der G20-Finanzminister und -Notenbankgouverneure am 18. und 19. April 2013	36
	Die wichtigsten Steuern im internationalen Vergleich 2012	40
	Neue EU-Regeln für Haushaltsdisziplin und verstärkte Überwachung im Euroraum	53
25 Jahre Deutsch-Französischer Finanz- und Wirtschaftsrat	57	
Juni 2013	Entwicklung der Leistungsbilanzsalden im Euroraum	6
	Wachstum, Wohlstand und Lebensqualität in der Sozialen Marktwirtschaft	17
	Privatisierung der TLG Wohnen GmbH und der TLG Immobilien GmbH	27
Juli 2013	Regierungsentwurf zum Bundeshaushalt 2014 und zum Finanzplan des Bundes 2013 bis 2017	6
	Die Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden im Haushaltsjahr 2012	19
	Bundespolitik und Kommunalfinanzen	41
	Die geförderte private Altersvorsorge	55
	Das Europäische Semester 2013	61
August 2013	Europäischer Rat am 27. und 28. Juni 2013	72
	24. Subventionsbericht der Bundesregierung	6
	Erfolgreiche Konsolidierung der öffentlichen Haushalte	12
	Weiterentwicklung des deutschen Steuerrecht	25
	Betriebsprüfungsstatistik 2012	33
	Wettbewerbsfähigkeit der mittel- und osteuropäischen EU-Mitgliedstaaten	38
Artikel-IV-Konsultationen des Internationalen Währungsfonds mit Deutschland	58	

Verzeichnis der Berichte


noch Register 1: Verzeichnis der Berichte im Monatsbericht des BMF 2013

Veröffentlichung	Analysen, Berichte und Forum Finanzpolitik	Seite
September 2013	Initiative für fairen internationalen Steuerwettbewerb	6
	Schuldenbremse 2012: Auf dem Weg zum strukturellen Haushaltsausgleich	10
	Finanzen des Bundes auf solidem Fundament	15
	Veräußerung des Bundesanteils an der Duisburger Hafen AG	33
Oktober 2013	Basel III - ein Meilenstein im Bankenaufsichtsrecht	6
	Ergebnisse der Steuerfahndung im Jahr 2012	23
	Verfolgung von Steuerstraftaten und Steuerordnungswidrigkeiten: Ergebnisse 2012	29
November 2013	Ergebnisse der Steuerschätzung vom 5. bis 7. November 2013	6
	Gesamtwirtschaftliche Auswirkungen fiskalpolitischer Impulse	15
	IWF-Jahrestagung und Treffen der G20-Finanzminister und Notenbankgouverneure	23
	Stand der SEPA-Umstellung in Deutschland	26
	Jahrestagung der OECD zu "performance and Results"	35
	Neuausrichtung der Bundesfinanzakademie	37
Dezember 2013	Wirtschafts-, Arbeitsmarkt- und Haushaltslage in den Ländern des Euroraums	6
	Wettbewerbsfähigkeit im Euroraum - Fortschritte und Herausforderungen	17
	Struktur der Leistungsbilanz	32
	Lohnpolitik – geeignet zur Korrektur von Leistungsbilanzungleichgewichten im Euroraum?	37
	Der neue Mehrjährige Finanzrahmen der EU	45
	Fünf Jahre Finanzmarktstabilisierungsfonds unter dem Dach der Bundesanstalt für Finanzmarktstabilisierung	51
	Besteuerung von Vermögen - eine finanzwissenschaftliche Analyse	59

 Verzeichnis der Berichte

Register 2: Verzeichnis der Berichte im Monatsbericht des BMF 2013 nach Themenbereichen

Themenbereich	Veröffentlichung	Berichte	Seite	
Bundesvermögen	Juni 2013	Privatisierung der TLG Wohnen GmbH und der TLG Immobilien GmbH	27	
	September 2013	Veräußerung des Bundesanteils an der Duisburger Hafen AG	33	
Europa	Januar 2013	Ein Haushalt für Europa - zum neuen mehrjährigen Finanzrahmen der EU 2014-2020	29	
	Februar 2013	Finanzpolitik im Euroraum	54	
	März 2013	Vítor Gaspar: Anpassung im Euroraum: Portugal als Programmland	6	
	März 2013	Der Tragfähigkeitsbericht 2012 der EU-Kommission	24	
	Mai 2013	25 Jahre Deutsch-Französischer Finanz- und Wirtschaftsrat	57	
	Mai 2013	Der Einheitliche Aufsichtsmechanismus in der europäischen Bankenaufsicht (SSM)	16	
	Mai 2013	Neue EU-Regeln für Haushaltsdisziplin und verstärkte Überwachung im Euroraum	53	
	Juni 2013	Entwicklung der Leistungsbilanzsalden im Euroraum	6	
	Juli 2013	Europäischer Rat am 27. und 28. Juni 2013	72	
	Juli 2013	Das Europäische Semester 2013	61	
	August 2013	Wettbewerbsfähigkeit der mittel- und osteuropäischen EU-Mitgliedstaaten	38	
	Oktober 2013	Basel III - ein Meilenstein im Bankenaufsichtsrecht	6	
	November 2013	Stand der SEPA-Umstellung in Deutschland	26	
	Dezember 2013	Wirtschafts-, Arbeitsmarkt- und Haushaltslage in den Ländern des Euroraums	6	
	Dezember 2013	Wettbewerbsfähigkeit im Euroraum - Fortschritte und Herausforderungen	17	
	Dezember 2013	Lohnpolitik – geeignet zur Korrektur von Leistungsbilanzungleichgewichten im Euroraum?	37	
	Dezember 2013	Der neue Mehrjährige Finanzrahmen der EU	45	
	Internationales/Finanzmarkt	Januar 2013	Klimaschutzfinanzierung nach "Doha"	37
		Februar 2013	Entwicklung der Steuer- und Abgabenbelastung in den Mitgliedstaaten der OECD	44
		März 2013	Treffen der G20-Finanzminister und -Notenbankgouverneure am 15. und 16. Februar in Moskau	35
Mai 2013		Treffen der G20-Finanzminister und -Notenbankgouverneure am 18. und 19. April 2013	36	
Mai 2013		Die deutsche Verhandlungsgrundlage für Doppelbesteuerungsabkommen	34	
August 2013		Artikel-IV-Konsultationen des Internationalen Währungsfonds mit Deutschland	58	
September 2013		Initiative für fairen internationalen Steuerwettbewerb	6	
November 2013		IWF-Jahrestagung und Treffen der G20-Finanzminister und Notenbankgouverneure	23	
November 2013		Jahrestagung der OECD zu "Performance and Results"	35	
Dezember 2013		Fünf Jahre Finanzmarktstabilisierungsfonds unter dem Dach der Bundesanstalt für Finanzmarktstabilisierung	51	
Öffentliche Finanzen		Januar 2013	Haushaltsabschluss 2012	6
	Januar 2013	Finanzstabilitätsgesetz	25	
	Februar 2013	Sollbericht 2013	6	
	Februar 2013	Wettbewerbsfähigkeit - Schlüssel für Wachstum und Beschäftigung in Deutschland und Europa	22	
	Februar 2013	Ergebnisse des Länderfinanzausgleichs 2012	40	
	März 2013	Eckwertebeschluss zum Regierungsentwurf für den Bundeshaushalt 2013 und die Finanzplanung bis zum Jahr 2017	17	
	März 2013	Geschäftsstatistik Kraftfahrzeugsteuer	31	
	April 2013	Das Ehrenamtstärkungsgesetz - Verbesserte Förderung für ehrenamtliches Engagement	14	
	April 2013	Deutsches Stabilitätsprogramm 2013	17	
	Mai 2013	Zweiter Demografie Gipfel der Bundesregierung	31	
	Juni 2013	Wachstum, Wohlstand und Lebensqualität in der Sozialen Marktwirtschaft	17	
	Juni 2013	Bundespolitik und Kommunalfinanzen	41	

 Verzeichnis der Berichte

noch Register 2: Verzeichnis der Berichte im Monatsbericht des BMF 2013 nach Themenbereichen

Themenbereich	Veröffentlichung	Berichte	Seite
Öffentliche Finanzen	Juli 2013	Regierungsentwurf zum Bundeshaushalt 2014 und zum Finanzplan des Bundes 2013 bis 2017	6
	Juli 2013	Die geförderte private Altersvorsorge	55
	August 2013	24. Subventionsbericht der Bundesregierung	6
	August 2013	Erfolgreiche Konsolidierung der öffentlichen Haushalte	12
	August 2013	Betriebsprüfungsstatistik 2012	33
	September 2013	Schuldenbremse 2012: Auf dem Weg zum strukturellen Haushaltsausgleich	10
	September 2013	Finanzen des Bundes auf solidem Fundament	15
	November 2013	Gesamtwirtschaftliche Auswirkungen fiskalpolitischer Impulse	15
	November 2013	Neuausrichtung der Bundesfinanzakademie	37
	Dezember 2013	Struktur der Leistungsbilanz	32
Steuern	Januar 2013	Die Steuereinnahmen des Bundes und der Länder im Kalenderjahr 2012	20
	Mai 2013	Ergebnisse der Steuerschätzung vom 6. bis 8. Mai 2013	6
	Mai 2013	Die wichtigsten Steuern im internationalen Vergleich 2012	40
	Juni 2013	Die Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden im Haushaltsjahr 2012	19
	August 2013	Weiterentwicklung des deutschen Steuerrecht	25
	Oktober 2013	Ergebnisse der Steuerfahndung im Jahr 2012	23
	Oktober 2013	Verfolgung von Steuerstraftaten und Steuerordnungswidrigkeiten: Ergebnisse 2012	29
	November 2013	Ergebnisse der Steuerschätzung vom 5. bis 7. November 2013	6
	Dezember 2013	Besteuerung von Vermögen - eine finanzwissenschaftliche Analyse	59
Zoll	April 2013	Zollbilanz 2012	19

Herausgeber:

Bundesministerium der Finanzen
Referat Öffentlichkeitsarbeit
Wilhelmstraße 97
10117 Berlin
<http://www.bundesfinanzministerium.de>
oder
<http://www.bmf.bund.de>

Redaktion:

Bundesministerium der Finanzen
Arbeitsgruppe Monatsbericht
Redaktion.Monatsbericht@bmf.bund.de
Berlin, Dezember 2013

Lektorat und Satz:

heimbüchel pr,
kommunikation und publizistik GmbH,
Berlin/Köln

Gestaltung:

heimbüchel pr Köln
kommunikation und publizistik GmbH,
Berlin/Köln

**Bezugsservice für Publikationen des
Bundesministeriums der Finanzen:**

telefonisch 0 18 05 / 77 80 90¹
per Telefax 0 18 05 / 77 80 94¹

¹ Jeweils 0,14 €/Min. aus dem Festnetz der Telekom,
abweichende Preise aus anderen Netzen möglich.

ISSN 1618-291X

Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit des Bundesministeriums der Finanzen herausgegeben. Sie wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Landtags-, Bundestags- und Kommunalwahlen. Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken und Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung. Unabhängig davon, wann, auf welchem Weg und in welcher Anzahl diese Schrift dem Empfänger zugesagt ist, darf sie auch ohne zeitlichen Bezug zu einer Wahl nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Bundesregierung zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte.